



Chronik der Stadt Lelwin.

Von
Wilhelm Wader.

Zweite, ergänzte Auflage.

Verlag von G. Gabel in Lelwin.
1903.

Inhaltsverzeichnis.

| | Seite |
|--|-------|
| Vorwort zur ersten und zweiten Auflage | 3 |
| Einleitung | 5 |
| A. Ältere Geschichte bis zum Jahre 1800 | |
| 1. Ursprung, Name, Alter der Stadt | 6 |
| 2. Stadtrecht, Stadtwappen | 9 |
| 3. Die Here von Lewin | 9 |
| 4. Bauart, Größe und frühere Bewohner | 10 |
| 5. Besitzer der Stadt | 11 |
| 6. Stadtverwaltung | 12 |
| 7. Stadtgerechtigkeiten | 14 |
| 8. Gerichtsverwaltung | 24 |
| 9. Die Rämmereidörfer Arzischney und Ruttel | 26 |
| 10. Die kirchlichen Verhältnisse | 37 |
| 11. Die Schulverhältnisse | 45 |
| 12. Das Hospital | 48 |
| 13. Die Steuerverhältnisse | 49 |
| 14. Die Schützengesellschaft | 57 |
| 15. Die Handweberei | 58 |
| 16. Kriegs- und sonstige Zeitereignisse | 61 |
| B. Neuere Geschichte vom Jahre 1800 ab | |
| 1. Das Brauwarbar | 81 |
| 2. Die Innungsverhältnisse | 83 |
| 3. Die Gemeindeverwaltung | 88 |
| 4. Die Gerichtsverwaltung | 97 |
| 5. Die kirchlichen Verhältnisse | 100 |
| 6. Die Schulverhältnisse | 105 |
| 7. Die Schützengesellschaft | 118 |
| 8. Die Leinwand- und Baumwollenwaren-Fabrikation | 120 |
| 9. Die Steuerverhältnisse | 126 |
| 10. Wichtige Zeit- und Kriegereignisse | 127 |
| 11. Öffentliche Vereine | 158 |
| 12. Das städtische Gemeindefwesen im Jahre 1902 | 163 |

Vorwort zur ersten Auflage.

Es war in früherer Zeit eine fast in allen Städten herkömmliche Sitte, daß man Jahrbücher hielt, in denen alle bemerkenswerten Vorfälle verzeichnet wurden. Hierdurch erhielten sich manche für den Geschichtsschreiber schätzbare Angaben wichtiger Thatfachen, deren Kunde ohne jenen Gebrauch ganz verloren gegangen wäre. Der Hauptgewinn bestand aber darin, daß die Aufbewahrung des Andenkens merkwürdiger Ereignisse zur Belebung des Gemeinannes und Bürgerbewußtseins bei den Einwohnern erheblich beitragen mußte. Einige im hiesigen Rathaus-Archiv vorgefundene Fragmente, die noch der Zeit vor den großen Stadtbränden angehören, lassen erkennen, daß auch hier jener löbliche Brauch beobachtet, jedoch bald wieder vernachlässiget worden ist. In neuerer Zeit wurde dem hiesigen Magistrat durch die Königl. Regierung wiederholt empfohlen, eine möglichst vollständige, zunächst für das rathäusliche Archiv bestimmte Stadtchronik anzulegen. Das Verdienstliche einer derartigen Schrift besteht nicht in rednerischer Ausschmückung, sondern in richtiger Auswahl der Thatfachen und in der Genauigkeit der Angaben. Das städtische wie auch das pfarramtliche Archiv waren vorzugsweise die mir zu Gebote stehenden Quellen. Zu mehrfachem Gebrauche diente auch die vortreffliche Kirchengeschichte der Grafschaft Glaz. Die Benützung sonstiger Zitate ist an den betreffenden Stellen vermerkt worden. Somit dürfte die Zuverlässigkeit der erzählten Begebenheiten hinlänglich gewährleistet sein. Ohne Zweifel ist vieles, was dem Zwecke der vorliegenden Schrift hätte dienen können, bei den Stadtbränden verloren gegangen; das vorhandene Material ist sorgfältig durchgesehen und benützt worden.

Lewin, im Juli 1868.

Mader.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die im Jahre 1868 verfaßte Ortsgeschichte von Lewin hatte zunächst die Bestimmung, als städtisches Gedenkbuch dem rathäuslichen Archiv einverleibt zu werden. Die handschriftlichen Aufzeichnungen erhielten einen feinen Einband und wurden in sichere Verwahrung genommen. Der Voraussetzung, fortlaufend durch die Eintragung bemerkenswerter Ereignisse das darauf eingerichtete Buch kurrent zu halten, ist nicht entsprochen worden, und von der vor mehr als dreißig Jahren im Druck erschienenen Ortsgeschichte sind kaum noch einige Exemplare vorhanden. Vielleicht erweckte die Jahrhundertwende die Erinnerung an das städtische Gedenkbuch. Herr Bürgermeister B i m m e l gab wiederholt die Anregung, dasselbe durch die seither unterlassenen Eintragungen zu vervollständigen. Andererseits führten vielfach geäußerte Wünsche zu dem Entschluß, eine neue Auflage der Chronik zu veranstalten. Eine Ortsgeschichte kann nur einen engeren Interessentenkreis haben. Der Voraussetzung, daß derselbe einen größeren Umfang als vor 30 Jahren gefunden haben dürfte, ist bei der zweiten, vielfach ergänzten und erweiterten Auflage des Buches Rechnung getragen worden.

L e w i n, im Januar 1903.

Mader.

Einleitung.

Die Stadt Lewin liegt in der Grafschaft Glatz, im westlichen Teile des Kreises Glatz, an der alten Verkehrsstraße zwischen Breslau und Prag. Von der Nachbarstadt Reinerz ist Lewin 9 km und von den böhmischen Nachbarstädten Giezhübel und Nachod 5 bzw. 11 km entfernt.

Das städtische Territorium grenzt im Osten an die der Stadt Reinerz gehörenden Hummelforsten und an die Feldmarken der Dörfer Nerbotin und Jauernig, im Westen und Norden an die Territorien der Dorfschaften Färter, Gellenau, Lanz, Gallatsch und Löschney und im Süden an die Feldmarken von Kl. Georgsdorf, Ruttel und Krzischney.

Lewin liegt in einem freundlichen Talleßel, in den das romantische Hummeltal und die lieblichen Täler von Nerbotin, Jauernig, Ruttel, Krzischney und Gellenau einmünden. Die im näheren und entfernteren Umkreise liegenden Berge gehören zum Menße-, Heuscheuer- und Ratschengebirge. Die hohe Menße, tschechisch Vrchmezi, zu deutsch etwa: die Grenze auf der Höhe, (1100 m hoch) und die Heuscheuer (919 m hoch) liegen je etwa 2 1/2 Stunde von hier entfernt. Die nächsten Anhöhen sind der Gradisch, Sindermannsberg, die Ratschkoppe, der Kellerberg, der Galgenberg. Entfernter liegen der Hummel (733 m), der Ratschenberg (803 m), die etwas niedrigere Friedrichshöhe, die Feistkoppe (670 m), der Vogelherd (635 m), der Pansker (782 m). Die sämtlichen Berge sind vorzügliche Aussichtspunkte.

Lewin liegt an der Schnelle, die aus dem Zusammenfluß der durch die umliegenden Täler sich schlängelnden Bäche entsteht. Sie mündet an der Landesgrenze in die der Elbe zufließende Mettau. Das Territorial-Gebiet von Lewin und Umgegend gehört demnach zum Flußgebiet der Elbe.

Der Boden innerhalb der zur Stadt gehörenden Feldmarken ist von ungleicher Qualität. Die Berglehnen tragen durchweg nur eine dünne Schicht leichten, sandigen Bodens; in den Talsenkungen liegt er tiefer und ist von ungleich besserer Beschaffenheit. Bei der infolge des Gesetzes vom 21. Mai 1861 wegen anderweitiger Regulierung der Grundsteuer stattgefundenen Bonitierung sind hier aus fast allen Bodenklassen Musterstücke aufgefunden worden. Die hiesigen Grundbesitzer bewirtschaften ausnahmslos ihre Felder mit Sorgfalt und großem Fleiße. Was zur Verbesserung von Wiese und Feld durch Drainage erforderlich war, ist vielfach geschehen.

Von den Getreidearten baut man hauptsächlich Roggen, Gerste und Hafer. Der Weizenbau ist unbedeutend. Große Sorgfalt verwendet man auf den Anbau der verschiedenen Kleearten und Futterrüben. Das ganze städtische Areal umfaßt an Äckern, Gärten, Wiesen, Waldungen, Auen und Hofräumen nach der Vermessung in den Jahren 1862—1863 einen Flächenraum von 2364,14 preuß. Morgen, wovon 2208,92 Morgen steuerpflichtige, der Rest von 155,22 Morgen steuerfreie Liegenschaften sind. Das unmittelbar der Kommune gehörende Grundeigentum beträgt an Feld und Wiesen 18 h 46 a 30 qm, an Wald 19 h 68 a 30 qm. Dazu kommen die beiden Kalköfen in Hummelwitz mit den zugehörigen Grundstücken mit einem Gesamtflächenraum von etwa 5 h.

Die Umgebung der Stadt Lewin zeigt eine mannigfaltige, für den Naturfreund höchst angenehme Abwechselung von Berg und Tal, Wald, Wiese, Garten und Feld.

Die Natur zeigt sich hier überall in einer anmutigen Schönheit. Sie macht auf uns nirgends den Eindruck des Großartigen, aber sie ist auch auf keinem Punkte steril und einförmig.

A. Ältere Geschichte bis zum Jahre 1800.

Ursprung, Name und Alter der Stadt.

Über den Ursprung der Stadt Lewin sind bestimmte Nachrichten durchaus nicht vorhanden. Sehr viele Städte verdanken ihre Entstehung dem Vorhandensein von Burgen. In der Nähe der gewöhnlich auf Bergen errichteten Burgen siedelten sich die Bewohner an. Aus diesen Ansiedelungen entwickelten sich Dörfer und Städte.

Von der Benennung „Burg“ erhielten die Bewohner der Städte den Namen „Bürger“. Da einst, wie der Chronist Rögler in seinen glazischen Chroniken erzählt, auf dem bei Lewin gelegenen Berge Gradisch eine Burg gestanden hat, so ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß das Städtchen aus einer Ansiedelung am Fuß des Berges entstanden sein mag. Urkunden sind hierüber nicht vorhanden. Die Burg Gradisch wurde 1428 durch die Hussiten gänzlich zerstört. Nahlo, ein Glazer Chronist, schreibt in seinen „Denkwürdigkeiten der Grafschaft Glaz“, daß einst ein Herr von Straholde die Burg nebst sieben Dörfern besessen habe. Urkunden darüber hat er nicht angeführt. Alurius, ein evangelischer Geistlicher in Glaz, der im 17. Jahrhundert lebte, schreibt: „Im vorigen, also im sechszehnten, Jahrhundert waren noch Überreste davon vorhanden.“ Heut erinnert kein Stein mehr an die Vergangenheit. Für die Wahrscheinlichkeit von dem einstigen Vorhandensein einer Burg auf dem Gradisch spricht übrigens auch der Name des Berges, denn „Gradisch“ heißt so viel als der „Schloßplatz“. Die Burg auf dem Gradisch stammt, wie sich von ihrem Namen schließen

läßt, aus der Zeit der tschechischen Ansiedelung in der Grafschaft Glatz, während die Entstehung des Hummelschlosses zufolge seines anfänglichen Namens „Landsfried“ in die spätere Zeit der deutschen Besiedelung zu versetzen sein dürfte. Den tschechischen Namen Homole, d. h. der Regel, erhielt das Schloß vielleicht am Ende des 14. Jahrhunderts, als Dietrich von Janowitz, der Herr von Nachod, im Besitz desselben war. Der noch jetzt gebräuchliche Name „Hummel“ dürfte mit einer bekannten Sage über die Zerstörung des Schlosses im Zusammenhang stehen; die von Rögler als wahrscheinlich angenommene Zugehörigkeit des Schlosses auf dem Gradisch zur Herrschaft Hummel mag als bloße Vermutung dahingestellt bleiben. Das vermeintliche, vor etwa fünfzehn Jahren an einer Stelle des Berges aufgefundenen Mauerwerk machte einiges Aufsehen. Die genauere Untersuchung ergab indes, daß es Tonschiefer war, der in losen Platten regelmäßig übereinander lag.

Der Name Lewin verrät seine tschechische Herkunft. Das schreibt auch Franz Ludwig in seinem Opus „Die Grafschaft Glatz in Wort und Bild“, dem neuesten Buche über das Glatzer Land. Es ist aber nicht zutreffend, wenn er sagt, daß Lewin zu den „wenigen“ Ortschaften der Grafschaft gehöre, die slavischen Ursprungs sind. Die ältesten Ortschaften an der Heerstraße von Böhmen nach Schlesien sind im Gegenteil bis über Glatz hinaus ihrem Ursprunge nach durchweg slavisch. Von den Verkehrswegen aus Böhmen nach Schlesien ist wohl die Straße durch den Paß von Nachod über Lewin und Meinerz die älteste. Daß dieser beschwerlichere Straßenzug von Westen nach Osten früher als der bequemere von Süden nach Norden in Aufnahme kam, dürfte sich dadurch erklären, daß sich von Königgrätz aus zeitiger als wie von den südlich von Mittelwalde gelegenen Städten ein reger Handelsverkehr entwickelt hatte. Im ehemaligen Hummelbezirk ist nur das erst am Ende des siebzehnten Jahrhunderts entstandene Dorf Kaltwasser von rein deutscher Herkunft. Die Namen aller übrigen Ortschaften weisen auf deren tschechischen Ursprung hin. Schlaneh, früher Slaneh, von slany = gesalzen,*) Brzesowie von brza = die Birke, Sackisch, ursprünglich Zakesse von za keše, d. h. hinter den Sträuchern, Gudowa, früher Chudoba = Armut, Tscherbeneh, einst Čermná von červený = rot, Straußeney, Stroužny von struha, d. h. das Münsal, das kleine Bächlein, Bukowine von buk = die Buche. Bei Jakobowitz ist die Endung „witz“ aus dem slavischen Suffix ovice entstanden, das sich öfters bei Ortsnamen an einen Personennamen angeschlossen findet. Gallatsch von Halešov, urkundlich Haleczov genannt, ist wahrscheinlich ebenfalls von einem Personennamen hergeleitet. Lang, früher Tancov, Tassau, einst Tasov, Dörniskau, ursprünglich auch Dörnikov genannt, weisen mit ihrem Suffix ov auf ihren tschechischen Ursprung hin. Groß- und Klein-Georgsdorf, in der Zeit Georg Podiebrad's

*) Der Ortsname Schlaneh wird auch von Slanský von Dobrawitz, welcher der erste Besitzer des Ortes gewesen sein soll, hergeleitet.

entstanden, hatten ursprünglich die tschechischen Namen Jirkovec veliký und Jirkovec maly. Gellenau, einst Jelenov, stammt von Jelen = der Hirsch, Zärker, früher Jarkov, von Jarek = der Graben, Krzischney, einst Křižanow, von Křiž = das Kreuz. Kuttel wurde ursprünglich Kotel = der Kessel, genannt. Jauernig, einst urkundlich Javornik, kommt von javor = der Ahorn, Nerbotin von nerobotin, d. h. nicht robotpflichtig, Löschney, früher Leseny, auch Liseny von les = der Wald, Tschischney, nach alter Schreibweise Žyžnow, vielleicht von dem gleichbedeutenden Personennamen Žyžnov oder von žižnývi = durstig. Blaschewey kommt von Blažej, wie tschechisch der Name Blasius genannt und geschrieben wird.

Eine einwandsfreie Deutung des Namens Lewin ist nicht vorhanden. Der ursprüngliche Name des Ortes, vielleicht so lange er als Dorf bestand, war Levinice.*) Bereits ums Jahr 1200 soll Levinice bestanden haben. In noch vorhandenen alten Urkunden schrieb man Levin, Löwin, auch Lessin. Wenn man früher „Levin“ anstatt Lewin schrieb, so war die ältere Schreibweise zugleich die richtige, weil im Tschechischen für w stets v gesetzt wird. Inbezug auf den Namen „Lessin“ schreibt Murius, daß man zu seiner Zeit dafür gehalten habe, daß Lessin von den künstlichen hölzernen Löffeln, die von den ersten deutschen Ansiedlern der Stadt verfertigt wurden, abgeleitet worden sei. Der Name „Löwin,“ erklärten einige, sei von einer Löwin hergeleitet, die man einst in den dichten Wäldern der Gegend erlegt habe. Valbin, ein gelehrter Jesuit in Olag, hat den Namen der Stadt von dem tschechischen levi, d. h. links—Linke, hergeleitet. Er hat leider nicht angegeben, welche objektive Beziehung „links“ haben mag. Wenn einst eine Burg an der Moldau Levi-Gradec genannt wurde, so war dieser Name durch den Umstand erklärt, daß die Burg am linken Ufer des Flusses lag. Da bei Lewin ein auf „links“ bezügliches Objekt nicht vorhanden ist, läßt sich die Valbinsche Erklärung nicht ohne weiteres für richtig annehmen. Wenn die Namen der Städte Löwen im Kreise Brieg (dereinst auch Lewin oder Löwin genannt) und Löwenberg vielleicht von dem in ihrem Stadtwappen befindlichen Löwen herzuleiten sind, so ist bei Lewin ein solcher Anlaß nicht vorhanden. Gleichwohl dürfte der Name Lewin von lev, d. h. der Löwe, ebenso berechtigt oder unberechtigt abzuleiten sein, als von levi. Das Warum? bleibt in beiden Fällen eine offene Frage. Obgleich der Ursprung mancher Ortsnamen mit irgend einer Sage im Zusammenhang steht, so ist die sagenhafte Mitteilung von einer in den hiesigen Wäldungen erlegten Löwin kaum zu berücksichtigen. „Löwin“ wie auch „Lessin“ waren wahrscheinlich willkürliche Veränderungen der ursprünglichen Schreibweise von „Lewin“. Lewin mit w anstatt v ist als Verdeutschung des Namens aufzufassen. Wie man den Ort auch immer genannt haben mag, so war die Stammsilbe lev mit dem Appendix in doch

*) Dr. Volkmer, Vierteljahresschrift, Jahrgang VII, Heft 4.

immer vorhanden. Aus allem ergibt sich: Lewin kommt von lev oder levi. Die nähere Begründung fehlt in jedem Falle.

Stadtrecht. Stadtwappen.

Wann und durch wen Lewin Stadtrechte erhalten hat, ist unbekannt. Dr. Mätſſke sagt, daß der Ort wahrscheinlich durch Georg Podiebrad zur Stadt erhoben worden sei.¹⁾ Dieser Vermutung steht aber die Mitteilung des Geschichtsschreibers Hajek²⁾ entgegen, der in seiner böhmischen Chronik sagt, daß Lewin schon im Jahre 1345 in einer Urkunde als Städtlein angeführt sei, während Georg Podiebrad mehr als hundert Jahre später gelebt hat. Wahrscheinlicher ist, daß Lewin wie auch Reinerz unter dem böhmischen Könige Johann von Buzelburg, also zu Anfang des 14. Jahrhunderts, Stadtrechte erhielt; denn dieser König erteilte überhaupt Schlesien und der Grafschaft Glatz wegen seiner politischen Absichten auf diese Länder viele Freiheiten, um sich die Liebe der Städte zu erwerben.³⁾

Das alte Stadtwappen bestand in vier starken, parallel laufenden Strichen, von denen der vierte etwas kürzer war. Die Streifen sollten Mauern bedeuten und die ehemalige Größe der Stadt bezeichnen, die nach einer früheren, jedoch ganz unwahrscheinlichen Sage, einst einen viel bedeutenderen Umfang gehabt haben soll. Bei dem hussitischen Einfall (1428) soll, schreibt Murius, das Stadtsiegel mit dem Wappen von den Ratmännern, bevor sie sich flüchteten, in einen Brunnen geworfen worden sein, aus dem sie es bei ihrer Rückkehr wieder hervorholten. Das alte Wappen wurde im vorborigen Jahrhundert in das gegenwärtige umgeändert. Dasselbe zeigt auf seinem Schilde drei übereinander aufsteigende Zinnenreihen. Es ist ganz unbekannt, welche Beziehung das Wappenbild haben mag.

Die Hexe von Lewin.

Die unheimliche Sage von der Hexe in Lewin erzählt zuerst Hajek in seiner böhmischen Chronik, die von Murius ins Deutsche übersetzt worden ist.

Dieselbe ist wiederholt veröffentlicht worden.⁴⁾ Sie ist ein Beitrag der Unwissenheit und des Aberglaubens in alter Zeit und darf in der Chronik von Lewin nicht unbeachtet gelassen werden. Die deutsche Übersetzung von Murius hat folgenden Wortlaut.

„Im Jahre 1345 hat sich in dem Städtlein Lewin eine schreckliche Historie zugetragen. Es war darin ein Töpfer mit Namen Duchacz, welcher ein Weib hatte, die hieß Brodka und war voll teuflischer Zauberei. Als dies bekannt wurde, ermahnten sie die Priester, von solchem bösen Tun abzulassen. Nun trieb sie es zwar

¹⁾ Vierteljahrschrift Jahrgang VIII, Heft 1.

²⁾ Er starb als Probst in Altbunzlau im Jahre 1552.

³⁾ Schluß, Beiträge zur Beschreibung Schlesiens.

⁴⁾ Vierteljahrschrift Jahrgang III, Seite 370 von Dr. Gohaus.

nicht mehr öffentlich, wohl aber geheim. Da begab es sich plötzlich, als sie ihre Geister zusammen gerufen, daß sie eines unerwarteten Todes starb. Niemand wußte zu sagen, ob sie von den bösen Geistern umgebracht, oder sonst verstorben sei. Deshalb wollte man sie unter frommen Christen nicht begraben, sondern man verbrannte sie an einem Scheidewege. Bald wurde verspürt, daß sie umging, zu den Hirten auf dem Felde kam, sich in allerlei Tiergestalten verwandelte, die Hirten erschreckte, das Vieh verjagte und nicht wenig Bekümmernis verursachte. Bisweilen ließ sie sich auch noch in ihrer Gestalt, als sie lebte, sehen, kam so ins Städtlein Lewin und in die Dörfer, in der Leute Häuser unter mancherlei Gestalten, redete mit den Leuten, erschreckte sie und brachte manche sogar ums Leben. Da vereinigten sich die Bürger und Bauern und ließen die Leiche durch einen hierzu tüchtigen Mann ausgraben. Da konnten alle anwesenden Menschen sehen, daß sie die Hälfte des Schleiers, den sie auf dem Kopfe gehabt, in sich hineingewürgt hatte. Derselbe wurde ihr ganz blutig aus dem Halse gezogen. Hierauf ließ man ihr durch die Brust einen eichenen Pfahl schlagen. Bald floß ihr das Blut aus dem Leibe wie aus einem Rinde, daß sich alle verwunderten. Dann wurde sie wieder verscharrt. Aber nach kurzer Zeit ließ sie sich wieder sehen, öfters als zuvor, erschreckte und tötete die Menschen und sprang mit den Füßen auf den Leichen herum. Deshalb wurde sie noch einmal ausgegraben und gefunden, daß sie den Pfahl aus dem Leibe gezogen hatte und in den Händen hielt. Hierauf wurde sie mit dem Pfahle verbrannt und die Asche im Grabe verscharrt. Zwar sah man an der Stelle nach etlichen Tagen einen schrecklichen Wirbelwind, die Geze aber nie wieder.“

Bauart, Größe und frühere Bewohner.

Zu seiner anfänglichen Bauart mag sich Lewin natürlich von einer anderen Stadt slavischen Ursprungs nicht unterschieden haben. Eine ordnungslose Aufstellung hölzerner Häuser, die weder Straßen noch Plätze bildeten, war der ursprüngliche Typus slavischer Städte. Mit der Ansiedelung deutscher Bewohner mag auch Lewin nach und nach in seiner Bauart deutsches Gepräge gewonnen haben, so daß wenigstens ein Marktplatz mit aneinandergereihten Häusern entstanden ist. Eine Straße oder Gasse mit regelmäßigen Häuserreihen besitzt Lewin heute noch nicht.

Im Jahre 1793 schreibt Rögler über die frühere und damalige Größe der Stadt: „Das Städtchen Lewin soll nach alten Traditionen früher größer gewesen sein und mehr Häuser in sich gefaßt haben, aber gleich vielen anderen Ortschaften bei den Einfällen der Hussiten ganz und gar verwüstet und die Einwohner zerstreut worden sein. Gegenwärtig (1793) besteht dieser Ort aus elf öffentlichen Gebäuden, 160 Bürgerhäusern und acht kleinen Wohngebäuden, die zu gewissen Bürgerhäusern gehören, vier einzelnen Scheuern und vier noch wüsten Stellen, worauf die Bürgerhäuser seit 1750 eingegangen sind. Von

den Häusern sind 33 massiv gebaut und 30 mit Ziegeln, die übrigen sind von Schrottholz und mit Schindeln gedeckt. Die Häuser am Ringe haben alle zwei Stockwerke, die in den Gassen fast alle nur ein Stockwerk. Früher waren die, welche am Ringe standen, nach alter Bauart von Holz und mit Lauben versehen; nach dem Brande von 1772 sind sie ohne Lauben, massiv und mit Schindeln bedeckt, erbaut worden, so daß der Ort ein ziemlich gutes Ansehen hat.“

Die frühesten Bewohner von Lewin waren Tschechen. Die Ansiedelung der Deutschen vollzog sich hier langsamer als in der Nachbarstadt Reinerz. Dafür spricht die ehemalige Wohnheit, den östlichen Teil des Hummelbezirkes die deutsche und den westlichen Teil die böhmische Seite zu nennen.

Zu Ende des 16. Jahrhunderts ist der größere Teil der hiesigen Bewohner noch tschechisch gewesen, denn das Stadtbuch vom Jahre 1580 — das älteste hier vorhandene Schriftwerk — ist mehr in böhmischer als deutscher Sprache geschrieben. Die älteste Notiz über die Zahl der hiesigen Bewohner findet sich im Urbarium vom Jahre 1611. Das Städtchen hatte damals 543 Seelen. Das Urbarium von 1750 gibt die Bewohnerzahl auf 801 und Kögler im Jahre 1793 auf 1054 Köpfe an.

Besitzer der Stadt.

Lewin war bis zum Jahre 1595 Mediatstadt und gehörte mit Reinerz und 21 Dörfern zur Herrschaft Homole. Daher heißt es auch in alten Urkunden: „Lewin, in der Herrschaft Hummel gelegen“. Das Gebiet dieser Herrschaft hatte eine ansehnliche Ausdehnung. Es reichte östlich bis Rückers, westlich bis nach Schlaney, nördlich bis an die Heuscheuer und südlich bis an die hohe Menze und die Seefelder. Die Besitzer der Herrschaft waren natürlich Vasallen der Könige von Böhmen. König Georg Podiebrad löste die Herrschaft Homole im Jahre 1454 von dem damaligen Besitzer Wilhelm Kruschna von Leuchtenberg für sich ein. Von 1477 ab waren die Kauffunge Erbherrn des Schlosses Hummel, von denen Siegmund von Kauffung der letzte und ein berühmter Raubritter und Wegelagerer war. Er kündigte sogar seinem Könige Ferdinand I. Gehde an, was sowohl seine Macht als auch seinen Übermut beweist. Es erging ihm jedoch schlecht; er wurde gefangen und zu Wien enthauptet. Die Herrschaft Hummel aber wurde als verwirktes Lehen eingezogen.*) Darauf wechselte der Besitz der Herrschaft noch mehrmals, bis im Jahre 1561 Kaiser Ferdinand I. mit der ganzen Grafschaft auch den Hummel von dem Herzoge Ernst von Baiern einlöste. Sein Sohn, Kaiser Maximilian II. verpfändete jedoch die Herrschaft 1567 schon wieder an Hans von Stubendorf, von dessen Sohne sie Kaiser Rudolf II. im Jahre 1595 abermals für die kaiserliche Kammer einlöste. Die Reinerzger,

*) Wedekind, Geschichte der Grafschaft Glatz.

Lewiner und die zur Herrschaft gehörenden Dorfschaften schenkten ihm dazu 5000 Gulden, wogegen sich der Kaiser verbindlich machte, daß sie von nun an immer zur k. k. Kammer gehören sollten. Das ist nun auch immer der Fall gewesen, obgleich die Städte Lewin, Reinerz, Gabelschwerdt und Landeck die Zusicherung, niemals verkauft oder verpfändet zu werden, wie auch die Bestätigung ihrer Privilegien im Jahre 1658 von Kaiser Leopold I. nochmals um den Preis von 4000 Gulden erkaufen mußten. Der betreffende kaiserliche Konfirmationsbrief befindet sich im rathhäuslichen Archiv zu Reinerz. Eine Abschrift davon ist in Lewin vorhanden.

Stadt-Verwaltung.

Das Recht der freien Ratswahl gehörte zu den Grundzügen der Städteverfassung nach deutschem Rechte. Lewin erhielt dieses Recht erst durch ein Privilegium Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1629. In diesem Jahre wurden der Stadt ihre früheren Freiheiten und Rechte mit Hinzufügung dieses neuen Privilegiums erneuert. In der betreffenden Urkunde heißt es:

„Ferner begnaden Wir Unser Städtel Lewin mit einer freien Ratswahl dergestalt, daß solche Wahl alle Jahre und jedesmal im Beisein Unsers Landeshauptmanns daselbst vorgenommen und demselben die Namen der erwählten Personen ordentlich eingehändigt und solche Uns alsdann von ihm zu Unserer Ratification und weiteren Resolution mit Gutachten überschickt werden.“

Früher wurde der Stadtrat durch den kaiserlichen Landeshauptmann in Glatz oder, so lange die Stadt den Besitzern des Stummels gehörte, von diesen ernannt. Die bekannten Namen hiesiger Bürgermeister aus der frühesten Zeit bis zur Erteilung jenes Privilegiums sind; Georg Stanke um 1580, Johann Reschirsch um 1588, Johann Duchatsch um 1592, Urban Kasper um 1595, Johann Neumann um 1597, Adam Fuhrmann 1599, Jakob Stanke 1600, Martin Albrecht 1601, Martin Krause 1603, Adam Jansen 1605, Josef Neumann 1609, Adam Bernatschke 1614, Christoph Weigang 1616, Georg Moser 1619, Adam Stanke 1623, Michael Kniebisch 1628.

Die Ratswahlen wurden aufgrund des erteilten Privilegiums bis zum Jahre 1666 meist alljährlich im Beisein der Landeshauptmannschaft entweder in Lewin, zuweilen auch in Reinerz, seltener in Glatz vorgenommen. Das Ratspersonal bestand aus folgenden Personen: dem Primas, dem ersten und zweiten Bürgermeister und drei Ratmännern. Einer von den Ratmännern war zugleich Stadtschreiber. Zum Primas wurde in der Regel der vorjährige erste Bürgermeister ernannt. Sein Posten war ausschließlich eine Ehrenstellung; er hatte in den Ratsversammlungen den ersten Platz und war von jeder Besorgung eines städtischen Verwaltungszweiges entbunden. Nach der vollzogenen Ratswahl erfolgte jedesmal durch den neuen Ortsvorstand die Wahl der Gemeinde- und

Bechältesten, die an allen wichtigen Beratungen in städtischen Angelegenheiten teilnehmen durften. Die jährlichen Ratsrenovationen verursachten dem Städtchen nicht unerhebliche Kosten. Am billigsten kam die Stadt davon, wenn die Ratserneuerung in Glatz vorgenommen wurde, obgleich sich die Auslagen immer auf mehr als 70 Gulden beliefen; denn dem sämtlichen Personal der Landeshauptmannschaft, vom Landeshauptmann bis zum Kanzlisten herab, wurden sogenannte Ehrengeschenke, „nicht aus Schuldigkeit, sondern aus Discretion“ — wie man sagte — verehrt. Fand die Ratsrenovation hier oder in Reinerz statt, so traten zu diesen Auslagen noch die Kosten eines Festessens. Der Frau Landeshauptmännin, die den Herrn Gemahl ganz zuverlässig begleitete, wurde jedesmal ein Schock von der feinsten Weinwand präsentiert. Die Ratsrenovation vom Jahre 1658 kostete beispielsweise die Stadt 241 Gulden. Wurde die Erneuerung des hiesigen Rats mit der Ratswahl in Reinerz gemeinschaftlich vorgenommen, so trug Lwzin nach einem getroffenen Übereinkommen zu den Kosten des Festmahles ein Drittel bei. Die Ratserneuerung vom Jahre 1659, die in Reinerz stattfand, verursachte der Stadt einen Kostenaufwand von 145 Gulden. Im Jahre 1666 wurde von den Magisträten der Königl. Städte Habelschwerdt, Wünschelburg, Landeck, Reinerz und Lwzin ein Gesuch um Abstellung der jährlichen Ratswahlen an den Kaiser gerichtet, infolge dessen durch ein kaiserliches Reskript diesen Städten für die Ratserneuerung die Einführung eines dreijährigen Turnus bewilligt wurde. Dabei blieb es bis zur Besiznahme Schlesiens und der Grafschaft Glatz durch Friedrich den Großen im Jahre 1742.

Die Namen der hiesigen Bürgermeister seit der Erteilung des Privilegiums der freien Ratswahl bis zum Antritt der preussischen Herrschaft sind: Johann Härtel um 1630, Kaspar Neumann um 1636, Johann Fißke um 1638, Georg Hänlein um 1642, Matthias Taubitz um 1647, Johann Walther um 1656, Georg Stanke um 1660, Johann Vernatschke um 1665, David Peschtrich um 1670, Adam Stanke um 1678, Kaspar Kleinwächter um 1682, Konstantin Stieff um 1692, Heinrich Stanke um 1700, Adam Johann Lorenz um 1704, Johann Franz Mlahr um 1717, Johann Heinrich Peschke um 1738, Johann Christoph Caspar um 1740.

Nachdem Schlesien und die Grafschaft Glatz in preussischen Besiz gekommen waren, wurde den Städten die freie Ratswahl entzogen, die Magisträte wurden verändert und die Verwaltung der Breslauer Kammer übergeben. Das hiesige Ratskollegium wurde am 17. Februar 1746 entlassen und ein neues ernannt, das aus sieben Personen bestand. Durch das der Stadt im Jahre 1751 von der Königl. Kriegs- und Domänenkammer vorgeschriebene rathäusliche Reglement wurden die Angelegenheiten der städtischen Verwaltung nach neuen Grundsätzen geregelt. Das Ratskollegium bestand von jetzt ab nur aus vier Personen: dem Konsul-Dirigens,

dem Prokonsul, der zugleich Rämmerer war, einem Senator und dem Stadtschreiber, jedoch mit dem Vorbehalt, nach Bedürfnis einen oder mehrere Supernumerarien ins Kollegium zu setzen. Die ordentlichen Ratsmitglieder waren besoldet. Der Konsul-Dirigens und der Prokonsul erhielten jeder 50 Taler, der Senator 10 Taler, der Stadtschreiber 46 Taler 16 Groschen jährliches Gehalt. Außerdem bezog der Letztere von den einkommenden Sporteln die Hälfte; das Übrige wurde unter die anderen Ratsmitglieder so verteilt, daß der Dirigens zwei Teile und die beiden anderen den Rest bekamen. Die Sporteleinnahme war gering. Im Jahre 1784—85 betrug sie 168 Taler 19 Groschen, und das war gegen andere Jahre ein sehr günstiges Ergebnis, denn 1781—82 wurden beispielsweise nur 55 Taler 23 Groschen vereinnahmt. In früherer Zeit waren die Ratspersonen unbesoldet; sie bezogen nur — nach welchem Verteilungsmodus ist nicht bekannt — die Sporteln und erhielten aus dem Brauwar die sogenannten Magistratsbiere. Als jedoch der Magistrat fixiert wurde, mußte er auf diese Biere zu Gunsten der Rämmererkasse Verzicht leisten. Von allen öffentlichen Personallasten, z. B. Wachen und dergl. waren die Magistratspersonen auch in früheren Zeiten schon befreit gewesen. Das Servis-Reglement vom Jahre 1742 befreite den Konsul-Dirigens, den Prokonsul und Stadtschreiber auch von allen militärischen Einquartierungen. — Das rathäusliche Reglement vom Jahre 1751 bestimmte an zwei Wochentagen, Dienstag und Freitag, ordentliche Magistratsitzungen. Wer in der Sitzung zu spät erschien oder ohne Entschuldigung ausblieb, wurde mit 4 resp. 8 Groschen bestraft. Die Straf gelder wurden der Armenkasse zugewiesen. Zur Beratung wichtiger Stadtangelegenheiten wurden, wie dies auch schon in alter Zeit der Fall war, die Stadtgeschworenen und Gewerksältesten herangezogen. Von der Ratsmembris hatte der Konsul-Dirigens die Justiz, der Prokonsul das Polizei- und Kassenwesen, der Senator die Hospitalverwaltung, das Armen-, Forst- und Bauwesen zu respizieren. Der Stadtschreiber besorgte die rathäusliche Registratur und außerdem das Servis- und Einquartierungswesen. Veränderungen in der Verteilung der verschiedenen Departements durften nicht willkürlich vorgenommen werden. Die Bürgermeister von jener Zeit ab bis zur Einführung der Städteordnung waren: Josef Kirchner, Franz Stieff, Franz Goch, Anton Franz, Heinrich Geier und Ernst Gabrique.

Stadt-Gerechtigkeiten.

Das Ansehen und die Bedeutung der Städte des Mittelalters wuchs, je mehr Privilegien sie von wohlwollenden Landesherrn geschenkt erhielten, oder durch Kauf in ihren Besitz brachten. Auf solche Weise war auch Leoben schon in den frühesten Zeiten in den Besitz ursprünglich landesherrlicher Regalien gekommen. Auf das Alter derselben läßt sich annähernd ein Schluß ziehen aus einem

im städtischen Archiv vorhandenen Konfirmationsbriefe des glazischen Landeshauptmanns Melchior von Rechenberg vom Jahre 1599. Laut dieser Urkunde erschienen vor dem genannten Landeshauptmann der Bürgermeister und Rat der Stadt Lewin und baten um die Erneuerung und Konfirmation der Freiheiten und Privilegien, welche die Stadt schon vor hundert und mehr Jahren genossen habe, da die darüber erteilten brieflichen Urkunden vor vielen Jahren durch Krieg und Feuersnot verloren gegangen waren. Die Stadtgerechtigkeiten, welche teils in dieser Urkunde konfirmiert, teils erst später erworben worden, waren folgende: Die Braugerechtigkeit, das Branntweinurbar, das Recht der Zünfte, der Kuchen- und Tuchscheerladen, das Marktrecht, das Recht des Salzverkaufs, des Weinschanks, der Badstube, der Standmäßigkeit, das Jagd- und Fischrecht, die Obergerichte und die freie Ratswahl. Infolge der Beteiligung an dem im Jahre 1618 ausgebrochenen Aufstande in Böhmen wurden der Stadt Lewin und den andern Städten der Grafschaft die seither genossenen Freiheiten und Rechte im Jahre 1622 entzogen; allein „aus Rücksicht auf die Rückkehr der Bewohner zur katholischen Kirche und wegen ihrer Neue und flehentlichen Witten“ erneuerte Kaiser Ferdinand II. schon 1629 der Stadt ihre alten Privilegien, welche Ferdinand III. im Jahre 1646 abermals bestätigte. Von dem 1629 neu erteilten Rechte der freien Ratswahl war bereits die Rede und von den Obergerichten wird in einem besonderen Abschnitte gehandelt werden; dagegen soll das weitere von den übrigen Stadtgerechtigkeiten hier folgen:

1. Die Braugerechtigkeit, welche die Stadt aufgrund erteilter Privilegien und eines vorhandenen Konfirmationsbriefes d. d. Glaz den 19. Juli 1597 ehemals titulo oneroso käuflich erworben hatte, wurde von derselben gegen ein gewisses Kaufgeld an verschiedene Häuser erblich abgetreten. Eine solche Braugerechtigkeit wurde, wie aus dem Stadtbuche von 1640 zu ersehen ist, gewöhnlich um den Betrag von 40 Schoß Meißnisch verkauft. Seit dem Jahre 1750 zählte die Stadt 54 brauberechtigte Häuser. Die brauberechtigten Bürger exerzierten die ihnen zustehende Gerechtigkeit reihenweise, jedoch so, daß nach einer alten Übereinkunft immer deren drei nach einer entworfenen Verlosung ein ganzes Gebräu, das 60 Eimer enthielt, durch dreimaliges Brauen übernahmen. Natürlich erforderte der Turnus immer mehrere Jahre. Die Braupfanne war ursprünglich landesherrliches Eigentum. Im Jahre 1665 wurde, weil sie ganz unbrauchbar geworden war, aus kaiserlichen Rentamtsmitteln eine neue beschafft. In Rücksicht auf die erhebliche Ausgabe verpflichtete sich die Brau-Kommunität freiwillig durch einen Revers, anstatt den seither entrichteten 32 Kreuzern fortan 48 Kreuzer Pfannengeld von jedem Gebräu an das kaiserliche Rentamt zu zahlen. Im Jahre 1685 erkaufte die Stadt die Braupfanne von der kaiserlichen Alienations-Kommission um den Preis von 766 Gulden 40 Kreuzer. Nachdem dieselbe durch den Stadt-

brand im Jahre 1703 ganz unbrauchbar geworden war, wurde für den Preis von 599 Gulden eine andere angeschafft. Dieselbe war aus einer Brauerei der böhmischen Herrschaft Reichenau erkauf worden und nicht mehr neu. Das übliche Pfammengeld mußte, seit die Stadt die Besitzerin der Braupfanne war, zur Rämmereikasse gezahlt werden. Obschon in neuerer Zeit diese Abgabe wieder für die Rentamts-Kasse in Anspruch genommen wurde, so konnte jedoch dieser Anspruch aufgrund des Urbariums von 1750 als ein unbegründeter leicht zurückgewiesen werden. Die brauberechtigten Bürger schenkten das Bier entweder in ihren Häusern selbst aus, oder sie ließen es in die öffentlichen Wirtshäuser ausschroten. Gesah das Letztere, so mußten von jedem Mätel 6 Kreuzer Zapfen- oder Ausschrotgeld an die Rämmereikasse gezahlt werden. Außerdem wurde von jedem Scheffel Malz eine Meze als landesherrliche Abgabe ins kaiserliche Rentamt in Olaz nach Verhältnis der Getreidepreise verrechnet und nach Ablauf des Jahres bezahlt. Während andere Städte der Grafschaft im Jahre 1685 durch die kaiserliche Alienations-Kommission sich von der Malzmeze ablösten, verabsäumte Lewin, sich von dieser Abgabe zu befreien. In neuerer Zeit wurde die Malzmeze das Objekt eines Prozesses mit Sirus. — Bis zum Jahre 1746 wurden jährlich drei Gebräu Bier vom Magistrat gezogen. Nachdem demselben aber fixes Einkommen stipuliert worden war, wurden diese Biere nach einer den Getreidepreisen entsprechenden Tage zum Ausschank im Rathaus-Schanzlokale verpachtet. Dasselbe geschah auch mit dem Biere, das dem brauberechtigten Rathause zufiel. Seitdem 1765 die hiesige Schützengilde errichtet worden war, bezog auch diese noch jährlich ein Gebräu, das Königsbier genannt, das in der Regel ebenfalls verpachtet wurde. — Das Krugverlags- oder Bierausschrotrecht, d. i. das Recht, Bier in Fässern nach auswärts zu verkaufen, war sehr beschränkt. Nur die beiden Rämmereidörfer Krzischney und Kuttel waren verpflichtet, ihren Bierbedarf aus Lewin zu entnehmen; die Kammerdörfer Kaltwasser und Dörnifau hatten die freie Wahl zwischen Reinerz und Lewin. Im Jahre 1749 betrug der Ausschank nach diesen Dörfern etwa 18 Mätel. Ob die andern Ortschaften der Umgegend gezwungen waren, das Bier von irgend einem bestimmten Orte zu beziehen, oder ob dies in ihrem Belieben stand, läßt sich nicht ermitteln. Wahrscheinlich sind die herrschaftlichen Brauereien in Tscherebeney und Gellenau in dieser Hinsicht privilegiert gewesen. — Ob das Lewiner Bier in der Zeit der Reihenbrauerei jemals einen guten Ruf gehabt haben mag, ist nicht überliefert worden. Das Gegenteil ist der Fall, was sich aus zwei vorhandenen Schriftstücken vom Jahre 1797 ergibt. Es ist deshalb leicht begreiflich, daß manche Lewiner ihrer besseren Geschmacksrichtung mit fremden Bieren Rechnung zu tragen suchten. Wir haben für eine Beschränkung der persönlichen Freiheit in dieser Beziehung kein Verständnis; aber über die Art und Weise, in der unsere guten Voreltern öfters ihre Bier-

gelage feierten, können wir ihnen freilich keine Lobrede halten. Das nähere enthalten die beiden vorhandenen Schriftstücke. Das eine ist der Extrakt aus einem über die Beschaffenheit der Polizei zu Lewin abgefaßten Protokolle und enthält die Denunziation eines brauberechtigten Bürgers, das andere ist die darauf erlassene Verfügung des Kriegsrats Schröder in Glaz an den denunzierten Magistrat von Lewin. Der Auszug aus dem Protokolle lautet:

„Ferner zeigt er (der brauberechtigte Bürger) an, wie so außerordentlich schlechtes Bier am Orte sei, so fast gar nicht zu trinken, und die Bürgerschaft sehr darunter leide, der Magistrat dagegen in den Gliedern des Herrn Bürgermeisters Franz und dem Herrn Rämmerer Krüger, auch der Herr Accise-Einnehmer, ferner die Gebrüder Kaufleute auch sich solches aus Böhmen über Gießhübel und von anderen Orten herkommen lassen, solches theils zu Hause, jeder für sich, theils auch gemeinschaftlich in der sogenannten Johanneskapelle verzehren und dort ganze Nächte hindurch, bis früh um 3 Uhr beisammen sitzen, auch sich der Herzen auf dem Altar statt der Lichter in der Nacht bedienen. Da er nun auch ein brauberechtigtes Haus habe, das Brauwesen aber sehr schlecht gehet, so wünsche er, diese Gerechtigkeit verkaufen zu können und sich nur als Kleinbürger durch seine Profession zu nähren“.

Die darauf erlassene Verfügung hat folgenden Wortlaut:

„Aus angeschlossenem Extrakt eines über die Beschaffenheit der Polizei zu Lewin abgehaltenen Protokolls wird ein löblicher*) Magistrat des mehreren ersehen, daß das Bier gegenwärtig dort in solcher schlechter Beschaffenheit, daß solches gar nicht trinkbar ist, verschiedene Glieder eines löblichen Magistrats aber zum größten Nachtheil der dortigen Braunahrung sich das zu ihrer Conjunction erforderliche Bier aus dem böhmischen Gießhübel kommen lassen, ja sogar zum größten öffentlichen Ärgernis es in der Kapelle bei Altarlichtern ganze Nächte durch zu sich nehmen, welches unter gesitteten Menschen wohl unerhört ist. Ein löblicher Magistrat hat sich über diese Anzeige forderjamst zu verantworten und in continenti bei der empfindlichsten Strafe dafür zu sorgen, daß trinkbares Bier im Orte verschaffet werde, sonst ich solches von hiesiger Taberne auf seine Kosten dorthin bringen lassen werde, als welches gewiß künftig, wenn wieder schlechtes Bier dort vorhanden sein sollte, ohne weitere Umstände geschehen wird“.

Glaz, den 21. September 1787. Schröder.

2. Das Branntweinurbar war eine der Stadt zustehende Gerechtigkeit, welche sie ebenfalls, laut Urbarium, käuflich erworben hatte. Die Benutzung derselben stand nur der brauberechtigten Bürgerschaft gegen Entrichtung einer bestimmten jährlichen Abgabe in die Rämmereikasse zu. Außerdem mußte jeder Bürger, der die Branntweinbrennerei betrieb, von jedem Scheffel Branntweinschrot

*) „Löblicher“ Magistrat? Der Herr Kriegsrat war sehr nachsichtsvoll.

außer der gewöhnlichen Branntweinaccise noch eine Tranksteuer von 9 Kreuzern an das Kaiserliche Rentamt in Olaz zahlen, die vom hiesigen Zolleinnehmer eingenommen und an die Rentamtskasse abgeführt wurde. Es sind noch mehrere Häuser bekannt, bei denen in früherer Zeit die für die Branntweimbrennerei nötigen Einrichtungen vorhanden waren. Die kleinen Betriebe sind längst eingegangen.

3. Die Zünnungen, Gilden oder Zünfte waren im Mittelalter von großer Wichtigkeit für das Aufblühen der Städte. Alle Handwerker, die einerlei Beschäftigung hatten, verbanden sich innig mit einander, und diese Verbindungen nannte man Zünnungen. Das Recht, dieselben als Korporationen anzuerkennen, übte vorzugsweise der Landesfürst, der sie auch mit mancherlei Privilegien ausstattete.

Durch welchen Landesherrn die hiesigen Zünnungen zuerst anerkannt und privilegiert worden sind, ist nicht bekannt. Laut des Konfirmationsbriefes vom Jahre 1599 gehörten die Handwerks-gerechtigkeiten zu den alten hiesigen Stadtrechten. Die Zünnungen hatten beim damaligen Landeshauptmann Melchior von Rechenberg die Bestätigung und Erneuerung ihrer, wahrscheinlich durch Krieg oder Feuer verloren gegangenen Privilegien nachgesucht und erhalten. Diese Bestätigungsurkunden sind nicht mehr vorhanden, jedoch ist in späteren Urkunden Kaiser Ferdinand III. vom Jahre 1654, durch welche den hiesigen Zünften ihre früheren Artikel, Handwerksordnungen und Freiheiten aufs neue bestätigt, vermehrt und verbessert wurden, darauf Beziehung genommen. Die Zünnungsordnungen vom Jahre 1654 sind in ihren einzelnen Artikeln nur nach Maßgabe der eigenthümlichen Verhältnisse der verschiedenen Zünnungen von einander abweichend. Sie werden zwar in den Zünnungsladen gut aufbewahrt, jedoch dürfte sie vielleicht mancher Handwerksmeister noch nicht gelesen haben, weshalb beispielsweise die wichtigsten Artikel aus der Zünnungsordnung der Schneiderzunft wenigstens den Inhalte nach hier eine Stelle finden mögen.

Artik. 1. Niemand durfte künftig in die Zunft aufgenommen werden, wenn er nicht der römisch-katholischen Religion zugetan war.

Artik. 2. Jeder Meister hatte sich eine Muskete und ein Seitengewehr anzuschaffen, um im Falle der Noth gegen die Feinde des Königs davon Gebrauch zu machen.

Artik. 3. Jeder hatte zum Zwecke seiner Aufnahme als Meister den Beweis seiner ehelichen Geburt und der ausgestandenen, nach Gewohnheit des Handwerks festgesetzten Lehrzeit beizubringen. Im Beisein der Zünnungsaltesten mußte er sein Meisterstück machen und dieselben während der Zeit mit Speise und Trank versehen. Nach erfolgter Aufnahme hatte er ins Handwerk zu geben: 2 Pfund Wachs, zwei ungarische Gulden und ein Achtel Bier. Den Meistern mußte er ein Essen machen. Vom Gelde waren zwei Groschen an die Kirche (bei den anderen Zünften bestand diese Abgabe nicht) und zwei Groschen an den Kreisvogt zu entrichten. Meistersöhne oder

solche, die eines Meisters Tochter oder Witwe zur Ehe nahmen, zahlten nur die Hälfte des Geldes, mußten sich jedoch den anderen Bedingungen unterwerfen.

Artik. 4. Die beiden Ältesten hatten jährlich zwei andere an ihre Stelle in Vorschlag zu bringen, die vom Stadtrat bestätigt und bereidet wurden.

Artik. 5 und 6 handelten von der Morgensprache.¹⁾ Keiner durfte dieselbe versäumen; der Ausbleibende sollte nach Erkenntnis des Handwerks gestraft werden. Waffen durften in die Morgensprache nicht mitgebracht werden. Niemand durfte sich in diesen Versammlungen einer Ausschreitung, weder in Worten noch in Werken, schuldig machen. Ohne Erlaubnis des Ältesten durfte keiner das Wort ergreifen. Wer sich ohne Genehmigung aus der Morgensprache entfernte, wurde mit einem Stein²⁾ Wachs bestraft.

Artik. 7. Wer des Handwerks Heimlichkeiten offenbarte, wurde von der Morgensprache und anderen Unterredungen über das Handwerk ausgeschlossen und mußte während der Versammlungen vor der Tür stehen.

Artik. 8. Alle Quartember war eine Zusammenkunft der Meister, bei welcher jeder in die Zunftkasse 4 Heller zu zahlen hatte.

Artik. 9. Jede bestellte Arbeit war vor ihrer Ablieferung den Handwerksmeistern vorzuzeigen. Übertretungen dieser Bestimmung wurden mit 1 Pfund Wachs bestraft.

Artik. 10. Kein Meister durfte dem andern sein Gesinde abhalten. Strafe: 1 Pfund Wachs.

Artik. 11. Kein Meister durfte einem andern eine Arbeit entziehen. Strafe: 1 Pfund Wachs.

Artik. 12. Niemand durfte ein neues Kleidungsstück auf dem Trödelmarkt verkaufen. Die Handwerksmeister hatten das Recht, das Kleidungsstück wegzunehmen und dem unbefugten Händler die Strafe von einem Stein Wachs aufzuerlegen.

Artik. 13. Jeder Schneiderknecht soll seinem Meister am Montage arbeiten; wer ohne Erlaubnis feiert, soll die ganze Woche feiern.

Artik. 14. Alle 14 Tage sollen die Gesellen zur Lade gehen und darauf zum Biere, aber nicht mehr vertrinken als einen Groschen.

Artik. 15. Kein Meister durfte ohne Vorwissen der Zunft einen Jungen ins Handwerk aufnehmen. Strafe: 1 Stein Wachs. Jeder von einem Meister aufgenommene Junge hatte den Nachweis seiner ehelichen Geburt beizubringen, 2 Schock Geld ins Handwerk zu erlegen und 4 Jahre zu lernen. Zahlte er Lehrgeld, so lernte er nur zwei Jahre und entrichtete an die Zunft 6 Schock. Kein Meister durfte zwei Jungen auf einmal in die Lehre nehmen; innerhalb zwei Jahren durfte er auch keinen neuen Lehrling aufnehmen.

¹⁾ So nannte man die vormittäglichen Zusammenkünfte der Handwerksmeister zur Beratung ihrer Zunftangelegenheiten.

²⁾ Fünf Stein = 1 Zentner.

Artik. 16. Einen verstorbenen Meister mußten die Jüngsten zum Grabe tragen. Kein Mitmeister durfte sich ohne redliche Ursache zur Vermeidung von Strafe der Grabebegleitung entziehen.

Artik. 17. Die hinterlassene Witwe eines Mitmeisters durfte das Handwerk weiter betreiben, jedoch mußte sie jährlich einen Groschen in die Beche zahlen und mit Wissen der Handwerksmeister einen solchen Gesellen halten, der ohne Nachteil des Handwerks seine Arbeit leisten konnte.

Artik. 18. Innerhalb einer Meile durfte kein Schneider arbeiten, wenn er nicht Beche und Zimung mit den anderen Meistern hielt. Wer darüber betroffen wurde, dem wurden mit Hülfe der Gerichte Waren und Werkzeug genommen und hatte derselbe 10 Schock Strafe ins Rentamt nach Glas zu entrichten.

Diese Zimmungsartikel blieben maßgebend bis 1731 resp. 1739, in welchen Jahren Kaiser Karl VI. durch den Erlaß eines General-Handwerkpatents und der General-Zunftartikel die alten Bestimmungen modifizierte und erweiterte. In Lewin befanden sich von jeher fünf privilegierte Zünfte: die Schuhmacher-, Fleischer-, Bäcker-, Schneider- und Schmiedezunft. Mit der letzteren waren schon früher die Schlosser, die Tischler, Stellmacher und Wöttcher verbunden. Die drei ersten Zünfte besaßen die Bankgerechtigkeit. Dieselbe bestand in der Berechtigung zum öffentlichen Verkauf der Handwerkszeugnisse. Die Plätze, auf denen die Waren zum Verkauf ausgelegt wurden, waren ursprünglich Tische oder Bänke; deshalb gab es Schuhbänke, Fleischbänke, Brotbänke. Die Inhaber von Bänken hatten eine gewisse Abgabe an den Landesfürsten zu entrichten. In vielen Fällen waren jedoch diese Einkünfte den Städten vom Landesherrn überlassen worden. So war es auch in Lewin, denn die betreffenden Zimmungen hatten von ihren Bänken eine festgesetzte Abgabe an die Räumerei zu entrichten. Die Schuhmacherzunft hatte acht Bänke, und es durften deshalb nur acht Meister in die Zimung aufgenommen werden. Die Fleischer- und Bäckerzunft besaßen jede sechs Bänke und demnach auch nur so viel Meister. Die Schneider- und die Schmiedezunft durften so viel Meister zur Zimung aufnehmen, als ihnen beliebte. Die hier privilegierten Bänke waren nur selten alle mit Meistern besetzt. Nach einer Nachweisung des Magistrats vom Jahre 1724 befanden sich hier 5 Fleischer, 3 Bäcker und 4 Schuhmacher; die Schneiderzunft zählte 11 und die Zunft der Schmiede, Schlosser, Tischler, Stellmacher und Wöttcher hatte 6 Meister. Von anderen Handwerkern, die nicht begünstet waren, befanden sich hier nach jener Nachweisung 1 Weißgerber, 1 Färber, 1 Riemer, 2 Zimmerleute, 1 Maurer, 1 Wader, 1 Seifenfieder, 2 Züchner, 2 Strumpfwirker, 2 Seiler und 3 Müller. — Inbezug auf das in alter Zeit hier blühende Gewerbe der Holzlöffelmacherei heißt es in der Nachweisung, daß dasselbe seit 40 Jahren (also zu Ende des 17. Jahrhunderts) ganz aufgehört habe, indem durch die Erbauung der Dörfer Rastwasser und Dornkau die kaiserlichen Wälder, aus denen

die Löffelmacher das Holz bezogen, abgetrieben und dadurch das Holz teurer geworden war. Vor alters waren fast alle Bürger Löffelmacher, die mit ihren Erzeugnissen nach Preußen, Polen, Dänemark, Holland und England Handel trieben. Im Jahre 1724 befanden sich noch zwei Bürger hier, welche jährlich einmal mit hölzernen Löffelwaren nach Brandenburg und Preußen zogen.

4. Der Kuchenladen oder Pfefferkuchentisch war Eigentum der Kammerei und von derselben stets in Pacht gegeben worden. Im Jahre 1782 wurde dieses Privilegium für 200 Taler und 5 Taler jährlich an die Kammereikasse zu entrichtenden Zins an den Polizei-Sekretär Dennius in Glatz verkauft, der es jedoch bald wieder an den Pfefferkuchler Peschke für 210 Thaler veräußerte. Derselbe erlegte an die Kammereikasse 100 Taler und befreite sich dadurch von der jährlichen Abgabe von 5 Talern. Der letzte Besitzer der Gerechtigkeit des nur ihm zustehenden Rechtes der Pfefferkuchenbäckerei war der Pfefferkuchler und Kammerer Ignaz Ardel, der sie im Jahre 1799 für den Preis von 1800 Talern erkauft hatte.

5. Der Tuchscheerladen war ein totes Privilegium, denn in Ermangelung von Tuchmachern konnte niemals davon Gebrauch gemacht werden.

6. Das Marktrecht erhielt die Stadt im Jahre 1597 aufgrund eines vom Landeshauptmann Melchior von Nechenberg erteilten Privilegiums. Das betreffende Dokument ist die älteste von den im rathhäuslichen Archiv vorhandenen Urkunden, obgleich das Marktrecht keineswegs zu den ältesten Stadtrechten gehört. Dies ergibt sich aus dem Inhalt des schon erwähnten Konfirmationsbriefes vom Jahre 1599. In demselben werden der Stadt ihre alten Privilegien, in deren Besitz sie schon seit mehr als hundert Jahren war, bestätigt, während ihr durch das Dokument vom Jahre 1597 ein neues Privilegium erteilt wird. Dasselbe lautet:

„Ich, Melchior von Nechenberg auf Schlaue, römisch kaiserlicher Rat und Hauptmann der Grafschaft Glatz, tue kund hiermit öffentlich, daß vor mich Anwesenden kommen sind die R. Bürgermeister und Ratmannen des Städtleins Lewin in der Herrschaft Hummel gelegen, zu der Grafschaft Glatz gehörig, und mich alles Fleißes gehorsamblich angelangt und gebeten, daß ich ihnen auf gewisse Zeiten Jahr- und Wochenmärkte, wie es andere Städte in der Grafschaft halten, aussetzen und ihnen dieselben konfirmieren wollte, die weil sie dann hierdurch gemeiner Stadt Bestes und Frommen zu befördern und derselben Einkommen zu vermehren hoffen und dadurch der Kaiserl. Majestät, unsers Allergnädigsten Herrn Kammergut zu stärken und bessern vermaßen. So habe ich ihnen daß, daß zwene Jahrmärkte den einen auf Lichtmeß, den andern auf Laurentie, beneben die Kirchweih auf Galli und den Wochenmarkt am Dienstag zu halten bewilliget und zugelassen, ihue solches hiermit in Kraft dieses Briefes öffentlich, daß sich mehr gemeldete

Stadt Lewin solcher ausgelegten Jahr- und Wochenmärkte beneben der Kirchweih zu ihrem besten Nutz und Frommen vor Jeder männiglich ungehindert gebrauchen solle und möge, jedoch der römisch kaiserl. Majestät als Erbherr und andern nachkommenden Herrn und Inhabern der Grafschaft Glatz an derselbigen Regalien, Obmäßigkeit allerdings unschädlich. Daß zur Urkund mit dem verordneten kaiserl. Amts-Iniegel und meiner unterzogenen eigenen Handschrift bekräftigt und verfertigt. Geschehen auf Schloß Glatz, den 19ten Monatstag Juli im tausend fünfshundert und sieben und neunzigsten Jahre."

Die im vorstehenden Privilegium enthaltene Bemerkung inbetreff der Kirchweih bezieht sich auf den viel älteren Brauch, an diesem Tage allerlei Waren zum öffentlichen Verkauf bringen zu dürfen. Dies geschah auch in den Dörfern. In Brzesowice und Tscherveney, und mehr noch in den böhmischen Ortschaften jenseits der Grenze besteht der Trubel zwischen den aufgestellten Verkaufszelten noch heute als selbstverständliche Illustration der Kirmesfeier. In Lewin hat sich aus diesem Brauche unvermittelt der Kirmesjahrmarkt entwickelt. Den vierten Jahrmarkt erhielt die Stadt durch königliche Konzession vom 28. März 1748. Derselbe wird an Ostern abgehalten. Von den Handelsleuten, welche die hiesigen Jahrmärkte bezogen, wurde außer dem Budengelde der sogenannte Marktgroßchen erhoben. Derselbe bildete eine Einnahme für den Stadmeister, mußte aber 1752 infolge einer Verordnung der Königl. Kriegs- und Domänen-Kammer abgeschafft werden. Der Stadmeister erhielt zur Entschädigung ein Fugum von fünf Talern.

Vom Rechte des Wochenmarktes hat die Stadt bis zum Jahre 1659 keinen Gebrauch gemacht. In diesem Jahre wurde derselbe aber aufgrund des Privilegiums und mit Bewilligung des Kaiserl. Amtes errichtet, jedoch nicht der ursprünglichen Bestimmung gemäß am Dienstage, sondern am Mittwoch abgehalten. Der Wochenmarkt war ein Flach-, Garn- und Leinwandmarkt und verdankte seine Errichtung der um diese Zeit hier in Aufschwung gekommenen Leinwandfabrikation. Er war, wie es scheint, in den beiden ersten schlesischen Kriegen eingegangen, wurde aber auf königliche Verordnung im Jahre 1755 wieder eingerichtet. Jeder Verkäufer hatte seinen angewiesenen Platz unter den Lauben der Ringhäuser. Als diese Lauben nach dem Brande von 1772 kassiert wurden, mangelte es an entsprechenden Verkaufsplätzen, weshalb im Jahre 1784 am Ringe 24 Bänden aufgestellt wurden, für deren Benutzung die Flach-, Garn- und Leinwandhändler einen Zins entrichten mußten. Derselbe brachte der Kämmereikasse eine jährliche Einnahme von etwa 60 Talern. Nach der bestehenden Marktordnung wurde der Anfang und der Schluß des Marktes durch ein Zeichen mit dem Ratsurnglöckchen markiert. Vor und nach dem Markte, oder auch an einem andern Orte als dem öffentlichen Marktplatz durfte kein Verkauf stattfinden.

7. Der Salzhandel gehörte zu den ältesten Kompetenzen der Stadt und erstreckte sich nicht bloß auf deren Umfang, sondern wahrscheinlich mindestens auch auf alle im Kirchspiel liegenden Dorfschaften. Als Herr von Alten auf Gellenau sich im Jahre 1670 den Salzverkauf an seine Untertanen annahm, wurde ihm dies auf die Beschwerde der dadurch in ihren Rechten beeinträchtigten Stadt vom Kaiserl. Amte untersagt. Anfänglich wurde der Salzverkauf durch den von der Stadt angestellten Salzseller besorgt; später hat sie jedoch das ihr allein zustehende Recht des Salzhandels an verschiedene Bürger abgetreten, die dafür von jeder Tonne eine bestimmte Abgabe an die Rämmereikasse zu entrichten hatten.

8. Das Recht des Weinschantes kompetierte in frühester Zeit nur dem städtischen Keller. (Rathauskeller). Später wurde dasselbe allen brauberechtigten Bürgern zugestanden. Jeder, der davon Gebrauch machte, war verpflichtet, dem Magistrat den sogenannten Satzwein, vom Eimer ein Quart, und außerdem von jedem Eimer eine bestimmte Abgabe in die Rämmereikasse zu entrichten.

9. Das Privilegium der Badstube zählt ebenfalls zu den ältesten der Stadt. Im Mittelalter fehlte es in deutschen Städten nur selten an Badegelegenheiten; überall wurden künstliche warme Bäder bereitet. Es bestand die Sitte, daß der Handwerksmann wenigstens einmal in der Woche, in der Regel am Sonnabend, ein Reinigungsbad nahm. In manchen Städten gab es Stiftungen, aus deren Zinsen für die Armen das Badegeld bezahlt wurde. Derartige Stiftungen wurden Seelbäder genannt. Der Inhaber der Badstube wurde der Bader genannt, der außer der Herstellung des Bades rasierte, Schröpfköpfe setzte, zur Ader ließ. In der Zeit des 30jährigen Krieges gingen die deutschen Volksbäder verloren. Es dürfte indes weniger der Krieg als das Auftreten von mancherlei Krankheiten, die Ekel und Furcht vor Ansteckung erregten, die Ursache gewesen sein, daß die öffentlichen Badstuben abkamen. An ihre Stelle traten nach und nach die Badeeinrichtungen als selbstverständliche Bestandteile vornehmer Privatwohnungen und Hotels und die vom Arzte verordneten Bäder in unseren Kurorten. Insofern ist das ehemals volkstümliche Bad zum Luxus geworden, den sich nur der Wohlhabende gestatten kann. Der beste Ersatz würden die vielfach bestehenden Flußbäder sein, wenn sie überall vorhanden sein möchten. Die Leuener Badstube war ein Privilegium, durch welches dem Städtchen ein Nutzen eingebracht werden sollte. Dieselbe war wohl richtiger eine Barbiergerechtigkeit zu nennen, für deren Benutzung der Bader — später der Stadt-Chirurgus genannt — an die Rämmereikasse eine jährliche Abgabe entrichten mußte. Im Jahre 1722 wurde diese Gerechtigkeit von der Stadt für 175 Taler verkauft. Später war sie im Preise gestiegen, denn 1749 wurde sie für 311 Taler und 1798 für den Preis von 334 Talern erworben. Der letzte Besitzer war der Stadt-Chirurgus Georg Schramm.

10. Die Standmäßigkeit war der Stadt 1622 mit ihren anderen Privilegien entzogen, aber bei deren Zurückgabe im Jahre 1629 vorenthalten worden. Das Recht der Standmäßigkeit bestand in der Befugnis des Städtchens, sich bei den Landtagen oder der Versammlung der Stände in Glatz, die über die landesherrlichen Abgaben und das Wohl des Landes beratschlagten, durch Abgeordnete vertreten zu lassen. Um in den Wiederbesitz dieses Rechtes zu gelangen, mußte die Stadt dasselbe im Jahre 1685 von der schon genannten Kaiserlichen Alienations-Kommission für die Summe von 629 Gulden und 38 Kreuzern käuflich erwerben.

11. Das Jagdrecht, jedoch nur das Recht der niederen Jagd oder Wildbahn, sowohl auf den städtischen als auf den Gründen der beiden Kammereidhöfe Krzischney und Kuttel erkaufte die Stadt ebenfalls von der Alienations-Kommission im Jahre 1685. Am 17. und 18. Dezember wurde zum ersten Mal auf den Gründen von Lewin, Krzischney und Kuttel eine große Hasenjagd veranstaltet, und „hat der Schulmeister die Schulkinder dargu lassen gehen zu einem ewigen Gedächtnis.“ Jedenfalls war es eine Treibjagd; denn der Erzähler dieser Mitteilung führt an, daß „die Rehe dargu“ von Rüdern sind erborgt worden. Später wurde die Jagd stets an einzelne Bürger verpachtet.

12. Das Fischrecht in den städtischen Gewässern scheint die Stadt schon früher genossen zu haben; es ist jedoch nicht bekannt, wann und wie dasselbe erworben wurde. Auf der Pfarrwidmut kompetierte das Fischrecht dem jedesmaligen Pfarrer. Derselbe hatte auch in alten Zeiten das Fischrecht im Gellenauer Wasser bis in die Mitte des Dorfes, worauf jedoch in späterer Zeit Verzicht geleistet wurde. (Siehe Pfarrer Oppenheimer.)

Unbetreff des Meilenrechtes, das hier vermist werden könnte, ist zu bemerken, daß die Stadt dasselbe niemals besessen hat. In der Grafschaft Glatz waren es nur die Städte Glatz, Gabelschwerdt, Münschelburg und Landeck, die sich desselben erfreuen konnten.

Die Gerichtsverwaltung.

In den frühesten Zeiten wurde die Gerichtsbarkeit über die Stadt und den ganzen Stummelbezirk durch Kaiserliche Kreisbögte ausgeübt. Im Jahre 1617 wurden jedoch durch ein Privilegium des Kaisers Mathias dem Bürgermeister und Rat die Obergerichte über die Stadt und alle zu derselben gehörenden Gründe gegen Erlegung von 350 Schock Meißnisch erteilt. Unter die Obergerichte, d. i. die oberste Gerichtsbarkeit, gehörten alle schweren Verbrechen: Raub, Mord, Notzucht, Landesverrat, Majestätsbeleidigung. An den zu den Einrichtungen vorhandenen Galgen erinnert der Galgenberg. Ob einmal eine Exekution an demselben vollzogen wurde, ist nicht bekannt. Das Mauerwerk des Galgens wurde in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Abtragung an den damaligen Stadtkämmerer Urdelt verkauft. Er ließ daraus am Fuße des

Galgenberges ein Häuschen erbauen, das wohl, solange es bestehen wird, den Namen „Galgenschlößchen“ behalten dürfte. Am Ringe stand die sogenannte Staup- oder Schandsäule. Dieselbe war anfangs von Holz, wurde aber im Jahre 1679 abgenommen und durch eine steinerne ersetzt. In allen schweren Zivil- und Kriminalfällen war der Magistrat verpflichtet, sich beim Kaiserl. Appellations-Tribunal in Prag Information einzuholen. Andererseits stand es den Verurtheilten frei, gegen den Ratsauspruch zu appellieren. Das Recht der selbständigen Gerichtsbarkeit wurde jedoch der Stadt schon im Jahre 1622 durch Kaiser Ferdinand II. wieder entzogen und zwar zur Strafe ihrer Teilnahme an der Empörung der Böhmen gegen den Kaiser im Jahre 1618. Als mit der Eroberung von Olaz im Jahre 1622 der Aufstand völlig unterdrückt war, ließ der Kaiser in der Grafschaft strenges Gericht halten. Die Hauptteilnehmer des Aufstandes wurden am Leben oder Eigentum bestraft; den Städten wurden ihre Freiheiten entzogen. So auch der Stadt Lewin. Zwar erneuerte der Kaiser 1629 der Stadt die entzogenen Privilegien, jedoch mit Ausschluß nicht bloß der Standmäßigkeit, sondern auch der Obergerichte. Die Jurisdiktion wurde fortan wieder durch Kaiserliche Kreis- und Gerichtsbögte ausgeübt. Die bekannten Namen solcher Bögte sind: Georg Zwiener um 1640, Christoph Breier um 1655, — wohnten beide in Reinerz — Georg Heinrich Fiske um 1680, David Ernst Vernatschke um 1700, Johann Georg Stanke um 1730 — wohnten in Lewin. Erst im Jahre 1739 erhielt die Stadt aufs neue durch Kaiser Karl VI. das *imperium mixtum et merum* und durfte in *omnibus causis civilibus et criminalibus* salva appellatione sprechen, welche Jurisdiktion von dem Ratskollegium bei vorkommenden Fällen, sowohl in der Stadt als auch in den beiden Stadtdörfern ausgeübt wurde. Von der Stadtjurisdiktion eximiert war die Pfarrwidmut, die nur das geistliche Recht oder Konsistorium respektierte. In den Kammereidörfern ernannte der Magistrat einen Richter und einige Geschworene, welche das Ortsgericht bildeten, das in allen geringen Fällen der erteilten Instruktion gemäß die Parteien zu vergleichen hatte. In wichtigen Sachen hatte das Ortsgericht an den Magistrat zu berichten und dessen Entscheidung einzuholen. So blieb es auch noch nach der Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich den Großen, jedoch wurde, nachdem die Landeshauptmannschaft in Olaz, welche die Grafschaft in allen Stücken verwaltete, aufgehoben worden war, das Land in Justizsachen der Oberaufsicht der Oberamtsregierung in Breslau überwiesen. Inbetreff der hier vorkommenden Kriminalfälle wurden seit der im Jahre 1750 erfolgten Anstellung eines Inquisitoris publici für die Grafschaft Olaz die betreffenden Verbrecher nach vorhergegangener summarischer Verhör nach Olaz zur weiteren Untersuchung abgeliefert. So war also damals in Lewin der Magistrat, wie überall in den Städten, zugleich Richter, Verwalter und Polizei, und dabei blieb es, bis durch die Einführung der Städteordnung andere Verhältnisse Platz greifen mußten.

Die Hämmereidörfer Krzischney und Kuttel. *)

Von den zur Herrschaft Hummel gehörigen Dörfern hatte schon Kaiser Rudolf II. in den Jahren 1595 und 1601 mehrere an die Städte Reinerz und Münschelburg veräußert. Die übrigen zur Herrschaft gehörenden Dörfer blieben noch bis 1684 bei der landesherrlichen Kammer. In diesem Jahre hatte Kaiser Leopold I., um die Kosten aufzubringen, welche die Kriege mit den Franzosen und Türken verursachten, nicht nur verschiedene außerordentliche Steuern eingeführt, sondern auch die meisten kaiserlichen Kammergüter, als Dörfer, Wälder, Regalien u. s. w. verkauft. Zum Abschluß der Verkäufe hatte der Kaiser die schon mehrfach genannte Alienationskommission in der Grafschaft ernannt. Die noch dem Kaiser gehörenden Dörfer in der ehemaligen Herrschaft Hummel wurden von dieser Kommission teils den Städten Reinerz und Lewin, teils den Besitzern der Herrschaften Rüders und Gellenau käuflich überlassen. Die von der Stadt Lewin erkauften Ortschaften waren die beiden Dörfer Krzischney und Kuttel. Der Kauffchilling betrug für Krzischney 1833 Gld. 38 Kr. 3 Gl., für Kuttel 1744 Gld. 26 Kr. 4 Gl. Zur Kaufsumme leisteten beide Gemeinden eine Beihilfe: Krzischney 112 und Kuttel 100 Gulden. Außerdem verpflichteten sich beide Ortschaften durch freiwilliges Anerbieten zu einem jährlichen Zinsenbeitrage für das erborgte Kapital von je 30 Gulden. Dieses „freiwillige“ Anerbieten konnte zunächst zu der Annahme berechtigen, daß den Gemeinden die Veränderung der Verhältnisse eine erwünschte Sache gewesen wäre. Richtiger erscheint jedoch die Vermutung, daß sie durch ihr Entgegenkommen höhere Auflagen seitens der neuen Herrschaft abwenden wollten. Als dieselben später nicht ausblieben, ist auch die Zinsenbeihilfe nicht weiter gezahlt worden.

Die Stadt hatte beide Dörfer mit allen Gerechtigkeiten und Nuzungen, wie solche seither die K. K. Kammer genossen, an sich gebracht. Ausgenommen waren die Jurisdiktion und die hohe Wildbahn, welche dem kaiserlichen Rentamt zuständig blieben.

In den bei der Alienation errichteten Urbarien war für Krzischney ausgesprochen worden, daß inbezug auf die Roboten „Ihre kaiserliche Majestät allergnädigst zu Recht erkennt, daß die Limitation des eigenen Beliebens und Wohlgefallens (wie sie wahrscheinlich vordem bestanden hatte) ausgemessen werde und obbedeutete Unterthanen nicht höher als $1\frac{1}{2}$ Tag in der Woche zu allerhandt der Herrschaft beliebige Roß- und Handarbeit ohne Entgelt gebraucht werden sollen.“ Die seit 1685 an die neue Herrschaft entrichteten Leistungen waren für Krzischney vorerst nur folgende: Erbzinns pr. Jahr 17 Gld. 46 Kr. 5 Gl., Beitrag zu den Kapitälzinsen 30 Gld., Holzscheitgeld 20 Gld. 52 Kr., Zins- oder

*) Außer dem rathhäuslichen Archiv wurden die in den Gemeindeladen vorhandenen Schriften benutzt.

Forsthafer 4 Gld., Vorwerkshafer 2 Gld. 10 Kr., Vorwerksrobot*) 1 Gld. 28 Kr. Aus dieser Nachweisung ergeben sich in den Leistungen des Dörfchens gegen die früheren laut Urbarium vom Jahre 1606 einige Veränderungen. Die Erbzinsen waren erhöht und das alte Robotgeld unter der Bezeichnung Vorwerksrobot ermäßigt worden. Hinzuge treten war das Holzseitgeld anstatt der ehemaligen Arbeitsleistung, der Vorwerkshafer und die Weihülfe zu den Zinsen für erborgte Kapitalien; dagegen waren die Zinshennen und das Spinn geld in Wegfall gekommen. Ein kleiner Betrag an Mühlzins war schon früher zum Erbzins geschlagen worden; denn das Dörfchen hatte bereits vor Errichtung des Urbariums von 1606 keinen Mühlzwang. Die Hausgenossen wurden unter Aufhebung ihrer früheren Schuldigkeiten jeder zu jährlich 2 Schoß Weizenisch veranlagt. Ausgenommen waren die alten und unermögenden, von denen „auf der Herrschafft Wohlgefallen“ nur das frühere Spinn- und Scheitergeld genommen werden sollte. — Der Anteil zu den Landes-Kontributionen war von 4 auf $1\frac{6}{7}$ Portionen herabgesetzt worden. — Der Bierverlag in Krzischneß und das Ausstoßgeld war bei der Alienation von der Stadt Lewin mit erkaufte worden. Demnach mußte der Bierbedarf im Dörfchen von hier entnommen werden. Von jedem Faß wurden 6 Kreuzer Ausstoßgeld an die Lewiner Kämmererkasse entrichtet. Der Bierkonsum im Dörfchen betrug im Jahre 1685 27 Eimer.

Dem Dörfchen Ruttel war bei seiner Errichtung nur ein Erbzins auferlegt worden. Derselbe betrug 66 Gld. 30 Krz. Dazu zahlte der Ort jährlich „für ein zuvor strittig gewesenes, an der Lewinischen Granitz gelegenes Wiesenfeldel, auch daß sie zu Tassow (Tassau) nicht mehr mahlen lassen dörffen“ (also Mühlshoch) 1 Gld. 10 Kr. und außerdem für eine „an der Glühhübler Granitz gelegene Verglehne“ an sogenanntem Vergzins 36 Kr. Von anderen Leistungen sollte der neue Ort nach den Urbarien von 1662 und 1674 „auf Ihrer Kaiserl. Majestät allergnädigstes Wohlgefallen“ verschont bleiben. Jedoch wohl nicht unwillkürlich; denn im Jahre 1684, als der Verkauf der Rentamts-Dörfer vorgenommen werden sollte und die Dorfbewohner von Ruttel um den Verlust ihrer seitherigen Steuerbefreiungen besorgt sein mochten, erhielten sie auf ein Gesuch um Ermäßigung der seither gezahlten Erbzinsen für den Fall, daß sie zur Robot herangezogen werden sollten, folgenden Vorbescheid:

„Den Supplikanten wird hierauffen vorbescheidlich angefüget, daß es bei dem Kaufer undt künftigen Besitzer des Dörfels Ruttel, ob er sie bey inbedeutten Zins verbleiben oder aber ihnen die Robotten leisten lassen wolle, stehen werde, wegen der Contribution aber die Sach biß zu künftiger Steuerrevision verschoben bleibe,

*) Die Positionen „Vorwerkshafer“ und „Vorwerksrobot“ erinnern deutlich an das ursprüngliche Vorwerk Krzischneß, wovon später.

unterdessen sie ihre bisherige Freiheit zu genießen haben. Reinerz, den 14. August 1684. Wenzel, Graf von Althann. Peter Stuppard von Lewenthal. Heinrich von Schenkendorf.

Über das Maß der ins Belieben der neuen Herrschaft gestellten Einführung der Robot lautet der im Kaufinstrument enthaltene Passus wie folgt: „Undt obñhon in dem Urbario die Robotten und Dienstbarkeiten der Unterthanen nicht ausgemessen, sondern auff Wohlgefallen der Herrschaft gestellet sein, so soll doch dieser passus so weit limitirt undt dahin verstanden werden, daß die Kauffer und künfftige Bestizer solcher Unterthanen sie nicht über anderthalben Tag die Wochen hindurch undt dergestalten genießen undt gebrauchen sollen.“

Zur Abwendung der befürchteten Einführung der Robot erbotten sich die Ortsbewohner von Ruttel freiwillig zu der schon erwähnten Beihilfe von 30 Gulden zu den Zinsen für die von der Stadt Lewin aufgenommenen Kapitalien. Ihre sonstigen Leistungen blieben nach der Alienation über 20 Jahre unverändert. Für die Hausgenossen galten dieselben Bestimmungen wie in Krzischney. Ebenso hatte die Stadt Lewin auch in Ruttel das Recht des Bierverlags. Das Fischrecht im Dorfwasser, das früher die Kreisbögte als eine Amtszidenz genossen, war bei der Alienation an die Stadt übergegangen. Die Ausübung desselben wurde der Gemeinde gegen Erlegung von 1 Gulden jährlich überlassen.

Die äußerst bedrängten Verhältnisse, in welche Lewin durch den großen Brand 1703 gekommen war, nötigten den Rat der Stadt, auf eine Erhöhung der Einnahmen Bedacht zu nehmen. Dieselben sollten durch eine Steigerung der Prästationen beider Rämmerdörfer gewonnen werden, wobei man geltend machte, daß die teuer erkauften Untertanen bis jetzt nicht dem Kaiserlichen Kaufkontrakt und den eingehändigten Urbarien gemäß genühet worden wären. Durch einen unterm 6 März 1708 gefaßten Beschluß des Rates der Stadt mit Zuziehung der Gemeinde- und Zehältesten und des bürgerlichen Ausschusses wurde für Krzischney ein jährliches Robotgeld von 151 Gld. 40 Kr. festgesetzt und an weiteren Verpflichtungen dem Orte jährlich 4 Gulden Jagd- und 2 Gulden Wadgeld auferlegt. Dies ergab gegen die seitherigen baren Leistungen einen Mehrbetrag von 111 Gld. 24 Kr. Dabei war für das Robotgeld nur ein wöchentlicher Hofarbeits-tag in Berechnung gezogen worden. Da aber nach den alten Urbarien und dem Kaufkontrakt die Stadt $1\frac{1}{2}$ Tage beanspruchen durfte, so wurde den Bauern von Krzischney auferlegt, für den noch verpflichteten halben Tag dem Rat der Stadt zu allen in städtischen Angelegenheiten erforderlichen Reisen freie Fuhren zu stellen, jedoch mit Ausschluß der Unterhaltung von Kutscher und Pferden. Auch sollten sie „in Ansehung der gering und erträglich ausgesetzten Robotgelder“ gehalten sein, die sonst bei der Stadt unumgänglich notwendigen Fuhren, wie auch Soldaten-Vorspann und Handroboten zu leisten. Nur die Anfuhr des Salzes aus dem

Magazin in Glas wurde mit einem vom Rat der Stadt festgesetzten Betrage honoriert. Dabei wurde den Zensiten jedoch überlassen, die verpflichteten $1\frac{1}{2}$ Tag wöchentlicher Robot in natura zu leisten, sofern sie das festgesetzte Robotgeld mit den sonstigen Bedingungen nicht übernehmen wollten. Man hat sich, was wahrscheinlich für beide Teile am meisten erwünscht war, für das Robotgeld entschieden. Es ist nicht ersichtlich, daß die Krzischneyer gegen die neue Steuereinrichtung in irgend einer Weise remonstriert hätten.

Nach der für das Rämmereidorf Ruttel im Jahre 1708 neu aufgestellten Prästationstabelle war der ursprünglich gezahlte Erbzins von 66 Gld. 30 Kr. auf 10 Gld. 58 Kr. herabgesetzt, dagegen unter Anrechnung nur eines wöchentlichen Robottages ein Robotgeld von jährlich 129 Gld. 8 Kr. in Ansatz gebracht worden. Dazu traten noch an neuen beständigen Gefällen: Spinngeld 2 Gld. 24 Kr., Hennen-geld 1 Gld. 38 Kr., Zinshafer 4 Gld., Holzzeitgeld 24 Gld., Jagd- und Wachgeld 2 Gld. 15 Kr., so daß sich im ganzen ein Mehrbetrag von 106 Gld. 23 Kr. herausstellte. Die Gemeinde Ruttel erhob bei der Landeshauptmannschaft Beschwerde über diese neue Steuereinrichtung und zwar nicht ganz ohne Erfolg. Das Kaiserl. Amt entschied, die beklagte Stadt sei schuldig, die Kläger entweder bei den alten im Urbarium auf jede Stelle ausgesetzten und erkauften Zinsen ohne Steigerung zu lassen, oder statt derer die Robot in natura $1\frac{1}{2}$ Tag in der Woche zu fordern, jedoch nicht befugt wider den Willen der Kläger die Robot in Geld zu veranschlagen. Zur Erhebung von Zinshafer, Flößholz- und Hengengeld wurde die Stadt nicht für berechtigt erklärt, da diese Leistungen im Urbarium nicht enthalten waren. Ebenso wurde die Erhebung des Jagd- und Wachgeldes für nicht begründet erachtet. Inbetreff des Jagdgeldes wurde entschieden, daß die Stadt nur berechtigt wäre, die Leistung, für welche dasselbe angesetzt worden war, in natura zu fordern und inbezug des Wachgeldes wurde erklärt, daß die Stadt diese Forderung erst zu begründen hätte, da es nicht einzusehen wäre, was die Kläger bewachen sollten. Dagegen wurden dieselben für verpflichtet gehalten, ein jeder der Obrigkeit ein Stück Garn zu spinnen oder dafür 9 Kr. zu zahlen, sowie es auch bei dem im Urbarium ausgesetzten Zins für das ehemals streitige Wiesenfleckel und die Berglehne verbleiben müsse. Die Stadt machte nun aufgrund des Kaufvertrages vom Jahre 1684 von dem Rechte Gebrauch, anstatt des erhobenen Erbzinses von den Ruttler Untertanen die Robot, von jedem $1\frac{1}{2}$ Tag für die Woche, zu fordern, die mit Zustimmung derselben in der entsprechenden Geldabgabe von 150 Gld. 48 Kr. jährlich geleistet wurde. Damit war nur eben die Form verändert worden, in der Sache selbst hatte die Stadt fast dasselbe erreicht. Anstatt des Naturaldienstes bei den Jagden, den die Stadt nach der Entscheidung des Amtes zu beanspruchen berechtigt war, hatte die Gemeinde Ruttel es vorgezogen, lieber den geforderten Geldbetrag zu entrichten.

Durch die preussische Klassifikations-Kommission der Grafschaft Blaz im Jahre 1743 scheinen nur für Krzischney einige Abänderungen in den der Stadt schuldigen Leistungen herbeigeführt worden zu sein, wenn die bezüglichen Veränderungen, die sich aus der Nachweisung vom Jahre 1750 ergeben, nicht schon aus einer früheren Zeit herstammen. Jedenfalls wurde von den Verpflichteten eine höhere Belastung befürchtet, wie aus einem vom Rutteler Ortsgericht an die Kommission eingereichten Schreiben hervorgeht, in welchem dasselbe demüthigt bittet, „uns ärmste Unterthanen mit fernerer Belegung in hohen Gnaden zu verschonen.“

Infolge der durch die beiden ersten schlesischen Kriege herbeigeführten Nachteile hatten mehrfach die Städte sich dadurch wieder in eine bessere Lage zu setzen gesucht, daß sie den ihnen unterthänigen Dorfschaften neue und höhere Leistungen aufbürdeten. Die darüber geführten Beschwerden hatten den Erfolg, daß im Jahre 1750 auf Anordnung der Königl. Kriegs- und Domänenkammer in Breslau eine Regelung der Rechte und Pflichten zwischen den Interessenten herbeigeführt werden mußte. So erhielt auch der Magistrat von Lewin den Auftrag, aufgrund der früheren Urbarien und alten Observanz ein Dienstreglement über die schuldigen Leistungen der Unterthanen ihrer beiden Kammereidörfer zu entwerfen. Dasselbe mußte den Verpflichteten vorgelesen und in dem über die Verhandlung abgefaßten Protokoll vermerkt werden, ob und welche Einwendungen sie gegen das Reglement zu erheben hätten. Nach den eingereichten Prästationstabellen, gegen welche von den Verpflichteten kein Einwand erhoben wurde, kontribuierte Krzischney: an Erbzins 21 Gld. 29 Kr. 3 GL., an Flößholzgeld 26 Gld. 4 Kr. 3 GL., an Forsthafner 7 Gld. 58 Kr., an Robotgeld 143 Gld., zusammen 198 Gld. 32 Kr. Aus dieser Nachweisung ergibt sich, daß seit 1708 in den Leistungen des Dorfes Krzischney verschiedene, wahrscheinlich durch die Steuerregulierung vom Jahre 1743 herbeigeführte Änderungen eingetreten waren. Der Erbzins und Forsthafner waren um einen kleinen Betrag erhöht und das Robotgeld ermäßigt worden. Die Abgaben für Vorwerkshafner und Vorwerksrobot, wie auch Jagd-, Wach- und Holscheitgeld wurden nicht mehr erhoben; dagegen war die ehemals in der Flößzeit geleistete Naturalrobot in eine bare Abgabe umgewandelt worden, welche unter dem Namen Flößholzgeld aufgeführt ist. Zur Zeit des Lewiner Pfarrers Siegel, (1680—1705) der durch das Erzbischöfliche Konsistorium genötigt wurde, einen Kaplan anzunehmen, hatten sich die Bauern und Gärtner von Krzischney vermöge einer getroffenen Übereinkunft anheischig gemacht, dem Pfarrer zur Entschädigung jährlich $\frac{1}{2}$ Tag Robrobot zu leisten, dagegen findet der auf dem Gute Nr. 1. in alter Zeit haftende Kirchengins nicht mehr Erwähnung. —

In den Leistungen der Gemeinde Ruttel waren, mit Ausnahme des auch hier in Wegfall gekommenen Jagdgeldes, seit 1708 keine Veränderungen eingetreten. Die eingereichten Prästationstabellen

wurden von der Landesbehörde umso weniger beanstandet, als sich die Verpflichteten damit einverstanden erklärt hatten. —

Zu den beständigen aus den verschiedenen Epochen nachgewiesenen Gefällen kamen noch die unbeständigen, die aus den Verhältnissen der Untertänigkeit und des Dienstzwanges entsprangen. Dieselben sind in keinem der alten Urbarien aufgenommen und erst aus einer im Jahre 1750 von der Kriegs- und Domänenkammer erforderten Nachweisung ersichtlich. Es mußte spezifiziert werden, was ante annum 1741 an solchen Beträgen erhoben worden war. Dieselben wurden in verschiedener Höhe eingefordert. Vielleicht richtete man sich nach den Vermögensverhältnissen, wenn man nicht geradezu willkürlich verfuhr. So wurden z. B. für einen Loslassungsbrief aus dem Untertanen-Verbande außer Stempel und Schreibgebühren von einer Person bald 9, bald 11 oder auch 12 Gulden erhoben. Davon erhielt eine Hälfte der Magistrat und Stadtschreiber, die andere Hälfte floß in die Kammereikasse. Alljährlich wurde das Kinder- und Waisengestelle, d. h. der Gesinde-Gestellungstag abgehalten. An diesem Tage wurde der gesamte Personenstand des Dorfes aufgenommen, wobei es hauptsächlich auf die Ermittlung der dienstpflichtigen Kinder und Waisen ankam. Für diesen Akt mußten 2 bis 3 Gulden anstatt der Beköstigung erlegt werden. Die Stadt Lewin besaß kein städtisches Vorwerk, worauf sie die schuldigen Dienstjahre ihrer Untertanen hätte exigieren können; gleichwohl suchte sie von männlichen und weiblichen Personen, die zur persönlichen Dienstleistung verpflichtet gewesen wären, durch Erhebung von kleinen jährlichen Abgaben einen Vorteil zu gewinnen. Die geforderten Beträge waren ungleich. Von den Kindern, die ihren Eltern in der Wirtschaft halfen, scheinen nur diejenigen von einer Abgabe frei geblieben zu sein, deren Beihülfe dem Vater ganz unentbehrlich erschien. Bei solchen, die innerhalb des Jurisdiktionsbezirkes, d. h. in Lewin oder in einem der beiden Kammereibezirke dienten, mochte es auf den Dienstherrn angekommen sein. War dies der Primas, eine Magistratsperson, der Pfarrer oder der Stadtschreiber, so wurde wohl angenommen, daß der Dienstbote dem schuldigen Dienstzwange genüge leiste, und nichts erhoben; im andern Falle mußte eine Abgabe an die Kammereikasse geleistet werden, die mit einem erhöhten Betrage durchweg von jenen gefordert wurde, die sich außerhalb des Jurisdiktionsbezirkes in einem dienstlichen Verhältnis befanden. Sofern ein Vater seine Kinder zur Leinwandweberei benutzte, hatte er für jedes derselben bei der Stadt, als Gutsherrschaft, einen Konjens zu lösen, für den 1 Gld. 30 Kr. gezahlt wurden. Ebenso mußte zur Erlernung eines Handwerkes oder zur Verheirathung der Söhne und Töchter vorerst der Konjens gelöst werden. — Die Loslassungsgebühren und die aus dem Dienstzwange den Herrschaften zustehenden Rechte auf ihre Untertanen wurden durch das Königl. Edikt vom Jahre 1748 fest geregelt, wonach insbesondere den Dominien untersagt wurde, sich von ihren

Untertanen, deren persönliche Dienste sie nicht benutzen konnten oder die bei ihrer eigenen Wirtschaft unentbehrlich wären, eine jährliche Revenue zuzueignen. Die Bestimmungen dieses Ediktes wurden von manchen gewinnjüchtigen Herrschaften mit der Zeit außer Acht gelassen, bis sie im Jahre 1766 durch einen sehr energischen Königl. Erlaß wohl dauernd dazu genötigt wurden. Aus den vorhandenen Schriftstücken ist nicht ersichtlich, daß sich die Stadt Lewin in dieser Beziehung eines Kontrventionsfalles gegen ihre Untertanen schuldig gemacht hätte.

Als durch das Königl. Publikandum vom 12. Dezember 1784 infolge fortdauernder Streitigkeiten und Prozesse zwischen den Gutsherrschaften und Untertanen in Schlesien und der Grafschaft Glatz die Regulierung der vorhandenen Urbarien oder die Errichtung derselben, wo solche überhaupt noch nicht existieren sollten, angeordnet wurde, kamen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zwischen der Stadt Lewin und ihren beiden Rämmereidörfern jene beiden Lagerbücher zu stande, die unterm 16. und 19. März 1787 von der Haupt-Urbarien-Kommission in Breslau konfirmiert wurden und bis zur Ablösung der sämtlichen Reallasten im Jahre 1854 maßgebend blieben. Die betreffenden Vereinbarungen gründeten sich einerseits auf rechtsgültige Obserbanz, andererseits auf die bereits approbierten Urbarien vom Jahre 1750 und waren größtenteils mit den darin festgesetzten Leistungen der Verpflichteten konform. Eine kleine, wahrscheinlich den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Erhöhung findet sich nur in der Entschädigung für die Bewirtung an den abzuhaltenden Bestellungs-, Schreib- und Dreidingstagen. Die halbtägige Robot für den Pfarrer in Lewin, zu der sich die Bauern und Gärtner von Krzischney freiwillig verpflichtet hatten, war in das neue Urbarium nicht aufgenommen worden. Sie ist gleichwohl auch später noch geleistet worden.

Die Jurisdiktion über die beiden Rämmereidörfer hatte die Stadt bei der Alienation 1684 nicht mit erworben. Sie wurde nach wie vor durch die Kaiserl. Kreisbögte ausgeübt. Erst im Jahre 1739 ist dieselbe dem Ratskollegium übertragen worden. Die früher vom Kreisvogt abgehaltenen Schreib- und Dreidingsstage wurden nunmehr vom gesamten Ratskollegium anfangs an Ort und Stelle, später im Rathause in Lewin exekutiert. An den Schreibtagen wurden hauptsächlich die Eintragungen ins Schöppenbuch vorgenommen. Am Dreidingsstage wurde das Dorfgericht renoviert, indem der Richter und die Schöppen wieder- oder neu gewählt und in Eid und Pflicht genommen wurden. Es wurde ferner untersucht, ob und welche gegenseitigen Beschwerden zwischen dem Dorfgericht und der Gemeinde geltend zu machen wären. Außerdem wurden der versammelten Gemeinde die von der Landesregierung erlassenen Verordnungen und die Dreidingsartikel vorgelesen. *) Bei der Abhaltung

*) Über Dreidingsartikel siehe Vierteljahrschrift, Jahrg. I, Heft 2. Im Lewiner Mathausarchiv befindet sich ein Original dieser Artikel vom Jahre 1628.

der Schreib- und Dreidingstage wurde anfänglich das funktionierende Personal von der Dorfgemeinde bewirtet. Später wurde die Naturalverpflegung in eine Geldentschädigung umgewandelt. Krzischney zahlte für je einen abgehaltenen Schreib- oder Dreidingstag 3 Gld. 37 Kr. 3 Gl., Ruttel dagegen 3 Gld. 22 Kr. 3 Gl. Diese Beträge sind später etwas erhöht worden. Außerdem mußten am Dreidingstage dem Stadtschreibe für die Verlesung der Artikel noch 12 Kr., dem stets anwesenden Ratsdiener 4 Kr. und dem Dorfgericht in Krzischney 40, dem in Ruttel 30 Kr. entrichtet werden. So lange die Dreidingstage in den Gemeinden abgehalten wurden, hatten die Bauern von Krzischney zur Abholung der Magistratspersonen die Fuhrer zu stellen, später aber, als die Gemeinden zur Abhaltung des Dreidings im Rathause erschienen, anstatt der nicht mehr erforderlichen Fahrgelegenheiten 2 Gld. 15 Kr. bar zu erlegen. Die in Ausübung der Gerichtsbarkeit noch sonst aus den Kammereidörfern gezogenen Sporteln gehörten größtenteils dem Magistrat. Aus einer Spezifikation vom Jahre 1750, durch die der Kriegs- und Domänenkammer in Breslau nachgewiesen werden mußte, was vor 1741 an Sporteln in den Stadtdörfern erhoben wurde, ergibt sich folgendes: Es wurden bei Verkäufen von Bauergütern von je 100 Schock des Kaufpreises 2 Prozent gezogen. Davon erhielten die Magistratspersonen die Hälfte; die andere Hälfte teilte der Stadtschreiber und das Dorfgericht. Bei den Verkäufen anderer Besitzungen wurden die Sporteln ohne Unterschied des Kaufpreises entrichtet und betrugen von einem Gärtnerhause 4 Schock, von einem Auenhause 2 Schock, die nach demselben Verhältnis vom Magistrat, Stadtschreiber und Dorfgericht geteilt wurden. Außerdem erhielten der Magistrat und das Dorfgericht noch von jedem Schock des Kaufgeldes je 1 Kr. Wenn Kauf-Termingelder eingezahlt wurden, so erhielt der Schreiber vom Abschreiben des Betrages im Schöppenbuch 4 Kr. 3 Gl. und an Schreibgebühren von jedem Bogen 7 Kr. 3 Gl. Von vorzeitig gezahlten Kaufgeldern bekam der Magistrat 14 und der Schreiber 7 Kr. Von der Aufnahme eines Inventariums oder einer Erbverteilung betrugen die Sporteln für den Magistrat von je 100 Schock des Objektes 1 Prozent, mindestens aber ein Schock. Der Schreiber und das Dorfgericht bekamen zusammen die Hälfte. Von einem öffentlichen Verkauf brachten die Sporteln dem Magistrat in der Regel 2 Schock. Die Gebühren in allen sonstigen Fällen der Gerichtsbarkeit wurden nach der bestehenden Sporteltaxe gezogen. Das Jahr darauf erhielt der Magistrat von Wein durch eine Verfügung den Auftrag, sich inbezug auf die von den Kammerei-Untertanen zu erhebenden Sporteln und Strafen künftighin lediglich nach dem im Jahre 1744 publizierten Amtsreglement und der dem Anschreiben beigefügten Sporteltaxe zu richten. Danach wurden auch in den Urbarien beider Dörfer vom Jahre 1787 die Sportelsätze aufgenommen und weiter entrichtet, bis im Jahre 1809 mit der neu eingeführten Justizverwaltung durch die Gesetzgebung auch

die Gerichtskosten anderweitig festgesetzt wurden. Die Gemeinden Krzischney und Ruttel hatten anfänglich ihren Gerichtsstand beim Stadtgericht in Lewin. Als dasselbe im Jahre 1815 aufgehoben wurde, erhielten sie mit der Stadt ihre Gerichtsstelle in Reinerz, bis im Jahre 1858 die Gerichts-Kommission in Lewin errichtet wurde, seit welcher Zeit sie dem hiesigen Gerichtsbezirke einverleibt sind.

Die Rämmereidörfer Krzischney und Ruttel entstanden je aus einem zur Herrschaft Hummel gehörenden Vorwerk, Krzischney früher als Ruttel. Solcher Vorwerke existierten einst sieben: das Gordis-vorwerk, aus dem der zu Reinerz gehörende Vorort Gordis entstand, der Dinterhof bei Friedersdorf, das Vorwerk beim wüsten Schlosse, das Vorwerk im kotel, die Vorwerke in Nerbotin, Krzischney und Gellenau. Der Name Krzischney kommt von dem tschechischen Worte kříž, d. h. das Kreuzdorf. Im Dekanatsbuche des Neätius 1560 heißt das Dorf Krzizanov, auch Krissenau.*). Die veränderte Schreibweise „Krzischney“ wurde erst später gebräuchlich. Das ansehnlichste Bauergut in Krzischney wurde bis in die neuere Zeit noch oft der „Gräuleinhof“ oder auch kurzweg „der Hof“ genannt. Dies ist das ursprüngliche Vorwerk, von dem die übrigen Possessionen nach und nach abgezweigt worden sind. Am Ende des 16. Jahrhunderts enthielt das Dörfchen nach dem im Jahre 1606 errichteten Urbarium 7 Bauer- und 3 Häuslerstellen. Wann, von wem und von welchem Besitzer der Herrschaft Hummel das Vorwerk erworben wurde, ist unbekannt. Das Bauergut Nr. 1, das in einem noch früheren Urbarium als eine doppelte Stelle eingetragen war, wurde auf Antrag des Besitzers, (Georg Fikše,**)) wiederum als nur eine Besitzung aufgenommen, weil die Gebäude der anderen längst abgetragen und beide Possessionen vor alter Zeit nur ein Gut gewesen waren. Es war dies der Rest des ehemaligen Vorwerks oder „Gräuleingutes“, von dem die linksseitigen, in der Richtung nach Ruttel gehenden Bauer- und Gärtnerstellen schon viel früher abgezweigt worden waren. Der Antrag, dem vorbehaltlich der Kaiserl. Ratifikation Folge gegeben wurde, bezweckte eine Ermäßigung in den zu leistenden Fuhrn und Robotn, jedoch hatte der Besitzer dafür 50 Schock ins Königl. Rentamt zu erlegen. Die mit dem Gute Nr. 1 wieder vereinigte Stelle wurde jedoch später abermals abgezweigt, und so entstanden die beiden rechtsseitig des Dorfes gelegenen Bauernwirtschaften Nr. 1 und Nr. 5.

Der älteste vorhandene Nachweis über die von Krzischney an das Königl. Rentamt, also vor der Alienation, entrichteten Leistungen findet sich im Urbarium von 1606. Demnach mußten gezahlt werden: an Erbzinsen 9 Schock 50 Gr., altes Robotgeld 4 Schock 38 Gr., für 17 Zinshennen à 5 Gr. 1 Schock 25 Gr., an Spinngeld 1 Schock 17 Gr. 1 Gl. Von dem Spinngelde, das auch die Hausgenossen

*) Vierteljahrsschrift, Jahrg. V, Heft 2.

**) Derselbe war noch in den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts Erbsholze zu Krzischney.

mit $4\frac{1}{2}$ Gr. zu entrichten hatten, war denselben im Jahre 1631 wegen der „schweren Zeit“ die Hälfte „auf Wohlgefallen“ erlassen worden. Den Zins-, später auch Forsthafener genannt, lieferten die Bauern in frühester Zeit in natura. Die Leistung betrug „vermöge der alten Urbarien“*) 4 Schf., wofür später 4 Gulden kontribuiert wurden. Nach der „alten Ausrautung“ waren die Bauern verpflichtet, „in die Flöß“, jedoch gegen Bezahlung, „zu scheiten“, d. h. das Scheitholz in den kaiserl. Waldungen zu schlagen und auch „an die Wasser zu führen.“ Diese Leistung betrug 18 Klastern Brau- und 36 Klastern Kuchelholz. Im neuen Urbarium von 1606 wurde die Holzscheitung von 18 und 36 Klastern auf $9\frac{1}{2}$ bzw. $21\frac{1}{2}$ Klastern herabgesetzt, jedoch sollte die Arbeit nunmehr ohne Entgelt verrichtet werden. „Auf Ihrer Majestät Wohlgefallen“ war aber schon von vornherein diese Handrobot in eine Geldabgabe umgewandelt worden, wonach für die Klastern Brauholz 36 Kreuzer und für die Klastern Kuchelholz 30 Kreuzer, im ganzen 14 Schf. 6 Gr. jährlich kontribuiert werden mußten. Zudem verpflichtete das Urbarium die Bauern zur Flößrobot. „In der Flöß sein sie auch ohne Bezahlung zu helfen schuldige, so lange diese Arbeit wehret undt man Ihrer bedürffen thut.“ Die Häusler und Hausgenossen entrichteten, wie schon früher, jeder 4 Gr. Scheitergeld. Die Bauern und Häusler waren endlich noch verpflichtet, zum Schlosse Glas- und zu andern königlichen Gebäuden Holz und „alle andere Baumotturft“ zuzuführen und auch „an den Handroboten, wenn sie gefordert und auferlegt werden, zu helfen.“ Sonstige Roß- und Handrobot von den Untertanen zu beanspruchen, beruhte „auff Ihrer Kaiserl. Majestät Wohlgefallen.“ Zu den Landes-Kontributionen zahlte Krzischny „vier Portionen.“ Aus dieser unbestimmten Angabe läßt sich die Höhe derartiger Leistungen nicht erkennen. Wenn die Ausübung des Fischrechtes im Dorfe bestand, ist nicht ausgesprochen. Es ist nur angeführt, daß darauf kein Zins geschlagen war, „weil darin wenig zu genießen.“ Auf dem Gute Nr. 1 lastete noch besonders ein Kirchengeld von jährlich 24 Groschen, die dem Pfarrer in Lervin zukamen. Obgleich durch eine kaiserl. Kommission bestimmt worden war, daß diese Abgabe zum kaiserl. Amte gezahlt werden sollte, so wurde dieselbe bei der Errichtung des Urbariums vom Jahre 1606 auch fernerhin dem Pfarrer wieder überlassen, „weil in gehabter fleißiger Nachfrage befunden, das es von einer gar alten Stiftung herriret.“**)

Das Dörfchen Kuttel wurde anfänglich Kottel genannt, von dem böhmischen Worte Kotel, d. h. der Kessel. Der Name bezeichnet somit die natürliche Lage des Ortes. Über den Ursprung des Dörfchens finden sich Nachrichten im Urbarium der Herrschaft Hummel vom Jahre 1631 Folio 165 und 166. Dort heißt es:

*) Man sieht, daß Krzischny ein recht alter Ort sein muß.

**) Näherer Aufschluß darüber dürfte sich in den Dekanatsakten finden.

Vergl. Volkmer und Johans, Geschichtsquellen III, p. 148, 149, 151, 152.

„Das Vorwerk, der Kottel genannt.

Adam Stanke*) heft ein Güttel oder Vorwerk, so außerhalb Lewin und derselben circumferenz und Jurisdiction an der Böhmishe, des Stätt Gütthübel's Gränze undt zwischen dehnen zur Herrschaft Hummel gehörigen Dörffern Tost, Krzischney undt Meingörsdorffer Güttler lieget, ist der Kottel genannt und mit einer Wohnung erbauet. Sein Vater**) hatte solches Güttel anno 1596 bei ergangener Ablösung der Herrschaft Hummel von dem Amte zu Glatz erkaufte in alle dem recht und genieß, wie die Kaiserl. Majestät zuvor solches innegehabt***) und zu der Herrschaft Hummel genossen, auch mit der Befreyung undt Obmässigkeit eckliche Häuser darauf zu erbauen undt ihme dieselben mit Hoffdienstbarkeit undt ander schuldigen gehorsamb zu verbinden, auch aufzunehmen undt loßzulassen, der hohen Obrigkeit aber jährlichen auff zwei Termine, zu Georgi undt Galli, vier Schock Meißniß zu zinsen. Mit diesem obbemelten Adam Stanke ist abgehandelt, damit er bey solcher Begnadung verbleiben könne undt mit andere Dienstbarkeiten undt Beschwerden icht undt künfftig nicht weiter belegt werden solle, anstat voriger vier Schock hinführo sechs Schock zu abgesetzten Terminen jedesmal halb zu erlegen, doch dabey Ihrer Königl. Majestät Oberobmässigkeit, Sagten undt alle andere Regalien undt was demselben anhängig, gänzlich vorbehalten, und wird solcher Zins allhier eingetragen undt ausgesetzt, aber auf Ihrer Königl. Majestät gnädigster Ratifikation. Id est der Zins: zu Georgi 3 Schock, auf Galli 3 Schock. Zu deren Landeskontributionen, wenn solche angelegt werden, soll er zu der quota, was auf die Königl. Amts-Untertanen in den humblichen Dorffschaften kommt, zu Hülfe geben, so viel jedesmahl auff drei Rutten betrifft.“

Später besaß das Vorwerk der Lewiner Bürger Georg Straube, von dem es 1651 das Kaiserl. Rentamt in Glatz zurück erkaufte. In einer an die Königl. Klassifikations-Kommission des Steuerwesens in der Grafschaft Glatz vom Ortsgericht in Kuttel im Jahre 1743 eingereichten Beschreibung des Dörfchens wird hierzu angeführt, daß „gedachtes Rentamt daß Guth zertheilet und die eckliche Häußel dahin erbauen lassen, die Einwohner aber anstat der Kontribution mit einem jährlichen Erbzinß belegt, ihnen dann auch vermög Urbary de anno 1662 und 1674 die Versicherung gethan, sie weiter mit keiner Kontribution oder anderweittigen Landesanlagen und Abgaben, wie die immer Rahmen haben mögen zu beschweren“. Die Zerteilung und damit die Gründung des Dörfchens erfolgte 1660, wie sich aus folgenden Worten des bei der Alienation im Jahre 1684 festgesetzten Urbariums ergibt: „Anno 1660 ist dieß Vorwerk sambt zugehörigen Grundstücken zu einem Dörfffel erbaut

*) Er war ein Lewiner Bürger und später Bürgermeister des Städtchens.

**) Er hieß Georg Stanke und war ebenfalls Bürgermeister in Lewin.

***) Nach Kögler's handschriftlichen Nachrichten existierte Kuttel als einzelner Hof bereits im Jahre 1509.

und mit 14 Stückleuthen besetzt worden, welche anstatt aller anderen Geldt-Schuldigkeiten, alß Roboten, Contributionen und Einquartierung züssen“ — wie hernach folget.

Die kirchlichen Verhältnisse.

Die Grafschaft Glatz bildete in den ältesten Zeiten in kirchlicher Hinsicht ein Dekanat, das zum Archidiafonate Königgrätz gehörte. Die Pfarrkirche in Lewin samt ihrer Tochterkirche in Sackisch findet sich jedoch erst im Jahre 1558 unter den Kirchen des Glazer Dekanats, da sie früher dem Dekanat Dobruschka zugehörte. Ob die hiesige Kirche bis zur Zeit ihrer Vereinigung mit dem Dekanat Glatz eigene Pfarrer hatte, oder durch einen Pfarrer aus dem benachbarten Böhmen verwaltet wurde, läßt sich urkundlich nicht feststellen. Aus der früheren Zeit ist nur bekannt, daß die Pfarrkirche innerhalb der Jahre von 1340 bis 1350 von einem Pfarrer Johann verwaltet wurde. Aus der darauf folgenden Zeit von über 200 Jahren sind keine Nachrichten vorhanden. Erst seit der Vereinigung der Pfarrei mit dem Glazer Dekanat kennt man die ununterbrochene Reihenfolge der hiesigen Pfarrer. Der erste war ein verheirateter Mönch, Namens Martin Moller, von 1558 bis 1567.

In jener Zeit hatte die Lehre Luthers in der Grafschaft schon Eingang und besonders beim Adel und den Einwohnern der Städte viel Anhang gefunden. Einen nicht minderen Anhang fand Caspar von Schwenkfeld mit seinen Lehrmeinungen, zumal nachdem er im Jahre 1530 in Glatz durch seine hervorragende Beredsamkeit großen Eindruck hervorgerufen hatte. Manche Pfarrer förderten die Ausbreitung der neuen Lehrmeinungen durch offenbaren Übertritt; andere neigten sich mehr oder weniger auf die Seite der Neuerer, um die freundschaftlichen Beziehungen zu den lutherisch gesinnten Gutsherren nicht zu stören. Deshalb gab es in der Grafschaft in jener Zeit außer katholischen, schwenkfeldischen und lutherischen Pfarrern auch solche, welche halb schwenkfeldisch, halb lutherisch, oder auch nach eigenen Glaubensansichten lehrten. Zu den letzteren gehörte auch nach einer im Jahre 1558 durch den damaligen Besitzer der Grafschaft, den Herzog Ernst von Baiern, über die Glaubens- und Lehrmeinungen der Pfarrer geführten Untersuchung der Lewiner Pfarrer Martin Moller. Während insolge jener Untersuchung eine Anzahl der Pfarrer und Prediger ihrer geistlichen Stellen für verlustig erklärt wurden, gehörte Martin Moller zu jenen, die unter dem Versprechen, nach der Richtschnur der alten Kirche zu lehren, beibehalten wurden.

Nach dem Tode des Herzogs Ernst von Baiern, der unablässig bemüht war, die Ordnung der alten Kirche wieder herzustellen, erwachten die unterdrückten Lehren Luthers, Kalvins und Schwenkfelds wieder zu neuem Leben. Unter diesen Parteien war die lutherische, oder die nach dem augsbürgischen Bekenntnisse, an Zahl und Ansehen

die größte und bald die allein herrschende. Unter den wenigen Kirchen der Grafschaft Glatz, die im Jahre 1571 noch im Besitze der Katholiken waren, befand sich auch die Kirche in Lewin, woraus sich schließen läßt, daß die neue Lehre in der hiesigen Kirchengemeinde einen weniger raschen Eingang gefunden hat als in den meisten andern Gegenden der Grafschaft. Pfarrer war hier damals Wolfgang Ebener, der auch das Glatzer Defanat verwaltete. Unter diesem Pfarrer wurde im Jahre 1576 die gegenwärtige Kirche erbaut. Der Baumeister hieß Melchior Neumann. Die älteste Kirche war von Holz. Ihr Ursprung ist unbekannt und fällt wahrscheinlich ins 13., gewiß ins 14. Jahrhundert. Das Patronat hatte in den ältesten Zeiten sowohl bei dieser als auch bei den andern Kirchen der Grafschaft der Landesherr; allein König Johann von Böhmen übergab dieses Privilegium 1336 den Glatzer Ständen und behielt sich nur das Kirchenlehn in Glatz, Habelschwerdt und Landeck vor.*) Von dieser Zeit ab hatten die Herren des Schlosses Hummel, als Besitzer des Städtchens Lewin, das Kirchenpatronat durch fast 200 Jahre und stellten die hiesigen Pfarrer an. Nachdem aber die Herrschaft Hummel an den Landesherrn kam, fiel auch das Patronat wieder an denselben zurück.

Dem Pfarrer Ebener folgte 1582 ein Pfarrer des augsburgischen Bekenntnisses, Adam Jordan. Da jedoch infolge eines kaiserlichen Befehls vom Jahre 1600 von allen Pfarrkirchen landesherrlichen Patronats die Prediger augsburgischen Bekenntnisses entfernt werden mußten, so wurde auch er 1602 seiner Stelle entsetzt. Er war verheiratet und ließ seine Frau Christine nebst einem erwachsenen Sohne und einer verheirateten Tochter zurück, da er hier Haus und Acker besaß. Mit Vollmacht versehen, verkauften seine Angehörigen im folgenden Jahre Haus und Grundstücke, worauf ihm wahrscheinlich die Frau nachgefolgt sein mag.

Inzwischen hatten sich die Gemüther in der hiesigen Kirchengemeinde von der alten Kirche abgewendet und der katholische Pfarrer Johann Glatz (1613—1617) vermochte nur wenig zu wirken. Dasselbe war auch bei seinem Nachfolger Thomas Polenius der Fall, der nach kurzer Amtsführung schon 1618 als Domherr nach Prag berufen wurde.

Infolge des von Kaiser Rudolf II. im Jahre 1609 erteilten Majestätsbriefes erlangten die Protestanten freie Religionsübung; der Besitz der von ihnen gebrauchten Kirchen und Schulen ward ihnen bestätigt, und die Erbauung neuer Kirchen wurde ihnen gestattet. Da sich die hiesige Kirche in den Händen der Katholiken befand, richteten sich die Evangelischen ein Bürgerhaus für ihre kirchlichen Zwecke ein. Es war das Haus Nr. 3 am Ringe. Der dazu gehörige Garten wurde noch vor 50 Jahren zuweilen der lutherische Kirchhof genannt. Die 1897 in dem Buche „Die Grafschaft Glatz in Wort und Bild“ von F. R. Ludwig gebrachte Mitteilung, „nach dem

*) Melorius.

Inkrafttreten des Majestätsbriefes wurde in Lewin auch eine evangelische Kirche aus Holz erbaut, die jedoch in den Stürmen des 30jährigen Krieges wieder verschwunden ist," kann sich auf keine neu erbaute Kirche beziehen. Eine solche hat nicht bestanden. Unter dem Pfarrer Polenius, der Nachrichten über den damaligen Kirchenzustand hinterließ, befanden sich im ganzen Kirchspiel nicht mehr als 30 Katholiken, die er namentlich anführt, nämlich 18 in Lewin, 8 in Gellenau, 2 in Böschney und 2 in Gallatsch.*)

Durch den Aufstand der protestantischen Böhmen im Jahre 1618, der bekanntlich den 30jährigen Krieg zur Folge hatte, waren auch die Lewiner Protestanten ermutigt worden. Sie vertrieben den damaligen Pfarrer Dionys Juriß aus der Stadt und bemächtigten sich der Kirche. Im April 1623 kehrte er jedoch wieder zurück. Nachdem nämlich der Empörungskrieg der Böhmen mit der Eroberung von Olaz im Jahre 1622 für den Kaiser siegreich beendet war, wurden auch in der Grafschaft die alten kirchlichen Verhältnisse wiederhergestellt. Alle Prediger und Schullehrer des augsburgischen Bekenntnisses wurden entlassen, weshalb 1623 gegen 60 Prediger die Grafschaft verließen. Unter denselben befand sich auch der lutherische Geistliche von Lewin, dessen Name jedoch nicht bekannt ist. Da der größere Teil der Olazer Bewohner dem augsburgischen Bekenntnisse nicht entsagen wollte, wurden durch Kaiserliche Verordnungen verschiedene Zwangsmittel angewendet. So sollten die Nichtkatholischen fernerhin vom Bürgerrecht ausgeschlossen bleiben und ihre Eheverträge für ungültig angesehen werden. Ebenso durfte keine Zünfte das Meisterrecht an einen Befenner der neuen Lehre erteilen. Eine andere landesherrliche Verfügung nötigte die Bewohner zur Rückkehr zur alten Kirche, oder, wenn ihr Gewissen sich dagegen sträubte, zur Auswanderung. Übrigens wurde, was die Grafschaft Olaz anlangt, im Jahre 1625 den Städten inbetreff ihrer Teilnahme am Hochverrate völlige Verzeihung verkündet. Um jedoch bei den Nachkommen der Bewohner das Andenken an ihren Treubruch zu verewigen, ward fortan von jedem Faß Vier eine Tranksteuer von einem Gulden unter dem Namen rebellionsgroßchen erhoben. Alle diese Verordnungen fanden natürlich auch ihre Anwendung auf die Stadt Lewin. In der Erneuerungs-Urkunde der städtischen Privilegien vom Jahre 1629 geschieht der ersten Verordnung, welche die Nichtkatholischen vom Bürgerrecht ausschloß, ausdrücklich Erwähnung. Ebenso findet sich die auf die Erwerbung des Meisterrechts bezügliche Bestimmung in der Handwerksordnung, die Kaiser Ferdinand III. den hiesigen Zünften im Jahre 1654 erteilte. Was den sogenannten rebellionsgroßchen anlangt, so wurde derselbe in der genannten Urkunde vom Jahre 1629 für die Stadt Lewin durch Kaiserliche Gnade auf einen halben Gulden ermäßigt.

Dem Pfarrer Juriß, der ein Jahr nach seiner Rückkehr zum Pfarrer in Gabersdorf ernannt worden war, folgte Simon Peter

*) Rögler.

Ganke (1624—1653). Er machte den Anfang, wieder ein Kirchenbuch zu führen. Das im Pfarrarchiv vorhandene älteste Populations-Matrikel ist von ihm angelegt worden. Die früher vorhandenen Kirchenbücher sind wahrscheinlich in der Zeit der Religionsunruhen vernichtet worden. Pfarrer Ganke soll ein fleißiger und geschickter Sekretär gewesen sein. Seine ganze Amtstätigkeit fällt in die Zeit des 30jährigen Krieges. Bei den feindlichen Einfällen der Schweden mußte er öfters in die Wälder flüchten. Er starb im 59. Lebensjahre und hat sein Grab in der Kirche unter der Kanzel. Als bei der letzten Kirchenrenovation in den achtziger Jahren die Quader über der Gruft gehoben werden mußten, wurde durch die beschädigte Wölbung ein Einblick ins Grab gewonnen. Der Sarg und das priesterliche Gewand erschienen ziemlich unversehrt. — Auf Pfarrer Ganke folgte von 1653 bis 1680 Franz Christoph Klahr, in Ober-Hannsdorf geboren, ein gelehrter, frommer und bei weltlichen und geistlichen Behörden sehr geachteter Mann. Er verwaltete auch die Pfarrei Meinerz, die er drei Jahre vor seinem Tode an seinen Kaplan Christoph Weiser abtrat. Eine Zeit lang versah er auch das erledigte Vikariats-Amt. Unter diesem Pfarrer ist hieselbst im Jahre 1662 die Bruderschaft des heiligen Antonius von Padua, den man zum Pestpatron erwählt hatte, begründet worden. Unterm 20. Mai desselben Jahres wurde beim erzbischöflichen Konsistorium in Prag die oberhirtliche Genehmigung nachgesucht, die am 3. Juli erteilt wurde. Am 12. September erfolgte noch durch eine Bulle Papst Alexander VII. die Konfirmation der Bruderschaft und die Erteilung von Ablässen, die unter Beobachtung der vorgeschriebenen Bedingungen von den Mitgliedern der Bruderschaft erlangt werden können. — Auf Antrieb des Pfarrers Klahr wurde der baufällig gewordene Pfarrhof niedergerissen und ein neues hölzernes Pfarrhaus erbaut, wozu der Pfarrer aus eigenen Mitteln Beihilfe geleistet hat. Das Jahr vor seinem Tode (1679) wurde in der Filiale Sackisch der Bau der gegenwärtigen Kirche begonnen, weil die alte, von Holz erbaute Kirche zu klein und auch ganz baufällig geworden war. Über die Erbauung dieser früheren hölzernen Kirche erzählt Magister Simon Peter Ganke eine alte Tradition. Da Sackisch kirchlich zu Lewin gehörte, dürfte der Mitteilung jener alten Überlieferung an dieser Stelle nichts entgegenstehen. Pfarrer Ganke schreibt darüber Folgendes: „Als einst an dem Orte, wo jetzt das hölzerne Kirchlein steht, gedackert wurde, haben wiederholt die Pferde angefangen, übermäßig zu schweigen; sie fielen auf die Knie und wollten nicht mehr von der Stelle gehen. Man kam auf den Gedanken, an der Stelle zu graben und fand das Bildnis der heiligen Katharina, das noch heute auf dem Altare steht. Darauf wurde beschlossen, ein Kirchlein zu bauen. Zum Bauplatz wählte man die Stelle, wo heute der Kretscham erbaut ist. Dorthin wurde das Holz angefahren, aber zu wiederholten Malen ist dasselbe vom Kretschamberge hinweg und von selbst auf die Stelle, wo das Bildnis aufgefunden wurde,

transferiert worden. Darum wurde die Kirche darauf an dieser Stelle erbaut. Vor Zeiten wurden zu derselben große Wallfahrten aus Böhmen unternommen und soll der Altar von den Königgräzern geschafft worden sein. Ob schon früher an dem Orte, wo das Bildnis gefunden wurde, eine Kirche stand, die in Kriegezeiten zerstört wurde, wobei aber das Bildnis verschont blieb oder auf welche Weise dasselbe sonst an den Ort gekommen ist, ist Gott im Himmel am besten bekannt". Pfarrer Mahr war Besitzer mehrerer Bürgerhäuser. Sein Grab ist in der Kirche vor dem Hochaltar. — Dem Pfarrer Mahr folgte Heinrich Erasmus Siegel von 1680 bis 1715. Er war in Braunau geboren und vorher Kaplan in Habelschwerdt gewesen. Während der Zeit seiner Amtsverwaltung kamen, nicht ohne seinen Einfluß, allerlei kirchliche Baue zur Ausführung. Im Jahre 1681 wurde die Decke des Presbyteriums gewölbt und 1691 ließ er eine neue Kanzel bauen. Im Jahre 1695 wurde der Bau der Kapelle in Gellenau begonnen. Der Erbauer war der damalige Gutsherr Johannes Heinrich von Alten, der dadurch seiner Dankbarkeit für die gnädige Rettung aus einer Lebensgefahr, herbeigeführt durch seine schon gewordenen Pferde, Ausdruck geben wollte. Am Tage Allerheiligen 1697 ist die Kapelle eingeweiht worden. In demselben Jahre wurde das Mauerwerk des hiesigen Kirchturmes um 9 Ellen erhöht und derselbe in anderer Form, mit dem Durchsichtigen versehen, eingedeckt. Vorher hatte der Turm ein vierseitiges, spitz zulaufendes Dach. Im folgenden Jahre wurde ein Erweiterungsbau der Kirche vorgenommen. Derselbe wurde um 15 Ellen verlängert, (die Stelle des Anbaues ist deutlich zu erkennen) und die Kirchhofmauer aus dieser Ursache entsprechend hinausgerückt, ferner wurden die steinerne Halle und die drei hölzernen Vorhäuschen angebaut und die Decke samt den Chören hergestellt; außerdem wurden die Bänke, Türen und Fenster erneuert und der Predigtstuhl nebst der Orgel staffiert. Die Ausführung des Baues war dem Maurermeister Como aus Habelschwerdt und dem hiesigen Zimmermeister Jakob Stephan übertragen worden. Die Malerei biblischer Bilder an der Decke und den Chören hatte Maler Fickert aus Meinerz ausgeführt. Die sämtlichen Baukosten, mit Ausschluß des Turmbaues, betrugen etwas über 2000 Gulden. Die Fuhrn und Handdienste sind hierbei nicht in Anrechnung gebracht. 1600 Gulden waren aus der Kirchentasse entnommen worden, 100 Gulden gab der Pfarrer, das Fehlende war von einigen Kirchkindern zinslos geliehen worden. — Eines Vorfalles in der Kirche aus dem Jahre 1698 soll hier gedacht werden. Es war am 24. Juni, als während der Predigt mehrere Kalkstückchen und kleine Steinchen durch die Ritzen der Decke auf die Kanzel fielen. Man meinte, daß der neu erbaute Turm einzustürzen drohe. Alles drängte sich in wilder Hast nach den Türen, viele sprangen von den Chören herab, die meisten heulten und schrieten und kein Zurnf der Vermünftigen fruchtete. Der Vorfall ist jedoch ohne größeres Unglück

abgelaufen. Es wurden nur zwei Personen schwer verletzt; leichtere Beschädigungen hatten viele davon getragen.

Im Jahre 1701 ließ Pfarrer Giegel den hölzernen Pfarrhof auf seine Kosten zur Hälfte massiv erbauen. Im Jahre 1713 veranlaßte er den Bau des Glockenturmes bei der Filialkirche in Sackisch, wozu er 100 Gulden beitrug. Der Bau der kleinen Kapelle in Sauernig stammt endlich auch noch aus Giegel's Zeit. Dieselbe wurde 1714 erbaut, und zwar infolge eines Gelübdes bei der das Jahr vorher ausgebrochenen Pest. Die Stifter dieses Kirchleins waren David Walke und Melchior Tautz aus Sauernig. Zur Unterhaltung der Kapelle stiftete Kaspar Erner von dort 1736 eine Foundation von 50 Gulden.

Schon mehrere Jahre vor der Übernahme des Pfarramtes durch Giegel waren die Andachten der hiesigen Antonius-Bruderschaft aus Gleichgültigkeit der Mitglieder vernachlässigt und darauf ganz ausgesetzt worden. Obgleich der Rat der Stadt beim Pfarrer wiederholte Anträge auf Restauration der Bruderschaft stellte, so wies er dieselben jedoch jedesmal zurück, weil vielen die gottesdienstlichen Handlungen schon jetzt, ohne die Bruderschaft, zu lange dauerten; mit der Bruderschaft würde dies noch mehr der Fall sein. Die Reassumtion der Bruderschaft erfolgte erst ein Jahr vor dem Tode des Pfarrers und zwar auf Befehl des Konsistoriums. Ebenso wurde der Pfarrer durch das erzbischöfliche Konsistorium genötigt, wieder seinen Willen einen Kaplan anzunehmen, nachdem er lange Zeit hindurch die pfarramtlichen Geschäfte allein versehen hatte. Im Jahre 1710 am 17. November wurde ein ansehnlicher Kirchendiebstahl begangen. Die Diebe brachen in die Sakristei ein und raubten die silbernen Kirchengefäße und die sämtliche gute Meßkleidung. Pfarrer Giegel starb am 22. Januar 1715 durch einen unglücklichen Sturz aus dem Schlitten. Er hatte eine schwere Verletzung am Kopfe erhalten; eine Viertelstunde darauf war er eine Leiche. Sein Nachfolger war Anton Oppenheimer, von 1715 bis 1728. Derselbe war in Glaz geboren und wirkte in der Seelsorge zuerst als Kaplan in Oberhamnsdorf und darauf als Pfarrer in Raitersdorf. Er wird als ein guter Landwirt gerühmt, der die pfarrlichen Äcker vortrefflich bewirtschaftet habe. Unter ihm wurde ein von den geistlichen und weltlichen Behörden bestätigter Vergleich mit Johann Heinrich von Alten auf Gellenau wegen des dem hiesigen Pfarrer seit alter Zeit zustehenden Fischrechtes daselbst und wegen verweigerten Dezems zu stande gebracht. Der Pfarrer verzichtete auf das Fischrecht, und Herr von Alten verpflichtete sich zur unverkürzten Leistung des Dezems. Unter dem Pfarrer Oppenheimer wurde auch der Kirchhof erweitert und die Johanneskapelle von dem Müller David Walke aus Sauernig erbaut, der sie auch mit 300 Gulden fundierte. Der Bau wurde 1727 begonnen und 1730 vollendet. Der erste Kapellenwärter hieß David Knappe.

Der Müller David Walke in Fauernig, der auch die kleine Kapelle in der Nähe seiner Mühle erbauen ließ, mochte gewiß ein recht gottesfürchtiger Mann gewesen sein. In unbekannter früherer Zeit gabs in Fauernig auch recht unchristliche Leute, wie sich aus der folgenden Sage ergibt.

Der Spielhübel.

Im Dorfe Fauernig bei Lewin lebten einige Männer, die von Kindheit auf eng befreundet waren. Das Zeichen oder das Band ihrer Freundschaft war gemeinschaftliches Kartenspiel, so oft sie über einige Stunden freier Zeit verfügten. Als ihnen solche wegen der Sorge um ihre Familien während der Woche nicht mehr zu Gebote stand, opferten sie dem Spiele den Sonntag. Um aber ungestört bei ihrer zur Leidenschaft gewordenen Lieblingsbeschäftigung zu sein, trieben sie dieselbe nicht in ihren Wohnungen, sondern sobald es nur das Wetter erlaubte, hinter Strauchwerk und Gebüsch auf dem Scheitel des Berges, der zwischen dem unteren Ende des Dorfes und der am Wege nach Kuttel gelegenen Johanniskapelle sich erhebt. Hier wurden sie durch viele Jahre von den Kirchgängern in eifriger Beschäftigung beim Kartenspiel beobachtet. Als die Spieler gestorben waren, fanden sie keine Ruhe im Grabe, sondern mußten zur Strafe angesichts derer, denen sie bei Lebzeiten Argernis durch ihre Sonntagschändung gegeben hatten, jeden Gottestag aufs neue am gewohnten Platze spielen. Das Volk nennt deshalb den Berg den Spielhübel.

Dem Pfarrer Oppenheimer folgte im Pfarramte Dominikus Franziskus Strauch. Er verwaltete dasselbe nur durch neun Monate und war in dieser Zeit größtenteils krank. Am 22. Sonntage nach Pfingsten und den drei folgenden Tagen 1729 wurde hier in feierlichster Weise die Heiligsprechung des heiligen Johannes von Nepomuk begangen. In demselben Jahre wurde von den hiesigen Leinwand-Kaufleuten die neue Sakristei und das Oratorium erbaut, wozu Johann Georg Stanke, der zurzeit Gerichtsbogt hieselbst war, das meiste beigetragen hat. Pfarrer Strauch starb im Oktober 1729 und erhielt zum Nachfolger den Pfarrer Johann Josef Deutsch, einen geborenen Lewiner. Er war ein armer Bürgersohn, hatte aber durch den Jesuiten-Rektor Elias Rentwig in Diegnitz (er war 1644 in Lewin geboren) in dem dortigen Ordenshause freie Aufnahme und die Vorbereitung für den geistlichen Stand erhalten. Zunächst war er durch 15 Jahre Kaplan in Abendorf. Als hiesiger Pfarrer erwarb er sich vielfache Verdienste; besonders ließ er es sich angelegen sein, die Antonius-Bruderschaft wieder in Flor zu bringen. 1732 ließ er das Frontispicium der Kirche einer gründlichen Reparatur unterwerfen. In diesem Jahre fing er auch an, das sogenannte Kesselbier zu brauen, wozu schon 1672 Kaiser Leopold I. den Geistlichen der Grafschaft Glaz das Recht erteilt hatte. 1734 wurde durch den erzbischöflichen General-Vikar Johannes Martin eine

General-Kirchen-Visitation abgehalten. Derselbe war 1684 im Hause Nr. 19 in Lewin geboren. Aus Anlaß seiner Anwesenheit stiftete er 1734 eine Foundation, wonach in der Kirche seines Geburtsortes vor dem Hochaltare ein ewiges Licht unterhalten werden sollte. Er legierte darauf 500 Gulden. Außerdem stiftete er einige Jahre später eine Foundation von 2000 Gulden beim erzbischöflichen Seminar in Prag, zunächst für die Angehörigen aus seiner Familie und nach Abgang derselben für einen geborenen Lewiner. Von den Zinsen erhielt derselbe freie Aufnahme im Seminar, sofern er das erforderliche Examen bestanden hatte. 1735 wurde in der hiesigen Kirche eine neue Orgel und 1736 der Kreuzweg errichtet. In demselben Jahre wurde auch der Hochaltar nebst der Kanzel renoviert. 1737 wurde eine Mission durch mehrere Priester der Gesellschaft Jesu hier abgehalten. Beim Pfarrhose legte Pfarrer Deutsch den Gemüse- und Blumengarten an. Den Pfarrberg ließ er mit Obstbäumchen bepflanzen, die jedoch nicht aufkamen, da sie theils verdorrten, theils muthwillig beschädigt wurden, und von der Widmuth führte er durch 225 Röhren das Wasser in den Pfarrhof. Diese Wasserleitung ist später, weil die Erhaltung derselben zu teuer war und weil eine anderweitige Wasserversorgung hergestellt wurde, wieder eingegangen. Für sein Seelenheil hatte Pfarrer Deutsch schon 1737 bei der hiesigen Kirche eine Foundation gestiftet. Auch mehrere andere Kirchenfoundationen stammen aus seiner Zeit. Der Kauf- und Handelsmann Georg Radler stiftete 1730 die Glockenfoundation in Höhe von 1060 Gulden und fundierte außerdem 1741 einige hundert Gulden auf Messen und für arme Schulkinder; der Gerichtsvogt Johann Georg Stanke fundierte 1737 ein kleines Kapital auf das Läuten der Betglocke am Freitag nachmittag 3 Uhr, worauf der Handelsmann Michael Dinter 1741 die Betglocke am Montag nachmittag 3 Uhr fundierte, und endlich fundierte 1743 wiederum Johann Georg Stanke 1000 Gulden, von deren Zinsen ein zweiter Kaplan besoldet werden sollte und 450 Gulden auf ein Requiem und heil. Messen für sich und seine Freundschaft. Pfarrer Deutsch starb nach einer segensreichen Wirksamkeit im Jahre 1746. Ihm folgte Anton Gebhard, ein Reinerzer, unter dem 1748 der bedeckte Gang, der vom Pfarrhose über den Graben der alten Landstraße nach der Schule führte, erbaut worden ist. Er starb 1753. Sein Nachfolger war Anton Rother, in Lewin geboren, der bis 1788 amtierte. In seine Amtsperiode fällt eine General-Kirchen-Visitation, die durch den Prager Weihbischof im Jahre 1768 in der Grafschaft abgehalten wurde. Er erteilte in Lewin am 2. Juli 3327 Personen auf dem Kirchhose die heilige Firmung. 1772 wurde der Altar bei der Kanzel zu Ehren der Freundschaft Christi vom hiesigen Kaufmann Ignaz Strauch errichtet. Der Antoniusaltar auf der andern Seite, wahrscheinlich 1662 wegen der damals gestifteten Antoniusbruderschaft errichtet, wurde 1773 durch einen neuen ersetzt, wozu Beiträge verschiedener Wohltäter gesammelt

worden waren. Außerdem ist aus der Zeit des Pfarrers Rother noch zu erwähnen, daß die Fundationen der Kirche um einige Kapitalien vermehrt wurden. Der Kaufmann Ignaz Josef Sellwig fundierte nämlich 1780 die Prozession am Tage Maria Heimsuchung zu dem von ihm errichteten Kreuze*) und 1781 den Gottesdienst am Tage Kreuzerfindung. Auf Rother folgte der Pfarrer Elias Knittel von 1788 bis 1798. Er war in Ober-Hannsdorf geboren, wirkte zuerst als Kaplan in Glaz und seit 1786 als Direktor des dortigen Schullehrer-Seminars. Im ersten Jahre seines Hierseins wurde er in mehrere Prozesse verwickelt, die zwar zu seinem Vorteile entschieden wurden, jedoch seine Privatkasse nicht unerheblich in Anspruch nahmen. Streitobjekte sind nicht erwähnt. 1789 wurden von Papst Pius VII. die Festtage Maria Himmelfahrt und Maria Geburt zufolge königlichen Wunsches auf die nächstfolgenden Sonntage verlegt und der Bußtag an dem vierten Mittwoch nach Ostern das erste Mal gefeiert. — In der Nacht zum 8. April 1796 wurde ein bedeutender Kirchendiebstahl begangen. Im folgenden Jahre wurde der kleine Kirchturm erneuert und der große renoviert. Die Turmknöpfe wurden am 1. Juni im Beisein einer großen Volksmenge aufgesetzt. Pfarrer Knittel starb zum Bedauern des ganzen Kirchspiels schon am 27. Mai 1798 im Alter von erst 50 Jahren.

Die Schulverhältnisse.

Über die hiesige Schule sind aus früherer Zeit nur spärliche Nachrichten vorhanden. Wann und durch wen dieselbe begründet wurde, ist ganz unbekannt. Die ältesten Nachrichten sind aus der Zeit, in der Hieronymus Reck-Dechant und erzbischöflicher Vikarius Foraneus der Grafschaft Glaz war (1605—1651). In dieser Zeit wurde das ursprüngliche Schulhaus, das am Pfarrhofe gestanden hatte, abgetragen und ein neues hölzernes Schulgebäude dem Pfarrhof gegenüber auf kirchlichen Grund und Boden erbaut. Es war ein zweistöckiges Gebäude, das zwei Klassenzimmer und die Wohnung für zwei Lehrer enthielt. In jener Zeit gehörte zur Schule eine Wiese zwischen dem Zauerniger Wasser und dem Pfarrwalde entlang. Wegen Abtretung des heutigen Schulfeldes wurde damals jene Wiese der Pfarrwidmüt zugeschlagen. Der Tausch war jedoch ein ungleicher, weshalb die Kommune den pfarrlichen Äktern noch ein Stück städtische Aue einverleibte, während die Dorfschaften verpflichtet wurden, an den Pfarrer jährlich einen Taler zu entrichten. Obschon sie sich weigerten, wurden sie durch eine Entscheidung des R. R. Antes dazu gezwungen, und der hiesige Kaiserliche Kreisvogt (wahrscheinlich Christoph Breier) repartirierte jenen Betrag auf die einzelnen Dorfschaften in folgender Weise:

*) Dasselbe steht in der Bräuergasse, dem Hause Nr. 34 gegenüber; der ursprüngliche Standort war am Platz vor der Stadtmühle.

| | | | | |
|--------------------------|----|------|-------|---------|
| Röschney | 2 | Arz. | 1 1/2 | Seller. |
| Zauernig | 5 | " | — | " |
| Tassau | 7 | " | 4 1/2 | " |
| Järker | 3 | " | 3 | " |
| Sackisch | 12 | " | — | " |
| Lanz | 7 | " | 4 1/2 | " |
| Merbotin | 2 | " | 1 1/3 | " |
| Al.-Georgsdorf | 4 | " | 3 | " |
| Arzischney | 4 | " | 3 | " |
| Gellenau | 12 | " | — | " |
| Gr.-Georgsdorf | 6 | " | — | " |
| Hallatsch | 4 | " | 3 | " |

Wenn die Dörfer Sackisch, Gellenau, Tassau und Hallatsch hier zu einer die Schule betreffenden Leistung herangezogen sind, so erklärt sich dies dadurch, daß dieselben in jener Zeit noch nicht eigene Schulen hatten, sondern zum städtischen Schulverbände gehörten. Daß andererseits die Dörfer Ruttel, Kaltwasser und Dörnkau in der Repartition vermist werden, darf nicht befremden, weil dieselben erst in den letzten Dezennien des 17. Jahrhunderts erbaut wurden. Der Schulunterricht erstreckte sich nach einigen vom Pfarrer Mahr hinterlassenen Notizen nur auf die gewöhnlichen Disziplinen des Unterrichtes: Lesen, Schreiben und für die Fähigen noch das Einmaleins und die Notenkennntnis. Rechnen und Gesang waren nicht obligatorisch; der Unterricht in diesen Fächern mußte besonders honoriert werden. Wenn ein altes Schulinventarium an Schulutensilien nur eine lange Kindertafel anführt, so läßt sich daraus bei den zahlreichen Ortschaften des Schulverbandes weniger auf eine geringe Schülerzahl als vielmehr auf die geringe Teilnahme am Unterrichte schließen. Bei der großen Entfernung der meisten Dörfer war ein regelmäßiger Schulbesuch undenkbar, und der Schulzwang war ein unbekannter Begriff. Anfänglich war an der Schule nur ein Lehrer, genannt der Schulmeister, angestellt. Derselbe hatte nach einem vom Pfarrer Mahr hinterlassenen Besoldungsnachweis folgendes Einkommen:

1. von der Stadt an jährlicher Besoldung 6 Schock; für das Positiv-Schlagen 4 Schock; vom Wetterläuten 2 Schock; aus den Dorfschaften, wie von alters, vom Bauer jährlich 5 Kreuzer, vom Feldgärtner 2 Kreuzer 3 Heller, vom Häusler 1 Kreuzer 1 1/2 Heller;
2. Schulgeld und zwar von den Kindern, die nur Schreiben und Lesen und, sofern sie dazu tauglich waren, auch das Einmaleins und die Noten kennen lernten, wöchentlich je 9 Heller, von jenen aber, die auch das Rechnen und Singen lernten, wöchentlich 3 Kreuzer mehr;
3. Holzgeld von jedem Kinde jährlich 15 Kreuzer.

Das sonstige Einkommen bestand in verschiedenen aus dem Chor-, Küster- und Glöcknerdienst entspringenden Einkünften, wozu

auch die Benutzung des Schulgrundstückes, der Neujaars- und Gründonnerstagsumgang und die Wettergarben gehörten. Die Wettergarben waren eine Naturalleistung der Bauern und Feldgärtner in den Dorfschaften anstatt der früher gezahlten zwei Schock für das Glockengeläut während eines Gewitters. Als durch eine Regierungs-Verordnung im Jahre 1810 das Wetterläuten abgeschafft wurde, sind die Bauern von der Lieferung der Garben nicht entbunden worden. Die Wettergarbenangelegenheit wird noch in einem späteren Abschnitte Berücksichtigung finden.

Neben dem Schulmeister wurde mit der Zeit noch ein Kantor und zweiter Lehrer angestellt. Dies geschah wahrscheinlich, nachdem das neue Schulhaus erbaut worden war, denn dasselbe enthielt zwei Klassenzimmer und zwei Lehrerwohnungen.

Das Patronat der Schule wurde, wie das Kirchenpatronat, seit 1595 landesherrlich. Vorher besaßen es die Besitzer der Herrschaft Hummel.

Die bekannten Namen von hiesigen Lehrern aus früherer Zeit sind:

Schulmeister: Thomas Polenius um 1590 (sein Name ist aus dem ältesten Stadtbuche entnommen); Kaspar Grosser um 1640; Zacharias Mader um 1675; Simon Sebastian Spitzer, starb 1692; ihm folgte sein Sohn Johannes Spitzer; Wenzel Stein um 1748; Franz Franke um 1780.

Kantoren: Johannes Schmann um 1650; Franz Forberger, starb 1695; Georg Palm, sein Nachfolger; Thadäus Härtel um 1730; Josef Rube seit 1774.

Das hiesige Schulhaus befand sich im Jahre 1769 in einem höchst schlechten Bauzustande, so daß auf Antrag des Dekanates eine gründliche Reparatur desselben anbefohlen wurde. Es wurde ein Kostenanschlag entworfen, viel hin und her geschrieben und — nichts ausgeführt. Inzwischen war das Gebäude noch schlechter geworden, weshalb 1774 ein gänzlicher Neubau angeordnet wurde. Zwei Jahre später folgten verschärfte Verordnungen, denn das Schulhaus war nunmehr ganz baufällig geworden, so daß es geräumt werden mußte. In einem Bürgerhause wurden zwei Stuben zu Lehrzimmern gemietet; dergleichen mußten auch die Lehrer eingemietet werden. Wohl wurden Zeichnung und Kostenanschlag entworfen, aber nun begann erst ein langer Streit unter den Beitragspflichtigen. Auf Grund eines Kaiserlichen Reskripts vom Jahre 1680 waren die sämtlichen eingepfarrten Dorfschaften zum Schulbau beitragspflichtig. Da jedoch im Jahre 1766 in Sackisch eine Schule erbaut worden war, zu der die Gemeinden Gellensau, Gr. Georgsdorf und Lanz beigetragen hatten, lehnten diese Gemeinden jede Beihilfe zum hiesigen Schulbau ab. Im Jahre 1778 wurde diese Angelegenheit, in welcher der Rechtsweg betreten worden war, zum Nachtheil der Kommune entschieden. Die Schulbaufrage wurde nun von der Tagesordnung wieder abgesetzt und ruhte bis 1781.

Jetzt entdeckte man auf einmal, daß das alte Schulhaus noch reparaturfähig sei und suchte dasselbe so gut wie möglich wieder in stand zu setzen. Die Ausführung machte keine Schwierigkeiten, da das erforderliche Holz aus dem Pfarrwalde entnommen und die Barauslagen aus dem Kirchenärarium gedeckt wurden. Zur Entschuldigung unserer Voreltern, die über dieser Schulbauangelegenheit, die schließlich mit einem Kostenaufwande von 195 Talern erledigt wurde, zwölf Jahr verstreichen ließen, sei hier bemerkt, daß die Erkenntnis von der Wichtigkeit und Bedeutung der Schule in der damaligen Zeit wohl noch recht wenig Verbreitung gefunden haben mochte. Das reparierte Schulgebäude stand hernach noch über 40 Jahre.

Das Hospital.

Der Gründer des hiesigen Hospitals war der Pfarrer augsbургischen Bekenntnisses Adam Jordan im Jahre 1601. Die unkundlichen Nachrichten darüber finden sich im Dekanatsbuche der Grafschaft Olaz aus dem Jahre 1631, Folio 83. Die im rathäuslichen Archiv vorhandene Abschrift hat folgenden Wortlaut: „Im Namen der heiligen, unzerteilten Dreieinigkeit, Gott des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen. Anno 1601 habe ich, Adam Jordan, einverleibter Priester und Seelsorger der zwei Kirchen zu Lewin und Sackisch das Hospital zu Lewin fundiert und gebe dazu, wie hernach folget, und seelig ist der Mann samt seinen Nachkommen bis ins dritte und vierte Glied, der dazu giebt, hingegen verflucht und vermaledeiet, der von diesem Spital und Seelengeräte sich etwas zweiguet, daß seine Nachkommen bis ins zehnte Glied keinen Segen haben sollen von Gott, sondern ewig verdammt sein im höllischen Feuer. Und ich Adam Jordan habe geben 9 Schock Geld den Zimmerleuten, welche das Hospital erbaut haben; item die Frau Blestin ist mir schuldig 8 Schock, soll zu Michaelis 30 Groschen und von dato an alle Jahr 30 Groschen Zinsen erlegen bis zu endlicher Zahlung bemeldeter 8 Schock, welche ich auch dem Hospital gebe, und wo sie es kann nicht geben, so soll man es bei mir alle Michaeli fordern. Item ich Adam Jordan gebe auch 2 Schock Geld, den Zins davon alle Jahre, so lange bis die Summe erlegt ist. Item ich habe dem Herrn George Klar, daß er mir den Stof beschlagen hat, von meinem Gelde geben 20 Groschen. Dieses alles ist, was ich Adam Jordan dazu gegeben habe, Summa 19 Schock 20 Groschen.“

Das vom Pfarrer Jordan erbaute Hospital war ein kleines Häuschen an der Straße nach Nachod. Es war das jetzige Privathaus Nr. 167. Die verheißungsvolle Aufmunterung des Pfarrers zur Beihülfe für seine Stiftung mag derselben recht bald verschiedene Wohltäter erweckt haben. Im Jahre 1631 wird das Vermögen des Hospitals an außenstehenden Forderungen in folgender Weise aufgeführt:

| | | |
|--|---------|--------|
| Gallus Siebenschuh restiert zum hiesigen Hospital | 20 Sch. | 48 Gr. |
| Sein Termin, den Zins abzulegen, ist Martini. | | |
| Naspar Herrmann schuldet | 9 | " — " |
| Sein Termin ist Johann Baptift. | | |
| Wenzel Raudelf schuldet | 12 | " 48 " |
| Sein Termin ist Johann Baptift. | | |
| Martin Glawegke schuldet | 4 | " — " |
| Sein Termin ist Johann Baptift. | | |
| Der Magistrat zu Lewin schuldet | 38 | " — " |
| Sein Termin ist Weihnachten. | | |
| Item bei einem ehrbaren Rat zu Lewin stehen 23 | | |
| Schock, welche zwar anno 1623 von Melchior Scholz | | |
| abgeleget, doch mit schlechtem Gelde; weil er aber | | |
| gutes Geld zuvor empfangen und die Zinsen, nämlich | | |
| 7 Schock, noch ausständig, wird er auch wieder | | |
| gutes Geld zu erlegen schuldig sein, nämlich . . . | 30 | " — " |
| Mehr ist ehrbarer Rat schuldig, so Tobias Stark | | |
| anno 1622 abgeleget hat | 12 | " — " |
| George Fiske ist schuldig | 3 | " — " |
| George Peter der Alte ist schuldig | 4 | " — " |
| Dafür ist Bürge Nickel Peter der Jüngere. | | |
| Adam Grün ist schuldig | 1 | " — " |

Summa thut 134 Sch. 36 Gr.

Durch Vermächtnisse verschiedener Wohlthäter vermehrte sich auch später das Hospitalvermögen, so daß hundert Jahre später eine alte Rechnung folgenden Vermögensstand nachweisen konnte:

| | | |
|--------------------------------------|------|----------------|
| 1. ausgeliehene Kapitalien | 1906 | Guld. |
| 2. baarer Kassenbestand | 82 | " 30 Kr. 5 Gl. |
| 3. außenstehende Zinsen | 453 | " 24 " 5 1/2 " |

beisammen 2441 Guld. 55 Kr. 4 1/2 Gl.

Das vom Pfarrer Jordan erbaute Hospital mochte wohl von anfang an wegen beschränkter Räumlichkeit dem vorhandenen Bedürfnisse nicht entsprochen haben. Als es ganz baufällig geworden war, fand sich zu anfang des vorigen Jahrhunderts ein Wohlthäter, dem das gegenwärtige Hospital seine Existenz verdankt. Die weitere Hospitalgeschichte bleibt einem später folgenden Abschnitte vorbehalten.

Die Steuerverhältnisse.

Über die von der Rammereikasse erhobenen Einnahmen in früherer Zeit liegt ein Nachweis aus dem Jahre 1750 vor. Diefelben unterschieden sich in beständige und unbeständige Gefälle, Zinsen ausgeliehener Kapitalien, Pachtgelder und Gerichtsgefälle.

I. Beständige Gefälle.

| | | | | |
|---|-----|---------|-------|-----|
| 1. Von den Zünften und zwar: | | | | |
| a. von der Fleischerzunft . . . pro anno | 10 | Gld. 30 | Rr. — | Sl. |
| b. von der Schneiderzunft | 2 | " 29 | " 3 | " |
| c. von der Bäckerzunft | 1 | " 10 | " — | " |
| 2. Vom Pfefferkuchen-Eisch | 6 | " — | " — | " |
| 3. Mühlzins von der 1740 auf städtischem Grunde erbauten Mehlmühle | 14 | " — | " — | " |
| 4. Verschiedene Gefälle von den damaligen 161 steuerpflichtigen Possessionen laut Prästationstabelle: | | | | |
| a. Erbzins oder Geschoßgeld | 90 | " 58 | " — | " |
| b. Holzstammgeld | 45 | " 15 | " 4 | " |
| c. Holzanweiegeld | 9 | " 42 | " — | " |
| d. Kollektengeld | 87 | " 22 | " 3 | " |
| 5. Abgaben von der Dorfgemeinde Krzischney | | | | |
| a. Erbzins | 31 | " 29 | " 3 | " |
| b. Flößholzgeld | 26 | " 4 | " 3 | " |
| c. Forsthafner | 7 | " 58 | " — | " |
| d. Dienst- oder Robotgeld | 143 | " — | " — | " |
| 6. Abgaben von der Dorfgemeinde Ruttel: | | | | |
| a. Spinnngeld | 2 | " 10 | " 3 | " |
| b. Bergzins | — | " 36 | " — | " |
| c. Mühlshof | 1 | " 10 | " — | " |
| d. Dienst- oder Robotgeld | 150 | " 48 | " — | " |

Summa der beständigen Gefälle 630 Gld. 44 Rr. 1 Sl.

II. Unbeständige Gefälle.

| | | | | |
|--|----|---------|-------|-----|
| 1. Erbzins oder Geschoßgeld der Inlieger . | 4 | Gld. 10 | Rr. — | Sl. |
| Anmerk. Jeder Inlieger zahlte pro anno 10 Kreuzer, wenn er bezunftet war 15 Kreuzer. | | | | |
| 2. Branntweinschank-Zins | 18 | " 30 | " — | " |
| Anmerk. Die Branntwein-Produzenten zahlten pro anno 3 Gld. 30 Rr., die Branntweinschanker dagegen 1 Gld. 30 Rr. zur Kammereikasse. | | | | |
| 3. Salzsteuer p. Tonne 30 Rr. | 16 | " 2 | " — | " |
| 4. Für Benutzung des städtischen Flachs- Dörrhäuschens | 2 | " 2 | " — | " |
| Anmerk. Vom Oben Flachs wurden 2 Hefler gezahlt. | | | | |
| 5. Geschoßgeld der Inlieger aus Krzischney und Ruttel | 4 | " 40 | " — | " |
| Anmerk. Jeder Inlieger hatte pro anno 2 Gld. 20 Rr. zu steuern. | | | | |
| 6. Jahrmarktszins auswärtiger Krämer . | 12 | " 2 | " — | " |
| 7. Bierauschrotgeld von Krzischney u. Ruttel | — | " 48 | " — | " |
| 8. Bierauschrotgeld aus der Stadt . . . | 12 | " 2 | " — | " |

| | | | | | | |
|--|----|------|----|-----|---|-----|
| 9. Braugefälle (Pfannengeld) | 11 | Gld. | 19 | Rr. | — | Sl. |
| 10. Verkauf der Magistralbiere | 90 | " | — | " | — | " |
| 11. Weinschant-Steuer | 3 | " | — | " | — | " |
| 12. Holzstamm- u. Anweisegeld der Inlieger | 4 | " | 9 | " | 2 | " |
| 13. Kollektengeld der Inlieger | 2 | " | 6 | " | — | " |

Summa der unbeständigen Gefälle 180 Gld. 50 Rr. 2 Sl.

III. Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien.

| | | | | | |
|--|----|------|----|-----|--|
| 1. Zinsen von 500 Gulden zu 6% | 30 | Gld. | — | Rr. | |
| 2. Zinsen von 140 Gulden zu 6% | 8 | " | 24 | " | |

Summa 38 Gld. 24 Rr.

IV. Pachtgelder.

| | | | | | |
|---|----|------|----|-----|--|
| 1. Für die Fischerei in den städtischen Gewässern pro anno | 3 | Gld. | 30 | Rr. | |
| 2. Jagdpacht pro anno | 5 | " | — | " | |
| 3. Vom Rathhauschank | 12 | " | — | " | |
| 4. Pachtgeld von verschiedenen Acker-, Wiesen- und Auenstücken | 23 | " | 20 | " | |

Summa 43 Gld. 50 Rr.

V. Gerichtsgefälle.

| | | | | | |
|---|----|------|----|-----|--|
| 1. Von Bürgerrechts-Erwerbungen | 1 | Gld. | — | Rr. | |
| 2. Von Loslassungen | 27 | " | — | " | |
| 3. An Strafgefällen | 1 | " | 40 | " | |

Summa 29 Gld. 40 Rr.

Rekapitulation der sämtlichen Einnahmen.

| | | | | | | |
|--|-----|------|----|-----|---|-----|
| I. Beständige Gefälle | 630 | Gld. | 44 | Rr. | 1 | Sl. |
| II. Unbeständige Gefälle | 180 | " | 50 | " | 2 | " |
| III. Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien | 38 | " | 24 | " | — | " |
| IV. Pachtgelder | 43 | " | 50 | " | — | " |
| V. Gerichtsgefälle | 29 | " | 40 | " | — | " |

Summa aller Einnahmen 923 Gld. 28 Rr. 3 Sl.

Die unter Nr. 4 aufgeführten beständigen Gefälle waren landesherrliche Abgaben, die vom Ränimerer eingenommen und an das Kaiserliche, später Königliche Rentamt zu Olaz abgeführt werden mußten, während für die Einnahme der sonstigen landesherrlichen Steuern besondere Beamte angestellt waren, weshalb sich auch in den alten Ränimerei-Rechnungen kein Aufschluß findet.

Das Geschoßgeld war eine landesherrliche Steuer, die noch bis in die neuere Zeit an das Königliche Rentamt in Höhe von jährlich 52 Talern entrichtet werden mußte. Die Geschoßgelder, die ehemals von den Landesfürsten oft verpfändet, verkauft oder verschenkt, bald erhöht, bald ermäßigt wurden, bildeten eine der bedeutendsten Einnahmen, die sie von den Städten bezogen. *)

Das Holzstamm- und Holzanzweisegeld wurde hiersebst seit dem Jahre 1662 erhoben und floß ebenfalls in die Kaiserliche

*) Stenzel; schlesische Urkunden.

Rentamtskasse. Dafür erhielt jedoch die Bürgerschaft aus den Kaiserlichen Waldungen jährlich 300 Klaftern Scheitholz, die allerdings auf Kosten der Bürger gefällt werden mußten. In unserer Zeit muß es merkwürdig erscheinen, daß diese Holznutzung, die der Stadt als eine Vergünstigung zugebracht war, keineswegs von derselben als solche aufgefaßt, vielmehr als eine leidige Zumutung, die sich nicht zurückweisen ließ, entgegengenommen wurde. Die Holzentnahme aus den Kaiserlichen Forsten wurde im Jahre 1662 mit Widerstreben und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt angenommen, daß, sobald bei anderen Städten der Grafschaft hierin eine Änderung eintreten sollte, indem sie vielleicht weniger oder gar kein Holz nehmen dürften, Lewin ein gleiches beanspruchen könne. Das erste Holz bezogen die Bürger aus der Hegerlei bei Zauernig. In der Regel verzichteten sie auf einen Teil des ihnen zustehenden Quantum, obgleich die betreffenden Gefälle dafür gezahlt werden mußten. Die Nachbarstadt Reinerz hatte aufgrund einer Urkunde vom Jahre 1573 das Recht, außer Brennholz auch alles Bauholz aus den Kaiserlichen Wäldern unentgeltlich zu beziehen. Im Jahre 1653 wurde aber das Brennholz für diese Stadt auf 1000 Klaftern fixiert und nunmehr davon auch das Stamm- und Anweisegeld erhoben. Damit sah sich jedoch die Stadt zu schwer belastet und stellte im Jahre 1671 beim Kaiserlichen Amte den Antrag, daß Lewin von ihren 1000 Klaftern zur Herstellung einer richtigen Proportion einen Teil übernehmen sollte. Lewin bedankte sich jedoch für diese nachbarliche Berücksichtigung und suchte vielmehr dieselbe als eine unbillige Zumutung zurückzuweisen. Man machte geltend, daß Reinerz seit dem Jahre 1573 nicht nur das Brenn-, sondern auch Bau- und Schindelholz ohne jedes Entgelt aus den Kaiserlichen Waldungen bezogen habe, während Lewin auf solche Weise keinen einzigen Stamm erhalten habe. Ferner wurde angeführt, daß die Reinerzer eine billigere Anfuhr hätten und daß die Kaiserliche Rentamts-Kasse von hier durch die Erbzinsen, das Pfannengeld und die Malzmeze mehr Intraden zu genießen habe, als von der Nachbarstadt, die von diesen Leistungen frei wäre. Die geltend gemachten Motive hatten Erfolg und unsere guten Voreltern hatten den Trost, von einer weiteren Holzbegünstigung verschont zu bleiben. Welcher Kontrast der Zeitverhältnisse! Die Klafter berechnete sich damals auf höchstens zwei Mark, heute kostet die Klafter Buchenholz sieben- bis achtmal so viel. Die Holzgerechtigkeit wurde umsomehr als eine Last betrachtet, je größer mit der Zeit die Entfernungen wurden, in denen den Bürgern das Holz angewiesen wurde. Während Reinerz in den vierziger Jahren für die Holznutzung im Wege der Ablösung durch entsprechende Entschädigungen abgefunden wurde, ist der Stadt Lewin dieselbe fast hundert Jahre früher, wahrscheinlich infolge gestellter Anträge abgenommen worden. Schon im Jahre 1759 wurden die Holzgefälle von der Bürgerschaft nicht mehr erhoben und demnach auch kein Holz mehr bezogen.

Das Spinn geld war eine Abgabe, die an die Stelle der uralten Verpflichtung der Untertanen gegen ihre Herrschaften, wonach jeder jährlich ein Stück Garn für dieselbe spinnen mußte, getreten war. Auch die sogenannten Häusler oder Hüttler des Städtleins Lewin — 45 an der Zahl — waren ehemals zur Spinnrobot verpflichtet, anstatt deren laut Rentamts-Urbarium vom Jahre 1606 jeder jährlich 14 Kreuzer zu entrichten hatte. Im Jahre 1631 wurden sie jedoch in Rücksicht auf die vielfachen Lasten, die ihnen der herrschende Krieg auferlegte, von dieser Abgabe befreit.

Das Flößgeld war eine Leistung für die Flößrobot, zu der die Untertanen jährlich durch einige Tage verpflichtet waren. Auch hierin waren die Häusler von Lewin den Dorfuntertanen gleichgestellt und mußten jedes Jahr drei Tage zur Holzflöße. Mit Zustimmung des Kaiserlichen Amtes entrichteten sie jedoch vom Jahre 1614 ab anstatt dieser Robot ein jährliches Pauschquantum von 6 Schock Meißnisch.

Die hiesigen Häusler, auch Vorstädtler und Kleinbürger genannt, waren dem Besitzer des Freirichtergrundes Gellenau zur Leichrobot verpflichtet. Diese Leistung stammte aus der Zeit, in welcher das Städtchen noch zur Herrschaft Hummel gehörte. Als Kaiser Rudolf II. die an Hans von Stubenberg auf Neustadt in Böhmen verpfändete Herrschaft im Jahre 1595 wieder eingelöst hatte, verkaufte er noch am 1. Juli desselben Jahres an die Stadt Reinerz mehrere zur Herrschaft gehörige Besitzungen, darunter auch das Vorwerk Gellenau. Das im Jahre 1598 vollzogene Urbarium weist nach, daß das Vorwerk beim Verkauf an die Kommune Reinerz zu einem Freirichtergrund erhoben und mit verschiedenen Privilegien ausgestattet wurde. Dazu gehörte auch die Berechtigung, in bezug auf die zum Freirichtergrunde gehörenden Teiche „auch Hand- und Roßroboten und andere benannte und unbenannte Leichdienstbarkeiten, so von alter Aufsjagung hero die Häusler und Beywohner beym Städtlein Löwin, sowohl die Pauern, auch Gärthner und Häusler derer zu oft berührtem Schloß Hummel gehörigen Dorfschaften im Löwiner Kreiß zu hauständiger Erhaltung“ geleistet haben, in Anspruch zu nehmen, „wann es die Noth erfordert und solches bei dem Kreißvogt zuvor- gesucht und von ihm angeordnet wird.“ Im Gellenauer Schloß- archiv befindet sich eine unterm 26. April 1602 amtlich beglaubigte Abschrift des Urbariums. Dieselbe wurde für Kaspar Alten aus gefertigt, an den die Stadt Reinerz das Freirichtergrund verkauft hatte. Die durch das Urbarium zu den Leichroboten verpflichteten Vorstädtler von Lewin verweigerten später diese Leistungen, was langwierige Streitigkeiten zwischen dem nachfolgenden Besitzer des Freirichtergrundes Johann Alten (seit 1643) und dem Rat des Städtchens Lewin zur Folge hatte. Die Angelegenheit wurde bis vor die höchste Instanz gebracht. Ein Kaiserliches Rescript beauftragte das Königliche Amt zu Olaz, einen Vergleich zu vermitteln. In der betreffenden Ausgleichsurkunde heißt es:

„Obwohl nun nach so vernommener Allergnädigsten Resolution anfangs auff der Lewiner Inclination zu güthlicher Vereinbarung, zwar nicht aus Recht, sondern nur pro redimenda vexa, obgemeldeter Freyrichter Johann Alten mit seinen erbetteten Beyständen sich darein nicht finden wollen, hat er sich doch endtlichen auff mehrmalige Allergnädigste Veranlassung und des Kayserl. Ampts widerholte Interposition zur Verhüttung unnöthiger Geldkosten zu sühnlicher Composition lenken und mit C. E. W. Rath des Städtl Lewin stat dortiger Häußler dießfalls in folgende Transaction eingelassen: Weilen beyderseits die Weitläufigkeit und mehr und mehr aufschwellende Unkosten und Speßen der Gelnewischen Leichrobothen halber nunmehr wahrgenommen, Thro Kayserl. Majestät Allergnädigste Intention auch in Obacht gezogen, als erbietet C. E. W. Rath des Städtl Lewin stat dero Häußler oder Vorstädtler vor die von Johann Alten prätendirte Leichrobothen jährlichen acht Thaler in allhieziges Kayserl. Renttamt zu erlegen, damit solchergestalt zu gebahren, daß davon zwei Thaler in besagtem Renttamt verbleiben, die übrigen sechs Thaler zu Bestellung der Arbeiter, so oft es von nöthen, angewendet werden sollen, welches von seithen der Lewiner geschehenes Anerbitten berührter Freyrichter von Gelenaw, Johann Alten, nach gepflogener Abredung mit seinen Beiständen willig acceptiret, auf- und angenommen und damit gänzlichen zufrieden ist. Jedoch solle dieser Vergleich und Zins der acht Thaler jezo und zu ewigen Zeiten bey jetzigen und künftigen possessores des Freyrichtergutes Gelenaw und dem Städtl Lewin stat deßen jetzigen und künftigen Häußleuten observiret und gehalten werden, worüber beyde Theile stipuliret, dabei aber zu vermerken seye: daß die Arbeiter zu etlichen Leichrobothen, so oft es die Nothdurft erfordert, entweder vom Renttamt selbst bestellet, oder die sechs Thaler dem Freyrichter jährlichen außgefolget werden und solches bey des Kayserl. Renttamts Disposition bestehen solle. Actum Wlaz, den 30. Juni 1662.“

Die Vergleichsurkunde befindet sich im rathhäuslichen Archiv.

Über die landesherrlichen Abgaben der Stadt aus früherer Zeit fehlen die Nachweisungen. Aus der allgemeinen Geschichte des Landes ist bekannt, daß, wenn die gewöhnlichen Landessteuern für die Kriegsbedürfnisse nicht ausreichten, außergewöhnliche Steuern ausgeschrieben wurden. So wurde im Jahre 1645 eine Person- oder Leibsteuer eingeführt, die jährlich an zwei Terminen entrichtet werden mußte. Die Bürger in den Städten waren in drei Klassen getheilt und gaben 10, 6 und 3 Gulden, jeder Bauer 1½ Gulden, jeder Müller in den Städten 2½ Gulden, ein Müller auf dem Lande 1 Gulden u. s. w. Im Jahre 1647 wurde eine Konsumtionssteuer eingeführt. Es mußten entrichtet werden: von einem polnischen Ochsen 4 Gulden, von einem Landochsen oder einer Kuh 3 Gulden, von einem Mastschwein 2 Gulden, von einer Kalbe 1½ Gulden, von einem Saugkalb 30 Kreuzer, von einer Ziege oder einem

Schöpfe 20 Kreuzer, von einem Faß Bier 30 Kreuzer, von einem Paar Stiefeln mit Absätzen 20 Kreuzer u. s. w. — Im Jahre 1683 mußten alle Bewohner in den österreichischen Ländern den hundertsten Teil ihrer Einkünfte als Weiststeuer zum Türkenkriege beitragen. An solcher Steuer hatte Lewin nach einer vorgeschundenen Quittung jährlich 262 Gulden 25 Kreuzer beizutragen. Im Jahre 1690 wurden unter Zustimmung des Papstes durch den Kaiser von der Geistlichkeit in seinen Ländern 500 000 Gulden Türkensteuer erhoben. Der hiesige Pfarrer Siegel beklagt sich in seinen hinterlassenen Notizen wiederholt über die ungleichmäßige Verteilung, indem er sich im Vergleich mit andern Pfarrern zu hoch besteuert hielt. Im Jahre 1705 wurde durch die sogenannte Kaiserliche Fleischkreuzer-Einrichtungs-Kommission die aufgrund eines Kaiserlichen Patents verordnete Fleisch-Äkzise, pr. Pfund 1 Kreuzer, der Stadt für einen jährlichen Pachtshilling von hundert Gulden verpachtet. Diese Pacht dauerte jedoch nicht lange, denn im folgenden Jahre erfolgte der Erlaß der General-Äkzis- und Consumtionsordnung, durch welche die Landesherrlichen Steuern geregelt wurden. Die desfalligen speziellen Bestimmungen für die Grafschaft Glatz wurden von den Ständen unter dem Vorsitz eines Kaiserlichen Kommissarius am 7. September 1706 in Glatz festgesetzt. Infolge dessen wurde auch in Lewin ein Äkziseamt errichtet. Die hier angestellten Äkzisebeamten waren der Einnehmer, der Kontrolleur und zwei Visitatoren. Das Äkziseamt war im Rathause, und am Ringe stand das 50 Jahre später erbaute Äkzisehäuschen, worin sich die Wage befand. Die Eingänge in die Stadt waren durch Barrieren abgesperrt. Die Einnahme an denselben wurde von den Visitatoren an jedem Abende dem Einnehmer abgeführt, der dann wöchentlich die Gesamteinnahme an den Obereinnehmer in Glatz abzuliefern hatte. Im Jahre 1734 wurde aus Anlaß des Krieges mit Frankreich eine Vermögenssteuer und 1737 abermals eine Türkensteuer eingeführt. Die Vermögenssteuer traf bloß die wohlhabenden Untertanen, diese jedoch ohne Ausnahme; wer dagegen nicht über 500 Gulden jährliche Einkünfte hatte, war von dieser Steuer befreit. Zur Türkensteuer hatte aber jeder, mit Ausnahme des armen Bauersmannes und Inwohners, wie früher, den hundertsten Teil seines Einkommens beizutragen. Im Jahre 1743, nachdem Schlesien mit der Grafschaft Glatz preussisch geworden war, wurde das gesamte Abgabensystem umgestaltet. Durch eine königliche Rektifikations-Kommission wurde ein Kataster der steuerbaren Güter und deren Nutzungen angefertigt. Anstatt der schon unter österreichischer Herrschaft eingeführten Landesäkzise wurden die Grundsteuern und für die Handwerker und Tagelöhner des platten Landes ein sogenanntes Nahrungsgeld eingeführt. In den Städten wurde die Äkzise, d. h. die Versteuerung fast aller gewöhnlichen Lebensbedürfnisse, beibehalten und ein Servis, nämlich eine Steuer zur Verpflegung und Unterhaltung der Soldaten, eingerichtet. Lewin kontribuierte nach der neuen

Steuerregulierung an Grund-, Haus- und Nahrungssteuern zusammen 1071 fl. 19 Sgr. Der von der Stadt erhobene Servis belief sich nach dem Etat pro anno auf 251 fl. 4 Sgr. Die durch Friedrich den Großen eingeführte Zoll- und Akzise-Administration, gewöhnlich die Regie genannt, war überall verhaßt und wurde besonders in den Grenzortschaften als drückende Last empfunden. Der Widerwille gegen die neue Einrichtung, die eine strenge Beobachtung des Akzisewesens bezweckte, suchte sich nicht selten, wie überall, so auch hier, nach der verkehrten Weise, die Sache mit der Person zu verwechseln, an den Beamten Luft zu machen. Der Magistrat wurde öfters in die unangenehme Lage versetzt, den Akzisebeamten Wohnung verschaffen zu müssen, da niemand dieselben aufnahm. Übrigens zog sich der Magistrat selbst häufige Klagen zu, da ihm öfters die nötige Bereitwilligkeit fehlte, den Akzisebeamten die erforderliche Assistenten zu leisten. Akzise-Defraudationen waren ganz gewöhnlich; die schärfsten Verordnungen blieben wirkungslos und spornten nur zu größerer Vorsicht der Defraudanten. Während der feindlichen Invasión im Jahre 1757 wurde hier, wie auch in anderen Städten der Grafschaft auf ihren Antrag die verhaßte Akzise abgeschafft und dafür eine fixierte Kontribution eingeführt. Die österreichische Herrschaft dauerte jedoch nicht lange. Ein Jahr darauf wurde die Akzise wieder eingeführt und zwar mit den ernstesten Bestimmungen und Zurechtweisungen an die bei Sr. Majestät übel rekonmandierte Stadt. Namentlich wurde festgesetzt, daß für jeden Akzisebeamten, der in Zukunft der feindlichen Gewalt überliefert werden sollte, wie dies hier bereits wirklich geschehen war, sofort drei Bürger in Haft genommen werden sollten. Für die Zeit der sistierten Akzise sollte die Stadt pro Monat 98 Taler 14 Grosch. kontribuieren. Das Indemnifikations-Quantum wurde jedoch später etwas ermäßigt, da die an den Feind gezahlte Kontribution in Abrechnung gebracht wurde. Der Akzise-Nachtrag, den die Stadt für die Zeit vom 1. November 1757 bis ult. Dezember 1758 zu zahlen hatte, betrug 892 Taler 23 Grosch., und es wurde derselbe sehr kategorisch beigetrieben. Durch ein Königl. Edikt vom 27. Juni 1769 wurde zur Gründung eines beständigen Fonds zu Bonifikationen und Beihilfe der inländischen Industrie eine Fabrikensteuer vom Weizenmehl eingeführt. Die Kontrolle über den Weizen, der zum Mahlen in die Mühle gebracht wurde, wie auch über das in die Stadt eingeführte Weizenmehl führten die bei der Akzise angestellten Visitatoren. Die jährliche Einnahme vom Städtchen schwankte stets zwischen 40 und 60 Talern. Im Jahre 1780 wurde durch eine Klassifikations-Kommission wegen vielfach erhobener Klagen über Steuerungleichheit in der Grafschaft Glatz das Katastrum auf's neue revidiert und die seit langer Zeit bestehende Transteuer abgeschafft. Ob für Lewin durch diese Steuer-Reklassifikation ein Plus oder Minus herauskam, ist unbekannt, weil sich kein Nachweis zur Vergleichung vorfindet.

Die Schützengesellschaft.

Die hiesige Schützengesellschaft nahm ihren Anfang im Jahre 1765. Die Erlaubnis der Königl. Kriegs- und Domänenkammer in Breslau zum jährlichen Königsschießen und zur Errichtung der Schützengilde erfolgte jedoch erst unterm 10. Juli 1766 mit der gleichzeitigen Bewilligung der auch anderwärts üblichen Benefizien für den Schützenkönig. Dieselben waren folgende:

1. ein Gebräu Bier außer der gewöhnlichen Ordnung;
2. Befreiung von den dafür an die Kammereikasse zu entrichtenden Abgaben;
3. Befreiung vom Haus-Servis und den etwaigen Ordonanzen für den Zeitraum eines Jahres.

Der Servis, von dem die Schützenkönige befreit waren, betrug zusammen in den ersten sechs Jahren 30 Taler 21 Gr. und wurde später auf das jährliche Fixum von 2 Talern festgesetzt. Zur Erbauung eines Schießhauses überließ die Stadt der Schützengilde ein an der alten Zollstraße gelegenes Auengrundstück, für das seither ein jährlicher Grundzins von 4 Gld. 9 Krz. an die Kammereikasse entrichtet worden war. Die Gilde beanspruchte die Befreiung von diesem Grundzinse und aus dem Stadtförste das erforderliche Holz für die später etwa vorkommenden Reparaturen an dem zu erbauenden Schießhause. Da jedoch für den letzteren Anspruch die Regierung die Bewilligung nicht erteilte, so ward die Absicht zur Erbauung eines Schießhauses zunächst wieder aufgegeben. Durch eine Reihe von Jahren wurde das jährliche Königsschießen zunächst der Stadt im Hummeltale abgehalten. Eine einfache, von Brettern erbaute Halle diente als Schießlokal. Als im Kriege 1778 diese Halle zu den Zwecken des am Ratschenberge errichteten Lagers niedergerissen wurde, verlegte man die Schießstätte in das sogenannte Niederwirthshaus, schon damals der „gute Wille“ genannt, bis im Jahre 1792. das gegenwärtige Schießhaus erbaut wurde. Der Bau desselben kam in folgender Weise zu stande. Die Schützengilde verkaufte dem Bürger Josef Dinter das ihr gehörige Auenstück für den billigen Preis von 15 Talern unter den nachfolgenden Bedingungen:

1. Käufer übernimmt den auf dem Auengrundstück haftenden Grundzins.
2. Er erbaut darauf ein Gebäude unter dem Namen eines Kleinbürger- und Schießhauses, worin er den Schützen in vorgeschriebener Weise einen Fuß- und Schießstand einrichtet.
3. Er ist verpflichtet, der Schützengesellschaft, wie auch einzelnen Mitgliedern derselben das Schießen zu gestatten, so oft es auch geschehen sollte.
4. Er hat das Schießhaus, besonders aber den Fuß- und Schießstand, jederzeit in gutem Bauzustande zu erhalten.

5. Sollten er oder seine Nachfolger von den Verpflichtungen gegen die Schützengilde sich zu befreien beabsichtigen, so habe er oder der Nachfolger der Gilde entweder zweihundert Taler bar zu erlegen oder ihr ein anderes entsprechendes Schießhaus zu verschaffen.

Diesen Verpflichtungen gegenüber wurden dem Käufer folgende Begünstigungen gesichert:

1. Er erhielt ganz freie Disposition über das erworbene Grundstück und durfte dasselbe ungehindert verkaufen oder verpachten, wozu sich jedoch die Schützengilde das Vorzugsrecht reservierte.
2. Das Quartal oder die sonstigen Zusammenkünfte der Schützengilde sollten bei ihm abgehalten werden, wobei er, wie auch bei jedem vorkommenden Schießen das Recht erhielt, den Bier- und Brantweinschant auszuüben.
3. Für die Unterhaltung der Reinlichkeit erhielt er bei einem Königsschießen 10 Sgr., ebensoviel bei einem Freischießen, wenn auswärtige Teilnehmer dabei waren; andernfalls aber nur 5 Sgr.

Die Schützengilde führt seit den ersten Jahren ihres Bestehens ein Gedebuch, das sogenannte Schützenbuch. Darin sind die Namen aller Schützenkönige in zierlicher, oft buntfarbig ausgeführter Schrift verzeichnet. Das Buch ist so stark angelegt, daß es seinem Zweck Jahrhunderte lang dienen kann. Jede Seite des Buches ist ein Gedebblatt. Die Reihenfolge der Namen eröffnet als erster hiesiger Schützenkönig der Kauf- und Handelsmann Josef Wolff, der auch der erste Schützenälteste war. Im Schützenbuche findet sich auch ein Verzeichnis aller Schützenbrüder, die der Gilde seit der Zeit ihres Bestehens angehört haben. Bis zum Jahre 1865, also gerade im Zeitraum von 100 Jahren, war die Zahl derselben auf 330 gestiegen.

In Kriegsjahren oder aus Anlaß anderer Zeitereignisse ist das Königsschießen stets ausgesetzt worden. So unterblieb dasselbe in den Jahren 1778 und 79 wegen des bairischen Erbfolgekrieges, 1787 wegen der gedrückten Stimmung infolge der Verheerungen eines Wolkenbruches und 1790 wegen dem drohenden Ausbruche eines Krieges mit Oesterreich.

Von den zum Inventarium der Schützengilde gehörenden silbernen Dekorationen, die der jedesmalige Schützenkönig trägt, sind die ältesten aus den Jahren 1770 und 1774. Beide haben die Form von Schildern. Das erstere ist ein Geschenk des hiesigen Handelsmanns Josef Laube und das zweite verehrte der Maurermeister Ignaz Müller aus Glaz, der 1773 hier Schützenkönig wurde, der Gilde zum Andenken.

Die Handweberei.

Der Webstuhl hat sich in Lewin und Umgegend seit etwa 250 Jahren eingebürgert, seitdem das hier früher betriebene Gewerbe der Holzlöffel-Macherei in Verfall gekommen war. Wie später und heut noch die Baumwollenweberei, so war ursprünglich die Leinenweberei der Haupterwerbszweig der Bevölkerung. Lewin wurde für den ganzen Bezirk der Mittelpunkt dieser Industrie.

Die Leinwandweber in jener Zeit waren nicht Lohnweber. Sie kamen aus der ganzen Gegend zum hiesigen Wochenmarkte und kauften ihren Bedarf an Garn, während sie andererseits ihre Gewebe feilboten. Über den Umfang der Leinenweberei betreffen die vorhandenen Nachrichten nur die Stadt Lewin. Es ist jedoch anzunehmen, daß die sonstigen Ortschaften des Bezirkes an dem neuen Erwerbszweige in demselben Verhältnis beteiligt gewesen sind, wie in der gegenwärtigen Zeit an der Baumwollentweberei. Im Jahre 1724 befanden sich in der Stadt bereits 54 bürgerliche Weber, von denen jeder zwei Stühle beschäftigte. Im Jahre 1750 war die Zahl der Stühle auf 132 und 1794 auf 262 gestiegen. Das verarbeitete Garn war wie die daraus gefertigte Leinwand das Eigentum des Webers, das er so gut als möglich zu verwerten suchte, zunächst auf dem hiesigen Wochenmarkte. Hauptsächlich waren hiesige Kaufleute die Abnehmer der aus rohen Garnen gefertigten Gewebe. Sie vermittelten den Absatz derselben an größere Geschäftshäuser oder sie veranstalteten selbst die weitere Behandlung der rohen Leinwand in Bleiche, Appretur und Färberei und brachten die fertigen Fabrikate in den Handel. Die Hauptabsatzplätze hatten sie in Landeshut und Girschberg, jedoch reichten ihre direkten geschäftlichen Verbindungen auch bis Hamburg. Die Lage des Webers war bei dem damaligen Betriebe eine selbständigere, jedoch hatte er unter dem Einflusse schlechter Konjunkturen ebenso zu leiden, wie heutzutage; denn er mußte um den kleinsten Lohn arbeiten, wenn er notgedrungen war, sein Fabrikat um jeden Preis zu verkaufen. Die Länge und Breite der fertigen Stücke waren einer amtlichen Kontrolle unterworfen, die durch zwei hier angestellte Stempelmeister ausgeübt wurde. Hatte die Leinwand das richtige Maß, so wurde sie mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen. Ungestempelte Leinwand durfte nicht zum Verkauf gebracht werden. Schon im Jahre 1724 befanden sich hier 11 Leinwandkaufleute und 4 Garnhändler, die meist ansehnliche Geschäfte trieben. Eine erwünschte Verbesserung für ihre Handelsbeziehungen war die Errichtung des hiesigen Postwärteramtes im Jahre 1746. Der erste Postwärter war der hiesige Akzise-Einnehmer Wothilminus. Die Leinwandweberei hatte für Lewin einst ähnliche Bedeutung wie für Neurode die Tuchmacherei, und daß später Friedrich der Große, der bekannte Förderer der schlesischen Leinenindustrie, diesem Erwerbszweige auch in einem entlegenen Winkel des Staates seine Beachtung schenkte, bestätigte er durch die Ernennung des hiesigen Kaufmanns Ignaz Strauch zum Kommerzienrat. Nicht mit Unrecht stand Lewin einst in dem Rufe, reiche Leute zu besitzen. Es war in der zu schnell vorübergehenden Blütezeit der Leinwandweberei. Dieser gute Ruf bestand noch, als er längst nicht mehr zutreffend war. Von wohlhabenden Leinwandkaufleuten sind zu nennen: Adam Stanke, Johann Georg Stanke, Georg Madler, Michael Dinter, Ochmann, Kommerzienrat Ignaz Strauch, Ignaz Hellwig, und in späterer Zeit noch Franz Wolff, George Siegel, Flugmann, Richard u. a.

Es wird an anderer Stelle angeführt werden, wie die hiesigen Kaufleute öfters, besonders in Kriegsjahren, der Stadt mit ihren Geldmitteln die wichtigsten Dienste geleistet haben. Daß sie bei der Erwerbung irdischen Besitzes sich stets einen christlich frommen Sinn bewahrt haben und darauf bedacht waren, sich bei der Nachwelt ein gesegnetes Andenken zu begründen, beweisen mancherlei, teils kirchliche, teils andere Stiftungen. Man wolle sich erinnern, daß, in dieser Hinsicht schon mehrere der obigen Namen genannt wurden. Einiges soll zum ehrenden Andenken dieser Männer noch an dieser Stelle angeführt werden. Im Jahre 1688 ließ Adam Stanke aus eigenen Mitteln die Kirchgasse mit einem Pflaster versehen und 1687 die Marien-Statue am Ringe errichten. Sein Sohn Johann Georg Stanke gründete 1717 die Johannes-Statue am Ringe, die George Siegel 1818 renovieren ließ. Von ihm wurde auch das steinerne Kreuz bei der Johanneskapelle gestiftet. An Georg Nadler erinnert die Sterbeglocke, die 1730 auf seine Kosten gegossen wurde und anfänglich im Durchsichtigen des großen Turmes hing. Wichtiger ist eine abermalige Stiftung des schon öfter genannten Johann George Stanke am Konvikt in Glas. Er fundierte daselbst im Jahre 1743 tausend Gulden, von deren Zinsen einem Knaben seiner Verwandtschaft, oder nach Abgang desselben einem Knaben aus Lewin in jener Anstalt freie Aufnahme gesichert sein sollte. Den Vorteil dieser Stiftung genoß zuerst der hier geborene Pfarrer und verdienstvolle Chronist Rögler. Eine Stiftung zu demselben Zwecke und in derselben Höhe machte auch die hinterlassene Wittve Stanke's im Jahre 1744, jedoch sollten die Stipendiaten, wenn nicht aus ihrer Verwandtschaft, aus Schömberg, ihrer Vaterstadt, sein. Zu erwähnen ist noch ein Legat des Kommerzienrates Ignaz Strauch in Höhe von 550 Talern, deren Zinsen armen Webern*) aus der Stadt oder dem Kirchspiele zufließen und ein Vermächtnis des Kaufmanns Bihard, auf 400 Taler lautend, von deren Zinsen Schuhe und Strümpfe für arme Schulfinder beschafft werden, bis einst das Kapital, der Bestimmung gemäß, zum Baue der hiesigen Kirche verwendet werden wird.

Es macht den Eindruck, als ob in der Begründung von dergleichen Stiftungen ein edler Wettstreit vorhanden gewesen wäre. Jedenfalls sind aber dieselben die Beweise einer gewissen Wohlhabenheit, die hier weder früher noch später existiert hat. Während die einzelnen Kaufleute durch den Leinwandhandel zum Wohlstand gelangten, waren die Erwerbsverhältnisse der Weber, obschon sie zu den Kaufleuten nicht, wie die gegenwärtigen Baumwollenweber, im Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber standen, zumeist sehr gering. Der Mangel an Kapital und die fehlenden kaufmännischen Kenntnisse brachten sie bald in ein Abhängigkeitsverhältnis zu jenen,

*) Das heutige Hospital erinnert ebenfalls an Ignaz Strauch. Es war früher ein Bürgerhaus, das er erkaufte und der Stadt für den gegenwärtigen Zweck überließ.

die über diese Mittel verfügten, wobei ihr Verdienst auf das möglichst niedrigste Maß herabgedrückt wurde. Darum hatte bei ungünstigen Zeitverhältnissen schon damals die Weberbevölkerung immer zunächst und am meisten zu leiden. Die schlesischen Kriege und der bayerische Erbfolgekrieg brachten der hiesigen Hausindustrie bedeutende Ausfälle. In einem am 3. September 1779 unter dem Vorſiße des Kriegsrates Schröder aufgenommenen Protokolle über den traurigen Zustand des Städtchens Lewin wurde inbezug auf den Leinwandverkauf im Kriegsjahre 1778/79 ein Minus von 26000 Schock verzeichnet. Dagegen hatte die Leinenweberei nach dem bayerischen Erbfolgekriege ihre Blüteperiode, die aber nur bis ans Ende des Jahrhunderts andauerte. In jene Zeit fällt auch die Errichtung der Appretur und Färberei durch den Rittergutsbesitzer, Justizrat Franz Bernhard von Mutius in Wollenau, auf dessen Besizung sich schon früher große Anlagen für Naturbleiche befanden. Etwas später wurde durch den Kaufmann Georg Siegel auch in Lewin eine Appreturanstalt und Färberei errichtet.

Kriegs- und sonstige Zeitereignisse.

Die ältesten Nachrichten sind aus dem Hussitenkriege vom Jahre 1428. In diesem Jahre drangen die Hussiten, die bis dahin das Glatzer Land verschont hatten, an zwei Stellen in die Grafschaft. Ein Haufen überschritt bei Mittelwalde, der andere bei Schlaneh die Grenze. Der erste Angriff der hier einbrechenden Reichsbrüder war gegen Lewin, oder vielmehr gegen das feste Schloß auf dem Grabisch gerichtet. Dasselbe wurde zerstört und nicht minder die Stadt, deren Bewohner sich in die Wälder geflüchtet hatten. Darauf bemächtigten sich die Hussiten des wichtigeren Schlosses Hummel, auf dem sie sich festsetzten, und von wo aus sie durch wiederholte Ausfälle das Land beunruhigten.*) Kögler meint, daß bei jenem Einfall der Hussiten die hiesige Kirche von ihnen verschont worden sei und stützt diese Annahme auf das Vorhandensein der großen Glocke, welche die Jahreszahl 1424 trägt.**) Daß die Kirche der Zerstörung entgangen sei, dürfte sich allerdings aus diesem Umstande schließen lassen, indes ist nicht anzunehmen, daß man sie hat schonen wollen; die Kirche fand vielmehr, als die Hussiten das verlassene Städtchen niederbrannten, den besten Schutz durch ihre isolierte Lage. So war es auch bei späteren Stadtbränden.

Es ist ganz zweifellos, daß Lewin, bei seiner Lage an einer der ältesten und wichtigsten Landstraßen, in den Kämpfen des böhmischen Königs Georg Podiebrad (1458—1471) mit den Schlesiern, die ihn als König nicht anerkennen wollten, von mancherlei

*) Wedekind, Geschichte der Grafschaft Glatz.

**) Dieselbe wurde 1774 umgegossen, nachdem sie das Jahr vorher zersprungen war. Die mittlere Glocke wurde 1652 zu Arnau in Böhmen gegossen und ist, weil sie zersprungen war, 1858 ebenfalls umgegossen worden. Alter ist vielleicht die kleine Glocke, jedoch weiß man nur, daß sie 1768 in Glatz umgegossen wurde.

Kriegsdrangsalen mag heimgesucht worden sein, da die Böhmen ihre Streifzüge nach Schlesien fast immer von der Grafschaft Glatz aus unternahmen. Besondere, den Ort betreffende Nachrichten sucht man vergeblich. Das älteste hier vorhandene Schriftstück, das schon genannte Stadtbuch, stammt erst aus dem Jahre 1580. Der im rathhäuslichen Archiv vorhandene Konfirmationsbrief der städtischen Privilegien vom Jahre 1599 nimmt auf Stadtbrände in früherer Zeit Beziehung, durch welche alle den Ort betreffenden Nachrichten, die ins 16. und 15. Jahrhundert und noch weiter zurückreichen, verloren gegangen sind. Ein solcher Brand war auch 1586, jedoch fehlen alle näheren Mittheilungen über denselben.

In den Kämpfen zwischen den Böhmen und Schlesiern stand die Grafschaft Glatz unwandelbar treu zu König Georg, obgleich ihre Treue durch Kriegesleiden aller Art geprüft wurde; denn die Schlesier verabsäumten nicht, die Streifzüge den Böhmen durch Einfälle in die Grafschaft zu vergelten und sich durch Raub, Brand und Mord zu rächen. Bei einem dieser Einfälle, im Monat August 1469, wurde die Stadt Wünschelburg von den Schlesiern ausgeplündert und niedergebrannt. Im September desselben Jahres rückte ein Haufen schlesischer Söldner vor Nachod, verlor aber bei einem Sturme auf die Stadt 50 Tote und 100 Verwundete.*) Vielleicht ist Lewin bei diesem in solcher Nähe ausgeführten Streifzuge mit dem bloßen Schrecken davon gekommen, da der Feind, zu dessen Vertreibung ein Theil der Besatzung von Glatz den Nachodern zu Hülfe gekommen war, gegen Braunau hin, von wo er auch herangerückt war, zurückgetrieben wurde.

Daß in den Jahren 1430, 1465 und 1483, wie geschichtliche Nachrichten uns mittheilen, die Pest auch in der Grafschaft furchtbar wüthete, mag hier beiläufig erwähnt werden; in welcher Weise Lewin dabei in Mittheilenschaft gekommen sein mag, ist unbekannt. Dasselbe gilt von den Teuerungsjahren 1529, 1540, 1552, 1559, 1616, 1622, 1623 und 1624, von denen die Chronisten erzählen. Vom Jahre 1552 wird gesagt, „daß die Leute die Palmen von den Haselsträuchern gebacken und gegessen haben.“ Im Jahre 1599 galt, wie ein Chronist aus Reinerz erzählt, der Scheffel Korn 6 Taler, in Mähren sogar 10 Taler, in Oesterreich 30 Gulden. Im Jahre 1622 hat man den Scheffel Korn mit 40, Hafer mit 13 Taler bezahlt; ein Pfund Rindfleisch kostete 15 Groschen, ein Faß Bier 35 Taler, ein Scheffel Erbsen 40 und ein Paar Schuhe 4 Taler. Wenn auch das Geld damals sehr schlecht war, denn der Dukaten galt etwa 15 Taler, so ist dennoch die Höhe dieser Preise ungeheuer. Denken wir uns zur Illustration solcher Drangsale noch die Schrecken des seit 1618 in vollen Flammen stehenden Krieges, wie auch die durch denselben veranlaßten Leistungen an Geld und die Heimsuchungen der immer wieder auftretenden Pest, so muß sich uns eine erschütternde Vorstellung jener schreckenvollen Zeiten aufdrängen. Die Stadt

*) Webedind.

Levin zählte nach einer in einem alten Stadtbuche vermerkten Notiz im Jahre 1642 nur noch 46 sogenannte Großbürger und 40 Häusler und hatte, nach derselben Mitteilung, von 1625 bis 1641 an Kriegskosten die für den kleinen Ort und für jene Zeit ungeheure Summe von 19 629 Gulden zu bezahlen gehabt.

Die Verwüstung des Landes geschah in der schreckenvollen Zeit des dreißigjährigen Krieges von Freund und Feind in ganz derselben Weise. Unausgesehnte Durchmärsche, Einquartierungen und Kontributionen waren so gewöhnlich, daß man sie gar nicht mehr niederschrieb. Im Stadtbuche von 1640 sind von einem Zeitgenossen einige Nachrichten über Einquartierungslasten, die Levin zu tragen hatte, aufgezeichnet worden, wobei derselbe jedoch bemerkt, daß er nicht imstande sei, alles aufzuschreiben. Es mögen diese Notizen hier folgen:

1626 lagen hier beim Durchzuge der Kaiserlichen Armee ein böhmisches, mährisches und das sassische Regiment im Quartier.

1632 quartierte im Städtchen 16 Wochen lang ein Kommando Kaiserlicher Kürassiere, darauf waren noch verschiedene Kaiserliche Regimenter hier, jedoch größtenteils nur über Nacht.

1633 lag durch 16 Wochen ein Dragonerregiment hier; am 20. Mai rückten in der Nacht fünf Kompagnien florentinische Reiter, von Gießhübel kommend, hier ein.

„Da war eine schreckliche Angst.“

In diesem Jahre raffte auch die Pest im hiesigen Kirchspiele 200 Menschen weg.

1634 beherbergte das Städtlein durch 11 Tage glazische Dragoner; darauf kamen Colloredosche Völker, die bei Braunau gelegen hatten. Dieselben plünderten die Bewohner und nahmen viel Vieh mit fort, besonders aus den benachbarten Dorfschaften, deren Bewohner sich meist in der Stadt aufhielten.

1635 quartierte hier ein Wallensteinsches und darauf innerhalb vier Wochen zweimal ein anderes Kaiserliches Regiment.

„Ach des großen Kummers!“ ruft der Schreiber dieser Nachrichten.

1638 lagen hier kaiserliche Truppen im Winterquartier.

1639 übernachtete ein Colloredosches Regiment, und des Tages darauf mußte einem andern durchziehenden Regimente aller Wille gemacht werden. Am 27. Juni drangen die Schweden, die unter der Führung des Generals Banner das Land Böhmen mit unerhörter Grausamkeit verwüstet hatten, über Levin und Reinerz in die Grafschaft, wobei diese beiden Städte von ihnen ausgeplündert wurden. Die hiesigen Bewohner hatten ihre Häuser preisgegeben und waren sämtlich teils nach Kessel, teils ins Dörniskauer Gebirge geflüchtet.

1640 lag eine Kompagnie eines Kaiserlichen Regimentes hier im Winterquartier.

So weit reichen die Mitteilungen im Stadtbuche.

Im März 1646 wurde Lewin noch einmal von den Schweden, die diesmal aus Schlesien nach Böhmen gingen, gänzlich ausgeplündert und abermals erschien im Juni 1648 ein starker Trupp dieser gefürchteten Feinde, die von Reisse über Landeck, Habelschwerdt und Lewin nach Böhmen marschierten. In demselben Jahre ward endlich der lang ersehnte Friede geschlossen, der hier zur Freude der Bevölkerung am 24. Juli 1649 von der Kanzel bemeldet wurde.

Die Zahl der Opfer, die das Pestjahr 1680 hier hinwegraffte, ist nicht bekannt, da das älteste Begräbnismatrikel nicht bis in jene Zeit zurückreicht.

Das Jahr 1687 brachte infolge eines Wolkenbruches die Verheerung einer Überschwemmung. Das Wasser mußte einen hohen Stand erreicht haben, da die Kirchhofmauer in Sackisch durch dasselbe stark beschädigt wurde. Bei einer abermaligen Überschwemmung im Jahre 1703 wurde jene Kirchhofmauer, weil man den Schaden nicht ausbeessert hatte, fast ganz weggerissen. Die hiesigen Felder waren zerrissen, die Wiesen verschlammmt und unter Wasser gesetzt worden. Ungleich schlimmer waren aber die Verheerungen einer Feuersbrunst, von der die Stadt am 8. September desselben Jahres heimgesucht wurde. Der Brand war im Oberwirthshause, später „der Stern“ genannt, in der Kammer der Wirtin in der Nacht entstanden. Der ganze Ring und die übrigen Häuser bis an den Mühlgraben — im ganzen 49 Wohngebäude und 10 Scheunen mit voller Ernte wurden in Asche gelegt. Darunter befanden sich auch das Rat-, Brau- und Gefangenenhaus. Nur der größten Anstrengung und einer glücklichen Wendung des Windes war es zu danken, daß Kirche, Pfarrhof und Schule verschont blieben. Der Gebäudeschaden wurde durch eine Kaiserliche Kommission auf 35183 Gulden geschätzt. Von der rathäuslichen Registratur konnte nur der kleinste Teil gerettet werden. Der Stadtschreiber Melchior Dreier, der dieselbe den Flammen entreißen wollte, wurde schwer verletzt und starb zwei Tage darauf an den Brandwunden. Kaiser Leopold I. schenkte der Stadt infolge eines eingereichten Bittgesuches 904 Gulden und das erforderliche Bauholz zum Wiederaufbau und erließ ihr 3000 Gulden rückständige Kriegskontribution. Zum Wiederaufbau des Rat- und Brauhauses erhielt die Stadt vom damaligen Pfarrer Siegel ein Darlehn von 200 Gulden, die derselbe in seinem Testamente zu einer geistlichen Foundation bestimmte. Infolge jenes Brandes wurde im Jahre 1708 an Maria Geburt eine öffentliche Prozession um den Ring angefangen. Dieselbe wird seit etwa 10 Jahren nicht mehr gehalten.

Im Jahre 1713 kehrte noch einmal die Pest hier ein. Da man aber durch Sperrung der Häuser Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, wurden diesmal weniger Menschen hingerafft. Es starben hier 77 Personen. Dieselben wurden nicht auf dem Kirchhofe, sondern an der sogenannten alten Landstraße im Graben des Schulgrundstückes beerdigt. Man nennt diese Begräbnisstätte noch heut den

Pestgraben. Die Verstorbenen aus Böschneh, Gallatsch, Nerbotin und Jauernig wurden in Friedersdorf begraben.

In den schlesischen Kriegen hatte Lewin alle Leiden der Heerstraße vollaus zu ertragen. Im Oktober 1741 rückten 18000 Preußen unter der Führung des Fürsten Leopold von Dessau in die Grafschaft. Während zwei Regimente zur Beobachtung von Glatz, das sich noch in den Händen der Österreicher befand, zurückblieben, marschierten die übrigen Truppen über Reinerz und Lewin nach Böhmen, wo sie ihre Winterquartiere aufschlugen. Bei diesen Durchmärschen sind verschiedene Truppenteile hier einquartiert gewesen. Vom 28. bis 30. Oktober lagen hier drei Eskadronen des Markgraf von Vaireuth'schen Dragoner-Regimentes, 626 Mann mit 549 Pferden. Damals waren die preussischen Soldaten für die hiesigen Bewohner noch feindliche Truppen. Sie betrugen sich auch als solche. An eine etappenmäßige Verpflegung war nicht zu denken. Die Soldaten bezogen ganz nach Willkür ihre Quartiere, machten unbescheidene Ansprüche in bezug auf Verpflegung und behandelten die Wirte mit Stößen und Schlägen, so daß viele aus ihren Häusern entweichen mußten. Am 30. Oktober zogen die Truppen nach Böhmen weiter. Während sich die Mannschaften noch auf dem Ringe sammelten, rückten schon wieder Jouriere ein, um für drei Kompagnien des Prinz Leopold von Dessau'schen Infanterie-Regimentes und für eine kleinere Kavallerie-Abteilung Quartier zu machen. Es waren 438 Mann und 130 Pferde, die am anderen Tage nach Böhmen abzogen. Vom 9. zum 10. November wurden in der Stadt 100 Stück preussische Artilleriepferde und deren Bedienungsmannschaften verpflegt.

Schon im Dezember erfolgten über Lewin wieder zahlreiche Rückmärsche aus Böhmen, da König Friedrich der Große dem Fürsten Leopold von Dessau befohlen hatte, sich der Stadt Glatz zu bemächtigen, zu welchem Zwecke die notwendigen Verstärkungen aus Böhmen zurückgezogen wurden.

Bei diesen Rückmärschen haben hier nur wenige Truppen Quartier genommen. Vom 22. zum 23. Dezember nächtigte in der Stadt ein preussisches Artillerie-Kommando und am 28. Dezember der preussische Kapitän von Sułoff mit einer Abteilung Dragoner. Dagegen drang in der Nacht zum 30. Dezember ein Piquet ungarischer Husaren in die Stadt. Dieselben bemächtigten sich des hiesigen Zolleinnehmers, den sie als Gefangenen abführten, leerten die Kasse und zertrümmerten den erst seit kurzem aufgerichteten preussischen Adler. Darauf nächtigte in der Stadt am 29. Januar 1742 ein preussisches Husaren-Kommando von 55 Mann und am 8. Februar ein anderes von 38 Mann.

Am 20. Februar 1742 leisteten in Glatz der Adel, die Geistlichkeit und die Abgeordneten der Städte dem Könige Friedrich II. den Eid der Treue und damit wurde die Grafschaft eine preussische Besitzung und somit auch Lewin seit jenem Tage eine preussische Stadt.

Da sich im Frühjahr die österreichische Hauptmacht nach Böhmen gezogen hatte, so erfolgten nun auch bedeutende Durchmärsche preussischer Truppen, wobei Lewin oftmalige Einquartierungen zu übernehmen hatte. Zunächst quartierte hier ein königlicher Stallmeister mit 77 Mann, die zur Abholung von Pferden nach Böhmen kommandiert waren. Darauf waren hier vom 2. bis 4. April zwei Kompagnien des Geßler'schen Kürassierregiments, bestehend aus 260 Mann mit 290 Pferden. Der Generalmajor von Geßler wohnte im Hause des früheren Gerichtsvogtes Johann George Stanke. Diese Truppen waren aus Böhmen gekommen, hatten aber in Oberschwedeldorf den Befehl zum Rückmarsch erhalten, weshalb sie in der Nacht vom 6. zum 7. April hier wiederum im Quartier lagen. Nächstdem waren vom 8. bis 9. April drei Kompagnien des Prinz Braunschweig-Beber'schen Regiments, bestehend aus 477 Mann und 37 Pferden hier über Nacht. Darauf folgte am 22. April der General Bronikowsky mit dem Stabe und zwei Kompagnien seines Husarenregiments, 261 Mann und 215 Pferde. Der General wohnte bei Johann George Stanke. Am 25. April übernachtete in der Stadt ein Kommando von 40 Mann des Baireuth'schen Dragoner-Regiments, das 36 mährische Bauern mit 398 Vorspannpferden nach Olaz führte. Am 28. April kehrte dieses Kommando zurück und blieb wieder über Nacht. Vom 16. zum 17. Mai lag hier das Ziethe'sche Husarenregiment, 1387 Mann und 1564 Pferde. Einigen Wirten wurden von diesen tapferen Husaren mancherlei Dinge, als Leinwand, Hemden, Riemen und Eisenzeug theils heimlich, theils gewaltsam ausgeführt, weshalb sie sich hier kein freundliches Andenken hinterließen. Die nächste Einquartierung folgte am 8. Juni. Es waren 280 Mann Bronikowsky'sche Husaren und eine Kompagnie des Prinz Karl'schen Infanterie-Regiments. Die Infanterie marschierte weiter nach Böhmen, während die Husaren am 9. Juni wieder nach Olaz zurück gingen. Diese Husaren hatten hier eine ernste Exekution zu vollziehen. Bei den letzten Durchmärschen preussischer Truppen war nämlich von einzelnen Widriggesinnten aus den diesseits des Hummels gelegenen Wäldungen auf das vorüberziehende Militär geschossen worden, wobei mehrere der Soldaten verwundet und getötet worden waren. Elf dieser Wuschklepper wurden eingefangen. Auf Befehl des Königs wurden acht von ihnen dort, wo sie im Hinterhalt gelegen hatten, an den neben der Landstraße befindlichen Bäumen von den Husaren aufgehängt. Dies geschah am 8. Juni. Zwei der eingefangenen Personen waren wegen ihrer Jugend begnadigt und der dritte Mann, weil er unschuldig befunden, freigelassen worden. Von den Erhängten waren zwei aus Meinerz, einer aus Lewin, eines Riemers Sohn, und einer aus Fauernig mit Namen Johann Georg Hoffmann. Von den beiden Begnadigten war der eine ein Jäger aus Wallisfurth und der andere ein Lewiner, der Anverwandte des hiesigen Ratmannes Anton Liebig.

Nachdem am 11. Juni durch den Friedensschluß zu Breslau der erste schlesische Krieg beendet war, marschierten die preußischen Truppen aus Böhmen nach Schlesien zurück. Diese Rückmärsche brachten der Stadt wieder neue Einquartierungslasten. Vom 24. zum 25. Juni nächtigte hier ein Kommando von 20 Mann mit 12 Pferden, desgleichen am 26. Juni ein Trupp Zietzenscher Husaren von 65 Mann. Diesen folgten am anderen Tage 328 Mann Dessauische Grenadiere nebst 64 Pferden und 24 Mann Kürassiere, die am 28. Juni weiter gingen. Tags darauf passierte der König die Stadt und übernachtete in Glaz. Vom 28. zum 29. Juni lagen 40 Mann Infanterie und 65 Husaren, die 22 Bagagewagen und 88 Pferde mit sich führten, hier im Nachtquartier. Diesen folgten am 29. Juni 1643 Mann Infanterie nebst 157 Pferden unter der Führung des Markgrafen Prinz Karl, der bei Johann George Stanke logierte. Am 2. Juli rückten endlich noch 54 Mann Artillerie nebst 51 Pferden und am 16. Juli ein kleines Infanterie-Kommando ins Quartier.

Die Verpflegung aller Truppen, die vom 28. Oktober 1741 bis 17. Juli 1742 hier im Quartier gelegen haben, wurde zusammen mit 4434 Gulden 57 Krz. 4 Hell. liquidiert. Ob und wie diese Verpflegungskosten entschädigt worden sind, ist nicht bekannt.

Erfürtere Erfahrungen machte die Stadt und Umgegend im zweiten schlesischen Kriege. Die ersten Truppen rückten am 29. November 1744 in die Stadt. Es waren 3500 Mann Preußen, die aus Böhmen nach Schlesien gingen und hier Rasttag hielten. Der kommandierende General von Polenz und der Oberst von Kleist vom Schlichtingschen Regiment wohnten im Pfarrhose. Sie zogen am folgenden Tage ab und an ihre Stelle rückten einige tausend Mann preussischer Kavallerie und Infanterie, die hier ebenfalls Nachtquartier nahmen. Auf einer bewaldeten Anhöhe in der Nähe der Stadt lag eine Truppe österreichischer Husaren, die auf die anrückenden Preußen Feuer gaben. Eine kleine Abteilung der preussischen Reiter wurde zu ihrer Vertreibung abkommandiert, verlor aber bei dieser Attaque sechs Tote und zwölf Verwundete. Die österreichischen Husaren zogen sich eiligst zurück, nachdem eine Abteilung Infanterie gegen sie vorgeschickt wurde. Eine nähere Bezeichnung der betreffenden Anhöhe ist in der vorhandenen schriftlichen Mitteilung nicht enthalten.

Am 1. Dezember zogen die preussischen Truppen ab, worauf noch an demselben Tage die Österreicher die Grenze überschritten, verschiedene Gegenden der Grafschaft besetzten und die Bewohner mit unerquicklichen Leistungen bedrückten. Natürlich wurde auch Lewin, die unmittelbare Grenzstadt, und die ganze Umgegend in dieser Zeit von den ungebeten Gästen gar oft heimgesucht. So wurde zunächst vom 1. bis 14. Dezember das Räumereidorf Ruttel mehrmals von österreichischen Husarenpiquets in Stärke von 10, 20 bis 25 Mann überrascht, die der kleinen Gemeinde über 100 Gulden Verpflegungs-

kosten verursachten. Am 5. Dezember erschienen in der Stadt 414 Mann des Daunschen Infanterie-Regiments; darauf folgten am 9. Dezember 48 Mann Esterhazische Husaren, am 10. Dezember Colowrat'sche Infanterie, Calnockische und Radastische Husaren. Am 13. Dezember rückte der General Graf Locatelli mit 345 Mann Kürassieren, Dichtensteinschen Dragonern und Milanischen Husaren hier ins Nachtquartier, deren Verpflegung die Stadt über 400 Gulden kostete. Von einigen Bürgern hatten diese Truppen auch bares Geld erpreßt. Am nächsten Tage folgten noch 90 Mann feindliche Infanterie nebst 53 Pferden. Vorspann hatte die Stadt Lelwin den österreichischen Truppen im Monat Dezember 18 Mal zu leisten. Auch im Januar 1745 fehlte es nicht an zahlreichen Besuchen der feindlichen Soldaten. Der hiesige Bürgermeister Christoph Casper, der sich wegen ihrer unmäßigen Bedrückungen einige bescheidene Vorstellungen erlaubte, wurde von einem österreichischen Kommando festgenommen und als Gefangener nach Königgrätz abgeführt. Von den Preußen gedrängt, zogen sich die Österreicher am 24. Februar über die Grenze zurück und besetzten die jenseitigen benachbarten Ortschaften, von wo aus sie den Dörfern Gellenau, Sackisch, Schlaney, Brzesowie und Deutsch-Tscherbeney noch öfters lästige Besuche machten. Am Montage nach dem ersten Fastensonntage zogen sie sich jedoch völlig zurück, nachdem sie Sonnabend vorher den herrschaftlichen Verwalter aus Gellenau, namens Melchior Cammler, wie auch den hiesigen Stadtschreiber Gottfried Anton Bernaschke wegen geringer Widerseßlichkeit als Gefangene nach Königgrätz abgeführt hatten. Der Stadtschreiber, wie auch der schon früher inhaftierte Bürgermeister Casper sind nicht wieder nach Lelwin zurückgekommen; sie starben beide in ihrer Haft in Königgrätz.

Im Mai rückte die österreichische Armee wiederum in die Grafschaft ein und ging nach Schlesien. In Lelwin erschienen die ersten feindlichen Rekognoszierungsgruppen am 16. Mai, worauf das Gros der Armee bald nachfolgte. Nachdem Friedrich der Große die Österreicher am 4. Juni bei Hohenfriedeberg geschlagen hatte, mußten sie sich nach Böhmen zurückziehen, wohin ihnen der König nachfolgte. Am 14. Juni kamen die preussischen Truppen in der Gegend von Nachod an und besetzten den ganzen benachbarten Teil von Böhmen, besonders die Städte Nachod, Skalitz, Jaromirz, Smircz, Neustadt und Opotšna. Die hiesige österreichische Besatzung hatte sich schon früher nach Böhmen zurückgezogen. Das preussische Heer blieb den ganzen Sommer über in seiner Stellung. Die ganze Gegend war völlig ausgefogen, weshalb Proviant und Fourage aus den schlesischen Magazinen ins preussische Lager herbeigeschafft werden mußten. Einmal lagerte eine große Proviant-Kolonne hinter der Scheuer der Jgnatz Welzelschen Besißung (Vorwerk Nr. 21). Das gut bestellte Feld wurde durch Pferde, Wagen und Menschen verwüstet. Das erforderliche Futter für die Pferde wurde von den Feldern herbeigeht, die Pferde zum Vorspann wurden gewaltsam aus den

Ställen gerissen und nicht wiedergesehen. Raub hatten sich die Preußen nach dem nördlichen Böhmen, wo am 30. September die Schlacht bei Sorr geliefert wurde, gezogen, so erschienen auch schon wieder von Opotschna her die Österreicher und fouragierten in der ganzen Gegend. Vieh, Getreide, Heu und Stroh wurden weggeführt; die Häuser wurden durchsucht, Kisten und Kasten aufgeschlagen und alles Wertvolle mit fortgenommen. Widerstand durfte nicht geleistet werden; wer es wagte, wurde mit der Klinge zusammengehauen. Lewin, besonders aber Tassau, Järker, Gellenau, Sackisch, Lang und Groß-Georgsdorf haben in dieser Zeit sehr viel gelitten. In einigen dieser Dörfer gab es zuletzt kaum noch ein Stück Rindvieh. Das Schloß in Gellenau wurde einigemal von österreichischen Husaren geplündert. Der Schaden, den sie anrichteten, wurde von der damaligen Besitzerin, Anna Magdalena v. Ullersdorf, geb. v. Alten, auf 4000 Gulden geschätzt. Diesen feindlichen Gewalttätigkeiten, die nur durch kleine Trupps ausgeführt wurden, ward ein Ende gemacht, als am 29. August zum Schutze der Gegend eine Eskadron des Prinz Württembergischen Dragonerregiments unter Major von Predow nach Lewin in Garnison rückte. Diese Truppen verblieben hier bis zum 12. November. Zur Errichtung der Stallungen hatte die Stadt einen Vorschuß von 300 Gulden erhalten. Die verabreichte Verpflegung wurde bezahlt. Die Stadt hatte nur die erforderlichen Nachbedürfnisse — Licht und Holz — ohne Anspruch auf Entschädigung zu verabsorgen.

Nach dem zweiten schlesischen Kriege folgten zehn Jahre des Friedens. Während dieser Zeit gelangte die hiesige Weinwandfabrikation in einen recht lebhaften Schwung, und Stadt und Umgegend erholten sich nach und nach wieder von den erduldeten Drangsalen, bis der im Jahre 1756 ausbrechende siebenjährige Krieg den Handel und Verkehr wieder zerstörte und durch seine Lasten und Leiden den eingetretenen besseren Verhältnissen ein rasches Ende bereitete. Die unmittelbare Lage unseres Städtchens an der Grenze des feindlichen Staates und an einer der Hauptstraßen zwischen Böhmen und Schlessen machen es selbstverständlich, daß dasselbe mit zahlreichen Durchmärschen und den damit verbundenen Lasten der Einquartierung oft heimgesucht wurde und immer das erste Ziel feindlicher Requisitionen sein mußte. Der erste derartige Fall war eine Lieferung an die feindlichen Truppen, die auf Befehl des österreichischen Generals, Grafen von Polik, am 9. und 10. Oktober nach Gießhübel erfolgte. Dieselbe bestand in 318 Laib Brot, 300 Portionen Fleisch, ein Stück Rindvieh und 2½ Faß Bier. Ein mit vier Pferden bespannter Wagen, auf dem die requirierten Lebensmittel transportiert wurden, ist nicht wiedergesehen worden.

Die ersten Durchmärsche preussischer Truppen hatten bereits im September begonnen. Während Friedrich der Große von Sachsen aus in Böhmen einfiel, hatte der Feldmarschall Graf Schwerin den Befehl, von Schlessen her durch die Grafschaft nach Böhmen

einzudringen. Er besetzte die Gegend zwischen Opatzschna und Königgrätz, erhielt aber nach der Schlacht von Somosiß (1. Oktober 1756) den Befehl zum Rückzuge, den er über Nachod, Lewin und Reinerz antrat. Die bei jenem Hin- und Rückmarsch von der Stadt und den beiden Kammereisdörfern Krzischney und Ruttel an die preußischen Truppen, die sich hier nur teilweise bivaquierend aufhielten, verabreichten Rationen an Getreide, wie auch der an Wiesen, Gärten, Zäunen und sonst verursachte Schaden wurde auf 1863 Gulden 31 Krz. geschätzt, woran der Vorwerksbesitzer Welzel allein mit einem Betrage von 833 Gulden 41 Krz. partizipierte. Die letzten preußischen Truppen hatten am 29. Oktober kaum die Stadt passiert, so begann auch schon die österreichische Invasion. Panduren eröffneten den feindlichen Einfall. Schrecken und Bestürzung ergriff die Bewohner, als die Feinde von Tassau her durch den Donner ihrer Kanonen sich annähereten, denn sie vermuteten, die Stadt wäre noch von Preußen besetzt. Die Kartätschen gingen über die Stadt hinweg und schlugen in die jenseitigen Felder. Wie eine hungrige Meute stürzten die Panduren in die Häuser; sie hatten seit drei Tagen kein Brot gegessen. Die vorhandenen Lebensmittel waren aber unbedeutend, denn die eben abgezogenen Preußen hatten fast alles aufgezehrt. Die hungernden Panduren erbrachen Gewölbe und Kammern und nahmen, was sie Eßbares fanden. Ein ordentliches Quartier bezogen sie nicht. Die ganze Nacht schwärmten sie in einzelnen Häusern herum, wobei sie gewaltsam durch Türen und Fenster in die Häuser eindrangen, die Bewohner überfielen und ihnen die Taschen ausleerten, Fleisch, Brot, Branntwein und andere Dinge begehrt, den Frauenspersonen Tücher und Schürzen vom Leibe rissen und sich überhaupt in einer Art betrugten, als es selbst die schwedischen oder wallensteinischen Soldaten des dreißigjährigen Krieges kaum schlimmer machen konnten. Wer sich in der Nacht auf der Straße blicken ließ, wurde angepackt und ausgeplündert. So erging es dem hiesigen Zolleinnehmer Franke, der sich am späten Abend in die Behausung des Ratmanns Friedrich begab, wo sich die Magistratspersonen zu einer Besprechung über die anzustellenden Maßregeln versammelt hatten. Er war während des Tages in Schlaney gewesen und hatte den Rassenbestand des dortigen Zollanites an sich genommen. Er geriet zwölf Panduren in die Hände, die ihm seine Barschaft abnahmen. Der Ratmann Friedrich und Stadtschreiber Götz hatten den Kommandierenden, Oberst Michailowich, um Schutz für die Stadt und Bürgerschaft ersucht und insbesondere eine Schutzwache für die Behausung des ersteren erbeten, damit sich die Magistratspersonen daselbst ungehindert zu ihren Beratungen versammeln könnten. Das unter Schutz gestellte Haus hatte trotzdem eine ganz besondere Anziehung für die undisziplinierten Panduren, weil darin der Branntweinschank betrieben wurde. Nicht bloß im Bivak, sondern auch mitten in der Stadt hatten sich die zügellosen Barden ihre Wachtfeuer angezündet, an denen sie ihre Mahlzeiten abkochten und lustige Tafel hielten. Erst am vierten

Tage wurden die geängstigten Bewohner von der halbwildten Horde befreit, indem dieselbe nach Reinerz hin abzog. Ins Wiaak mußten von der Stadt und den beiden Rämmereidörfern 757 Laib Brot, 5 Stück Rindvieh, $4\frac{1}{2}$ Faß Bier, 245 Portionen Hafer, 149 Portionen Heu und 150 Klaftern Holz geliefert werden. Einen Tag nach dem Abzug der Panduren, am 2. November, rückten 1100 Mann Österreicher unter der Führung des Oberstleutnants Riese in die Stadt und lagen bis zum 9. November hier im Quartier. Eine kleine Besatzung von 60 Mann Infanterie und 60 Husaren wurde zurückgelassen, die sich jedoch am 13. November nach einem zum Nachtheil der Österreicher ausgefallenen Gefechte bei Reinerz eiligst über die Grenze zurückzogen. Die Kosten dieser vierzehntägigen Invasion betrugen für die Stadt und die beiden Rämmereidörfer 2163 Gulden.

Im folgenden Jahre führte Schwerin sein Korps abermals nach Böhmen hier durch. Vor Prag vereinigte sich dasselbe mit drei preussischen Heerhaufen, die von anderen Seiten nach Böhmen eingebrochen waren. Darauf erfolgte die Schlacht bei Prag. Nach der Niederlage von Kollin mußten die Preußen Böhmen räumen. Während die Hauptheere anderwärts operierten, führten verschiedene feindliche Kommandos den kleinen Krieg durch zahlreiche Streifzüge in die Grafschaft, weshalb sich auch für Lewin die früheren Bedrängnisse wiederholten.

Am 14. Oktober gingen unter der Führung des Generals Freiherrn von Jahn 6000 Mann feindliche Truppen, meistens Kroaten und ungarische Husaren, über Lewin und Reinerz in die Grafschaft und nahmen in der Gegend von Habelschwerdt und Landeck ihre Winterquartiere. Die nötigen Erfordernisse zu ihrer Verpflegung wurden ausgeschrieen und beigetrieben. Lewin hatte an dieses Korps 4396 Portionen Brot, 1372 Portionen Hafer und 1182 Portionen Heu zu liefern.

Die beiden nächsten Jahre 1758 und 1759 vergingen einigermaßen ruhiger, obschon nicht ohne mancherlei Opfer für die Stadt. Die Grafschaft Glatz war meist von den Österreichern besetzt, aber der große Kriegslärm tobte anderwärts. Vom 19. Juli bis 5. August 1758 lagen unterm Gummel preussische Truppen, die in der ganzen Gegend fouragierten und auch einigen hiesigen Ackerbesitzern einen Fruchtschaden von 884 Glb. 45 Kr. verursachten, der jedoch fünf Jahre später mit 519 Tl. 13 Gr. entschädigt wurde. Im September und Oktober gingen einige österreichische Kommandos durch die Stadt, die 88 Portionen Brot, 288 Portionen Hafer und ebenso viel Heu requirierten.

Im September 1759 marschierte ein österreichisches Korps unter Graf Dönhof durch die Stadt, der bei dieser Gelegenheit eine Lieferung von 540 Stück Broten auferlegt wurde. Das Brot mußte nach Tscherebeney geschafft werden. Bis nach richtig erfolgter Ablieferung wurde der Bürgermeister Stieff als Gefangener festgehalten. Vom 24. zum 25. November quartierten hier zwei Eskadronen Palissi-Husaren nebst dem Regimentsstabe, die der Stadt

154 Taler 6 Groschen Verpflegungskosten verursachten und eine Kontribution von 133 Talern 8 Groschen abforderten. Außerdem hatte die Stadt in demselben Monat noch an das österreichische Korps des Generals Wolfersdorff einige hundert Brot- und Heuportionen zu liefern.

Zahlreiche Truppendurchmärsche brachte wieder das Jahr 1760, in welchem 30000 Österreicher unter Laudon in die Grafschaft einfielen und zwar größtenteils über Nachod, Lewin und Reinerz. Ein Teil dieser Truppen lagerte sich bei Frankenstein, die übrigen besetzten teils die Pässe bei Wartha und Silberberg, teils blockierten sie unter dem General Harsch die Festung Glatz. Laudon hatte sein Hauptquartier im Schlosse zu Bischofowitz. Bedeutende Lieferungen wurden wieder ausgeschrieben, an denen Lewin mit 5904 Stück Broten, 1790 Portionen Hafer und 1745 Portionen Heu beteiligt war.

Nach der Einnahme von Glatz (am 26. Juli) wurde die Grafschaft Glatz für österreichisches Besitztum erklärt und auch Lewin erhielt wieder den kaiserlichen Doppeladler. Laudon hielt sein Winterquartier in der Grafschaft. Die hiesige Besatzung bestand aus zwei Kompagnien seines Grenadier-Regimentes, die vom 26. Dezember 1760 bis zum 11. April 1761 im Städtchen lagen. Im folgenden Winter nahmen außer den Laudonschen Truppen noch 20000 Russen unter Czernitschew in der Grafschaft ihre Winterquartiere, was im letzten Winter des Krieges (1762—63) abermals mit einem österreichischen Heere unter Daun der Fall war. In diesem Winter kantonierten hier vom 30. Oktober bis 14. Dezember der Stab des Prinz Leopoldschen Kürassier-Regiments, und vom 15. Dezember bis zum 10. März vier Kompagnien Laudonscher Grenadiere. Obwohl die Grafschaft Glatz, die seit 1760 wieder als österreichische Provinz erklärt worden war, von diesen Truppen nicht direkt feindlich behandelt wurde, so hatte doch das Land durch die fortlaufenden Lieferungen ungemein viel zu leiden. Auch die hiesigen Grundbesitzer wurden mit Getreide-, Heu- und Strohlieferungen aufs äußerste in Anspruch genommen. Diese Leistungen mußten nach beendigtem Kriege durch Kompensation aufgrund der Servisanlage von der ganzen Bürgerschaft als Invasionsschuld zur Zahlung übernommen werden. Die betreffenden Liquidationen wurden jedoch zufolge königlicher Verordnung bedeutend modifiziert, so daß die Lieferanten sich meist mit der Hälfte ihrer Forderung zufrieden stellen mußten. Die auf solche Weise von der Bürgerschaft bezahlte Invasionsschuld betrug 763 Tl. 8 Gr. Die Schuldenlast der Stadt betrug überhaupt nach der Beendigung des siebenjährigen Krieges 3390 Tl.; dieselbe bestand aber größtenteils in Fundationskapitalien, denn zur besseren Bestreitung der Kriegsbedürfnisse hatte die Stadt nur ein Darlehen von 842 Talern erborgen müssen. Durch monatliche Beiträge, die nach Maßgabe der Servisanlage auf die Bürgerschaft repartiert worden waren, erfolgte innerhalb von drei Jahren die Tilgung dieser Kriegsschuld.

Seit dem großen Brande im Jahre 1703 waren in der Stadt nur einige unbedeutende Brände vorgekommen. Sie betrafen im Jahre 1744 die Wirtschaftsgebäude der Witwe Straube, 1759 die in der Vorstadt gelegene Mühle des Georg Lux und 1763 wiederum die Stallung und Scheuer desselben. Von einem großen Brandunglück wurde jedoch Lewin 1772 betroffen. Das Feuer entstand in dem am Ringe gelegenen Hause Nr. 18 in der Nacht zum 2. Juli und soll durch brennend gewordene Butter veranlaßt worden sein. Drei Seiten des Ringes, zusammen 31 Wohnhäuser ohne die Nebengebäude, wurden eingeeichert. Der Wert der verbrannten Mobilien war nach einer soliden Abschätzung auf 7219 TL . 18 Gr . taxiert worden, und darin bestand eigentlich nur der Schaden für die Abgebrannten, denn Friedrich der Große ließ ihnen ihre Häuser wieder aufbauen. Die Stadt erhielt nach der vorhandenen Baurechnung an Königlichem Gnadengeschenksgeldern

| | | | |
|--------------------------|---------------------|-----------------|------------------------|
| | 32523 TL . | 7 Gr . | 11 $\frac{3}{4}$ Den., |
| dazu Feuer-Sozietätsgeld | 9090 " | — " | — " |
| macht zusammen | 41613 TL . | 7 Gr . | 11 $\frac{3}{4}$ Den. |

Der Wiederaufbau der Häuser wurde dem Maurermeister Müller in Glaz übertragen und in dem heut noch erkenntlichen Kaffernsthl nach einer Schablone ausgeführt. Ausgenommen war das dem Kommerzienrat Ignaz Strauch gehörige Gebäude, der dasselbe ganz selbständig nach seinem Geschmack und seinen kaufmännischen Interessen entsprechend aufbauen ließ. Die Erbauung der niedergebrannten Häuser veranlaßte die Errichtung der städtischen Ziegelei, die seit dem Jahre 1854 wegen Mangel an Lehm nicht mehr besteht. Das sogenannte Ziegeleigrundstück soll der damalige Besitzer des Vorwerkes Nr. 140 der Stadt geschenkt haben.*) Der Wiederaufbau der sämtlichen Gebäude wurde im Jahre 1776 beendet. Die oben erwähnte Baurechnung rekapituliert folgende Ausgabeposten:

| | | | |
|---|---------------------|------------------|----------------------|
| 1. dem Maurermeister Müller | 36225 TL . | 16 Gr . | 2 Den. |
| 2. dem Kaufmann Strauch, der sein Haus selbst aufbauen ließ, | | | |
| a) an Gnadengeschenksgeld | 656 TL . | | |
| b) an Brandbonifikation | 430 " | 1086 " | — " — " |
| 3. an jene, deren Häuser beim Brande beschädigt wurden | 2114 " | 4 " | 6 $\frac{3}{4}$ " |
| 4. Baukosten auf den Ziegeleiofen und die Scheuer | 1135 " | 6 " | 4 $\frac{1}{2}$ " |
| 5. an Diäten | 134 " | 22 " | 7 $\frac{1}{2}$ " |
| 6. auf Feuerlöschgeräte | 99 " | — " | — " |
| 7. insgemein | 98 " | 16 " | — " |
| Summa | 41293 TL . | 17 Gr . | 8 $\frac{3}{4}$ Den. |

*) Nachricht eines Lezwiner Bürgers.

| | |
|---------------------|---|
| Einnahme | 41613 TL. 1 Gr. 11 ³ / ₅ Den. |
| Ausgabe | 41293 " 17 " 3 ¹ / ₅ " |
| Überschuß | 319 TL. 14 Gr. 8 ² / ₅ Den. |

über dessen Verwendung sich jedoch keine Nachweise vorfinden.

Man sieht, daß die Stadt als solche den Brand von 1772 als einen Unglücksfall nicht zu registrieren brauchte. Abgesehen von dem angeblichen Geschenk des Ziegeleigrundstückes gelangte sie in den kostenlosen Besitz einer Ziegelei und durch die massiv aufgebauten Häuser in gesichrtere Verhältnisse gegen Feuergefähr als bei der früheren durchweg hölzernen Bauart. Obschon die Ausführung der Baue an fast allen Häusern bemängelt wurde und später mehrere ganz grobe Fehler, die den baupolizeilichen Bestimmungen geradezu Hohn sprachen, auf Kosten des Maurermeisters Müller beseitigt werden mußten, so fühlten sich mit Recht die Abgebrannten ihrem großmütigen Könige zum tiefsten Danke verpflichtet, zumal ihnen noch obendrein durch eine Akzise-Vonifikation auf drei Jahre, jährlich im Betrage von 360 TL. 1 Gr. 4 Den., ein neuer Beweis königlicher Gnade zu teil wurde. Der Besitzer des Hauses Nr. 18, worin das Feuer ausbrach, gab dem Gefühle des Dankes durch die an der Front des Hauses noch vorhandene Aufschrift; *gratia regis aedificatae* --- entsprechenden Ausdruck. In neuerer Zeit ließ der hiesige Verschönerungsverein am Hause Nr. 18 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Munizipenz Friedrich des Großen anbringen.

Man war noch mit dem Wiederaufbau der niedergebrannten Häuser beschäftigt, als im Jahre 1774 in der Nacht zum 17. September abermals ein Feuer ausbrach, das leicht einen großen Umfang hätte gewinnen können. Es war in der Stallung des Wirtschaftsbesizers Johann Dreschner entstanden und wurde durch die angestrengtesten Bemühungen nur auf dessen Wirtschaftsgebäude beschränkt.

Im Jahre 1777 wurde durch die Regengüsse bei einem schweren Gewitter auf den städtischen Feldern, an Wegen und Brücken ein Schaden von 1390 Talern verursacht.

Im folgenden Jahre erfolgte der Ausbruch des baierischen Erbfolgekrieges, durch den unser Städtchen in härteste Mitleidenschaft gezogen wurde. Dieser Krieg, bei dem zwar nicht große Schlachten, aber doch zahlreiche kleine Gefechte vorkamen, hatte seinen Schauplatz hauptsächlich in der Grafschaft Glaz, in welche Friedrich der Große 80000 Mann einrücken ließ. Zwanzig Bataillone Infanterie und zehn Eskadronen Kavallerie unter der Führung des Generallieutenants von Wunsch lagerten am Ratschenberge. Friedrich der Große hatte sein Hauptquartier hierher verlegt und nächtigte vom 4. zum 5. Juli im Hause Nr. 1 zu Hummelshaus, das dem Zimmermann Josef Exner gehörte. Er war auswärtig auf Zimmerarbeit gewesen. Als er am Abende zurückkam, fand er einen starken Wachtposten vor seinem Hause, der ihm den Eintritt verwehrte. Erst als er hörte, daß der König in seinem Hause

Wohnung genommen habe, legte sich sein Unmut und mit den Worten: „Nu, doas is freilich woas andersch, dar soan dreime klein!“ begab er sich zu den Seinigen, die bereits in einem andern Hause Quartier genommen hatten*) Eine am Hause Nr. 1 angebrachte Gedenktafel trägt die Inschrift:

1778

wohnte hier im Lager

Friedrich II.,

König von Preußen,

der Große, der Weise, der Allgeliebte.

Von Prälat und Stadtpfarrer

Folkmer

zum unvergeßlichen Denkmale

gesetzt 1821.**)

Mit der Avantgarde der am Ratschenberge lagernden Armee ging der König am 5. Juli über Lerwin und Nachod nach Böhmen. Die übrigen Truppen folgten unter der Anführung des Erbprinzen von Braunschweig und des Generals von Tauenzien auf demselben Wege nach. Am 8. Juli rückte das Heer über Skalitz der Elbe zu und bezog bei Jaromer ein Lager. Der König hatte sein Hauptquartier in Wölzsdorf. Das feindliche Lager befand sich jenseits der Elbe. Ein Korps unter dem Kommando des Generals von Wunsch stand auf den Höhen von Nachod, um die Verbindung mit der Grafschaft zu unterhalten.***) Bei den Durchmärschen der preussischen Truppen vom 4. Juli bis 15. August hatte die Stadt ganz ungewöhnliche Einquartierungslasten zu tragen, besonders in den ersten vier Tagen, an denen etwa 14000 Mann hier Verpflegung erhielten. Dieselbe wurde für den Mann mit 2 Sgr., im ganzen auf 933 Taler 11 Gr. berechnet. Die weiteren Verpflegungskosten bis zum 15. August wurden auf 430 Taler und der Wert des von den preussischen Truppen mitgenommenen Salzes auf 495 Taler 11 Gr. 11 $\frac{1}{2}$ Denare geschätzt. An Fourage mußten den Truppen 20 Scheffel Roggen, etwa 30 Ztr. Heu und 1 Schock Stroh verabreicht werden. Der von ihnen verursachte Fruchtschaden auf den städtischen Feldern betrug 709 Tl. 20 Gr. 3 Den., wofür jedoch laut einer Resolution der Königlichen Kriegs- und Domänenkammer aus Mangel an Fonds keine Entschädigung geleistet werden konnte. Im August erhielt General Wunsch den Befehl, mit seinem Korps von 6000 Mann den Ratschenberg zu besetzen, woselbst er sich durch Anlegung von Verhauen verschanzte. Dazu wurden der Rämmereiswald wie auch die Waldungen der Bürger stark in Anspruch genommen. Der angerichtete Waldschaden wurde auf 1220 Tl. geschätzt, woran die Rämmerei mit 330 Talern partizipierte. Den Bürgern wurde im Jahre 1780

*) Nach einer mündlichen Überlieferung.

**) Die Gedenktafel ist im Jahre 1899 vom Wager Gebirgsverein renoviert worden.

***) Webefind.

der Waldschaden mit $\frac{1}{4}$ des abgeschätzten Betrages bonifiziert; die Räumerei erhielt keine Entschädigung. Bei der Anlegung der Verschauungen wurden sämtliche Bürger zur Arbeitsleistung herangezogen. An Fourage lieferte die Stadt in das Lager am Ratschenberge 51 Scheffel 6 Meßen Hafer, $17\frac{1}{4}$ Schock Stroh und etwa 20 Ztr. Heu. Auch die Stadt war durch die Errichtung von Barrieren und Pallisaden in einen gewissen Verteidigungszustand gesetzt worden. Auf dem Kirchhofe waren zum Zweck des Wachdienstes verschiedene Stellagen und Rüstungen erbaut und der Weg nach dem Ratschenberg gehörig verbrüht worden. Diese Vorkehrungen erforderten einen Aufwand von 231 Fl. 7 Gr., die von der Stadt vorstufweise gezahlt werden mußten. In der Zeit vom 20. Juni bis 6. Oktober lagen im Orte verschiedene preussische Besatzungen. Den Anfang machten hundert Mann des Brennerischen Infanterie-Regiments und ein kleines Bosniaken-Kommando, von denen die ersteren am 15. und die Bosniaken am 20. August abzogen. Darauf folgten bis zum 16. September 111 Mann vom Korps des Generals Wunsch und dann noch drei verschiedene Kommandos, die sich am 7. und 23. September und 1. Oktober ablösten. Diese Truppen verspögten sich selbst; die Stadt hatte nur für die erforderlichen Nacht-Bedürfnisse Sorge zu tragen.

Die am Ratschenberge lagernden Truppen unternahmen mehrere Einfälle in die benachbarten böhmischen Ortschaften, wobei einige kleine Gefechte vorkamen. Dagegen versuchten die Österreicher in der stockfinsternen Nacht vom 1. zum 2. September einen Überfall des Lagers. Eine feindliche Kolonne rückte über Groß-Terma heran, wurde aber von dem in Lwin stehenden Kommando aufgehalten, wobei eine Kugel in das Haus Nr. 63 schlug und eine im Bett liegende Person leicht verletzte. Eine andere feindliche Kolonne rückte über Gießhübel herein und griff das am Kellerberge abgesondert stehende Grenadier-Bataillon von Gillern an. Die Brandwache, die aus dem Unteroffizier Löwe und zwölf Mann bestand, verteidigte sich mit ungemeiner Bravour so lange, bis sich das im Schlaf befindliche Bataillon formierte und den Feind zurückschlug. Die Preußen verloren bei diesem Überfall zwei Offiziere und einen Grenadier, die Österreicher dagegen 15 Tote und mehrere Gefangene. Der König ernannte den tapferen Löwe zum Offizier und erteilte ihm den Orden pour le merite. Das Bataillon erhielt ein ansehnliches Geldgeschenk.*) Die beim Überfall am Kellerberge gebliebenen Preußen sind ausweislich des Lwiner Kirchenbuches auf dem hiesigen Kirchhofe beerdigt worden.

Im Lager auf dem Ratschenberge herrschte die Ruhr, die von den Soldaten aus Böhmen mitgebracht worden war. Infolge des Verkehrs zwischen Militär und Bevölkerung war die Krankheit auch in die benachbarten Ortschaften eingeschleppt worden, wo sie erst zwei Jahre nach dem Abzug der Truppen vom Ratschenberge

*) Webedind.

vollkommen erlosch. Nach Ausweis der Kirchenbücher starben im Kirchspiel Lewin 122 und im Kirchspiel Reinerz, Grunwald eingeschlossen, 82 Personen, zumeist Kinder, an der Epidemie. Unter den Beerdigten ist kein einziger Soldat. Daß dennoch die Krankheit unter den Truppen sehr viele Opfer forderte, ist eine überraschende Nachricht aus der neueren Zeit, die in der ersten Auflage der Chronik keine Erwähnung finden konnte, weil sie noch nicht überliefert war. Franz Ludwig, der Verfasser des 1897 erschienenen Buches „Die Grasschaft Glas in Wort und Bild“ schreibt auf Seite 173 seines Buches: „Am Fuße des Ratschenberges liegen 1000 an der Ruhr gestorbene Soldaten begraben, allein ihre Ruhestätte zeigt kein Kreuz oder Leichenstein.“ Dieser Vorwurf würde berechtigt sein, wenn vorerst die Tatsache der Todesfälle historisch erwiesen wäre. Zunächst sind 1000 Todesfälle unter 6000 Mann Besatzung in der kurzen Zeit von 1½ Monaten mehr als unwahrscheinlich. Daß von den verstorbenen Soldaten auch nicht ein einziger auf den benachbarten Kirchhöfen beerdigt wurde, beweist keineswegs, daß sie am Fuße des Ratschenberges ins Grab gelegt wurden. Dem Volksgedächtnis würde die Beerdigungsstätte von 1000 verstorbenen Soldaten nicht verloren gegangen sein. Man wußte davon vor 50 bis 60 Jahren ebenso wenig wie heute, während andererseits verschiedene Stellen in der Gegend, wo im bayerischen Erbfolgekriege einzelne gefallene Soldaten begraben wurden, nicht in Vergessenheit gekommen sind. Unter den Linden bei der Johanneskapelle liegt ein preussischer Offizier, dessen Grabstätte vor vielen Jahren von hinterbliebenen Nachkommen, mit denen der Verfasser persönlich zusammentraf, besucht worden ist. Einige preussische Soldaten wurden in Ruttel, seitlich vom Wege, auf dem Grundstück Nr. 1 ins Grab gelegt, und auf der Tassauer Höhe bezeichnet ein Bild ohne Inschrift (man nennt es die Husarenkapelle) die Beerdigungsstätte von einigen österreichischen Reitern. Der Graben des Schulgrundstückes, in dem in viel früherer Zeit (im Jahre 1713) die im Kirchspiel an der Pest Verstorbenen (es waren nur 77) beerdigt worden sind, wird heut noch der Pestgraben genannt. Sollte ein Begräbnisplatz am Ratschenberge, auf dem 1000 Soldaten beerdigt wurden, nicht erst recht eine Bezeichnung bekommen haben, die sich bis heute erhalten hätte? Die schwerer erkrankten Soldaten wurden fortgeschafft. Ein Lazarett auf dem Ratschenberge hat sicher nicht bestanden. Zur Errichtung eines solchen würde gewiß Lewin in Anspruch genommen worden sein, gerade so wie man Material und Arbeitshilfe zur Herstellung von Verschanzungen gefordert hat. Im rathäuslichen Archiv findet sich keine diesbezügliche Aufzeichnung. Dagegen enthält Heft 1 des dritten Jahrganges der von Schulrat Dr. Volkmer herausgegebenen Vierteljahrschrift in dem mit Quellenangaben versehenen Aufsatz „Ereignisse des bayerischen Erbfolgekrieges“ die Mitteilung: „Alle Räume des Kollegiums, in Glas wurden mit kranken und verwundeten Soldaten besetzt.“ Alle Umstände sprechen dafür, die Ludwigsche Mitteilung, gleichviel aus

welcher Quelle sie geschöpft ist, für unbegründet zu erachten. Dagegen dürfte die Annahme, daß im Lager am Ratschenberge von den an der Ruhr erkrankten Soldaten kein einziger gestorben ist, keineswegs unwahrscheinlich sein.

Am 6. Oktober wurde das Lager am Ratschenberge aufgehoben und in die Gegend von Rüders verlegt. Sogleich rückten die Österreicher nach und machten Lewin und anderen Orten ungebetene Besuche, wobei sie den hiesigen Konsul Dirigens Franz, den Prokonsul Ignaz Strauch, den Senator Strauch und die Kaufleute Schombs und Wolff als Geiseln in die österreichische Gefangenschaft abführten. Der erste war 32 Tage, die anderen über ein Vierteljahr in Haft.

In der Nacht vom 17. zum 18. Januar rückte eine österreichische Kolonne unter der Anführung des Generalmajor Freiherrn von Terzky über Lewin in die Grafschaft, um Glas zu überrumpeln. Am Ratschenberge war preussische Artillerie postiert, die den herankommenden Feind in dunkler Nacht, jedoch ganz erfolglos, beschoß. Vor 30 Jahren lebten noch alte Leute, denen von ihren Eltern und Großeltern von jener nächtlichen Kanonade erzählt worden war. Die hiesigen Bewohner hatten in den Kellern Sicherheit gesucht. Auf den umliegenden Feldern sind zahlreiche Kanonenkugeln ausgeackert worden, die von jener Kanonade herrührten. Eine solche Kugel ist, an einer Kette hängend, in der Johanneskapelle aufbewahrt. Nach einer überlieferten Mitteilung soll dieselbe unmittelbar vor dem damaligen Pfarrer Rother, der sich in der unheimlichen Nacht in die Kirche begab, niedergefallen sein.

Die Österreicher besetzten bald darauf den größten Teil der Grafschaft. Das Hauptquartier des Generals Terzky war in Reinerz. Zwar ließ Friedrich der Große im Februar mehrere Truppen gegen Glas vorrücken, infolge dessen sich die Österreicher aus der Grafschaft größtenteils wieder zurückzogen, jedoch Lewin wurde von der feindlichen Besatzung erst nach dem geschlossenen Frieden befreit. Ebenso Reinerz, Rüders und andere Orte. Auf der höchsten Stelle an der Landstraße zwischen Rüders und Neuheide hatten die Österreicher ein Blockhaus erbaut, einige Verschanzungen angelegt und dieselben mit einem starken Verhau und zahlreichen Geschützen versehen. Zur Errichtung dieser Befestigungen mußte Lewin wiederholt Arbeiter und Fuhrren stellen. Die von der Stadt während der Invasion geleisteten Lieferungen sind in folgender Weise zusammengestellt worden: 15 Scheffel Roggen, 5009 Portionen Brot, 3388 Portionen Hafer, 3292 Portionen Heu, 558 Bund Lagerstroh, 24 Quart Butter, 18 $\frac{3}{4}$ Eimer Branntwein, 14 Mettel Bier, 20 Quart Essig, 5 Stück Rindvieh, 4 Stück Schweine, 1 $\frac{1}{2}$ Scheffel Erbsen und Graupe, 300 Pfund Richte und 10 Schock Nägel. Diese Lieferungen und die Verpflegung der hiesigen feindlichen Besatzung vom 18. Januar bis 18. Mai verursachten der Stadt einen Kostenaufwand von 5566 Talern. Dazu kamen aber noch die gewaltsam beigeordneten Serbis- und

Altzisegefälle und andere in barem Gelde bestehende Invasionskosten in Höhe von 2013 Talern. Durch den am 13. Mai 1779 abgeschlossenen Frieden zu Teschen wurde dem Kriege ein Ende gemacht. Die österreichische Besatzung zog am 18. Mai hier ab, worauf noch durch längere Zeit ein preußisches Husaren-Kommando von 50 Mann mit einigen Offizieren hier verblieb. Die durch diesen Krieg, von dem gesagt wurde, „man erwerbe statt der Lorbeeren Gras und Streu,“ über Lewin gebrachten Drangsale und Lasten versetzten das kleine Grenzstädtchen in eine höchst bedauernswerte Lage. In einem am 3. September 1779 unter dem Vorsitz des Kriegsrats Schröder aufgenommenen Protokolle findet sich eine Darstellung des traurigen Zustandes, der durch diesen Krieg über die Stadt verhängt wurde. Wir entnehmen diesem Protokolle nur die Übersicht der Verluste die durch den Krieg über den kleinen Ort verhängt wurden:

| | | | | | | |
|---|------|-----|----|-----|--------------------------------|------|
| 1. Verpflegungskosten der preuß. Truppen beim Hin- und Rückmarsch vom 4. Juli bis 15. August | 1363 | TL. | 8 | Gr. | — | Den. |
| 2. Wert des mitgenommenen Salzes | 495 | „ | 11 | „ | 2 ³ / ₆ | „ |
| 3. Servis- und Altzisegefälle, die während der Invasion an das Kaiserl. Kommissariat in Reinerz gezahlt werden mußten | 210 | „ | 14 | „ | — | „ |
| 4. Sonstige Invasionskosten | 1803 | „ | 2 | „ | 10 ¹ / ₆ | „ |
| 5. Verpflegungskosten der Invasionstruppen u. feindl. Lieferungen | 5566 | „ | 1 | „ | 4 ¹ / ₆ | „ |
| 6. Fruchtschaden an Feldern, Wiesen und Gärten | 709 | „ | 20 | „ | 3 | „ |
| 7. Waldschaden | 1220 | „ | — | „ | — | „ |
| 8. Geleistete Arbeitshilfe bei der Anlegung von Verhauen | 97 | „ | 12 | „ | — | „ |
| 9. Ausfall bei der Weinweberei . . | 1735 | „ | 8 | „ | — | „ |
| 10. Der Debit an der Weinwand ergab gegen die Vorjahre ein minus von 26000 Schock, wovon der Gewinnausfall | 2167 | „ | 2 | „ | — | 1 |
| Summa 15367 TL. 19 Gr. 7 ⁴ / ₆ Den. | | | | | | |

Eine Entschädigung dieser Verluste konnte nicht gewährt werden. Der König schenkte der Stadt im Jahre 1780 die Summe von 1000 Talern, womit ein Anfang zur Tilgung der entstandenen Kriegsschulden gemacht werden konnte.

Das Jahr darauf erlitt der durch den Krieg ohnehin arg mitgenommene Kämmererwald eine neue Beschädigung, indem durch einen entstandenen Brand eine mit jungem Holz bestandene Fläche von mehreren Morgen zerstört wurde.

In der Nacht zum 24. Januar 1782 wurden durch gewaltthamen Einbruch aus der Altzisekasse einige hundert Taler entwendet.

Friedrich der Große, der dem Städtchen Lewin in ganz besonderer Weise sein landesväterliches Wohlwollen hatte zu theil werden lassen, starb 1786. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. kam im Oktober dieses Jahres nach Schlesien, um die Huldigungen der schlesischen und glazischen Untertanen entgegenzunehmen. Am 15. Oktober wurde in Breslau von den Ständen in feierlichster Weise die Erblandesehuldigung geleistet. Von hier waren zu dieser Feierlichkeit der Konsul Dirigens Franz und der Prokonsul Ignaz Strauch deputiert worden.

Am 16. Juni 1787 stürzten sich die Fluten eines Wolkenbruches vom Ratschenberge herab und machten auf den städtischen Geländen einen Schaden von 1083 Talern. Die Beschädigten erhielten ein königliches Gnadengeschenk von 361 Talern.

Als die politischen Verhältnisse im Jahre 1790 abermals den Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Österreich wahrscheinlich machten, ließ König Friedrich Wilhelm II. durch eine Armee die Eingänge nach Böhmen besetzen. Zehntausend Mann hatten in der Grafschaft Glaz Quartiere bezogen. Die Befürchtungen vor dem wirklichen Ausbruch des Krieges waren besonders in den Grenzorten umso größer, jemehr hier die Bedrängnisse des letzten Feldzuges noch in lebhafter Erinnerung standen. Durch die nach längeren Unterhandlungen abgeschlossene Konvention von Reichenbach wurde zur Freude der Bevölkerung die Kriegsgefahr beseitigt. Während der Zeit der Mobilmachung befand sich in Lewin ein Fourage-Depot, dessen Beaufsichtigung dem Bürgermeister Geyer übertragen worden war. Am 25. Juli rückten unter dem Kommando des Majors von Vielau zwei Eskadronen des Golzischen Husarenregiments und eine Kompagnie des Pohlitzschen leichten Füsilierbataillons ins Städtchen, die bis zum 8. August hier lagen. Diese Einquartierung wurde später mit 138 TL. 6 Gr. entschädigt.

Die ungünstige Ernte des Jahres 1790 verursachte eine bedeutende Steigerung der Getreidepreise. Zur Unterstützung der Armen in den Städten der Grafschaft Glaz war durch die Landesregierung für die Zeit von sechs Monaten ein Bedarf von 4331 Scheffel Mehl als erforderlich erachtet worden. Das Mehl konnte aus dem Proviant-Magazin in Meisse in 908 Tonnen, à 8 TL. 16 Gr., entnommen werden. Für die hiesigen Unterstützungsbedürftigen wären 934 Scheffel erforderlich gewesen, jedoch wurde hier schließlich von dem Anerbieten der Landesregierung kein Gebrauch gemacht, da die Kosten der weiten Zufuhr keinen Vorteil erkennen ließen.

Im Jahre 1792 hatten infolge der ausgebrochenen französischen Revolution und einer durch die Franzosen an Österreich erlassenen Kriegserklärung Kaiser Franz II. und König Friedrich Wilhelm II. ein Bündnis gegen Frankreich geschlossen, worauf eine preussische Armee gegen den Rhein vorrückte. Eine Kolonne marschierte im Juni durch die Grafschaft. In Lewin quartierten bei diesem Durchmarsche vom 6. zum 7. Juni sechs Kompagnien des Infanterieregimentes

von Wittingshoffer und vom 10. bis 11. Juni zwei Eskadronen des Husarenregiments von Röhler. Proviant lieferte das Proviantamt in Olag.

Am 5. Oktober traf ein Husarenkommando von 64 Mann mit 300 Remontepferden hier ein. Dasselbe ging durch Böhmen nach Ansbach in Baiern und hielt hier und in Gellenau einen Rasttag.

Am 1. Juni 1793 wurde die für das Infanterieregiment Graf von Herzberg errichtete Invaliden-Kompagnie nach Lewin in Garnison gelegt. Dieselbe zählte 40 Gemeine, 4 Unteroffiziere und 1 Tambour. Damit wurde Lewin für einige Jahre eine Garnisonstadt. Der Kompagnie-Chef war der Kapitän von Hesda. Die Invaliden, von denen mehrere Weib und Kinder hatten, wurden bei den Bürgern einquartiert. Die Hauptwache befand sich am Ringe im Hause Nr. 26, zum Lazaret war das Haus Nr. 88 eingerichtet worden. Zur Anschaffung von Lagergeräthschaften waren an die bedürftigsten Bürger 200 Taler aus der Königl. Haupt-Serviskasse vorgestreckt worden, die durch Abzug des halben Servises abschläglichs zurückgezahlt werden mußten. Im Jahre 1796 wurde die Invaliden-Kompagnie zum größten Vergnügen der Bürgerschaft von hier nach Olag verlegt.

Am 18. Juni 1793 rückten 65 Mann des in Baireuth stehenden Frankenbergischen Husaren-Bataillons hier ins Quartier. Dieselben waren zur Abholung von 300 Stück Remontepferden nach Oberschlesien kommandiert worden und hielten sowohl auf dem Hin- wie auch auf dem Rückmarsche hier einen Rasttag. Mit Rücksicht auf die hier garnisonierende Invaliden-Kompagnie erhielt die Stadt auf ihr Ersuchen die Zusicherung, künftig mit solchen Einquartierungen nicht mehr belastet zu werden.

B. Neue Geschichte vom Jahre 1800 ab.

Das Brauurbar.

Das Jahr 1800 begann mit einer wichtigen Veränderung der städtischen Brauverwaltung. Das Brauurbar wurde verpachtet und die seither bestandene Reihbrauerei somit aufgehoben. Die der Stadtkommune und der Schützengilde zustehenden Biere wurden fixirt und der Gelbbetrag an die Ränmerei- und Schützengasse abgeführt. Der Überschuß des Pachtquantums gelangte zur Verteilung an die brauberechtigten Bürger.

Die Pächter des Brauurbars waren drei hiesige Bürger. Als sie jedoch im Jahre 1808 die Pacht aufgaben, mußte das unterbrochene Reihbrauen wieder eingeführt werden, bis im Jahre 1811 eine Brauadministration eingerichtet wurde. Die Braukommune, d. h. die Gesamtheit der brauberechtigten Bürger, etablierte eine Braukasse, ernannte eine Braudeputation, bestehend aus einem Rendanten und zwei Deputierten, und stellte einen Brauer und einige Brau-

gehilfen an. In solcher Weise wurde das städtische Brauwerk durch 37 Jahre verwaltet. Der erzielte Nutzen hielt sich stets in ziemlich gleicher Höhe. Als jedoch in den Jahren 1847—48 die Brauverwaltung nicht nur keinen Vorteil erzielte, sondern beim Rechnungsabschluß sich sogar ein Verlust am Betriebskapitale herausstellte, entschloß man sich zur Verpachtung der Brauerei, umso mehr als durch den Erlaß der neuen Gewerbeordnung das Ausschrotrecht der Kommune aufgehoben und dadurch die Aussicht auf Gewinn ganz unsicher gestellt erschien. Im Jahre 1848 erfolgte die Verpachtung, 1850 mußte jedoch die frühere Administration schon wieder eingeführt werden, weil kein entsprechendes Pachtquantum angeboten wurde. Im Jahre 1854 wurde die Brauerei wiederum in Pacht gegeben. Die Braupfanne zahlte an die Rämmerei für die ehemaligen Magistratsbiere, wie auch an Pfannengeld das jährliche Pauschquantum von 131 Talern 20 Sgr.; ferner bezog die Schützenkasse auf das sogenannte Königsbier jährlich 12 Tl. und der hiesige Pfarrer anstatt des früheren Deputatbieres den jährlichen Betrag von 10 Talern. Vier Taler erhielt der Rentant. Der Überschuß mit Einschluß der Zinsen von 500 Talern, dem Vermögen der Braukommune, kam jedes Jahr zur Verteilung an die Brauberechtigten. Das Brau- und Malzhaus und alle Brautenfilien hatte die Stadt als Besitzerin derselben im gehörigen Stande zu halten. Die Rämmererkasse wurde in dieser Beziehung nicht unerheblich in Anspruch genommen. Schon vor der erstmaligen Verpachtung — im Jahre 1846 — mußte eine neue Braupfanne angeschafft werden. Dieselbe kostete 716 Tl. 18³/₄ Sgr. Der Erwerbspreis ermäßigte sich jedoch um 240 Tl. 25 Sgr., weil man die alte Braupfanne für diesen Betrag verwerten konnte. Im Jahre 1854 wurde das alte Brauhaus, das zur Unzierde am Ringplatz stand, abgetragen und ein neues am Malzplane erbaut. Die städtische Ziegelei und der Rämmerewald lieferten das Baumaterial. Die sonstigen Baukosten beliefen sich auf 387¹/₂ Taler. Abermals wurde die Rämmerei im Jahre 1860 durch die Anschaffung einer englischen Malzdarre in Anspruch genommen. Dabei wurde jedoch das Übereinkommen getroffen, daß die Stadt die dadurch entstandene Ausgabe von der Braukommune in jährlichen Abschlagszahlungen von 50 Talern erstattet erhielt.

Im Jahre 1852 verweigerte die Braukommune die Entrichtung der seit den ältesten Zeiten an das Rentamt abgeführten Malzmeze und erhob gegen den Domänen-Fiskus die Klage wegen Befreiung von dieser Abgabe. Die Klägerin — vertreten durch den Rechtsanwalt Richter in Olaz — wies nach, daß nach Inhalt der Urbarien aus den Jahren 1611 und 1631 die Malzmeze eine Abgabe für den Betrieb des Brauengerbes sei und demnach den Charakter einer Gewerbesteuer habe, weshalb dem Fiskus, der die Behauptung, daß die Malzmeze eine Grundabgabe sei, nicht überzeugend beweisen konnte, nach dem Edikt vom 2. November 1810 § 3 das Recht zur ferneren Erhebung dieser Abgabe abgesprochen wurde. — Im Jahre

1868 mußte die Ablösung des Deputathieres, das die Braukommune dem hiesigen Pfarrer zu liefern hatte, in die Wege geleitet werden. Es wurde eine Jahresrente von 9 Talern festgesetzt. Die Rente sollte auf ein Grundstück hypothekarisch eingetragen werden. Die Braukommune besaß aber kein Grundstück und zur beabsichtigten Erwerbung eines solchen keine Korporationsrechte. Es sollte deshalb die Jahresrente durch Kapital bei der Rentenbank zur Ablösung kommen oder jeder Brauberechtigte sollte verpflichtet sein, sich die Rente auf seine Besizung eintragen zu lassen. Es geschah keines von beiden. Der Besitzer des Grundstückes Nr. 68, Gemeinde-Einnehmer Siegfried Schlombs, erhielt das Rentekapital bar ausgezahlt, ließ es auf seine Besizung eintragen und zahlte die Amortisationsrente. — Der schon im Jahre 1869 gefaßte Beschluß der Brauberechtigten, das Braunbar zu verkaufen, kam erst 1874 zur Ausführung. Käuferin war die Stadtkommune. Der vom Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung mit den Bevollmächtigten der brauberechtigten Bürgerschaft abgeschlossene Kaufvertrag erhielt die Genehmigung der königlichen Regierung. Von den 53 brauberechtigten Bürgern erhielt jeder 20 Taler. Die Auszahlung erfolgte, nachdem der Nachweis über die Lösung des Brauberechtigungs-Vermerkes im Grundbuch jedes berechtigten Hauses geliefert worden war. Die Stadt entlieh zu diesem Zwecke von der Provinzial-Hilfskasse ein in 15 Jahren zu amortisierendes Kapital von 3000 Mark. Die Barentschädigung für das ehemalige Königsbier an die Schützengilde zahlt seitdem selbstverständlich die Rammereikasse. Der Aufbau des im Jahre 1873 niedergebrannten Malzhauses verzögerte sich bis nach Abschluß des Kaufvertrages.

Die nunmehr städtische Brauerei wurde nach wie vor verpachtet. Im Jahre 1886 wurde sie für den Preis von 9000 Mark verkauft, wobei die innere Einrichtung auf 1500 Mark geschätzt worden war. Kleine Brauereien waren schon lange den überall entstandenen großen Betrieben gegenüber nicht mehr lebensfähig. Im Besiz größerer Mittel hätte der Besitzer vielleicht den Mut gehabt, die Brauerei zeit- und zweckentsprechend einzurichten. Es mußte unterbleiben. Im Jahre 1899 wurde bei der notwendig gewordenen Subhastation die Brauerei von der Stadt für den Preis von 7500 Mark zurück erworben. Wenn angenommen werden könnte, daß die innere Einrichtung der Brauerei an ihrem Werte verloren hätte, dann würde der Rückkauf fast keinen direkten Verlust bedeuten. Da sich indes bis jetzt weder ein Käufer, noch ein Pächter gefunden hat, ist die Brauerei für die Stadt ein totes Pertinenzstück geworden. Hoffentlich nicht für immer.

Die Innungsverhältnisse.

Die Gesetzgebung von 1810 und 1811 hatte für die Innungen deren fast vollständige Auflösung zur Folge. Zum Zweck der Aufhebung des alten Zunftzwanges und der alten Gewerbeberechtigungen wurde

hier eine Summe von jährlich 61 Talern bestimmt und folgende Gewerbeberechtigungen als ablösbar festgesetzt:

die Schuhbänke mit 400 Talern,

die Fleischbänke mit 300 "

die Brotbänke mit 300 "

zusammen 1000 Taler.

Die Ablösung sollte schon im Jahre 1823 beginnen, hatte sich aber bis 1830 verzögert. Zusage des von der Königl. Regierung bewilligten Ablösungsplanes sollte die Amortisation in dreißig Jahren durch Abschlagszahlungen mit Entrichtung von $4\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen beendet sein. Zum Ablösungsfonds hatte jeder Gewerbetreibende monatlich 3 Sgr. 3 Pfg. zu entrichten. Die Inhaber einer Bankgerechtigkeit zahlten nicht bar, sondern ihr Beitrag wurde durch Abschreibung kompensiert. Was zum jährlichen Amortisations-Betrage fehlte, wie auch die nicht eingehenden Beträge einzelner Gewerbetreibenden, wurden aus der Kammereikasse gedeckt. Auf einigen Bankgerechtigkeiten lasteten Hypothekenschulden. Zur Tilgung derselben waren die betreffenden Kapital-Abschlagsgelder bis nach beendigter Ablösung in der Kammereikasse deponiert worden. Vom Jahre 1845 ab wurde auf Wunsch der Königl. Regierung eine Abkürzung des Ablösungsgeschäftes durch erhöhte Beiträge dergestalt eingeleitet, daß die Amortisation schon 1852 und nicht nach dem ursprünglichen Plane erst 1859 zum Schluß gebracht wurde.

Die spätere Organisation der hiesigen Innungen basierte auf den Bestimmungen des Normalstatuts des Königl. Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 8. Januar 1850. Aufgrund desselben wurde von den einzelnen Korporationen unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse je ein Statut beraten und angenommen und erfolgte die gleichzeitige Bestätigung der Satzungen unterm 30. Juni 1852. Die beabsichtigte Bildung einer Müllerinnung war nicht zu Stande gekommen, weshalb die Müller 1860 der Bäckerinnung beitraten, die sich nunmehr als vereinigte Bäcker-, Konditor-, Pfefferkuchler- und Müllerinnung konstituierte.

Die Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 und das Reichsgesetz vom 17. Juli 1878 hatten in den hier bestehenden Innungsverhältnissen keine Veränderung veranlaßt. Als die Auffassung, daß das Handwerk zu seiner gedeihlichen Entwicklung durch eine anderweitige Reform der Gesetzgebung, die den Innungen wieder eine festere Grundlage und einflußreichere Stellung sichern möchte, in immer weiteren Kreisen Boden gewann, wurde in einem Erlaß des Handelsministeriums vom 4. Januar 1879 geltend gemacht, daß die Reichsgewerbeordnung vom Jahre 1869 in bezug auf eine gedeihliche Weiterentwicklung des Innungswesens schon alle erforderlichen Grundlagen enthalte. Es habe nur daran gefehlt, daß die Innungen kaum irgendwo den Versuch gemacht haben, die Aufgaben, die das gewerbliche Leben der Gegenwart an die gemeinsame Tätigkeit der Berufsgenossen stelle, in den freieren Formen, welche die Gewerbe-

ordnung von 1869 bezeichnet, zu erfüllen. Es habe den Genossen der alten Znungen an der richtigen Erkenntnis gefehlt und es seien nur Vorurteile gewesen, daß unter den neuen Bestimmungen ein geordnetes Znungswesen nicht hätte möglich sein sollen. Deshalb erfolgte durch denselben Ministerial-Erlaß an die Znungsvorstände die Aufforderung, unter Mitwirkung der Behörden die noch bestehenden Znungsstatuten vom Jahre 1852 einer Revision zu unterwerfen und deren entsprechende Abänderung und Zneinflangbringung mit den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 und des Reichsgesetzes vom 17. Juli 1878 herbeizuführen. Von den hiesigen Interessenten wurde die Beteiligung an einer diesbezüglichen Beratung abgelehnt, weil sie sich unter den gegenwärtig hier bestehenden Verhältnissen von einer anderweitigen Regelung des Znungswesens nicht den geringsten Erfolg versprachen, wenn nicht zuvor die Bestimmungen der §§ 108, 131, 132 und 133 der alten Gewerbeordnung vom Jahre 1845 wiederhergestellt würden, da durch die erfolgte Aufhebung der Prüfung der Znungsgenossen der Handwerkerstand mehr und mehr verflummere und die Pfluscher sich vermehrten, die nach Belieben Zehrlinge annehmen, ohne daß dies von der abgelegten Meisterprüfung und Aufnahme in die betreffende Znung abhängig gemacht werden kann, wie es früher der Fall war. Die meisten Handwerker, zumal die nicht genügend ausgebildeten, verlangen gar nicht nach einer Neuregelung des Znungswesens, sie würden lieber aus den Znungen ausscheiden, weil sie dann nicht durch Statuten gebunden und keinerlei Kontrolle unterworfen wären. Es komme vor, wurde geltend gemacht, daß junge Leute nach vielleicht nur einjähriger Zehrzeit den Meister verlassen und für eigene Rechnung das ungenügend erlernte Handwerk betreiben. Ferner wurde hervorgehoben, daß die durch § 91 der neuen Gewerbeordnung erfolgte Aufhebung der exekutivischen Vertreibung der Znungsbeiträge im Verwaltungswege, die nach § 114 der Gewerbeordnung vom Jahre 1845 gestattet war, ein mißlicher Umstand für das Znungswesen sei; denn ohne Geldbeiträge sei eine geordnete Verwaltung nicht möglich. Eine Abänderung des Normalstatuts vom Jahre 1852 nach Maßgabe der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 wurde hier nicht-vorgenommen. Die Znungen hätten ja dadurch das Einverständnis mit der gewerbefreiheitlichen Strömung jener Periode zum Ausdruck gebracht, obschon sie andererseits durch ihr negatives Verhalten an der bestehenden Lage der Dinge nichts ändern konnten. Die hiesigen Bäcker konnten es nicht hindern, daß gerade in jener Zeit ein Stellmacher oder ein Schuhmacher neben seinem erlernten Gewerbe das Bäckerhandwerk betrieb. Freilich nicht zum Nachteil der Konsumenten. Der Bedarf an Backwaren war vorher vielfach aus Nachbarorten bezogen worden, mit denen die hiesigen Bäcker nicht zu konkurrieren vermochten. Der Verbrauch auswärtiger Backware wurde nun aber sofort verringert. Die hiesige Weißbäckerei steht nunmehr seit vielen Jahren auf der Höhe der Zeit und macht

jeden Bezug von auswärts überflüssig. Wenn auch jetzt noch Brot aus anderen Orten eingeführt wird, so liegt dies wohl hauptsächlich daran, daß der Bedarf ein größerer geworden ist, weil die Brotbäckerei in den einzelnen Haushaltungen fast ganz aufgehört hat.

Es erschien die Gewerbeordnung vom 18. Juli 1881 und ein den Bestimmungen dieses Gesetzes angepaßter Entwurf eines Innungsstatuts, um dadurch die Errichtung neuer und die Reorganisation bestehender Innungen anzuregen und zu erleichtern. Die hiesigen Innungen verhielten sich recht passiv. Zuzufolge einer Verfügung des Königl. Regierungspräsidenten konnte erst im Dezember 1882 vom Magistrat berichtet werden, daß voraussichtlich innerhalb vier Monaten neue Statuten zur Bestätigung würden eingereicht werden können. So eilig hatten es aber die Innungen keineswegs. Nach Verlauf wieder eines Jahres war die Angelegenheit erst soweit vorgeschritten, daß über den nunmehr definitiv gefaßten Beschluß der hiesigen Innungen, die Reorganisation nach dem Gesetz vom 18. Juli 1881 vornehmen zu wollen, berichtet werden konnte. Die Bestätigung der endlich umgeänderten Statuten erfolgte 1884. Der Magistrat wurde vom Königl. Regierungs-Präsidenten als Innungs-Aufsichtsbehörde bestimmt. Handwerke zur Errichtung neuer Innungen waren hier nicht vorhanden. Den Beitritt zu einem der aufgrund des § 104 der Gewerbeordnung von 1881 errichteten deutschen Innungsverbände hatten von hier nur die Fleischer- und die vereinigte Bäcker- und Müllerinnung bewirkt. Die Fleischer waren dem deutschen Fleischerverbände, die Bäcker dem Germaniaverbände und die Müller dem deutschen Zentral-Müllerverbände beigetreten.

Von der nach § 97 der Gewerbeordnung den Innungen eingeräumten Befugnis zur Einrichtung gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes wurde hier kein Gebrauch gemacht. Vom Magistrats-dirigenten, Herrn Bürgermeister Zimmol, wurde berichtet, aus welchen Gründen. Die aus verschiedenen Handwerkselementen zusammengesetzte und somit verschiedene Zwecke verfolgende kombinierte Innung, die räumliche Ausdehnung nicht bloß dieser, sondern auch der übrigen Innungen, der Mangel an jedem Absatzgebiet, die ungünstige materielle Lage der einzelnen Innungsmeister, der Mangel an Selbstlosigkeit, das Festhalten am Alten, kleinstädtisches Mißtrauen gegen jede Neuerung standen entgegen, in der Angelegenheit gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes irgend welchen Versuch zu machen.

Im Jahre 1886 bemühten sich die hiesige Schuhmacher- und Schneiderinnung um die Verleihung der nach § 100e Ziff. 3 der Reichsgewerbeordnung zu erlangenden Vorteile. Ihre Gesuche wurden vom Magistrat dem Herrn Regierungs-Präsidenten zur Berücksichtigung empfohlen. Im Zusammenhange damit stand die Errichtung der hiesigen gewerblichen Fortbildungsschule. Auf die Gesuche der beiden Innungen erfolgte der Bescheid, daß der Berücksichtigung derselben erst näher getreten werden könne, sobald vom Magistrat die Anzeige von der Eröffnung der Fortbildungsschule eingegangen sei. Die

Errichtung dieser Schule wurde beschleunigt, worauf der Schuhmacher-Zinnung die durch den § 100 der Gewerbeordnung vorgesehenen Vorrechte widerruflich erteilt wurden. Es wurde verfügt, daß diejenigen Arbeitgeber, die ein in der Zinnung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Zinnung fähig sind, gleichwohl aber der Zinnung nicht angehören, vom 1. Juli 1888 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. Der Schneiderinnung wurde diese Begünstigung noch vorenthalten. Die anderen Zinnungen scheinen dieselbe gar nicht nachgesucht zu haben.

Durch eine Verfügung vom 24. August 1888 wurden die Zinnungsbehörden aufgefordert, die Zinnungsvorstände auf die Vorschriften von § 90 der Reichs-Gewerbeordnung hinzuweisen, wonach aus dem Zinnungsvermögen keinerlei Aufwendungen für Zehrungskosten gemacht werden dürfen. Der althergebrachten Gepflogenheit solle indes nicht Abbruch geschehen, indem jedes Zinnungsmitglied unbehindert sei, beliebige Aufwendungen für leibliche Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Unter Beobachtung dieser Bestimmung ist bei den hiesigen Zinnungen das beim Quartal immer üblich gewesene Festessen und Tanzvergnügen beibehalten worden.

Das Reichsgesetz vom 26. Juli 1897 veranlaßte eine abermalige Reorganisation des Zinnungswesens. Vorrechte aus § 100 der Gewerbeordnung vom Jahre 1881 durften an Zinnungen nicht mehr verliehen werden. Durch das neue Handwerkerergesetz war die Errichtung der jetzt bestehenden freien oder Zwangszinnungen und der Handwerkskammern angeordnet worden. Es erschien je ein Normalstatut für freie und Zwangszinnungen. Von der Beteiligung bei dem am 15. Oktober 1898 in Glatz angeetzten Termin zur Äußerung über das Statut und die Wahlordnung für die im Bezirk Breslau zu bildende Handwerkskammer wurde seitens der hiesigen Zinnungen Abstand genommen. § 97 Abs. 1 Ziff. 4 des neuen Gesetzes enthält die Bestimmung, daß eine Zinnung geschlossen werden kann, wenn die Zahl ihrer Mitglieder soweit zurückgeht, daß die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe dauernd gefährdet erscheint. Infolge dieser Bestimmung wurde durch Verfügung vom 10. Oktober 1898 die Auflösung der hiesigen Fleischer- und Schneiderinnung angeordnet. Beide Zinnungen petierten beim Magistrat, ihren Fortbestand befürworten zu wollen. Dies geschah mit gewünschtem Erfolge. Nachdem die nach dem Normalstatut für freie Zinnungen von den hiesigen Gewerkschaften festgesetzten Statuten unterm 30. Juli 1899 vom Bezirks-Ausschuß bestätigt worden waren, erfolgte unter der Leitung des Herrn Bürgermeisters Zimmol die Wahl der Zinnungsvorstände. Das Recht zur Abnahme von Gesellenprüfungen wurde von der Handwerkskammer der Schuhmacher-, Schneider- und Fleischerinnung erteilt; der kombinierten Zinnung wie auch der vereinigten Zinnung der Bäcker und Müller wurde es vorenthalten. Nach bereits gefaßten Beschlüssen beabsichtigt die erstere die Trennung in eine Zinnung der Feurer- und eine Zinnung der Holzarbeiter, wie

auch die Bäcker und Müller sich als getrennte Bäcker- und Müllerinnung zu konstituieren beschloffen haben. Den gesonderten Innungen wird die Ertheilung des Prüfungsrechtes bei der hinreichend vorhandenen Zahl von Meistern und Gesellen innerhalb des Innungsbezirktes nicht versagt werden. Mehrere Handwerke sind hier nur durch je einen Meister vertreten. Einige von ihnen sind Mitglieder auswärtiger Innungen ihres Gewerbes, andere, die auf die Ausbildung von Lehrlingen verzichten, gehören keiner Innung an.

Nachdem erst seit vorigem Jahre alle Theile des Handwerkergesetzes in Kraft getreten sind, konnte auch die Handelskammer in Breslau ihre volle Thätigkeit entwickeln. Im Jahresbericht ist hervorgehoben, daß die Kammer inbezug auf die Meisterprüfungen veranlaßt war, die Prüfungskommissionen in einzelnen Fällen zu tadeln, da dieselben im zähen Festhalten am alten Schlandrian fortfuhren, aus der Prüfung nur eine bedeutungslose Komödie zu machen, die von dem Wissen und Können der Prüflinge gar kein Bild geben konnte. Dieser Tadel kann die hiesigen Innungen nicht treffen, da Meisterprüfungen nicht vorgekommen sind. Eine Beteiligung eines hiesigen Handwerksmeisters an einem der Meisterkursen, die in verschiedenen Städten, so auch in Glatz, abgehalten wurden, hat nicht stattgefunden. Wenn voraussichtlich die nunmehr auch für Lewin in Aussicht genommene Errichtung eines Meisterkursus ins Leben tritt, werden sich die Innungsmeister und Gesellen zur Beteiligung an demselben jedenfalls nicht ablehnend verhalten.

Nachdem sich inzwischen die Trennung der kombinierten und der vereinigten Bäcker- und Müllerinnung vollzogen hat, dürften die Verhältnisse der hiesigen Innungen, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, definitiv geregelt sein. Es befinden sich danach hier die freien Innungen der Schuhmacher, Schneider, Fleischer und Bäcker und die Zwangsinnungen der Schlosser und Schmiede, der Holzarbeiter und Müller. Das Recht zur Abnahme von Gesellenprüfungen ist sämtlichen Innungen zuerkannt worden.

Die Gemeindeverwaltung.

Von großer Wichtigkeit für die Städteverwaltung war die am 19. November 1808 erlassene Städteordnung, die den Bürgern ihre alten Municipalrechte wiedergab. Wenn nämlich vorher die Bürger von der Verwaltung ihrer Kommunalangelegenheiten fast gänzlich ausgeschlossen waren, so ist die kommunale Verwaltung ihnen insofern fast ganz anvertraut worden, als sie durch dieselbe befugt wurden, durch freie Wahl Stadtverordnete zu ernennen, die aus ihrer Mitte den Magistrat wählten, jedoch so, daß die Kommunalbehörden wieder unter die Aufsicht der Regierung gestellt wurden. Hierdurch ist einerseits der Gemeinfinn der Bürger gefördert und andererseits das Wohl der Städte erhöht worden.

Aus Anlaß der neu einzuführenden Verwaltung wurde die Stadt in zwei Bezirke, den oberen und niederen eingetheilt. In jedem

Bezirke befanden sich im Jahre 1809 — 101 stimmfähige Bürger, von denen zwölf Stadtverordnete und sechs Stellvertreter, zwei Bezirksvorsteher und zwei Stellvertreter derselben zu wählen waren. Die Wahl der neuen städtischen Behörden wurde nach vorangegangener kirchlicher Feierlichkeit am 28. Februar 1809 vorgenommen. Am 23. Mai erfolgte die Bestätigung des Magistrats durch die Königl. Landesregierung und am 28. Juni die feierliche Installation desselben durch den Königl. Kommissarius, den Kriegs- und Steuerrat Müller aus Glaz. Derselbe war schon am Tage vorher hier eingetroffen, um zunächst den seitherigen Magistrat, der nur noch aus drei Mitgliedern bestand, im Auftrage der Königl. Regierung zu entlassen. Am Abend war dem Kommissarius ein Ständchen gebracht worden. Die Festlichkeiten des folgenden Tages wurden am frühen Morgen durch Böllerschüsse, Reveille und Ständchen, die den Magistratspersonen, dem Stadtverordneten-Vorsteher und den Bezirksvorstehern galten, eingeleitet. Gegen 9 Uhr wurde der Königl. Kommissarius vom Magistrat, den Stadtverordneten und den zwölf ältesten Bürgern in seiner Wohnung abgeholt und zum Rathause begleitet. Am Ringe hatten die Schulkinder Spalier gebildet und im Sessionszimmer erwarteten den Kommissarius sechs Knaben und Mädchen. Eines der letzteren überreichte demselben eine sauber geschriebene Anrede, die durch einen Knaben vorgetragen wurde. Die derartige Mitwirkung eines Schulkjungen bei dem gebotenen Anlaß darf uns wohl heut mindestens recht sonderbar erscheinen. Danach gieng zur kirchlichen Feier. Den Festzug eröffneten die Schützen und die Schulkjugend; diesen folgte der Kommissarius, vom Bürgermeister und Stadtverordneten-Vorsteher begleitet, die Magistratspersonen und Stadtverordneten, die übrige Bürgerchaft und die Ortsgerichts-Personen der beiden Stadtdörfer. Nach der kirchlichen Feier, bei der die Magistratspersonen den Amtseid öffentlich leisteten, gieng der Zug in gleicher Ordnung zum Rathause zurück, woselbst die Magistratualen, nachdem ihnen ihre Bestellungen ausgehändigt worden waren, in ihr Amt eingeführt wurden. Mittags war ein Festmahl veranstaltet und zu diesem Zwecke eine entsprechend dekorirte Halle am Ringe erbaut worden. Ein Saal war damals im Städtchen noch nicht vorhanden. Auch auf die Schulkjugend und die Stadtarmen war Bedacht genommen worden; denn jene hatte man mit Kaffee und Semmel bewirten lassen, diese wurden durch ein Geldgeschenk erfreut. Man sieht daraus, daß die damalige Umgestaltung der kommunalen Verhältnisse als ein großartiges Ereignis aufgefaßt wurde, an dessen Feier die gesamte Bevölkerung theilhaben sollte.

Zum ersten Bürgermeister nach der neuen Städteordnung war der seitherige Syndikus Hoffmann gewählt worden; die übrigen Magistratspersonen waren der Kämmerer Wolff und die Rathmänner Richard, Schlombs, Siegel und Oppitz. Außer dem Bürgermeister war nur der Kämmerer besoldet. Der erste Stadtverordneten-

Vorsteher war der Kaufmann Klugmann, die ersten Bezirksvorsteher waren Ignaz Besser und Georg Schramm. Der frühere Bürgermeister Gabrique, der zugleich die Rammereikasse verwaltete, mußte, weil ihm Unterschlagungen nachgewiesen wurden, auf die ihm zustehende Pension verzichten; der frühere Feuerbürgermeister Weniger leistete auf dieselbe freiwillig Verzicht.

Aus der Zahl der Magistratspersonen, der Stadtverordneten und anderer Bürger wurden nach den Bestimmungen der Städteordnung Deputationen organisiert, welche die verschiedenen städtischen Angelegenheiten zu respizieren hatten. Alljährlich mußte ein Hauptbericht über den Zustand der städtischen Angelegenheiten an die Königliche Regierung eingereicht werden.

Die Justizverwaltung sollte den Bestimmungen gemäß zunächst noch den bei den Magisträten angestellten Justizpersonen überlassen bleiben, weshalb der Bürgermeister Hoffmann, der hier seit 1799 als Syndikus fungiert hatte, dieselbe auch noch fernerhin besorgte und dadurch den Charakter eines sogenannten Justizbürgermeisters erhielt. Doch nicht lange. Als infolge einer Verfügung im Monat Januar 1810 eine Vereinigung beider Ämter nicht mehr stattfinden durfte, quittierte Hoffmann den Bürgermeister und behielt das Amt des Stadtrichters. Somit wurde schon nach wenigen Monaten die Wahl eines neuen Bürgermeisters nötig. Man wählte den hiesigen Zolleinnehmer Heinrich Lehmann. Er verwaltete das Bürgermeistertamt durch 18 Jahre und war auch zugleich Postwärter hieselbst. In seine Amtsperiode fielen die bedrängnisvollen Kriegsjahre 1813—1815, in welcher Zeit ihm der Ratmann Ignaz Besser, ein Mann voll Energie und Umsicht, vorzüglichen Beistand geleistet hat. Das neue Hospital und ein neues Schulgebäude sind die wichtigsten Verbesserungen der städtischen Verhältnisse unter seiner Amtsverwaltung. Wenn die im Jahre 1811 aufgrund des Publikandums vom 17. Dezember 1808, durch welches die Veräußerlichkeit der Königlichen Domänen und Forsten ausgesprochen war, der Stadt gemachte Offerte zum vorteilhaften Erkauf einer ansehnlichen Fläche des Königlichen Forstes in Dörnitzau unbeachtet gelassen wurde, so mag dies wohl nach späterer Auffassung als eine Verkennung der städtischen Interessen erscheinen; indes ist zu berücksichtigen, daß die Stadt bei den damaligen politischen Zeitverhältnissen und bei ihrer verschuldeten Lage auch allen Grund hatte, sich nicht in Unternehmungen einzulassen, die doch möglicherweise zu ihrem Nachteil ausfallen konnten. Eine Provinzialhilfskasse bestand damals noch nicht. — Lehmann starb 1828. Sein Nachfolger war der Bürgermeister Blaschke, der im Jahre 1834 durch den Bürgermeister Siegfried Wolff abgelöst wurde. Er erwies sich in jeder Beziehung als ein tüchtiger Führer der städtischen Angelegenheiten und hatte sich durch seine Wirksamkeit bei der Bürgerschaft ein ehrenwertes Andenken gesichert. Sein Eifer in der Begründung einer geregelten Armenpflege, wie auch seine Bemühungen, durch die Errichtung eines Weber-

Unterstützungsvereins und einer Spinnshule der einst hier betriebenen Reinwandweberei wieder Eingang zu verschaffen, verdienen alle Anerkennung, wenngleich der Erfolg der guten Absicht nicht entsprach. In den Angelegenheiten der Malzmeze und Geschloßgeld-Abgabe wirkte er für die Befreiung von veralteten Prästationen, gleichwie sich in der Chausseebau-Angelegenheit in den Jahren 1844—1846 (wobon noch später) die Entschiedenheit kennzeichnet, mit der er die Kommune gegen neue Belastungen zu schützen suchte. Andererseits verhielt er sich niemals ablehnend, nötigenfalls auch Opfer zu bringen, wenn es galt, eine nützliche Einrichtung zu fördern, wie sich dies aus seinen Bemühungen für die Errichtung einer Gerichts-Kommission hier selbst, deren endlichen Erfolg er jedoch nicht mehr erlebte, erkennen läßt. In seine Amtsverwaltung fallen mehrere wichtige Veränderungen der städtischen Angelegenheiten, die hier folgen mögen.

Im Jahre 1843 erfolgte aufgrund der Kabinets-Ordre vom 15. April 1842 zur weiteren Regelung des städtischen Haushalts-Etats die Ablösung der Stadt von der subsidiarischen Verpflichtung für die Lasten der Kriminal-Gerichtbarkeit. Durch den Vertrag vom 13. Dezember wurde das jährlich zum öffentlichen Kriminalkosten-Fonds zu zahlende Aversionalquantum auf 11 Taler stipuliert.

Von besonderer Wichtigkeit für die städtische Verwaltung wurde das Jahr 1851 durch die Einführung der Gemeindeverordnung zufolge des Gesetzes vom 11. März 1850. Nachdem der am 30. Juni erwählte, aus zwölf Mitgliedern bestehende Gemeinderat sich durch die Wahl eines Vorsitzenden und Stellvertreters konstituiert hatte, erwählte derselbe unterm 2. Juli den Gemeinde-Einnehmer und Gemeinde-Vorstand. Abweichend vom früheren Magistrat bestand derselbe nur aus vier Mitgliedern. Da die Amtsperiode des Bürgermeisters Wolff noch nicht abgelaufen war, hatte nur die Wahl des Beigeordneten und der beiden Schöffen stattzufinden. Zum Beigeordneten wurde Chirurgus Hauck und als Schöffen wurden Apotheker Sauer und der frühere Kämmerer Haucke gewählt. Zum Vorsitzenden des Gemeinderates war Zimmermeister Stephan und zum Gemeindecinnehmer der Kaufmann Geisler gewählt worden. Die feierliche Einführung des Gemeinde-Vorstandes erfolgte am 29. September. Eine anderweitige Bezirkseinteilung hatte bei der Einführung der Gemeindeordnung hier nicht stattgefunden. Die Zahl der zur Verwaltung erforderlichen Deputationen war vermindert worden. Es wurden neu organisiert: eine Kirchen- und Schuldeputation, die Armen-, Polizei-, Bau-, Forst- und Kammereideputation.

Schon nach drei Jahren wurde durch das Gesetz vom 30. Mai 1853 die Gemeindeordnung wieder aufgehoben und die neue Städteordnung eingeführt, nach welcher vom 13. Juli desselben Jahres ab die städtische Verwaltung hier selbst gehandhabt wurde. Abändernde Beschlüsse in betreff der Wiederanstellung eines Kämmerers oder der Bestimmungen nach Tit. VIII der neuen Städteordnung wurden hier nicht beliebt. Die Kommunalbehörden nahmen die Benennung

„Magistrat“ anstatt Gemeindevorstand und „Stadtverordneten-Versammlung“ statt Gemeinderat wieder an. Im Magistratskollegium wurde der Titel „Beigeordneter“ beigehalten, dagegen wurden die übrigen Magistratsmitglieder nicht mehr Schöffen, sondern, wie ehemals, Ratmänner genannt. Von der im § 72 des neuen Gesetzes in Vorschlag gebrachten Abschaffung eines kollegialischen Gemeindevorstandes wurde demnach hier kein Gebrauch gemacht, desgleichen wurde von der vorgeschlagenen Verminderung der Zahl der Stadtverordneten abstrahiert. Die Berichtigung der Bürgerrolle nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes wurde vorgenommen und ergab 189 stimmbfähige Bürger. Nach den Bestimmungen des Gesetzes war es anheim gegeben, bei der Einteilung der stimmbfähigen Bürger, wie auch bei Bildung der Wahlversammlungen und der städtischen Vertretung der gewerblichen Genossenschaften durch statutarische von den allgemeinen Wahlnormen abweichende Anordnungen eine angemessene Berücksichtigung zu gewähren. Jedoch auch davon wurde hier Abstand genommen und dagegen die allgemeinen Wahlnormen des Gesetzes als maßgebend angenommen. Die Zahl und Zusammensetzung der städtischen Deputationen blieb unverändert, und ebenso wenig wurde nach Anheimgstellung des Gesetzes eine neue Geschäftsordnung eingeführt, vielmehr blieben die Instruktionen zur Städteordnung vom Jahre 1808 in Anwendung.

Ein wichtiges Vorkommnis in den städtischen Angelegenheiten war noch während der Amtsverwaltung des Bürgermeisters Wolff die im Jahre 1853 durch die Königl. General-Kommission erfolgte Ablösung der von den beiden Stadtdörfern Krzischney und Ruttel an die hiesige Rammereikasse entrichteten gutherrlichen Gefälle, wodurch die Stadt in den Besitz von 4722 TL . 28 Sgr . 10 Pf . in silesischen Rentenbriefen gelangte.

Im Besitz dieser Geldmittel erkaufte die Kommune im Jahre 1854 das Bauergut Nr. 2 in Tassau und machte ein Jahr darauf durch die Dismembration desselben einen Gewinn von 1239 TL . 27 Sgr ., wozu noch später durch den Verkauf des zur Bauernwirtschaft gehörigen Auszugshauses 297 TL . traten. Eine weitere Spekulation der städtischen Verwaltung richtete sich auf die Anlage eines Kalkofens. Zu diesem Zwecke erkaufte die Stadt im Jahre 1856 das Grundstück Nr. 4 in Hummelwitz für den Preis von 325 TL . Der erbaute Kalkofen nebst Schuppen erforderte einen Kostenaufwand von 943 TL . Man verpachtete denselben und erzielte eine ganz vorteilhafte Verzinsung des Anlagekapitals.

Bürgermeister Wolff bekleidete seit 1839 auch das Amt eines Königl. Polizei-Distrikts-Kommissarius. In demselben Jahre wurde ihm auch die Verwaltung der hiesigen Post-Expedition übertragen. Von 1849 bis 1852 war er interimistisch als Polizei-Anwalt für den Bezirk der Gerichts-Kommission in Reinerz angestellt. Im Jahre 1856 wurde er zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten gewählt. In einem Provinzial-Landtage hat er indes nicht teilgenommen. Am

3. Mai 1857 wurde er von einem plötzlichen Tode überrascht. Wenn die schönen Linden um den Ring von jedemann als ein Schmuck unseres Marktplatzes angesehen werden, so sei hier festgestellt, daß sich mit der Baumanlage Bürgermeister Wolff ein dauerndes Andenken gepflanzt hat.

Sein Nachfolger im hiesigen Bürgermeisteramte war Franz Bach, vorher Wirtschafts-Inspektor in Gellenau. Die allseitige Befriedigung, die seine Wahl bei der Bürgerschaft gefunden hatte, fand am Tage seiner Einführung durch eine allgemeine Illumination des Städtchens einen recht beredten Ausdruck. Bürgermeister Bach war, wie sein Vorgänger, Königl. Polizei-Distrikts-Kommissarius. Die Anlage eines zweiten städtischen Kalkofens im Jahre 1860 hatte selbstverständlich die Förderung der kommunalen Interessen zur Voraussetzung. Das schon 1857 für diesen Zweck in Hummelwitz erworbene Grundstück hatte einen Kaufpreis von 900 Talern, der Bau des Kalkofens und des erforderlichen Schuppens kostete 953 Tl. Die Kalkofenspekulation erwies sich mit der Zeit als vollkommen verfehlt, gleichviel ob die Anlagen in eigene Verwaltung genommen oder verpachtet wurden. Die ungünstige Zu- und Abfuhr, vor allem aber die nicht hinreichende Ausgiebigkeit des Bruches und der nicht durchweg konkurrenzfähige Kalkstein trugen die Schuld. Die Kalköfen stehen seit Jahren außer Betrieb. Daß das Kriegsjahr 1866 den Bürgermeister unseres Grenzstädtchens sehr in Anspruch nahm, ist selbstverständlich. Seine aufopferungsvolle Tätigkeit fand allseitige Anerkennung. Daß dem Bürgermeister Bach von einer Anzahl hiesiger Bürger überreichte Ehrengeschenk, bestehend in einem silbernen Becher, war der Ausdruck dieser Anerkennung und ehrte ebenso den Empfänger als die Geber. — Vorteilhafter als die Kalkofenanlagen war unter Bürgermeister Bach im Jahre 1872 die Erwerbung des in der Vorstadt gelegenen Dreschner'schen Vorwerks. Dasselbe war niedergebrannt und wurde nicht wieder aufgebaut. Mit Ausschluß der dem niedergebrannten Gehöft zunächst gelegenen Felder und Wiesen wurden die übrigen Teile des Vorwerks verkauft. Käuferin war die Stadt, die später Felder und Wiesen weiter verkaufte. Ausgenommen blieben der sogenannte Grenzwald zur Vergrößerung des Stadtforstes und einige Acker- und Wiesengrundstücke. Dieselben sind bis jetzt stets in Pacht gegeben worden. Hauptsächlich wohl wegen vorgerücktem Lebensalter legte Bürgermeister Bach im Jahre 1876 sein Amt nieder. Er zog nach Glas, wo er einige Jahre darauf starb.

Der nachfolgende Bürgermeister Schäche, vorher Kreisaußschuß-Sekretär in Jabrze, hatte den Vorzug, unter einer sehr großen Menge von Bewerbern der Ausgewählte zu sein. Es soll nicht behauptet werden, daß außer den seiner Bewerbungsschrift beigelegten Zeugnissen auch mehrere anonyme Empfehlungsschreiben für seine Wahl förderlich gewesen sein mögen, allein es ist auch nicht bekannt, daß diese Empfehlungsbriefe irgend eine Bedenkllichkeit nach gerufen

hätten. Als einige Jahre später mehrfach anonyme Schreiben, die mit ihrem Inhalt verschiedene der angesehensten Personen des Ortes kompromittierten, beim städtischen Polizeiamt eingingen, wurde es bald ein offenes Geheimnis, daß der Bürgermeister in allen Fällen, auch die vor seiner Wahl an den Stadtverordneten-Vorsteher gerichteten Briefe eingeschlossen, der Anonymus gewesen ist. Schließlich beherrschte ihn nach verschiedenen Richtungen hin das Mißtrauen, weil er sich erkannt glaubte. So kam es, daß er vor dem Fehler, seine Stellung zu benutzen, um andern Unannehmlichkeiten zu bereiten oder direkt zu schaden, nicht freiblieb. Es ist unaufgeklärt geblieben, ob er im Jahre 1884 aus eigener Entschließung oder aus anderem Grunde den hiesigen Bürgermeisterposten aufgab. So lange Bürgermeister Schäche nach keiner Richtung hin persönliche Differenzen am Orte hatte, war er mit Eifer und Energie ein Förderer aller kommunalen Angelegenheiten. Die 1879 erfolgte Überweisung eines Königl. Gnadengeschenktes von 3000 Mark zum hiesigen Schulhausbau war der Erfolg seiner Bemühungen. — Infolge der Anregung des Zentralvorstandes des Glazer Gebirgsvereins begründete er hier 1881 eine Sektion des Vereins, die er aber schon ein Jahr darauf als nicht lebensfähig erklärte. Größeres Interesse brachte er dem von ihm ein Jahr früher ins Leben gerufenen Verschönerungsverein entgegen. Aus demselben Jahre stammt auch der hiesige durch seine Anregung begründete und heut noch bestehende Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins. Recht dankenswert war seine erfolgreiche Bemühung um eine Kreisbeihilfe zur Verbesserung des Kommunikationsweges von hier nach Ruttel. Jetzt, nach mehr als 20 Jahren, ist eine abermalige Instandsetzung dieses Weges dringlicher geworden als je. Die vom Bürgermeister Schäche im Jahre 1879 erlassene Straßen-Polizeiverordnung für die Stadt, von der jedem Interessenten ein gedrucktes Exemplar zugestellt wurde, hatte leider das Mißgeschick, daß die Schlußbestimmungen des § 34 nicht zur Durchführung gelangten. — Vom abgegangenen Bürgermeister kam erst eine Nachricht nach Lewin, als er eine Anstellung als Polizeisekretär in Thorn erlangt hatte. Im noch besten Mannesalter starb er dort vor mehreren Jahren.

Der gegenwärtige Bürgermeister, Herr A. Zimmol, hatte bereits mehrere Semester als stud. med. hinter sich, als der frühe, durch einen Unglücksfall herbeigeführte Tod seines Vaters ihn veranlaßte, in den Kommunaldienst seiner Vaterstadt, Sohrau — Oberschlesien, einzutreten, von wo er bei der 1884 eingetretenen Vakanz zum hiesigen Bürgermeister gewählt wurde. Der beste Beweis für seine Beliebtheit in der Stadt ist die Einstimmigkeit seiner Wiederwahl nach Ablauf seiner ersten Wahlperiode im Jahre 1896.

Verschiedene ins Leben getretene Neuerungen, die einer Kleinstadt zur Ehre gereichen, verdanken ihr Bestehen mehr oder weniger seinem direkten Einflusse. So entstand infolge seiner wohlgemeinten Be-

nühungen zur Hebung der örtlichen Innungsverhältnisse und aufgrund der Gewerbeordnung vom Jahre 1881 die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule, für deren Unterhaltung von Anfang an eine staatliche Beihilfe gewonnen wurde. An der Errichtung der freiwilligen Feuerwehr im Jahre 1885 beteiligte er sich mit jenem Eifer, wie er einem derartigen städtischen Wohlfahrtsinstitute gegenüber vom Stadtoberhaupt kaum noch lebhafter erwartet werden konnte. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel hatte die freiwillige Feuerwehr zwar keinen besonders raschen, aber doch stetigen Entwicklungsgang. Bereits 1888 erfolgte die Einweihung des neu erbauten Spritzenhauses und Steigerturmes. Der erste Branddirektor der freiwilligen Feuerwehr war der Kaufmann Georg Mader. Zahlreiche Instruktionsstunden und praktische Übungen wechselten in beständiger Aufeinanderfolge. Bei den letzteren trat sehr bald und wiederholt ein Übelstand in die Erscheinung, der den Wert der nunmehr bestehenden Feuerwehr ganz zweifelhaft machte. Es war der hier oft zur Geltung kommende Mangel an Wasser. Ohne Wasser kann die beste Feuerwehr nichts schaffen. Eine Hochdruck-Wasserleitung galt bald als das einzige Mittel zur Abhilfe. Als die Feuerwehr 1895 ihr zehnjähriges Stiftungsfest feierte, konnten sich alle Festteilnehmer von den Vorteilen einer Wasserleitung für Feuerlöschzwecke hinreichend überzeugen. Eine Hochdruckleitung in einem kleinen, vermögenslosen Städtchen wie Lewin war ein kaum dagewesenes fortschrittliches Ereignis auf kommunalem Gebiete. Freilich hat sich dabei der Geist des Widerstandes vielseitig genug geltend gemacht. Glücklicherweise ohne Erfolg. Die hygienische Bedeutung der Wasserleitung fand bei den Hausbesitzern, die über einen eigenen Brunnen verfügten, keine Beachtung. Sie meinten, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, für ihre Familienbedürfnisse mit gutem Wasser versorgt zu sein, obgleich dies, wie nachgewiesen wurde, durchaus nicht der Fall war. Was man gegen die Errichtung der Wasserleitung auch geltend machte, die von der Feuerwehrleitung fortdauernd betonte Notwendigkeit der Wasserversorgung zur Abhilfe gegen Feuergefahr fand die Anerkennung aller maßgebenden Personen, zumal des Stadtoberhauptes, und die von ihm eingebrachte Vorlage zur Aufnahme eines Kapitals aus der Provinzial-Hilfskasse erhielt in der Stadtverordneten-Versammlung die Majorität. Mit der nunmehr erfolgenden Ausführung des Projektes hat sich Bürgermeister Zinnol ein Verdienst um die Wohlfahrt des Städtchens erworben, das umso dankenswerter ist, als er sich dabei einerseits vom fortdauernden Widerspruch gegen das Unternehmen und andererseits von der Ungeduld wegen vermeintlich ungerechtfertigter Verzögerung in bezug auf den Anfang des Baues belästigt sah. Die Ausführung des Baues erfolgte 1894. Mit dem Entwurf des Projektes war Ingenieur Mestel in Breslau beauftragt worden. Er erhielt dafür 1200 Mark. Die Ausführungsarbeiten wurden verschiedenen Unternehmern übertragen, die Rohrleitung insbesondere der Firma Viebold in Dresden. Die Quellenfassung

im Nerbotiner Tale, die Fallrohr- und die Stadtrohrleitung erfordernten einen Kostenaufwand von 27700 Mark. Es sind nur drei Quellen gefaßt worden, von denen besonders eine recht ergiebig ist. Von der Quellenfassung bis zum Hochbehälter sind 1340 m Ton- und 160 m Eisenröhren von 100 mm Weite verbraucht worden. Innerhalb der Quellenfassung wurden 11 Revisionschächte eingeschaltet. Die Fallleitung vom Reservoir bis zur Stadtleitung besteht aus 1206 m Eisenrohr von 125 mm Weite. Die Stadtleitung umfaßt 381 m Rohr von 125 mm und 1058 m Rohr von 100 mm Weite. Innerhalb der Stadtleitung sind 18 Hydranten und 10 Schieber angebracht. An den Endpunkten des Rohrleitungsnetzes sind vier Druckständer aufgestellt, damit auch den außerhalb des Netzes liegenden Häusern das Leitungswasser geboten wird. Der Hochbehälter ist aus Stampfbeton mit einem Kostenbetrage von 8800 Mark erbaut worden. Er enthält zwei Kammern und faßt 280 cbm Wasser. 69 Häuser haben sich der Leitung angeschlossen. Der Anschluß bis in die Häuser erfolgte auf städtische Kosten mit dem Aufwande von 5000 Mark. Die Hausleitungen selbst waren die eigene Angelegenheit der Hausbesitzer. Die Ausführung derselben besorgten Schlossermeister Elsner und Klempner Eppelt von hier. Spätere Anschlüsse müssen in ihrem ganzen Umfange auf Kosten der Interessenten erfolgen. — Über den Wert und die Vorzüge der Wasserleitung gibt's keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Der erhobene Wasserzins ist niedrig bemessen und würde eine kleine Steigerung desselben noch kaum als eine Belästigung angesehen werden können. — Als Standesbeamter, Amtsanwalt, Ortschaftsinspektor über die hiesigen und die Schulen von Sackisch, Gellenau, Lanz, Tassau, Zauernig und Kaltwasser, als Amtsvorsteher des Bezirkes Gellenau, wozu Lanz und Groß-Georgsdorf gehören, bekleidet Bürgermeister Zinnol eine Reihe von Nebenämtern, so daß seine amtliche Tätigkeit ebenso vielseitig als vollauf in Anspruch genommen ist. — Das neueste, erst im vorigen Jahre im kommunalen Interesse durch Bürgermeister Zinnol in die Wege geleitete Unternehmen war der Rückwerb eines größeren Grundstückes aus dem im Jahre 1872 von der Stadt verkauften und dismembrierten Dreschmerdchen Bornwerf. Durch den Tod des damaligen Käufers dieses Grundstückes, Kaufmannes und Beigeordneten Peschke, wurde dasselbe veräußert und für den ehemaligen Verkaufspreis, nahezu 6000 Mark, zurück erworben. Besonders maßgebend für den Wiedererwerb war das Interesse für die Wasserleitung. Die Anlage der über das Grundstück führenden Rohrleitung war vom Besitzer desselben, Beigeordneten Peschke, ohne jede gerichtliche Abmachung zugestanden worden und hätte später anangenehme Folgen haben können. Dem ist nunmehr vorgebeugt, nachdem die Stadt Besitzerin des Grundstückes geworden ist. Ein Teil desselben ist zur Anforstung bestimmt, während sich das übrige, teils Wiese, teils Feld, ebenso gut verpachten als verkaufen lassen wird.

An allen Bestrebungen, den Weiterbau der Eisenbahn von Mülders-Reinerz über Lewin an die Landesgrenze seitens der Landesregierung zu fördern, hat Bürgermeister Zimmel im Verein mit anderen dazu berufenen Persönlichkeiten im Interesse der Sache überhaupt und der Stadt insbesondere stets den regsten Anteil genommen, bis endlich im Jahre 1900 durch das Sekundärbahngesetz der Bahnbau Allerhöchst genehmigt wurde. Noch im Spätherbst desselben Jahres wurden, wie auf der ganzen Strecke, so auch hier die ersten Vermessungsarbeiten vorgenommen. Während schon im Frühjahr 1902 der Bau von Mülders nach Reinerz in Angriff genommen und in demselben Jahre bis dorthin fertig gestellt wurde, sind die Vermessungsarbeiten auf der weiteren Strecke bis an die Landesgrenze eifrig fortgesetzt und beendet worden. Die Bemühungen des Bürgermeisters Zimmel bei der Königlichen Eisenbahndirektion, die Bahnhofsanlage der Stadt möglichst nahe zu rücken, sind, soweit es die bautechnischen Rücksichten gestatten, nicht ganz ohne Erfolg gewesen. Es ist absolut kein Grund vorhanden, der städtischen Verwaltung etwa später Vorwürfe zu machen, daß der Bahnhof nicht noch näher an der Stadt erbaut worden ist. Über die Straßenanlage zum Bahnhofe hat die Vereinbarung der städtischen Behörden bereits stattgefunden. Bis zur Ausführung derselben dürften dem Magistrats-Dirigenten noch mancherlei Besorgnisse vorbehalten sein. Die Aufnahme eines Kapitals für diesen Zweck ist unvermeidlich. Zum Magistratskollegium gehören gegenwärtig neben dem Bürgermeister als Ratmänner: Verbermeister Siegel, Konditor Ardel und Rektor em. Mader.

Die Gerichtsverwaltung.

Die definitive Organisation der Justizverwaltung erfolgte nicht gleichzeitig mit der Einführung der Städteordnung, jedoch wurde durch das Reskript des Ministeriums des Innern und der Justiz vom 18. April 1809 bestimmt, daß das Justizpersonal aus den Magistratskollegien ausscheiden und die Justiz besonders verwaltet werden solle. Bis zur definitiven Organisation der Justizverwaltung in den Städten sollte indes die Justiz auch nach der Einführung der Städteordnung noch von dem bisherigen Personal verwaltet werden und zwar unter dem Namen eines nach der Stadt benannten Stadtgerichtes. Alle zum Justiz-Resort gehörigen und seither von den Magisträten verwalteten Geschäfte gingen demnach in die Verwaltung der städtischen Justizbehörde über. Da der im früheren Magistrat hieselbst seit 1799 angestellte Syndikus Hoffmann bei der Einführung der Städteordnung zum Bürgermeister gewählt worden war, so übernahm er auch, der Bestimmung zufolge, das Amt des hiesigen Stadtrichters. Er bezog aus der Räumereikasse das frühere Syndikus-Gehalt von 85 Talern nebst 4 Maßtern Holz und 3 Schock Reisig und von den Sporteln die Hälfte, wie früher als Syndikus, von der anderen Hälfte aber noch zwei Teile, die der Anteil des Bürgermeisters waren, während der Rest an die übrigen Magistrats-

mitglieder verteilt wurde. Sein ganzes Gehalt als Stadtrichter und Bürgermeister belief sich auf etwa 224 Taler. Unglaublich, aber wahr! Als Gerichtsbeisitzer waren zufolge des schon erwähnten Reskripts vom 18. April 1809 mit Zustimmung der Stadtverordneten die Magistratspersonen Bihard, Schlombs und Siegel bestellt worden, von denen der erstere als Depositalkendant, die beiden anderen als Kassen-Kuratoren angestellt waren. Durch die Verfügungen des Königl. Oberlandesgerichts vom 28. November 1809 und 5. Januar 1810 wurde jedoch eröffnet, daß die Justizverwaltung in der Stadt und den Rämmereidörfern ganz vom Magistrat getrennt werden müsse und daß der Bürgermeister einer Stadt nicht zugleich Stadtrichter sein könne. Falls der Bürgermeister Hoffmann es vorziehen möchte, beim Magistrat zu bleiben, so solle ein anderer Stadtrichter angestellt oder die hiesige Justizverwaltung dem benachbarten Stadtgericht in Reinerz gegen Überweisung des seitherigen Syndikus-Gehaltes und der sämtlichen Sporteln übertragen werden. Hoffmann resignierte insofgedessen seinen Posten als Bürgermeister und behielt das Amt des Stadtrichters, das er jedoch im Jahre 1815 freiwillig aufgab. Bei dieser Gelegenheit wurde das hiesige Gericht aufgehoben und mit dem Stadtgericht in Reinerz kombiniert. Zur Erleichterung der Gerichtsinassen wurde die Abhaltung von monatlichen Gerichtstagen hier selbst angeordnet. Die Stadtrichter des vereinigten Gerichts von Reinerz und Lewin waren bis zur Zeit der nächsten Reorganisation Lange, Nagel, Groß, Schmiedel, Bönsch und Peschel. Als Salarienkassen-Rendanten fungierten in derselben Zeit Trogisch, Scholz, Kammner und Gründler. Außer dem Stadtrichter und Rendanten waren beim Gericht als königliche Beamte ein Aktuar und Gerichts-Exekutor angestellt. Zwei Kanzlisten standen als Privatbeamte im Dienste des Rendanten.

Bei der Einführung der Gerichts-Reorganisation im Jahre 1849 verabsäumten die städtischen Behörden nicht, durch wiederholte Anträge um Anstellung eines Einzelrichters für den hiesigen Bezirk das Interesse der Ortsbewohner zu vertreten, jedoch ohne Erfolg. Der Lewiner Bezirk wurde der in Reinerz errichteten Gerichts-Kommission zugewiesen. Da hier nach wie vor monatliche Gerichtstage abgehalten wurden, so blieben die Verhältnisse in betreff der Rechtspflege für die städtischen Bewohner ganz dieselben; allein für die seither unter der Patrimonialgerichtsbarkeit stehenden Dorfschaften gestalteten sich die Dinge mißlicher, da sie nunmehr mit ihren Rechtsangelegenheiten nach der zwei bis beinahe drei Meilen entfernten Gerichtsstelle in Reinerz angewiesen waren. Als im Jahre 1858 bei der Gerichts-Kommission in Reinerz die Anstellung eines dritten Richters notwendig geworden war, wurden hiesigerseits die Anträge um Anstellung desselben in Lewin wieder aufgenommen und endlich berücksichtigt. Jedoch nicht ohne Opfer für die Stadt. Dieselbe mußte sich außer der schon früher angebotenen Hergabe der Gerichtsfokale und Gefängnisse auch noch zu einem baren Beitrage von jährlich dreißig

Talern verpflichten. Da der hier anzustellende Richter mit jenen in Reinerz das Kollegium der dort errichteten periodischen Gerichts-Deputation bilden sollte, so hatte er an den monatlichen Sitzungen derselben teilzunehmen. Der hiesige Gerichtsbezirk wurde angewiesen, die erforderlichen Jahrgelagenheiten zu stellen oder dieselben mit dreißig Talern zu entschädigen. Auffallenderweise weigerten sich die Dorfgemeinden, dieses kleine Opfer tragen zu helfen, und es wäre schließlich die Einrichtung des hiesigen Gerichtes noch gescheitert, wenn es nicht die Stadt übernommen hätte, jenen Betrag allein zu leisten. Die hiesige Gerichts-Kommission begann ihre Wirksamkeit am 1. Oktober 1858. Der zuerst angestellte Kreisrichter hieß Paul Kinkeldey. Er wurde im Jahre 1864 zum Stadtrichter an das Stadtgericht in Breslau berufen. Seine Nachfolger hießen Jänsch und v. Hagenow.

Infolge des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 wurde die hiesige Gerichtskommission in ein Amtsgericht umgewandelt. Die neue Gerichtsverfassung erforderte mehr Räumlichkeiten, als die seither ausreichenden Lokalitäten im Rathause darboten. Der städtischen Verwaltung erwuchs die Sorge für Beschaffung derselben. Nach mancherlei Unterhandlungen fand diese Angelegenheit ihre beste Erledigung durch den Entschluß, auf Kosten der Stadt für das hiesige Amtsgericht ein ganz neues Gebäude zu errichten. Zum Bauplatz erwarb man für den Preis von 1500 Mark einen Teil des Kaufmann Theuner'schen Gartens. Der Bau wurde dem hiesigen Maurermeister Hoffmann übertragen. Zu dem erforderlichen Baukapital von etwas über 30000 Mark wurde, wie früher zum Schulhausbau, aus der Provinzialhilfskasse eine Anleihe von 15000 Mark entnommen. Dieselbe ist nach dem aufgestellten Tilgungsplane zu Anfang dieses Jahres beglichen worden. Der Justizfiskus ist Pächter des Gerichtsgebäudes. Die Sorge für die Instandhaltung desselben hat die Stadt zu tragen.

Der zuerst angestellte Amtsrichter Richard Schmis starb hier nach kurzer Amtstätigkeit im Jahre 1880. Ihm folgte auf ebenfalls nur kurze Zeit Amtsrichter Schlawe. Er übernahm das viel einträglichere Amt eines Bankbeamten in Berlin. Sein Nachfolger Laske wurde Syndikus bei der Fürstentumslandschaft in Frankenstein und ist gegenwärtig Generaldirektor der großen, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen gehörenden Herrschaft Ramersz. — Der nachfolgende Amtsrichter Franksi steht hier dienstlich und außerdienstlich in hervorragend wertgeschätzter Erinnerung. Es beruht auf Gegenseitigkeit, wenn der nunmehrige Landgerichtsrat Franksi, seinerseits hauptsächlich als Naturfreund, mit aufrichtigem Interesse an die Jahre seines hiesigen Aufenthaltes zurückdenkt. Der jetzige Amtsrichter, Herr Mangelndorf, als Richter schneidig, als Mensch überaus human, erfreut sich allgemeiner Beliebtheit in allen Kreisen der Gerichtseingesessenen.

Zum Amtsgerichtsbezirk gehören die Ortschaften Belwin, Gessenan, Sackisch, Brzesowie, Schlaneh, Gudowa, Tscherbeneh, Straußeneh,

Bukowine, Jakobowitz, Gr.-Georgsdorf, Tanz, Gallatsch, Tschischney, Kessel, Dörnkau, Keilendorf, Löschney, Kerbotin, Jauernig, Kaltwasser, Al.-Georgsdorf, Kuttel, Tassau, Krzischney und Zärter. Die Bevölkerungszahl des Bezirkes betrug 1890 noch 10847 Personen, im Jahre 1900 war sie auf 10187 zurückgegangen.

Von den beim hiesigen Amtsgericht zur Erledigung kommenden Rechtsangelegenheiten erreichen Zivilprozesse und Mahnsachen die höchste Ziffer. Im Jahre 1900 gelangten 110 Zivilprozesse und 192 Mahnsachen zur Verhandlung. Im Zivilprozeß reicht die Zuständigkeit des Amtsgerichtes bis auf 300 Mark, in Mahnsache ist sie unbeschränkt.

Die kirchlichen Verhältnisse.

Das hiesige Pfarramt verwaltete anfangs des neunzehnten Jahrhunderts Christoph Franz Schneider. Er war zuerst Kaplan in Olaz und Mittelwalde, dann Direktor des Schullehrer-Seminars in Olaz und von 1798 ab Pfarrer in Lewin. Infolge des im Jahre 1801 erlassenen Schulreglements, das die Einrichtung von Schulinspektionen anordnete, wurde er Kreis Schulinspektor des Inspektionsbezirkes Olaz II. Seit 1802 war er erzbischöflicher Notarius. In diesem Jahre kam der Erzbischof Wilhelm Florentin von Prag, Fürst von Salin-Salm in die Grafschaft und erteilte die heil. Firmung. Er traf am 28. Juni auf seiner Rückreise in Lewin ein, wo er einen Bericht über die vollzogene kanonische Visitation an den König ausfertigte und darauf über Nachod nach Prag weiter reiste. Zur Firmung hatten sich die Firmlinge des hiesigen Kirchspiels in Reinerz einfinden müssen. Im Jahre 1805 veranlaßte Pfarrer Schneider eine Reparatur der Orgel. Dieselbe wurde dem Orgelbauer Lieser in Frankenstein übertragen. Bei der im Jahre 1820 durch den Fürst-Erzbischof von Chlumizansky in der Grafschaft abgehaltenen General-Kirchenvisitation, wobei er das Sakrament der Firmung erteilte, mußten die hiesigen Firmlinge wiederum nach Reinerz. Der Kirchenfürst kam über Braunau in die Grafschaft, obwohl dies nach der anfänglichen Bestimmung über Nachod geschehen sollte, weshalb bereits hier schon allerlei Vorkehrungen zu seinem festlichen Empfange getroffen worden waren. In der Nacht zum 2. August 1822 wurden aus der hiesigen Kirche verschiedene geöhrte Geldstücke und silberne Gefäße mit geweihtem Öle geraubt und der Taufbrunnen erbrochen. Während der Amtsverwaltung des Pfarrers Schneider wurde der seither übliche Neujahrsumgang abgeschafft. Die Stadt zahlte an den Pfarrer eine Entschädigung von 28 Talern; einen entsprechenden Betrag zahlten auch die Dorfschaften. 1830 resignierte Pfarrer Schneider das Amt des Kreis Schulinspektors. Bei der Feier seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums im Jahre 1833 erhielt er den roten Adlerorden IV. Kl.; die Stadt berehrte ihm einen silbernen Becher. Er starb das Jahr

darauf, von allen Kirchkindern tief betrauert. Sein Grab befindet sich links vor dem gewöhnlichen Eingange in die Kirche und ist mit einem einfachen Denkmale versehen.

Der Amtsnachfolger des Pfarrers Schneider war Anton May, der länger als alle seine Vorgänger das hiesige Pfarramt verwaltete. Er war am 9. September 1801 in Schwannmühlitz, Kreis Reisse, geboren, maturierte am Gymnasium zu Reisse und bezog die Universität in Breslau. Am 22. Dezember 1827 wurde er zum Priester geweiht und darauf als Kaplan in Habelschwerdt angestellt. Der dortige Pfarrer und Großdechant Knauer, später Fürstbischof von Breslau, ernannte ihn zum Dekanats-Sekretär und beauftragte 1834 bei der Königl. Regierung seine Berufung in das hiesige erledigte Pfarramt. Seine Wirksamkeit in Kirche, Schule, Gemeinde und Staat fand mehrfach verdiente Anerkennung. In den Jahren von 1851 bis 1868 bekleidete er das Amt der Kreisschulinspektors im Inspektionsbezirk Glatz II; bei der Feier seines fünfundschwanzigjährigen Priesterjubiläums im Jahre 1852 überreichte ihm die Stadt das Ehrenbürger-Diplom, und bei der Feier seines fünfundschwanzigjährigen Pfarrjubiläums waren die wertvollen Geschenke, die ihm von seinen geistlichen Amtsgenossen, von den Lehrern seines Aufsichtsbezirktes, von der Stadt und der übrigen Kirchengemeinde, wie auch vielfach von persönlichen Freunden überreicht wurden, der deutlichste Beweis allseitiger Achtung und Liebe. 1860 erhielt er das Expositorium canonicale; 1863 wurde ihm das Diplom als Ehrenmitglied des Nationalbundes für Veteranen des Kreis-Kommissariats Glatz überreicht und 1864 wurde ihm der Rote Adlerorden IV. Kl. verliehen. Für diese bereits bei seinem fünfundschwanzigjährigen Pfarrjubiläum im Jahre 1859 beantragte, aber damals verweigerte Auszeichnung war auch jetzt ein unmittelbarer Grund nicht ersichtlich. Sie beruhte auf dem persönlichen Wohlwollen einflussreicher Persönlichkeiten. Pfarrer May hat als tüchtiger Landwirt den Kulturzustand der Widmut zu einer für die damalige Zeit mustergültigen Verfassung emporgebracht. Die von seinem Vorgänger betriebene Schafzucht wurde, weil nicht lohnend, aufgegeben. Der Stall war stets mit stattlichen Rindern besetzt. Als Pferdekennner und Liebhaber hatte Pfarrer May einen weitverbreiteten Ruf. Ein beständiger Wechsel seines Gespannes war die Regel. Das Intrative Ergebnis dabei ist vielleicht überschätzt worden. Der Reiz, die Schimmel mit einem Rapenpaar, die Braunen mal mit Fächsen zu wechseln, war wohl nicht zum wenigsten der Anlaß, daß die Pferde bei ihm niemals alt wurden. Pfarrer May war langjähriges Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins der Grafschaft Glatz, aus dem später der patriotisch-ökonomische Verein entstand, dem er ebenfalls angehörte. Gleich in den ersten Jahren seines Hierseins pflanzte er die Obstbaumallee am Widmutswwege. Ein ansehnlicher Teil der Bäume ist nicht mehr vorhanden. Die Kultur des Pfarrwaldes stellte er unter forstmännische Aufsicht. Für die Zwecke der häuslichen Ökonomie

ließ er schon 1839 auf seine Kosten im Pfarrhofe einen Brunnen graben, der aber unbollendet blieb, weil selbst in bedeutender Tiefe kein Wasser gefunden wurde. Später wurde die Brunnenanlage noch einige Mal in Angriff genommen, jedoch immer ohne Erfolg, bis endlich im Jahre 1866 durch die von Maurermeister Hoffmann angestellten Bohrversuche das langgesuchte Wasser erreicht wurde.

Ein Neubau der hiesigen Kirche, die in räumlicher Beziehung wohl schon seit hundert Jahren dem Bedürfnis nicht entsprach, wurde während der Amtsverwaltung des Pfarrers May zweimal in Erwägung gezogen, zuletzt im Jahre 1857. Wegen der Höhe des auf 66 000 Taler begifferten Kostenanschlages wurde aber der Kirchenbau auf eine nicht absehbare spätere Zeit vertagt. Ob und wann sie wohl kommen wird? Mancherlei Verbesserungen und Neuerungen bei der Kirche gehören teils einer früheren, teils einer späteren Zeit an. Es gehören hierher die Erweiterungen des Kirchhofes in den Jahren 1842 und 1863, die Staffierung des Hochaltars 1851 und die Errichtung des großen Marmorkreuzes auf dem Kirchhofe im Jahre 1864. Die dringend notwendig gewordene Beschaffung einer neuen Orgel erfolgte 1885. Das von der Firma Schlag und Söhne in Schweidnitz erbaute Werk zählt 22 klingende Stimmen und erforderte einen Kostenaufwand von 7836 Mark; 5224 Mark übernahm Pfarrer May, den Rest bezahlte als Kirchenpatron die Königl. Regierung. Im Zusammenhang mit der Beschaffung der Orgel stand eine vollkommene Renovation der Kirche im Innern und Außern auf Kosten der Kirchengemeinde. Wie durch das Orgelwerk hatte sich Pfarrer May schon früher durch die Fundation von zwei Krankenbetten im Krankenstift zu Scheibe, zunächst für Kranke aus der hiesigen Parochie bestimmt, in seiner Kirchengemeinde ein dauerndes Andenken begründet. Das Stiftungskapital in Höhe von 7200 M. ist voriges Jahr infolge Reklamation zurückgezahlt worden. Pfarrer May hatte die Bestimmung getroffen, daß dasselbe nach Lein zurückgezahlt werden solle, wenn dereinst gewisse Verhältnisse eintreten möchten, welche die Rückzahlung wünschenswert machen könnten. Der Fall ist eingetreten. An die Niederlassung der frankenspflegenden Ordensschwestern hierorts knüpft sich die Hoffnung, daß sich dieselbe mit der Zeit zu einem Krankenhause ausgestalten werde. Aus diesem Grunde erfolgte mit bischöflicher Zustimmung vom Krankenstift Scheibe die Rückzahlung des Kapitals. Dasselbe wird fortan, ebenfalls nach dem Willen des Stifters, zur Hälfte vom Magistrat und zur anderen Hälfte vom Pfarramt verwaltet. Die beiden Freistellen in Stift Scheibe für Kranke aus dem hiesigen Kirchspiele haben damit aufgehört zu bestehen.

Wenn der Neubau eines Stallgebäudes im Jahre 1851 das volle Interesse des Pfarrers May in Anspruch nahm, so war ihm der etwa 30 Jahre später notwendig gewordene Um- und Erweiterungsbau des Pfarrhauses infolge seines schon hohen Lebensalters mehr eine Last als ein Vergnügen.

General-Kirchenvisitationen, durch den Erzbischof von Prag, bei denen jedesmal das Sakrament der hl. Firmung erteilt wurde, sind in der langen Amtsperiode des Pfarrers May viermal vorgenommen worden: 1846 durch den Fürst-Erzbischof Alois Josef, Freiherrn von Schrenk, 1856, 1868 und 1883 durch den Fürst-Erzbischof und Kardinal Friedrich von Schwarzenberg. 1846 und 1856 mußten die Firmlinge des hiesigen Kirchspieles nach Reinerz.*) — Die Veranstaltungen zur Feier des auf den 13. Juni fallenden Festes der Antoniusbruderschaft waren stets umsomehr eine Lieblingsangelegenheit des Pfarrers May, weil dieser Tag zugleich sein Namenstag war. Ganz besonders glanzvoll gestaltete sich die Feier des Bruderschaftsfestes am 13. Juni 1862, dem zweihundertjährigen Gedenktage des Bestehens der Bruderschaft.

Aus Anlaß seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums im Jahre 1877 erhielt Pfarrer May den königl. Kronenorden III. Klasse. Schon seit Jahren zum fürsterzbischöflichen Notar ernannt, wurde dem Priesterjubililar der Titel eines fürsterzbischöflichen Konfistorialrates verliehen. In noch körperlicher und geistiger Müdigkeit hatte er den Vorzug, sieben Jahre später, am 13. Mai 1884, auch sein fünfzigjähriges Pfarrjubiläum feiern zu können. Zwei Jahre danach, am 29. August 1886, starb er. Eine leichte Lungenentzündung war die unmittelbare Todesursache. Auf der geschichtlichen Gedenktafel der hiesigen Pfarrer wird er stets einen Ehrenplatz einnehmen.

Der Amtsnachfolger des Pfarrers Anton May war August Anlauf, vorher Oberkaplan in Neurode. Das ihm entgegengebrachte Vertrauen und die auf ihn gesetzten Erwartungen fanden sehr bald in der ganzen Pfarodie die ärgsten Enttäuschungen. Seine Gewissenhaftigkeit in der Ausübung seiner pfarramtlichen Tätigkeit fand volle Anerkennung, dagegen unterhielt er überzeugungsvoll ein außeramtliches Verhältnis, das mit wenigen Ausnahmen von allen als ein krankhafter Irrtum angesehen wurde. Jedenfalls litt Pfarrer Anlauf an hochgradiger Nervosität und war vielleicht mehr zu bedauern als zu verurteilen. Sein Bestreben, auch andere zum Glauben an den Asketismus einer auf seine Veranlassung hierher gezogenen Frau, die getrennt von ihrem Manne lebte, zu bekehren, stieß umsomehr auf allgemeinen Widerspruch, als man bei dieser Frau die Überzeugung vom Gegenteil gewann. Den wiederholten Beschwerden beim Konfistorium folgten wiederholte Untersuchungen und Zeugenvernehmungen und schließlich 1889 die Versetzung des Pfarrers nach Königswalde. Die betreffende Frau zog nach Patzschau. Pfarrer Anlauf wurde nach nicht langer Zeit dienstunfähig. Er fand Aufnahme im Krankenhaus zu Wünschelburg, wo er starb.

Sein Nachfolger im hiesigen Pfarramt ist der gegenwärtige Pfarrer, Herr Romuald Proßke. Er war vordem Oberkaplan in

*) Am 26. Juni 1881 empfingen 124 Kinder aus der hiesigen Schule das Sakrament der hl. Firmung durch den damaligen Bischof Josef Johann Pais von Königgrätz im Nachbarstädtchen Gießhübel.

Habellschwerdt. Bei seinem Einzug am 13. November 1889 wurde er in festlichster Weise empfangen. Die Hoffnung auf die Wiederkehr des früher gewohnten, nie durch ein Mißverhältnis gestörten Einvernehmens zwischen Pfarrer und Parochianen wurde vollauf erfüllt. Gewissenhaft in der Erfüllung seiner pfarramtlichen Pflichten erfreut sich Herr Pfarrer Proste der Ergebenheit aller seiner Kirchfinder. Freundlich, fast freundschaftlich gegen jedermann, unterhält er gleichwohl keinerlei gesellschaftliche Beziehungen und widmet außeramtlich seine Zeit und sein volles Interesse der Landwirtschaft unter Wahrnehmung aller Kulturforschritte der Neuzeit auf diesem Gebiete. Die einst gerühmten landwirtschaftlichen Erfolge von Pfarrer May sind längst überholt; insbesondere sind infolge der durch Herrn Pfarrer Proste vorgenommenen Drainage der Wiesen die Erträge der Geernteten mindestens verdoppelt worden. Der Neubau der Scheuer auf einem geeigneten Platze der Widmut wurde zur anerkannten Notwendigkeit. — Die Niederlassung des Konventes der Grauen Schwestern hieselbst hat Herr Pfarrer Proste in die Wege geleitet und sich dadurch die Stadt und Umgegend zu Dank verpflichtet. — Seit dem mehr als zehnjährigen Bestehen des hiesigen Gesellenvereins war er dessen Ehrenpräses. — Schon früher mit dem Expositorium canonicale ausgezeichnet, erhielt er im Jahre 1901 die Ernennung zum fürsterzbischöflichen Notarius. — Es waren zwölf Jahre vergangen, als hier am 24. Juni 1895 wieder eine General-Kirchenvisitation abgehalten wurde, bei welcher Gelegenheit durch den Kardinal und Fürst-Erzbischof von Prag, den Herrn Reichsgrafen von Schönborn, etwa tausend Personen das Sakrament der heiligen Firmung empfangen.

Ein Kapital zur Instandhaltung der Johanneskapelle ist nicht vorhanden. Was zur inneren Ausstattung des Kirchleins in späterer Zeit geschah, war hauptsächlich das Verdienst der Kapellenwärter Jakob Lorenz, Franz Langer und Seidel, die teils aus eigenen Mitteln, teils mit Inanspruchnahme anderer Beihilfe für die Ausschmückung der ihrer Aufsicht unterstellten Kapelle Sorge trugen. Die Kreuzwegbilder innerhalb der Kapelle beschaffte Franz Langer und die außerhalb im Waldegrün schön gelegenen Kreuzwegstationen errichtete mit ansehnlichem Kostenaufwand und zumeist aus eigenen Mitteln der Kapellenwärter Seidel. Im Laufe der Jahre waren Dachstuhl und Bedachung höchst schadhast geworden. Es mußte eine gründliche Reparatur erfolgen, wenn nicht das Gebäude eine Ruine werden sollte. Inbezug auf die Verhinderung eines solchen Falles gab es in der Gemeinde keine Meinungsverschiedenheit. Der Kaufmann und Beigeordnete Eduard Peschke übernahm die Sammlung freiwilliger Beiträge. Ein erfreulicher Erfolg krönte seine eifrigen Bemühungen. Die Reparatur des schadhastigen Dachstuhles, die Schieferbedachung und die Erneuerung des Türmchens mit Knopf und Kreuz erforderten einen Kostenaufwand von 2000 Mark, der durch das Ergebnis der Sammlung gedeckt werden konnte. Am 30.

Juni 1889 wurden Knopf und Kreuz in kirchlich feierlicher Weise aufgesetzt. Herr Pfarrer Proskes fand die Kapelle bei seinem Amtsantritte schon in renoviertem Zustande. Er trug Sorge dafür, die innere Ausstattung derselben mit der freundlichen äußeren Erscheinung in den gegenwärtig bestehenden Einklang zu bringen. Nicht wünschenswert und durch freiwillige Beiträge zu ermöglichen ist noch die Beschaffung einer neuen Orgel oder eines entsprechenden Harmoniums. Herrn Pfarrer Proskes Vorliebe für die Kapelle findet ganz besonders die dankbare Anerkennung der Kirchengemeinde durch seinen Eifer, mit dem er im Verlauf des Jahres dort kirchliche Funktionen abhält. Dies ist von keinem seiner Vorgänger bekannt.

Die letzte Zählung hat einen abermaligen Rückgang in der Zahl der Parochianen ergeben. Es wurden 4618 Kirchkinder gezählt; vor 10 bis 15 Jahren waren deren fast tausend mehr.

Die konfessionelle Minderheit im Städtchen zählt etwas über dreißig Protestanten. Auch in einigen Dorfschaften des Kirchspieles befinden sich einzelne evangelische Familien. Die meisten in Sackisch. Die letzteren gehören zur Pfarrgemeinde in Straußeneh, die übrigen sind der Gemeinde in Reinerz zugeteilt. Für dieselben werden abwechselnd im Schlosse zu Wellenau und im Schöffensaale des hiesigen Amtsgerichtes an vorausbestimmten Tagen des Jahres durch den in Gudowa angestellten Vikar Gottesdienste abgehalten. Die hiesigen, wie auch die evangelischen Schulkinder der nächstgelegenen Ortschaften erhalten wöchentlich einmal konfessionellen Religionsunterricht im hiesigen Schulhause durch den evangelischen Lehrer in Sackisch. Sonst besuchen sie die betreffende Ortschule.

Die Schulverhältnisse.

Die durch die Städteordnung vom Jahre 1808 vorgeschriebene Errichtung von Schuldeputationen gewährte den Gemeinden einen gesetzlichen Einfluß auf ihre Schulverhältnisse und erweckte ein höheres Interesse für eine ihrer wichtigsten Angelegenheiten. Zu jener Zeit amtierten an der hiesigen Schule noch der Schulmeister Franz Franke und der Kantor Josef Rube. Die beiden ersten Lehrer an der hiesigen Schule waren von jeher zugleich Kirchenbeamte und als Küster und Glöckner angestellt. Inbezug auf den Chordienst leitete der erste, später der Chorregent genannt, die Kirchenmusik, der Kantor war, wie noch heut, zunächst der Organist. Franke wurde 1810 inhabil. Sein Nachfolger Franz Reinelt wurde bei seiner Anstellung verpflichtet, ihm aus seinem Stelleneinkommen eine jährliche Pension von 80 Gulden Realmonze zu zahlen. Derartige Abfindungen dienstunfähig gewordenen Lehrer durch den Amtsnachfolger sind erst in der Neuzeit, seit Erlass des Lehrerpensionsgesetzes, für immer beseitigt worden. Kantor Rube starb 1818. An seine Stelle trat der hier angestellte Hilfslehrer Josef Reinelt. Nachdem schon längere Zeit der Neubau eines Schulhauses in Aussicht genommen worden war, erfolgte endlich im Oktober 1822 die seither

verzögerte Einigung der Kontribuenten. Mit Bewilligung der Königl. Regierung wurde jedoch der Anfang des Baues noch zwei Jahre stiftiert. Es sollte damit Zeit zu einer entsprechenden Ansammlung der Baukosten gewonnen werden. Ehe jedoch der Schulbau in Angriff genommen wurde, traten noch einige die hiesigen Schulverhältnisse betreffende Veränderungen ein. Wenn das Einkommen der beiden hiesigen Lehrer überhaupt schon das denkbar niedrigste war, so bestand hier obendrein noch die althergebrachte, für den Lehrer überaus schmachvolle Art und Weise der Erhebung desselben. Das für die Kinder festgesetzte Schulgeld — es betrug für die städtischen Kinder wöchentlich 1 Sgr. — mußte von den Schülern an einem bestimmten Tage der Woche dem Lehrer abgeliefert werden. Die dabei vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sind selbstverständlich. Ob die verbleibenden Reste von anderer Seite gedeckt wurden, ist nicht bekannt. Daß vor allem durch die bestehende Einrichtung die Stellung des Lehrers auf das Niveau eines Tagelöhners herabgesetzt wurde, kam nicht in Betracht. Dieses unwürdige Besoldungsverhältnis wurde zu Anfang des Jahres 1824 abgeschafft. Jeder der beiden Lehrer erhielt aus der Kämmereikasse ein jährliches Fixum von 50 Talern. Das Schulgeld für die Dorf-kinder wurde erhöht und, wie früher schon, von den Ortsschulzen in vierteljährigen Terminen an die Lehrer abgeliefert. Es vergingen fast dreißig Jahre, ehe die eingeschulten Gemeinden verpflichtet wurden, ihre Beiträge zum Lehrergehalt an die Kämmereikasse abzuführen, so daß die Lehrer ihr ohnehin kleines Einkommen nicht mehr vielfach geteilt, sondern im ganzen an nur einer Stelle erheben konnten. Die sonstigen Bezüge der Lehrer bestanden nach wie vor in den Einkünften aus dem Chor-, Küster- und Glöcknerdienst, wozu auch die Wettergarben, der Neujahrs- und Gründonnerstags-Umgang gehörten. Die Benutzung des Schulgrundstückes hatte der erste Lehrer als Entschädigung für die Führung der Kirchenbücher und sonstigen Kirchenschreibereien. Im April 1824 wurden beide Lehrerstellen neu besetzt. Franz Meinelt hatte eine bessere Stelle in Gabelschwerdt erhalten; Josef Meinelt war gestorben. Zu ihren Nachfolgern waren die beiden Brüder Wilhelm und Johann Rathsmann boziert worden. — Im Oktober wurde das alte, hölzerne Schulhaus niedergerissen. Zu Lehrklassen und Lehrerwohnungen waren die erforderlichen Räumlichkeiten in einigen Bürgerhäusern gemietet worden. Im Jahre 1825 wurde der Neubau des Schulhauses begonnen. Der Bau wurde in Entreprise gegeben und den Entrepreneurs, Bürgermeister Lehmann, Rämmerer Ardelst und Stadtverordneten-Vorsteher Elsner für das Mindestgebot von 5187 Talern übertragen. Die Ausführung des Baues, der auf 5400 Taler veranschlagt war, wurde dem Maurermeister Alois Langer und dem Zimmermeister Anton Stephan übergeben. Im Monat Juli des folgenden Jahres wurde der Bau vollendet und das Schulhaus bezogen. Die kirchliche Einweihung des Gebäudes erfolgte in

aller Stille erst im Januar 1827 bei Gelegenheit des Neujaarsumganges, der in diesem Jahre das letzte Mal gehalten wurde. Für den Ausfall der Einnahme aus dem Neujaarsumgange erhielten die Lehrer aus der Kämmereikasse eine jährliche Entschädigung von zwölf Talern. Auch die eingepfarrten Dorfschaften zahlten einen fixierten Abfindungsbetrag. — Zur Beschaffung des Heizungsmaterials für die Lehrklassen und Lehrerwohnungen entrichtete jedes Kind aus der Stadt jährlich vier Silbergroschen, die an einem bestimmten Tage von den Lehrern einkassiert wurden. Von den eingeschulten Dorfschaften wurde dagegen an Holzgeld nach einer alten Obervanz insgesamt der geringe Betrag von 2 fl. 12 Sgr. beigetragen. Bei dieser unzulänglichen Entschädigung waren die Lehrer genötigt, einen Teil des Brennmaterials aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Sechszehn Jahre lang war über diese Angelegenheit nutzlos hin- und hergeschwieben worden, bis endlich 1834 aufgrund einer Verordnung der königlichen Regierung eine anderweitige Regulierung der Holzentschädigung erfolgte. Die früher von den Schülern abgelieferten Holzgeldbeträge wurden nicht mehr erhoben und den Lehrern eine Holzentschädigung von jährlich 36 Talern bewilligt, wozu die Stadt zwei Drittel und die Dorfschaften ein Drittel beizutragen hatten.

Auf Anordnung der königlichen Regierung mußte im Jahre 1836 wegen Überfüllung der Schule noch eine dritte Lehrklasse errichtet werden. Das erforderliche Lehrzimmer war vorhanden; eine Wohnung für den Lehrer konnte im Schulhause noch notbedürftig eingerichtet werden. 80 Taler Gehalt und 20 Taler Holzgeld erwarteten den berufenen Stelleninhaber, den seitherigen Adjunkten Arnold Behnert. Später hat man derartige, wenn auch noch besser dotierte Posten, Junger-Anfängerstellen genannt. Behnert hatte aber das Unglück, trotz seiner Befähigung, von seinem Jungerposten nicht erlöst zu werden. Im Jahre 1837 starb, erst 36 Jahre alt, der erste Lehrer und Chorrekter Rathsmann, zu dessen Nachfolger der bisherige Schullehrer in Wiebersdorf, Josef Stritzky, vom Magistrat bezogen wurde. Wenn in unserer gegenwärtigen Zeit, zunächst wegen Lehrermangel, nicht selten eine vierklassige Schule mit nur drei, beziehungsweise eine fünfklassige Schule mit vier Lehrern besetzt ist, amtierten damals und durch eine Reihe von Jahren an der hiesigen dreiklassigen Schule fünf Lehrer. Anderswo, z. B. in Meinerz, war es bei gleichen Verhältnissen ebenso. Ein Überschuß von Lehrkräften war deshalb keineswegs vorhanden. Das Gegentheil würde der Fall gewesen sein, wenn die anderweitig eingeschulten Dorfschaften schon damals ihre eigenen Schulen gehabt hätten. Die Tatsache, daß hier wie auch in anderen kleinen Städten an einer dreiklassigen Schule fünf Lehrer angestellt waren, erklärt sich folgendermaßen. Die Abhaltungen der beiden ersten Lehrer vom Schuldienst infolge der Ausübung ihrer kirchlichen Funktionen hatten früher keine behördliche Beachtung gefunden. Erst als dies der Fall war, wurde die Anstellung von Adjunkten oder Schulgehilfen

angeordnet. *) Die Besoldung derselben, die vor sechzig Jahren noch nicht mehr als 25 Taler jährlich betrug, zahlte die Schulgemeinde. Kost und Wäsche gab der an der Schule angestellte selbständige Lehrer. Eine Adjubantenstube zur Wohnung war im Schulhause meistens vorhanden. Der hiesige Rektor und Kantor hatten je einen Adjubanten. Während der Kantor demselben nur Verköstigung und Wäsche zu leisten hatte, war der Rektor außerdem auch zur Besoldung seines Gehülfen verpflichtet. Die Adjubantenstube bewohnten beide Kollegen gemeinschaftlich. Holz zur Beheizung des Lokales wurde von keiner Seite geliefert. Jedermann wußte, wohin nach und nach der zusammenbrechende Baum eines Nachbargartens während eines Winters verschwunden war. — An anderen Orten war der bei einer Schule angestellte Adjubant der verantwortliche Lehrer an der ihm überwiesenen Klasse. Hier galten die Adjubanten zunächst nur als Gehülfen, in Wirklichkeit aber versahen sie den Schuldienst voll und ganz für andere, den Rektor und Kantor, die, wenn sie nicht kirchliche Funktionen zu versehen hatten, ihre Hände behaglich in den Schoß legen konnten, ohne jede Mitwirkung im Dienste des eigentlich ihnen überwiesenen Schulamtes. Dies Sonderverhältnis bestand bis 1862. In diesem Jahre wurde in der Schule eine vierte Lehrerstelle errichtet. Die Adjubanturen wurden aufgehoben. Der neuangestellte Lehrer war ein sogenannter selbständiger Adjubant mit einem Jahres-einkommen von 145 Talern. Schulklasse und Lehrerwohnung wurden im Hause Nr. 27 am Ringe gemietet. In den Jahren 1847 bis 1849 starben alle drei an der hiesigen Schule angestellten Lehrer: Lehnert am 4. März 1847, Rathsmann am 4. Juni 1848 und Strigky am 4. April 1849. Ihre Stellennachfolger waren: a) als erster bezw. Hauptlehrer und Chorrektor: Amand Siegel, vorher Kantor und zweiter Lehrer hier selbst. Er erhielt 1857 den Organistenposten an der Pfarrkirche in Glax, wo er 1862 starb. Ernst zahlte von 1857 bis 1894. Er amtierte an der hiesigen Schule seit 1846, zuerst als Adjubant, dann als dritter und zweiter Lehrer, bezw. als Kantor. Er starb am 29. September 1897 nach Ablauf von kaum drei Jahren seines Ruhestandes an einem viel-jährigen Bruchleiden im Alter von 73½ Jahren. Zahlte war von hervorragender Zuberlässigkeit in allen Zweigen des Kirchengdienstes. Der neueren Richtung der Kirchenmusik gegenüber verhielt er sich konservativ. Wilhelm Mader, der Verfasser dieser Chronik, von 1894 bis 1899. Seine Wirksamkeit im öffentlichen Schuldienst gehörte ausschließlich der hiesigen Schule an. Erst neunzehn Jahr alt, wurde er 1847 an der Oberklasse als Adjubant angestellt. Bei eintretenden Vakanzten erfolgten seine Beförderungen. Von den hiesigen Bürgern, die hier geboren wurden und die hiesige Schule besuchten, sind nunmehr auch die ältesten seine Schüler gewesen. In der letzten Zeit seines Schulamtes hatte er Schülerinnen, deren Groß-

*) In frühester Zeit wurden sie vom Volke an manchen Orten „Schul-fnechte“ genannt.

mütter es auch gewesen waren. Von allen hier angestellten Lehrern erreichte keiner die Dienstjahre von Zahlten und Mader. Zahlten hat 50 Jahre überhaupt und davon 48 hier selbst, Mader dagegen fast 52 Jahre ausschließlich an der hiesigen Schule amtiert. Franz Schmidt, zuerst Hilfslehrer in Rückers, seit 1871 an die hiesige Schule berufen, amtierte er hier als vierter, dritter und zweiter Lehrer und seit 1899 als Hauptlehrer und Chorrektor. — b) die Nachfolger des zweiten Lehrers und Kantors Rathsmann waren Amand Siegel von 1848 bis 1849, Ernst Zahlten bis 1857, Franz Köhler bis 1876. Er erhielt in diesem Jahre die Berufung als Hauptlehrer und Chorrektor nach Wünschelburg, wo er 1898 starb. Ihm folgten hier Wilhelm Mader bis 1894, Franz Schmidt bis 1899. Der gegenwärtige Inhaber der zweiten Lehrer- und Kantorstelle ist Anton Klesse. c) Die Nachfolger von Arnold Lehner als dritte Lehrer waren Ernst Zahlten, Wilhelm Mader, Franz Schmidt, Anton Klesse und seit 1898 Rudolf Schlombs. — An der 1862 errichteten vierten Lehrerstelle amtierten die selbständigen Adjunkten Franz Gröger, der 1864 aus dem Schuldienst entlassen wurde, Theodor Welzel bis 1869, Heinrich Klesse bis 1870 und Reinhard Prause bis 1871. In diesem Jahre wurde die Stelle zur selbständigen Lehrerstelle erhoben. Der erste Inhaber derselben war Franz Schmidt. Ihm folgten Anton Klesse und seit 1898 Friedrich Prause. — An der 1879 eröffneten fünften Lehrerstelle waren angestellt: Richard Sanke, später in Hartau und Frankenstein, wo er starb, Franz Herden, der 1883 nach Neumarkt und von dort nach Hirschberg versetzt wurde, Rudolf Schlombs, Friedrich Prause, Franz Jettel, der am 1. April 1902 als Lehrer und Küster nach Sackisch berufen wurde. Sein Nachfolger ist der gegenwärtig amtierende Lehrer Paul Schröer.

Die gegenwärtige Organisation der hiesigen Schule besteht seit 1889. Die Schüler der Ober- und Mittelstufe wurden nach dem Geschlecht in eine obere und mittlere Knaben- und Mädchenklasse getrennt. Die Unterstufe ist zweiklassig mit je einem Jahrgang. Die Schule ist mithin sechsklassig mit fünf Lehrern. Der fünfte Lehrer ist Ordinarius in beiden Klassen der Unterstufe. Die übrigen Lehrer, mit Ausnahme des Hauptlehrers, sind ihm beim zweiten Jahrgange substituiert, weshalb für diese Klasse nachmittäglicher Unterricht eingerichtet wurde, während die übrigen Klassen nur vormittäglichen Unterricht haben.

Die Einkommenverhältnisse der hiesigen Lehrer waren in früherer Zeit, wie überall, ausschließlich abhängig von der Leistungsfähigkeit der verpflichteten Schulgemeinde. Was in Lelwin von dieser Seite vielleicht guter Wille nicht versagt hätte, konnte aus Mangel an Mitteln nicht prästiert werden. Die dringend, fast schreiend notwendig gewordenen Aufbesserungen erfolgten auch hier erst mittelst staatlicher Beihilfen. Die namhafteste Aufbesserung brachte die

Gehaltsregulierung vom Jahre 1873. Das Einkommen der vier hier angestellten Lehrer wurde auf 400, 350, 300 und 200 Taler festgesetzt. Außerdem erhielten der erste Lehrer 30, der zweite und dritte je 25 Taler an Dienstalterszulage. Die Feuerungsentschädigung betrug gleichmäßig für jeden Lehrer 21 Taler. Den beiden ersten Lehrern, Chorregent und Kantor, wurde ein Teil ihres kirchlichen Einkommens, soweit sie dasselbe nach einem sechsjährigen Durchschnitt angegeben hatten, im Gehalt angerechnet. Das war immerhin ein bedeutender Fortschritt gegen die Besoldungsverhältnisse vor 30 bis 40 Jahren. Damals bezogen die beiden ersten Lehrer je 50 Taler Fixum und zusammen 36 Taler an Holzgeldentschädigung. Dazu trat die kleine Barentschädigung für den längst abgeschafften Neujahrsumgang und das Einkommen aus den kirchlichen Auktionen. Wenn sie aber demgegenüber die Verpflichtung hatten, je einen Adjunkten ganz oder teilweise zu unterhalten, dann ist das Fazit gewiß selbstverständlich. Die Besoldung des dritten Lehrers, bestehend aus einem Gesamteinkommen von 100 Talern jährlich, verdient nur wegen ihrer jämmerlichkeit einer Erwähnung. Eine Naturallieferung, welche die beiden ersten Lehrer in ihrer Eigenschaft als Glöckner von den Wirtschaftsbesitzern aus den Dorfschaften des Kirchspiels zu beanspruchen hatten, kam erst in den fünfziger Jahren aufgrund des Rentenbankgesetzes durch deren Ablösung in Wegfall. Dies waren die Wettergarben. Dieselben waren eine Realabgabe der Bauern und Feldgärtner für das in alter Zeit bei aufsteigenden Gewittern übliche Glockengeläut. Das aus den Garben entspringende Einkommen charakterisierte sich, umsomehr als die Garben eingesammelt und nicht geliefert wurden, gerade so wie die Umgänge zu Neujahr und am Gründonnerstage, kaum anders als eine privilegierte Bettelsteuer. Wenn die Bauern hauptsächlich wegen derartigen unmittelbaren Naturallieferungen, die durchweg ungern und in bezug auf die Wettergarben in der schlechtesten Beschaffenheit geliefert wurden, sich nicht selten damit brüsteten, daß sie den Schulmeister „erhalten“ müßten, so war diese Auslassung ebenso sehr der Ausdruck der Geringschätzung als des Unmutes. Wie tief der Standpunkt der sozialen Stellung des Lehrers unter solchen Umständen noch damals gelegen haben mag, ist leicht begreiflich. Obgleich der Wert der eingesammelten Wettergarben von geringer Bedeutung war, so bildeten sie doch einen Bestandteil des Einkommens der Lehrer, worauf sie, wenn nicht wegen dem Ausfall, so doch aufgrund ihres rechtmäßigen Anspruches nicht Verzicht leisten durften, als ihnen die Verpflichteten Anfangs der vierziger Jahre die Garben verweigerten. Mehrere von den Berechtigten eingereichte Beschwerden blieben umsomehr ohne jeden Erfolg, als das königliche Landratsamt den ihnen durch Genußzettel gesicherten Anspruch nicht anerkannte, sondern sich auf den Standpunkt der verpflichteten Gemeinden stellte, die, weil im Jahre 1810 das Wetterläuten durch Regierungsverordnung aufgehoben worden sei, die Wettergarben nur als einen arbitrierenden Bestandteil

des Einkommens der betreffenden Lehrer bezeichneten. Infolge einer Beschwerde an die Königl. Regierung wurde das Landratsamt zur exekutivischen Vertreibung der verweigernden Garben veranlaßt. Als dieselbe nach langer Verzögerung endlich erfolgte, beschritten die Verpflichteten den Rechtsweg. Freilich ohne jeden Erfolg. Fast drei Jahre waren verstrichen. Die Wettergarben mußten weiter geliefert werden, bis ihre Ablösung erfolgte.

Bei der Tatsache, daß sich das relative Maß der Bedürfnisse stets gesteigert hatte, während sich der Geldwert verminderte, würde die Aufbesserung der hiesigen Lehrergehälter vom Jahre 1873 auch nach dem Maße bescheidener Ansprüche immer noch nicht den Zeit- und Ortsverhältnissen entsprechend gewesen sein, wenn nicht durch die Durchführung der bis auf 500 M. gesteigerten Alterszulagen das Lehrereinkommen eine mehr befriedigende Erhöhung gefunden hätte. Durch das Lehrerbefoldungsgesetz vom Jahre 1897 wurde das gegenwärtig bestehende Einkommen der hiesigen Lehrer geordnet: 1000 M. Grundgehalt, 130 M. Alterszulage, die in neun Stufen den Höchstbetrag von 1170 M. erreicht, und freie Wohnung. Das Einkommen des Chorrektors und Kantors aus ihren Kirchenämtern ist mit je 172 M. ins Gehalt gerechnet, jedoch ev. mit 500 M. pensionsberechtigt. Bei der Pension kommt auch noch der abgeschätzte Wert der freien Wohnung in Berechnung und für den Hauptlehrer außerdem noch 150 M., die er als Leiter der Schule bezieht. Aus dem Umstande, daß das Pensionsgesetz dem Lehrerbefoldungsgesetz voranging, erklärt es sich, daß der vier Jahre früher pensionierte Hauptlehrer und Chorrektor Zahlen eine nicht unerheblich niedrigere Pension bezog als sein Nachfolger Mader.

Das Schulreglement vom Jahre 1801 hatte die Einrichtung von Schulinspektionsbezirken angeordnet. Die hiesige Schule gehörte zum Inspektionsbezirk II des Kreises Gläz. Die Kreis Schulinspektoren waren bis zum Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes im Jahre 1875 die Pfarrer Schneider-Lewin, Breithner-Reinerz, May-Lewin, Paquot-Gläz und Weber-Gläz. Die Ortsaufsicht über die hiesige und die anderen Schulen des Kirchspiels übte, wie überall, entsprechend Titel 12 § 12 des Allgemeinen Landrechtes, der Ortspfarrer. Seit Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes bildet der Kreis Gläz nur einen Schulinspektionsbezirk unter weltlichen Schulinspektoren. Es folgten nacheinander Schröter, Dr. Stange und der gegenwärtige, im ganzen Kreise beliebte Schulinspektor, Herr Schulrat Illgner. Im Jahre 1876 wurde infolge der Maigesetze in der sogenannten Kulturkampfszeit dem Pfarrer May die Lokalaufsicht über die Schulen seiner Pfarrei und sowohl ihm als auch seinen beiden Kaplänen Anst und Geyer die Befugnis zur Erteilung des Religionsunterrichtes entzogen. Ein positiver Anlaß zu diesen Maßregeln ist nicht bekannt geworden. Die Ortsschulinspektion über die hiesige Schule wurde dem damaligen Bürgermeister Schäche übertragen. Inbezug auf die Dorfschulen im Kirchspiel zeigte sich der Mangel an geeigneten

Persönlichkeiten. Einer der ernannten Ortsschul-Inspektoren war ein Postverwalter, der einst Lehrer werden wollte, aber die Aufnahmeprüfung ins Seminar nicht bestand. Ein anderer war zwar ein recht tüchtiger Kaufmann, allein die Berechnung eines Regels, womit bei der Osterprüfung der Lehrer einer Dorfschule ihm zu imponieren suchte, lag außerhalb seines Horizontes. Zwei andere waren die Besitzer des größten Bauergutes im Dorfe. Ihre Berufung zur Ortsschulaufsicht war gewiß nur ein Nothbehelf. Der Personenwechsel in der Lokalaufsicht über die hiesige Schule war für dieselbe insofern vorteilhaft, als der Ortsinspektor in seiner Eigenschaft als Bürgermeister leichter und unmittelbarer wie vordem veranlassen konnte, was im Interesse der Schule erforderlich war. Schädliches Nachfolger in der hiesigen Ortsschulaufsicht waren Kaplan Geher bis zu seiner Berufung als Pfarrer in Ullersdorf, nächstdem Pfarrer Anlauf für die kurze Zeit seines Hierseins und seit seinem Abgang der gegenwärtige Bürgermeister Zimmol, dem auch die Lokalinsektion über die Schulen in Sackisch, Gellenau, Tanz, Jauernig, Kaltwasser und Tassau übertragen ist. Die Übernahme von Ehrenämtern hat immer das Interesse für die betreffende Sache zur Voraussetzung, das in diesem Falle vollauf vorhanden ist. — Von außerordentlichen Revisionen der hiesigen Schule durch Kommissarien der königlichen Regierung ist aus früherer Zeit nichts bekannt. Die erste derartige Revision wurde 1857 durch den Regierungsschulrat Barthel abgehalten; spätere Revisionen erfolgten 1864 durch den Provinzialschulrat Dr. Stieve, 1874 durch den Regierungsschulrat Züttner, einige Jahre später durch den Regierungsrat Dr. Ganssen und zuletzt durch den Regierungsrat, jetzigen Geheimrat Herrn Thais. Die vorhandenen Revisionsberichte, der letzte ausgenommen, lassen die allseitige Befriedigung über den Standpunkt der hiesigen Schule erkennen.

Die Revision durch den Regierungsrat Barthel hatte eine kleine Aufbesserung des Stelleneinkommens der Lehrer und eine Änderung in der inneren Organisation der hiesigen Schuleinrichtung zur Folge. Die Kinder aus den eingeschulten Dorfschaften waren von jeher zum vor- und nachmittäglichen Schulbesuch verpflichtet. Durch eine Verfügung der königlichen Regierung wurden sie vom nachmittäglichen Schulbesuch entbunden. Den Eltern der Dorfkinder war diese Anordnung allerdings recht willkommen, allein den schon früher in Folge unregelmäßigen Schulbesuches bestandenen geringeren Fortschritten der Dorfschüler wurde damit ein direkter Vor Schub geleistet. Diese Einrichtung wurde erst 1882 auf Antrag des Kreisschulinpektors Dr. Stange aufgehoben und der jetzt bestehende ungeteilte Unterricht nur in die Vormittagsstunden verlegt, wobei alle Schüler gleichmäßige Berücksichtigung finden.

In dem von der königlichen Regierung infolge der Schulrevision durch den Regierungsrat Züttner erlassenen Berichte wurde schon darauf hingewiesen, auf eine noch weitere Vermehrung der Lehrkräfte

Bedacht zu nehmen. Der Bericht, welcher der Schule und ihren Lehrern zur Ehre gereichte, hatte folgenden Wortlaut:

Breslau, 10. Juli 1874.

„Es gereicht uns zur Befriedigung, dem Magistrat zu eröffnen, daß die am 4. Mai vorgenommene außerordentliche Revision der dortigen Stadtschule sowohl in betreff der Externa als auch rücksichtlich der Interna ein recht günstiges Resultat geliefert hat. Unser Kommissarius hat gern wahrgenommen, daß das neue, erst im vorigen Jahre vollendete Schulgebäude hohe, helle, geräumige und mit dem notwendigen Lehr- und Lernapparat ausgestattete Zimmer hat, daß sämtliche vier Lehrer ihren beruflichen Pflichten mit anerkanntenswerter Treue und mit einem erfreulichen pädagogischen Geschick nachkommen und daß die Kinder größtenteils durch ihre Haltung, ihre Aufmerksamkeit, ihre Redefertigkeit, ihr Wissen und Können in allen Unterrichts-Disziplinen einen entschieden guten Eindruck machen und zu der Hoffnung berechtigen, daß bei unausgesetztem gleichem Streben aus ihnen brave Christen, patriotisch gesinnte Bürger und brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft einst werden.“

Damit die Schule aber ihrem Zwecke auch fernerhin in der bisherigen Weise entspreche, wird der Magistrat nicht umhin können, auf eine Vermehrung der Lehrkräfte jetzt schon Bedacht zu nehmen, weil die Besorgnis nicht ungerechtfertigt ist, daß bei noch größerer Zunahme der schulpflichtigen Kinder, die in Aussicht steht, auch die tüchtigsten Lehrkräfte auf die Dauer erlahmen müssen.“

Der kursorischen Revision durch den Regierungsrat Gansen folgte die Anstellung des fünften Lehrers und die jetzt bestehende Klasseneinteilung der hiesigen Schule und die damit im Zusammenhang stehende Umgestaltung der Stoffverteilungspläne.

Lewin besitzt neben dem seit 1824 bestehenden Schul- und Klosterhause seit 1873 das neue Schulgebäude. Die Unterhandlungen, die sich anfänglich nur auf einen Erweiterungsbauplan des alten Schulhauses richteten, schließlich aber zum Neubau führten, begannen bereits im Jahre 1867. Die Initiative ging in anerkanntenswerter Weise von den unmittelbaren Schulinteressenten und nicht, wie es in der Regel notwendig wird, von der Schulaufsichtsbehörde aus. Den Anlaß gab die Befürchtung einer möglicherweise unerwartet eintretenden Auflösung des Mietverhältnisses mit der Besitzerin des Hauses Nr. 27, in dem sich seit 1862 ein Klassenlokal nebst Lehrerwohnung befand. Das sonst ansehnlichste Gebäude in der Stadt befand sich in einem höchst vernachlässigten Zustande. Einen Teil des Daches hatte der Sturm heruntergeworfen und durch die Decke des Schullokales sickerte der Regen. Die Besitzerin hatte weder den Willen noch die Mittel, die baulichen Verbesserungen vorzunehmen; sie beabsichtigte vielmehr den Verkauf von Haus und Grundstücken. Durch den Verkauf würde das Pachtverhältnis aufgelöst worden sein. Der deshalb zunächst projektierte Erweiterungsbauplan des alten Schul- und Klosterhauses wurde von der Königl. Regierung nicht genehmigt,

und der gleichzeitig mit der eingereichten Zeichnung gestellte Antrag auf das Patronatsdrittel unter Hinweis auf § 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1846, betreffend den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser, wurde abgelehnt. Damit ward die Schulbauangelegenheit aufgehalten, bis im Jahre 1869 durch Verfügung der Königl. Regierung die infolge der vermehrten Kinderzahl notwendig gewordene Errichtung einer fünften Klasse angeordnet wurde. Damit mußte die Schulbaufrage wieder aufgenommen werden. Es sollte auf die Herstellung von sechs Klassen nebst Lehrerwohnungen Bedacht genommen werden. Durch einen Erweiterungsbau, der überdies schon abgelehnt war, ließ sich dies nicht ermöglichen. Deshalb beschloß man die Errichtung eines ganz neuen Gebäudes, das vier Klassenlokale und zwei Lehrerwohnungen enthalten sollte. Mit den Lokalitäten des alten Schulhauses erhielt man somit nicht bloß fünf Klassen und fünf Lehrerwohnungen, sondern noch obendrein eine sechste Lehrklasse für eine spätere, nicht absehbare Zeit. Die Königl. Regierung genehmigte den Bauplan und drängte nunmehr zur Ausführung desselben. Ein geeigneter Bauplatz wurde durch Erwerbung von zwei an das Schulgrundstück anstoßenden Gartenparzellen der Häuser Nr. 28 und 29 mit Hinzunahme eines Stückes des vom Kantor benutzten Schulgartens gewonnen. Der Erwerbspreis betrug 960 Mark. Zeichnung und Kostenanschlag waren vom hiesigen Maurermeister Hoffmann geliefert worden, dem auch die Ausführung des Baues übertragen wurde. Die Gesamtkosten desselben mit Einschluß der erforderlichen Subsellien beliefen sich auf 22986 Mark, von denen nach dem seit alter Zeit bestehenden Verhältnis die Stadt $\frac{2}{3}$ und die eingeschulten Dorfschaften $\frac{1}{3}$ zu übernehmen hatten. Die Stadt entnahm zur Bestreitung der Baukosten aus der Provinzial-Hilfskasse ein Darlehen von 15000 Mark, das mit $4\frac{1}{2}$ Prozent verzinst und dergestalt zurückgezahlt werden sollte, daß am 1. Juli der ersten zehn Jahre von 1873 bis incl. 1882 jedesmal 600 Mark und am 1. Juli der nächstfolgenden zehn Jahre von 1883 bis incl. 1892 jedesmal 900 Mark getilgt würden. Im April 1872 wurde der Bau begonnen; am 4. Mai erfolgte die feierliche Grundsteinlegung. Der Grundstein, an der linken Ecke der Vorderfront, enthält in einer Blechkapsel verschiedene Münzen und eine vom Lehrer Mader verfaßte Urkunde, welche bei der Festlichkeit verlesen wurde. Im Jahre 1873 wurde der Bau vollendet. Am 2. September, dem Gedenktage der Schlacht von Sedan, fand die feierliche Einweihung statt, womit ein Kinderfest verbunden wurde.

Schon im Jahre 1871, noch vor Beginn des Schulbaues, hatte der Magistrat eine endlose Reihe von Gesuchen eröffnet, die zumeist an die Königl. Regierung, zum teil auch an den Oberpräsidenten oder an das Kultusministerium gerichtet waren und den Zweck hatten, zum Schulhausbau ein Gnadengeschenk in Höhe des durch das Gesetz vom 21. Juli 1846 ausfallenden Patronatsdrittels zu erwirken. Diese Petitionsperiode dauerte bis zum Jahre 1876. Die dann und

wann erfolgenden Bescheide ließen zumeist wenig Geneigtheit erkennen, der Angelegenheit des Petenten den erbetenen Vorschub zu leisten. Im April des Jahres 1872 erklärte ein Ministerialerlaß, daß die Stadt über 15 000 Mark Provinzial-Hilfsgelder verfüge und somit im Besitz der erforderlichen Mittel sei. Daß dieses Kapital nur erborgt und in bestimmter Zeit wieder zurückgezahlt werden mußte, war außer Betracht gelassen worden. Im März 1873 äußerte die Königliche Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Erwirkung eines Gnadengeschenktes, jedoch müsse erst die Prästationsunfähigkeit nachgewiesen werden, obschon gerade wenige Tage vorher wegen Gehalts-erhöhung der Lehrer durch Einsendung der Prästations Tabellen die betreffenden Nachweisungen geliefert worden waren. Im Juli desselben Jahres erklärte die Regierung, es dürfte auf ein Gnadengeschenk kaum zu rechnen sein, weil der Bau des Schulhauses vor Bewilligung desselben in Angriff genommen worden sei, wobei übersehen wurde, daß die Königliche Regierung selbst wiederholt und sogar mit Androhung von Ordnungsstrafen gefordert habe, die Inangriffnahme des Baues zu beschleunigen. Auf weitere Gesuche erfolgte im November 1873 der Bescheid, daß die Königl. Regierung für die gesamte Schulgemeinde eine Staatsunterstützung von 9000 Mark zum Schulhausbau erbeten habe, daß aber die Entscheidung hierauf vom Herrn Minister noch nicht eingegangen sei. Auf das sofort vom Magistrat an das Ministerium gerichtete Schreiben erfolgte im Januar 1874 der Vorbescheid, dasselbe sei der Königlichen Regierung in Breslau zur Verständigung des Magistrats über die Lage der Sache überandt worden. Es wurden nunmehr wieder verschiedene Berichte eingefordert, worüber weitere zwei Jahre verstrichen, bis endlich unterm 26. Juli 1876 der Königlichen Regierung durch das Kultusministerium eröffnet wurde, daß zur Bestreitung des Kostenanteils, den die sechs Landgemeinden Zärker, Krzischney, Klein-Georgsdorf, Nerbotin, Löschney und Ruttel beizutragen haben, ein Gnadengeschenk im Betrage von 2000 Mark Allerhöchsten Ortes erbeten werden solle. Am 21. August 1876 wurde der Schulvorstand durch das Königliche Landratsamt hiervon benachrichtigt und unterm 15. Februar 1877 zur Einreichung der auf die Regierungs-Hauptkasse in Breslau ausgestellten Quittung über den genannten Betrag aufgefordert. Dieser Erfolg fünfjähriger Bemühungen, bei denen die Unverdroffenheit des Bürgermeisters Bach alle Anerkennung fand, erregte in der Stadt ebensoviel Enttäuschung, als er von den interessierten Dorfschaften mit Befriedigung vernommen wurde. In die Spitze der städtischen Verwaltung war inzwischen eine neue Kraft berufen worden. Bürgermeister Bach würde vielleicht nicht mehr die Lust und Energie gehabt haben, sich in dieser Angelegenheit noch weiter zu bemühen. Sein Nachfolger, Bürgermeister Schäche, nahm jedoch dieselbe mit dem Interesse, das von einem soeben zur Leitung der Kommunalverwaltung berufenen Manne erwartet werden konnte, nochmals in die Hand. Ein im Februar 1878 an den Kultus-

minister Dr. Falk gerichtetes Gesuch um Erwirkung eines Gnadengeschenktes für die Stadt Lewin, das an Gründlichkeit und Klarheit in der Darstellung aller Verhältnisse nichts zu wünschen übrig ließ, wurde gleichwohl abschläglich beschieden. Es wurde angeführt, daß Allerhöchste Gnadengeschenke für bereits ausgeführte Schulbauten in der Regel nicht gewährt würden, daß die Verhältnisse der Stadt Lewin nicht als so ungünstig anzuerkennen wären und die eingetretene Belastung auf ein Maß beschränkt sei, das durchaus nicht ungewöhnlich erscheine und schließlich wurde darauf hingewiesen, daß ev. auf eine angemessene Verlängerung der Tilgungsfrist des für den Bau kontrahierten Darlehens Bedacht genommen werden könnte. Darauf unternahm im März 1879 Bürgermeister Schäche den Versuch, der noch übrig blieb. Er richtete unter Beifügung aller diese Angelegenheit betreffenden Schriftstücke ein Immediatgesuch an Se. Majestät, den Kaiser. Dasselbe wurde dem Finanzministerium übergeben und von diesem an die Königliche Regierung in Breslau zum Bericht übersendet. Im September desselben Jahres erfolgte endlich der Bescheid durch das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, daß, während die früher, zuletzt im Jahre 1878, angestellten Ermittlungen die Verhältnisse der Stadt Lewin nicht so ungünstig erscheinen ließen, um die Gewährung eines Gnadengeschenktes zu rechtfertigen, die jetzigen Erhebungen allerdings einen Rückschritt in der Leistungsfähigkeit der Einwohnerschaft erkennen lassen. Mit Rücksicht darauf wurde der Stadt zur Deckung ihres Antheiles an den Kosten des Schulbaues ein Allerhöchstes Gnadengeschenk von 3000 Mark mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Betrag zur Tilgung der von der Stadt bei der Provinzial-Hülfskasse aufgenommenen Schuld verwendet werden solle.

Als bei den Volksschulen die Einführung des Turnunterrichtes angeordnet wurde, ermangelte an vielen Orten der Turnlehrer. In der hiesigen Schule wurde das Turnen im Jahre 1861 obligatorisch in den Lektionsplan aufgenommen. Mädcheturnen ist bis hent ausgeschlossen. — Der Handfertigkeitsunterricht für Mädchen gelangte 1862 und der Handfertigkeitsunterricht für Knaben 1894 zur Einführung. — Der Anfang zur Begründung einer Schülerbibliothek wurde infolge behördlicher Anordnungen 1884 durch die Bewilligung von 60 Mark aus der Schulkasse gemacht. Für die Erhaltung und Vermehrung der Bibliothek bemühte sich ausschließlich der damalige Kantor und spätere Hauptlehrer Mader. Er vermittelte in seiner Eigenschaft als Direktor des Vorschußvereins aus dem Reingewinn des Vereins eine ansehnliche jährliche Zuwendung. Bei seinem Abgang im Jahre 1900 zählte die Bibliothek gegen 700 Bändchen. Eine zweite Schule im Kreise Glatz hatte einen solchen Bestand nicht aufzuweisen.

In neuerer Zeit erhielt die hiesige Schule einige Zuwendungen. Im Jahre 1868 hinterließ der Bürgersohn August Gaud derselben letztwillig ein Legat von hundert Talern. Die Zinsen werden nach

seiner Bestimmung an seinem Todestage an fünf arme, fleißige Schüler verteilt. Der in Wünschelburg im Jahre 1898 verstorbene em. Hauptlehrer Köhler hinterließ lektwillig der Schule in Wein ein Kapital von 3000 Mark. Die Zinsen werden nach der Bestimmung des Stifters zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für arme Schulkinder verwendet. Die Nutznießung des Kapitals trat nach dem Tode der Frau des Erblassers, der zwei Jahre darauf erfolgte, in Kraft. Köhler hatte von 1857 bis 1876 als Lehrer und Kantor an der hiesigen Schule und Kirche amtiert. Wenn er sich hier durch seine amtliche Tätigkeit, zumal als Lehrer, ein dankbares Andenken hinterlassen hat, das jedenfalls so lange bestehen wird, als Schüler von ihm existieren werden, so hat er sich durch seine Stiftung ein Denkmal gesetzt, das ihm eine dauernde bis in die fernste Zukunft reichende Erinnerung sicher stellt. Köhler war als Lehrer ebenso befähigt als pflichtgetreu und als Christ und Staatsbürger, überhaupt als Mensch von seltener Vollkommenheit. Es möge nicht den Eindruck machen, als habe er sich diesen Nachruf durch seine Stiftung erkauft. Seine Stiftung kann in der Chronik der hiesigen Schule nicht unerwähnt bleiben; was aber von ihm rühmend hervorgehoben worden ist, hat er in Wirklichkeit verdient. — Die letzte Zusage erhielt die Schule durch den in diesem Jahre verstorbenen Beigeordneten und Vorstehenden des Schulvorstandes, den Kaufmann Eduard Peschke. Sie beträgt hundert Mark, deren Zinsen jährlich an zwei arme Schüler zur Verteilung kommen sollen.

Nicht aus der vorhandenen Schulchronik, die erst 1824 angelegt wurde, sondern aus pfarramtlichen Nachrichten ist ermittelt, daß die hiesige Schule schon im Jahre 1650 zweiklassig gewesen ist. Dabei blieb es nahezu zwei Jahrhunderte. So lange Schlesien und die Grafschaft Glatz zu Österreich gehörten, war der Schulzwang ein unbekannter Begriff. Später mag die Durchführung desselben vieles zu wünschen übrig gelassen haben. Noch später, nachdem die Schulversäumnisse bestraft wurden, nachdem mit der zunehmenden Bevölkerung die Zahl der schulpflichtigen Kinder größer wurde, Klassenüberfüllungen im Interesse des Unterrichtes immer weniger stattfinden durften, erfolgte überall die Vermehrung der Schulklassen und die Errichtung neuer Schulsysteme. So auch hier. Die gegenwärtig sechsklassige Schule wurde freilich erst 1836 dreiklassig, aber die Einrichtung der weiteren drei Klassen vollzog sich in ziemlich rascher Aufeinanderfolge, trotzdem im Jahre 1876 die eingeschulte Gemeinde Jauernig ihr eigenes Schulsystem erhielt. Die Vermehrung der Schülerzahl hielt damit nur bis zum Jahre 1881 einen entsprechend gleichen Schritt. Das Schuljahr begann mit 471 Schülern. Das war die höchste erreichte Zahl. Von einer unzulässigen Überlastung der Lehrer konnte dabei noch keine Rede sein. Seit 1881 ist die Abnahme der Schülerzahl dauernd geworden. Im Schuljahr 1895/96 war sie bis auf 286 zurückgegangen. Dieselbe hat sich bis jetzt in ziemlich gleicher Höhe gehalten. Das vorige

Schuljahr begann mit 290 Schülern. Es entfallen somit durchschnittlich auf keine der vorhandenen sechs Klassen 50 Schüler. Mit Berücksichtigung der stattlichen Schulräume, der ausreichend vorhandenen Lehr- und Lernmittel und der bestehenden Regelmäßigkeit des Schulbesuches ist durch die Gesamtheit der günstigen äußeren Verhältnisse die Grundlage geboten, auf der die angestellten Lehrer bei ihrem Eifer und ihrer Pflichttreue den internen Standpunkt der hiesigen Schule, der seit Jahren keine Anerkennung gefunden hat, fortdauernd erhalten werden.

Die Abnahme der Schülerzahl hat ihre Ursache im Rückgange der Bevölkerungsziffer, der sich bei einer Reihe von Volkszählungen in Stadt und Umgegend jedesmal herausgestellt hat. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse der Handweberei drängten schon seit langer Zeit insbesondere jüngere Leute zur Auswanderung in die erwerbsreicheren Industriegegenden. Unter gleichen Verhältnissen geschah anderswo ganz dasselbe.

Die Schützengesellschaft.

Das jährliche Königsschießen ist zu allen Zeiten als ein beliebtes Bürger- und Volksfest begrüßt worden. Nur Kriegsjahre oder sonst drückende Zeitverhältnisse ließen zuweilen eine Unterbrechung in der Abhaltung des Festes eintreten. Zu den Jahren von 1806 bis einschließlich 1809, wie auch 1813 und 1814 dachte man kaum an die Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen. Von 1815 ab fand keine Unterbrechung statt bis zum Jahre 1855, in welchem wegen allgemeiner Erwerbslosigkeit kein Königsschießen abgehalten wurde. Aus dieser Zwischenzeit ist eines Unglücksfalles zu gedenken. Am 16. Oktober 1822 wurde nach einem eben beendeten Freischießen der Zieler Josef Hoffmann vom Pfropfen des losgehenden Völlers getroffen und getötet. Das Unglück war von ihm selbst durch unvorsichtige Abnahme des Völlers verursacht worden.

Von besonderer Wichtigkeit in den Annalen der Schützengilde ist das Jahr 1865. Ein Säkulum war seit der Errichtung derselben verlaufen. In allgemeiner Übereinstimmung wurde die Feier eines Jubelfestes beschlossen. Zunächst wurde das jährliche Königsschießen mit besonderen Festlichkeiten und unter allgemeiner Teilnahme der ganzen Bürgerschaft abgehalten. Das Städtchen prangte im Fahnen-schmuck, die Häuser waren bekränzt, und die Straßen mit grünen Bäumchen geziert. Am Vorabende verkündigten Völlerschüsse, Musik und illuminierte Häuser die Bedeutung des kommenden Tages. Am frühen Morgen wieder Freudenschüsse, Musik und Festzug in die Kirche. Aus der Kirche begab sich der Festzug in die Wohnungen des Schützenkönigs, Maurermeisters Hoffmann, und der beiden Schützenjunioren Ardelet und Stephan, wo je eine der Schützenfahnen ausgehangen wurde. Ardelet war bereits seit 63 Jahren Mitglied der Schützengilde. Der Auszug ins festlich geschmückte Schießhaus erfolgte mittags 12 Uhr. Voran gingen Aufstellung vor

dem Gange des Schützenkönigs, Festrede des Chorrektors Zählten, Festlied, verschiedene Hochs auf Se. Majestät, die städtischen Behörden und die Schützengilde. Die Beteiligung beim Schießen am Jubeltage war für alle Berechtigten Ehrensache. Als Jubelkönige wurden am ersten Tage Zimmermeister Stephan und am zweiten Tage Müllermeister Günzel eingeführt. Jeder erhielt eine silberne Erinnerungsmedaille.^{*)} Aus Rücksicht auf die Beteiligung auswärtiger Gilden, die zumeist ihr Königsschießen ebenfalls an Pfingsten abhalten, war die eigentliche Feier des Jubelfestes in den Tagen vom 16. bis incl. 19. Juli veranstaltet worden. Von auswärtigen Gilden waren die von Reinerz und Wunschelburg vollzählig mit Musik und Fahnen erschienen, die Gilden aus Glatz und Habelschwerdt waren durch Deputationen vertreten. Zu ihrem Empfange war die Stadt in festlicher Weise durch Fahnen, Kränze, Bäumchen, Guirlanden und Ehrenpforten geschmückt. Zum Festplatz hatte man die städtischen Ziegeleiwiesen gewählt. Außer einer großen Schießhalle waren hier Zelte und Buden errichtet worden. Lebhaftes Volkstreiben herrschte an allen vier Festtagen. Das Wetter strahlte im heitersten Sonnenglanz. Das Städtchen hatte kaum jemals ein glänzenderes Fest gefeiert. In der Schießhalle waren die Büchsen in unausgesetzter Tätigkeit. Nach drei Scheiben wurde beständig geschossen. Jeder strebte nach der Ehre des besten Schusses. Die Würde des Festkönigs erwarb Ziegelmeister Brosig aus Reinerz. Außer dem ihm zufallenden Gewinne erhielt er eine Erinnerungsmedaille. Herr von Mutius auf Gelsenau überwies die ihm zukommende Schießprämie von 25 Talern der hiesigen Armentasse. Ein veranstaltetes Festessen mit Festreden und Festliedern, allgemeine Illumination und großer Zapfenstreich gehörten zu den selbstverständlichen Bestandteilen des Jubelfestes. Dasselbe sollte indes kein ungetrübtes Ende nehmen. Ein kleiner, während der Illumination am Ringe abgebrannter Feuerwerkskörper war auf das Schindeldach des Hauses Nr. 4 (heut Hotel Schmidt) niedergefallen und hatte bereits angefangen, dasselbe in Brand zu setzen. Es gelang zum Glück, das Aufkommen des Feuers zu verhindern, aber mit der Feststimmung war es vorbei. Der letzte Teil des Programms, der geplante Festball, blieb unerledigt.

Beim Ausmarsch der Schützen am Pfingstmontage des Jahres 1870 ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Der Zug bewegte sich unter Vorantritt der Musik an der Unterseite des Ringes entlang, als eine Kutsche von der Vorstadt herein in scharfem Trabe herangesprengt kam. Alles wich dem Gespann aus, bis auf den an der Spitze des Zuges gehenden Zieler Anton Rabe. Er hatte, etwas schwerhörig, und infolge der rauschenden Musik, der er unmittelbar voranging, den heranrollenden Wagen nicht gehört und wurde von dem, wenn nicht rücksichtslosen, so doch ganz unaufmerksamen Wagenlenker

^{*)} Die Auszeichnung des ersten und zweiten Schützenkönigs mit einer Medaille bezw. einem silbernen Kreuz wurde 1866 für immer zum Beschluß erhoben.

niedergefahren und schwer verlegt. Die größte Enttäuschung erfüllte die zahlreichen Augenzeugen gegen den Inhaber des Gepans, einen Sohn des Barons von Falkenhausen auf Wallisfurth. Er trug, ohne daß gerichtliche Beihilfe in Anspruch genommen werden durfte, alle entstandenen Kosten. Die längere Zeit dauernde Erwerbsunfähigkeit des Zielfers soll indes dabei nur eine dürftige Entschädigung gefunden haben. — Der in anderen Städten bereits bestehende Brauch der Beteiligung der Schützengilde bei offiziellen Festlichkeiten, insbesondere an patriotischen Gedenktagen, besteht hier seit dem Jahre 1877. — Die Beteiligung der Gilde mit Fahne und Musik bei der Beerdigung eines verstorbenen Mitgliedes wurde 1880 zum Beschluß erhoben. — Ein bei der jährlichen Generalversammlung der Schützen durch den Kommissarius, Bürgermeister Schäche, gestellter Antrag, durch öftere, im Jahre sich wiederholende Zusammenkünfte das Bewußtsein der genossenschaftlichen Zusammengehörigkeit besser zu pflegen, wurde gern angenommen. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß für solche Zusammenkünfte ebensowenig Interesse als Bedürfnis vorhanden war.

Im Jahre 1882 kamen die üblichen Morgenständchen, die seither am Pfingstmontage dem Bürgermeister, den Schützenkönigen und Schützenältesten gebracht wurden, durch Majoritätsbeschluß in Wegfall. Indes nicht lange. Die Lücke im Festesjubil wurde sehr bald durch Wiedereinführung der Ständchen wieder ausgeglichen. Die neueste Schützenfahne stammt aus dem Jahre 1883.

Die längst geltende Bestimmung, daß am ersten Tage des Königsschießens jeder Schütze, wenn ihn nicht Krankheit oder eine notwendige Reise verhindert, zu seiner Schießlage verpflichtet ist, erhielt durch einen Beschluß vom Jahre 1898 insofern eine Abänderung, als für Mitglieder der Gilde, die 65 Jahr alt geworden sind, diese Verpflichtung nicht mehr besteht.

Die Stellvertretung beim Schießen war von jeher üblich. Seit 1899 muß jedoch infolge eines zum Beschluß erhobenen Antrages der Königsschuß persönlich geleistet werden. Im Falle der Stellvertretung entfällt darauf der dritte Gewinn.

Gegenwärtig zählt die Gilde 62 Mitglieder.

Die Leinwand- und Baumwollenwaren-Fabrikation.

Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts erfreute sich die hiesige Leinwandfabrikation noch ziemlich günstiger Konjunkturen, schon die beste Zeit längst vorüber war. Im Jahre 1803 waren in der Stadt 181 Stühle im Gange, 70 standen schon außer Tätigkeit. Der Ausbruch des Krieges im Jahre 1806 legte das Geschäft ganz lahm. Wenn sich auch nach der Beendigung des Krieges die Fabrikation wieder etwas hob, so brachte der Befreiungskrieg bald neue Störungen. Die hiesigen Flachs-, Garn- und Leinwandmärkte wurden zwar fortgesetzt, aber der Verkehr stand in einem ganz ungünstigen Verhältnis zum Geschäftsumfange früherer Zeit. Nach

einem amtlichen Nachweis vom Jahre 1809 wurden in diesem Jahre auf dem Wochenmarkte 2008 Kloben Flachs, 3237 Schock Garn und 25775 Schock Leinwand, letztere für den Preis von 126445 Talern, verkauft. In günstigen Zeiten überstiegen diese Zahlen das Doppelte. Auch nach dem Befreiungskriege kam die hiesige Leinenweberei nicht mehr empor; denn 1818 waren in Lewin nur noch 63 Stühle in Tätigkeit, 181 standen außer Betrieb. In diesem Jahre waren in der Stadt nur noch 3778 Schock Leinwand gefertigt worden. Das aufgrund des Gesetzes vom 2. Juni 1827, betreffend die polizeilichen Verhältnisse des Leinengewerbes, hieselbst errichtete Leinwandschauamt, dem die Prüfung der Leinwand, der Weifen und Weberblätter übertragen wurde, konnte auf die Hebung der Leinenfabrikation nicht mehr den gewünschten Einfluß haben, da sich die Weber bereits allgemein der neu eingeführten Baumwollentweberei zugewandt hatten, bei der sie von der Unbequemlichkeit einer amtlichen Kontrolle befreit blieben. Das Leinwandschauamt in Lewin bestand aus einem fachkundigen Dirigenten und zwei Schaumeistern. Dieselben versammelten sich an jedem Leinwand-Markttag in ihrer Amtsstube und verweilten hier in ihren dienstlichen Verrichtungen bis nach beendigter Marktzeit. Eine nennenswerte Tätigkeit hat das Schauamt nicht mehr entfalten können; denn nach einer amtlichen Mitteilung des Magistrats an die Königl. Regierung vom 12. Februar 1830 wurden zum hiesigen Wochenmarke kaum noch einige Schock Leinwand zum Verkauf gebracht. Noch in demselben Jahre hörten die hiesigen Wochenmärkte ganz auf. Einige Jahre darauf wurden die Garnbänden am Ringe abgetragen, und damit verschwanden die letzten Erinnerungszeichen an einen Erwerbszweig, der über hundert Jahre hier betrieben wurde.

Daß in der Periode der hiesigen Leinwandfabrikation am Orte ein kleiner, wohlhabender Kreis von Kaufleuten emporkam, hat schon Erwähnung gefunden. Außerdem, daß sie für mancherlei kirchliche oder wohlthätige Stiftungen mehrfach offene Hände hatten, haben sie in bedrängten Zeiten in mehreren Fällen mit ihren Mitteln der Stadt über fatale Verlegenheiten hinweggeholfen und dadurch ihren löblichen Lokalpatriotismus bewiesen. Als im Jahre 1807 der Magistrat von Lewin den Befehl erhielt, innerhalb 10 Tagen zur Vermeidung militärischer Exekution 2506 Taler Kriegskontribution an die französische Intendantur in Breslau abzuliefern, wäre diese Exekution unvermeidlich gewesen, wenn nicht die Kaufleute die Mittel und den Willen gehabt hätten, den größten Teil des Betrages zu bezahlen. Bei einer im Jahre 1810 ausgeschriebenem Zwangsanleihe wurden die hiesigen Kaufleute doppelt so leistungsfähig beurteilt als die Stadt. Während diese nur 307 Taler zur Anleihe beizutragen hatte, wurden auf die Leinwandhändler 600 Taler repartiert. Den Gegensatz bildeten die Weber. Bei den mit der Zeit immer tiefer herabgedrückten Erwerbsverhältnissen hatten sie bei allgemein ungünstigen Zeitverhältnissen immer zunächst und am meisten zu leiden. Als über die in den Kriegsjahren 1813—15 von hier geleisteten

freiwilligen, patriotischen Gaben von der königlichen Regierung ein spezieller Nachweis eingefordert wurde, bemerkte in dem begleitenden Anschreiben der hiesige Ratmann Besser, „daß sich das tiefe Gefühl für König und Vaterland gewiß tätiger und allgemeiner würde ausgesprochen haben, wenn nicht der größte Teil der Bewohner Bettelarme, durch verdienstlose Jahre ganz herabgekommene Weber gewesen wären.“

Etwa seit 1830 wurde die Baumwollenweberei die Hauptbeschäftigung in Stadt und Umgegend. Der Erwerb bei der Leinwandweberei war zuletzt so gering geworden, daß sich die Weber sehr gern für die neue Fabrikation einzurichten suchten. Eingeführt wurde dieselbe zuerst durch das Brüderhaus und die Firma J. G. Mirbt in Gnadenfrei, welchen die Firma Lindheim folgte. Die Weber wurden nunmehr ausschließlich Lohnarbeiter. Jede Firma hatte in der Gegend ihre Vertreter. In je einem Sacke lieferte das Geschäftshaus an dieselben das zu einem Stück erforderliche Garn zur Ablieferung an den Weber, wogegen dieser in demselben Sacke das fertige Stück an den Geschäftsvermittler (Agenten) zur Weiterbeförderung an die Firma zu verabsolgen hatte. Der Agent zahlte den Lohn aus, hatte aber mit der Zuteilung des Garnes nichts zu tun. Die Ausgebereien, die sowohl Garn als Lohn an den Weber verabsolgt, entstanden erst später. Die Weber nannten jene anfängliche Art ihrer Beschäftigung die Sackarbeit und fühlten sich dabei verhältnismäßig zufrieden. Die Arbeit war leichter und der Lohn besser als früher bei der Leinwandweberei. Der wöchentliche Verdienst betrug für einen gewöhnlichen Weber 6,60 Mark; tüchtige Arbeiter verdienten bis 15 Mark. Wenn heut ein sehr tüchtiger Weber denselben Erwerb zu erschwingen vermöchte, so würde er, dem damaligen Geldwert gegenüber, schlechter gestellt sein. Zu einem Stück wurde in der ersten Zeit durchweg mehr Garn geliefert, als hinein verarbeitet werden konnte. Der Überschuß wurde vom Weber verkauft oder auch angesammelt, bis er hinreichendes Material beisammen hatte, ein vollkommenes Stück herzustellen, das er zu seinem Nutzen verwertete. Zu diesem nicht erlaubten Verfahren wurden die Weber gewissermaßen erzogen. Es ist anfänglich vorgekommen, daß einzelne das überschüssige Garn im Sacke dem fertigen Stücke zur Rücksendung an die Firma beifügten. Für ihre Ehrlichkeit wurden sie durch einen Lohnabzug gestraft, weil angenommen wurde, daß das Stück schlecht gearbeitet wäre. Die anderen lachten; denn ihre Arbeit erhielt den vollen Lohn, und den Garnüberschuß hatten sie obendrein.*) Als die Ausgebereien eingerichtet worden waren, sicherte sich zunächst der Ausgeber seinen Anteil von dem Überschuß an Wolle, der vorher dem Weber zugefallen war. Die Ausgeberei verstand sich bald genug auf die genauere Berechnung des erforderlichen Garnes, und der Weber erhielt eben nur so viel, als zur Herstellung eines guten

*) Persönliche Mitteilung eines sehr alt gewordenen Webers an den Verfasser.

Stückes hinreichend war. Da er aber von dem bereits gewohnten Vorteil nichts einbüßen wollte, suchte er sich denselben auf Kosten der Güte des Gewebes anzueignen. Mit der Zeit lernten auch die Geschäftsunternehmer die Zutat zu einem Stücke genauer festzustellen, und mit Anwendung der Lupe kontrollierten sie die Verwendung des gelieferten Garnes. Allein trotz Lohnabzügen und Arbeitsentziehung ließ der Weber nicht von seiner gewohnten Art, zu der er sich nach seiner angeeigneten Auffassungsweise nun einmal berechtigt glaubte. Diese sittliche Korruption, die nicht selten vor den Strafrichter führte, war nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen. Bei der gegenwärtigen Fabrikation, der eine sehr genaue Berechnung des zu einem Gewebe erforderlichen Garnes zu Grunde liegt, ist kaum noch für den geschicktesten Weber die Möglichkeit vorhanden, ein paar sogenannte „Schneller“ von dem gelieferten Material zu erübrigen.

Die ersten 10 bis 12 Jahre hielt sich das Gewerbe der Baumwollentweberei in gleichmäßigem Gange. Mit Hinzurechnung des überschüssigen Garnes hatten die Weber trotz der gerade nicht hohen Lohnsätze das ihren bescheidenen Ansprüchen genügende Auskommen, aber auch nicht mehr. Darum kam mit den Arbeitsstörungen in den Jahren 1844, 1846—48, 1854—56 auch sogleich der Notstand, zumal in den Jahren 1847, 1852, 1855—56, als sich mit der Arbeitslosigkeit noch eine allgemeine Teuerung der Lebensmittel vereinigte. In Lewin waren im Jahre 1847 von 271 ansässigen Familien 159 unterstützungsbedürftig, und dies waren durchweg Weber. Dieselbe Notlage herrschte in den Dorfschaften, besonders in Tischerbeney, wo nach den Vorgängen in Langenbielau, Peterswaldau und Hausdorf der Versuch eines Weberkrawalls in Szene gesetzt wurde.

Im Jahre 1844 wurden infolge des Notstandes unter den schlesischen Webern und Spinnern an verschiedenen Orten Weber-Unterstützungsvereine gegründet. In Lewin bestand ein Zweigverein, dessen Zweck Bürgermeister Wolff mit Eifer zu fördern bestrebt war. Arbeitslosen Webern gab der Verein Beschäftigung; die Gewebe suchte er möglichst vorteilhaft zu verwerten. Zur Beschaffung billiger Lebensmittel wurden vom Verein Kartoffeln und Mehl in größeren Quantitäten angekauft und den Webern zu billigen Preisen überlassen. Im Jahre 1846 gründete der Verein eine Spinnschule. Diese Anstalt sollte den Zweck haben, der hiesigen Gegend durch die vervollkommnete Handspinnerei einen neuen Erwerbszweig zuzuführen und der herrschenden Arbeitslosigkeit soviel als möglich Abhilfe zu schaffen. Der Erfolg dieser Unternehmungen entsprach jedoch nicht den gehegten Erwartungen. Im Jahre 1847 hatten sich der Unterstützungsverein und die Spinnschule bereits wieder aufgelöst.

Im Jahre 1868 waren in der Stadt noch 194 Stühle im Gange, 42 standen außer Tätigkeit. Mit der Entstehung der Maschinenweberei hörte nach und nach die Fabrikation der sogenannten glatten Ware durch die Handwebestühle gänzlich auf. Die Weber

mußten sich, wenn sie nicht unbeschäftigt sein wollten, auf die bunte Ware einzurichten suchen. Sie verfertigten, wie noch heute, Züchen, Schürzen, Inletten, Kleiderstoffe, Taschentücher und hatten dabei den Vorteil eines besseren Lohnes. Jedoch nur für einige Jahre. Seitdem der Maschinenstuhl auch in den genannten bunten Geweben konkurriert, ist die Handweberei zur Verarbeitung des minderwertigen Garnes verurteilt; denn für die Maschine ist nur das beste Gespinnst gut genug. Es läßt sich fast behaupten, daß sich die Existenz der noch bestehenden Handweberei nur auf den Umstand gründet, daß sie auch geringeres Garn zu verarbeiten vermag. Freilich geht es oft mühsam genug! Dazu kommt noch, daß auch der Weberlohn ganz von der Maschine abhängig ist. Das Stück des Handwebers darf nicht teurer kommen, als es die Maschine liefert. Dabei muß das Gewebe zur Vermeidung von Lohnabzügen vollkommen tadellos sein. In jenen Gegenden, wo die Handweber ihre Arbeit unmittelbar an den Fabrikanten, den Arbeitgeber, abliefern können, beispielsweise in Langenbielau, sind die Lohnverhältnisse günstiger als hier; denn die Fracht darf das Gewebe nicht verteuern und muß mittelbar durch niedrigere Lohnsätze vom Weber getragen werden. Eine kleine Verbesserung der Lage unserer Weberbevölkerung dürfte zu erwarten sein, wenn durch den bereits in Angriff genommenen Eisenbahnbau billigere Warentransporte geschaffen sein werden. Vielleicht kommt dann auch die Zeit, wo mit der Errichtung von Fabriken unsere Weber am Maschinenstuhl lohnenderen Erwerb finden, als es jetzt am Handwebestuhl der Fall sein kann.

Es ist den hiesigen Webern oft der Vorwurf gemacht worden, daß sie an dem Bestehen ihrer Notlage selbst die Schuld tragen, weil sie ihre Kinder immer wieder für den Webestuhl erziehen. Dieser Vorwurf ist längst nicht mehr berechtigt. Obgleich es dem Weber, der jahrelang von dem Erwerbe nur eines Stuhles seine Familie kärglich ernährt hat, gar nicht zu verargen ist, wenn er danach verlangt, daß seine heranwachsenden Kinder an einem zweiten oder dritten Stuhle das wöchentliche Einkommen zu verbessern helfen, so suchen dennoch schon seit Jahren die Söhne der Weber in anderen Gegenden, besonders in bergmännischer Tätigkeit besseren Erwerb, während die Töchter vielfach in größeren Städten in dienstliche Stellungen eintreten. Ein Teil der Mädchen findet während der Saison in den benachbarten Bädern lohnendes Unterkommen und wird dadurch in die Lage versetzt, die Weberei im Winter als einen bloß nebenächlichen Erwerbszweig zu betreiben. Ein anderer Teil der Mädchen, die sonst an den Webestuhl verwiesen waren, erlernt in der hier seit dem Jahre 1897 bestehenden königlichen Städtischen feineren weibliche Handarbeiten und dadurch die Befähigung zu einem Erwerb, den sie der Arbeit am Webestuhl vorziehen. Bei der stetig im Rückgang begriffenen Handweberei würden übrigens bei derselben recht viele Hände überhaupt keine Beschäftigung mehr finden. Somit ist durch die bestehenden Verhältnisse der erwünschte

Ausgleich herbeigeführt worden. Freilich ist dabei die auch hier wie überall bestehende Leutenot bei der Landwirtschaft noch größer geworden. Dieser Übelstand hat durch die mehr allgemein gewordene Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen einigermaßen Abhilfe gefunden.

In einem Jahresbericht der Handelskammer in Schweidnitz wurde einst die Fähigkeit getadelt, mit der die Weberbevölkerung an ihrer gewohnten Beschäftigung festhält. Es wurde darauf hingewiesen, daß noch in der feineren Leinentweberei eine erfolgreiche Konkurrenz mit der mechanischen Weberei möglich sei und daß dort, wo es gelungen sei, die Leinentweberei auf seine Spezialitäten einzurichten, die Weber sich in einer vergleichsweise besseren Lage befänden. Derartige Berichte von kompetenter Seite haben gewiß dazu beigetragen, die Bestrebungen der königlichen Staatsregierung für die Erhaltung und Hebung der Handweberei durch die Errichtung von Weberei-Lehrwerkstätten zu fördern. Die hiesige Lehrwerkstätte, zu deren Unterhalt Kreis und Stadt eine Beihilfe zahlen, besteht seit 1896. In derselben sind acht Stühle aufgestellt. Der Weberlehrer erteilt theoretischen und praktischen Unterricht. An ganz bedürftige Lehrlinge werden während ihrer Lehrzeit, so lange sie nichts erwerben können, Stipendien gezahlt.

Ein verbesserter Webestuhl ist nach und nach auf Staatskosten in der ganzen Gegend zur Einführung gelangt. Alle Webestühle und sonstigen zur Weberei erforderlichen Requisiten stehen, soweit sie staatliches Eigentum sind, unter der Aufsicht des Weberlehrers, der auf Verlangen auch stets bereit ist, den Webern Rat und Unterweisung zu erteilen. Die Herstellung durchweg besserer Gewebe und zum Teil anderer Sorten als früher gearbeitet wurden, sind der Weberei-Workstätte direkt und indirekt gutzuschreiben. Auf eine Hebung betreffend den Umfang des Gewerbes oder die Lohnverhältnisse hat sie keinen Einfluß, dagegen läßt sich behaupten, daß in der ganzen Gegend der noch überhaupt vorhandene Bestand der Weberei als Hausindustrie, soweit nicht infolge von Überfüllung der Lagervorräte eine Arbeitsverminderung eintritt, ein wesentliches Verdienst der Weberei-Lehrwerkstätte ist. Der Rückgang der Handweberei ist am besten nachgewiesen durch die Zahl der noch im Betriebe befindlichen Stühle. Nach der letzten Ermittlung waren in der Stadt nicht mehr hundert Stühle im Gange. Der Rückgang beträgt gegen früher mehr als fünfzig Prozent. Die hier gefertigten Gewebe sind hauptsächlich Militärlieferungen in Baumwolle. Auf einigen Stühlen wird ein dichtes Gewebe aus Seide zu Pulverfäcken gearbeitet. Vollauf beschäftigt sind gegenwärtig auch die tüchtigsten Weber nicht mehr. Zum Mangel an Arbeit kommt die Herabsetzung der Arbeitslöhne. Es ist kaum noch zweifelhaft, daß die Handweberei endgiltig ihrem Untergange entgegengeht. Derselbe ist bislang durch die Errichtung von Weber-Lehrwerkstätten wie auch durch die Verbesserung an Handwebestühlen und Weberentzillen noch aufgehalten worden, aufzuhelfen wird aber damit dem Industriezweige nicht mehr sein.

Die Steuerverhältnisse.

Die unserem Staate seit 1807 aus seinen Verpflichtungen gegen Frankreich erwachsenden, ungewöhnlichen Bedürfnisse machten mancherlei Forderungen an die Untertanen zur unvermeidlichen Nothwendigkeit. Nachdem mehrere der bestehenden Abgaben theils gemildert, theils ganz abgeschafft worden waren, erfolgte die Einrichtung verschiedener neuer Steuern: der Gewerbe-, Konsumtions-, Vermögens-, Luxussteuer u. s. w. Die durch das Edikt vom 2. November 1810 eingeführte Gewerbesteuer stand mit der Aufhebung des Zunftzwanges und der gegebenen Gewerbefreiheit im Zusammenhange. Von den hiesigen Gewerbetreibenden wurden im Jahre 1811—12 an Gewerbesteuer 240 Th. 20 Gr. entrichtet. Für die Luxussteuer fanden sich hier nur äußerst dürftige Quellen. Im Jahre 1811 wurden an solcher Steuer 34 Taler abgeführt; im folgenden Jahre hatte sich die Einnahme auf 10 Taler und noch ein Jahr später bis auf 5 Taler reduziert, da man sich der steuerpflichtigen Objekte baldigst zu entledigen suchte. Über die Erträgnisse der anderen neu eingeführten Steuern sind keine Nachweise vorhanden.

Im Jahre 1820 erfolgte durch das Gesetz vom 30. Mai eine Reform des gesamten Abgabensystems. Die neue, zur Bestreitung des ganzen Staatsbedarfes eingeführte Klassensteuer sollte alle Klassen und Stände zu einer gleichmäßigen Tragung der Staatslasten heranziehen. Nach der Klassensteuerliste von 1820 betrug die jährliche Soll-Einnahme der hiesigen 301 Steuerpflichtigen 558 Taler 12 Gr.

Durch die Gewerbegesetzgebung von 1810—11 waren mancherlei alte Ränimerei-Rebenien in Ausfall gekommen, z. B. die Einnahme von den Zünften, der Branntweinschant-Zins, die Salzsteuer, die Weinschant-Steuer u. s. w. Der jährliche Ausfall dieser Einnahmen wurde in Höhe von 74 Talern 7 Gr. nachgewiesen. Daher wurde es nothwendig, eine Kommunalsteuer einzuführen, durch die alle Bewohner der Stadt nach Maßgabe ihrer Erwerbsverhältnisse gleichmäßig zu den Bedürfnissen des Stadthaushaltes beitrugen. Diese Kommunalsteuer belief sich 1812 auf 60 Taler. Es ist nicht bekannt, welche Bedürfnisse die Stadt mit diesem großartigen Einkommen bestritten haben mag. Im Jahre 1839 wurde hier die nach der Kabinetts-Ordre vom 29. April 1829 zulässige Hundesteuer eingeführt. Die Einnahme war anfangs der Schulkasse überwiesen worden.

Das schon früher erwähnte Geschoßgeld war in alter Zeit von den Verpflichteten unmittelbar an das Rentamt, später aber, wie aus dem Urbarium von 1631 hervorgeht, durch den Magistrat erhoben und im ganzen abgeführt worden. Fiskus nahm deshalb wegen der Geschoßgelder den Magistrat in Anspruch und provozierte im Jahre 1854 auf Ablösung dieser Abgabe, wurde jedoch durch die rechtskräftig gewordene Entscheidung der Königl. General-Kommission in Breslau vom 21. Juli 1854 mit seinem Antrage zurückgewiesen. Es war nämlich der Nachweis geführt worden, daß die Geschoßgeld-

abgabe auf einzelnen Bürgerhäusern ruhe und der Magistrat nur die Einziehung derselben zur Abführung im ganzen übernommen habe, weshalb gegen denselben der Antrag auf Ablösung nicht gestellt werden könne. Im Jahre 1856 erhoben die Geschloßgeld-Verpflichteten zur Befreiung von dieser Abgabe die Klage gegen den Domänen-Fiskus. Derselbe schlug einen Vergleich vor, der von den Klägern angenommen wurde. Sie zahlten hundert Taler und wurden für immer von der streitigen Abgabe befreit. Fiskus übernahm die gerichtlichen Kosten, während die außergerichtlichen Kosten jeder Theil für sich zu tragen hatte.

Durch das Gesetz vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klassen- und Klassifizierten Einkommensteuer wurde die seither für manche Personen bestandene Befreiung von der Klassensteuer aufgehoben. Die Soll-Einnahme der Klassensteuer belief sich hier im Jahre 1852 laut Klassensteuer-Rolle auf 511 Taler. Zur Klassifizierten Einkommensteuer war in Lewin nur ein einziger Kaufmann herangezogen worden. — Spätere, auf Grund des Gesetzes vom 21. Mai 1861 eingeführte Steuern waren die Grund- und Gebäudesteuer. An jener wurden hier anfänglich 176 Taler und 7 Sgr., an dieser 125 Taler 19 Sgr. erhoben. — Der Vergleich von Einst und Jetzt inbezug auf die Steuerverhältnisse läßt erkennen, daß auch in Lewin die Steuerschraube ihre unvermeidliche Anwendung finden mußte. Der Jahresbetrag der Staatssteuer beträgt gegenwärtig 3152 Mark. Die Kommunalsteuer wird in 155 Prozent Zuschlägen zur Staatssteuer mit 3467,79 M. und in 185 Prozent der veranlagten Realsteuern mit 4365,44 M. erhoben. Dazu kommen noch 195 M. Betriebssteuer, die der Kreiskasse zufließen. Die Summe aller Steuern, mit Ausschluß der Hundesteuer, beträgt demnach jährlich 11180,23 Mark. Das Kassenwesen besorgt der städtische Gemeinde-Einnnehmer. Der gegenwärtige heißt Siegfried Kastner.

Wichtige Zeit- und Kriegs-Ereignisse.

Die Mißernte des Jahres 1804 verursachte eine ungemeine Steigerung der Getreidepreise, weshalb an viele Orte zur Unterstützung der Bedürftigen Getreide zu billigen Preisen aus den königlichen Magazinen abgelassen wurde. Das war auch hier der Fall. Unter den damaligen 1091 Bewohnern der Stadt befanden sich 446 Unterstützungsbedürftige, an die bis zur Ernte des folgenden Jahres 670 Scheffel Roggen für den Preis von 3 Talern pro Scheffel aus dem königlichen Proviant-Magazin in Glatz verabsolgt wurden. Die Administration über das Brot-Verpflegungs-geschäft führte der Magistrat, der alle vierzehn Tage Bericht zu erstatten und am Ende jedes Monats einen Extrakt über Einnahme und Ausgabe an den königlichen Kriegs- und Steuerrat in Glatz einzureichen hatte.

Die Leiden und Prüfungen, die vom Jahre 1806 ab über das Vaterland hereinkamen, wurden auch hier tief empfunden und aufopferungsvoll getragen. Während nach der unglücklichen Schlacht

von Gena die Überreste der preußischen Armee sich größtenteils über die Weichsel zurückzogen, um sich mit den Russen zu vereinigen, mußte das schwach besetzte Schlesien seinem Schicksal überlassen bleiben. Am 8. Februar 1807 rückten die ersten feindlichen Truppen in die Grafschaft ein. Es war ein Observations-Korps, das größtenteils aus Baiern und Württembergern bestand, die überall, wo sie hinkamen, durch ihr undiszipliniertes Betragen ein schmachvolles Andenken hinterlassen haben. Der französische Obergeneral Vandamme hatte sein Hauptquartier in Bischofowitz, wohin sich auf seinen Befehl von hier eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister Gabrique und den Kaufleuten Mugmann und Franz Wolff, einfinden mußte, um die Anordnungen des Generals in betreff von allerhand Belagerungsbedürfnissen, wie auch rücksichtlich der Verpflegung der Truppen entgegen zu nehmen. Lewin mußte sofort ins Hauptquartier eine Anzahl Betten nebst Bettstellen, ferner Tischwäsche, Tischgeschirre, Porzellan und Gläser liefern. Außer den unvermeidlichen Lasten der Einquartierungen und Lieferungen hatte die Stadt weniger die Leiden willkürlicher Bedrückungen und Plünderungen zu erdulden als viele andere Orte, denn man hatte die Sicherstellung gegen Gewalttätigkeiten vom französischen Obergeneral für den Preis von 90 Louisdor erkaufte. Der hiesige Kaufmann Mugmann erlegte vorschußweise diesen Betrag. Zum Zeichen der erhaltenen Saubegarde waren an verschiedenen Stellen in der Stadt hölzerne Tafeln mit der darauf bezüglichen Bekanntmachung zur Nachachtung für später einrückende Besatzungen aufgehängt worden. Außerdem waren zur weiteren Sicherstellung einige württembergische Soldaten hierher kommandiert worden, die auf Kosten der Stadt den Bedürfnissen ihres Magens in recht vorzüglicher Weise Rechnung zu tragen mußten. Von den gefürchteten Baiern und Württembergern erschienen öfters kleinere Patronen in der Stadt. Nach Ausweis der vorhandenen Rechnungen haben dieselben durchweg hier eine gute Verpflegung erhalten, jedenfalls auch gefordert, jedoch sind Exzesse nicht vorgekommen. Von den feindlichen Einquartierungen, welche die Stadt übernehmen mußte, war die des sächsischen Infanterie-Regimentes von Riesemuschel, das sich hier und in der Umgegend mehrere Tage aufhielt, am bedeutendsten. Dasselbe hielt jedoch gute Mannszucht. Zahlreicher waren die Einquartierungen preußischer Truppen. Den Anfang machten vier Eskadronen des Wettlandschen Husaren-Regiments, die sich hier in der Zeit vom 20. Januar bis 18. Februar 1807 komplettierten. Ebenso suchte sich im Mai eine Kompagnie unter dem Hauptmann von Hohenthal hier komplett zu machen. — Im Juni wurden die in der Garnison Glatz zurückgebliebenen Soldatenfrauen und Kinder des Regimentes von Alvensleben in die übrigen Städte der Grafschaft verlegt. Lewin erhielt 14 Frauen und 16 Kinder zugeteilt. — Vom 29. September bis 11. Dezember kantonierte hier eine Kompagnie Nationaljäger unter dem Hauptmann von Daerst,

darauf folgte vom 12. Dezember bis zum 20. Februar des folgenden Jahres ein Infanterie-Kommando unter dem Hauptmann von Reitemeister, dann vom 21. Februar bis 20. Mai ein anderes Kommando unter Leutnant Knoke und zuletzt vom 21. November bis 3. März 1809 eine halbe Kompagnie Jäger unter dem Hauptmann von Berschwald. Das für diese Garnisonen erforderliche Lazarett war im Hause Nr. 81 eingerichtet worden. Das Wachtlokal befand sich im heutigen Hospital, das damals noch ein Bürgerhaus war.

Die Lasten, die durch den Krieg der Stadt auferlegt wurden, waren sehr bedeutend, wie sich aus der folgenden Zusammenstellung ergibt.

| A. Leistungen an die feindlichen Truppen: | Thl. | Sgr. | Pf. |
|--|-------|------|-----|
| 1. barer Beitrag zur französischen Kriegskontribution | 2506 | — | — |
| 2. die erkaufte Saubegarde | 540 | — | — |
| 3. diverse Requisitionen und Einquartierungskosten | 2963 | 14 | — |
| 4. Beiträge zur Unterhaltung der französischen Oderfestungen | 857 | 28 | — |
| B. Leistungen an die vaterländischen Truppen: | | | |
| 1. Einquartierungskosten | 1866 | — | — |
| 2. Lazarett- und Wackkosten | 171 | — | — |
| 3. Lieferungen von Naturalien vor, während und nach dem Kriege | 2253 | 2 | 6 |
| 4. Lieferung von Armaturstücken und Werkzeugen | 56 | 2 | — |
| Summa | 11213 | 16 | 6 |

Große Verlegenheit bereitete der Bürgerschaft die Herbeischaffung der Kriegsteuer von 2506 Talern, die dem Magistrat unterm 30. Juni 1807 notifiziert wurde und bis zum 10. August an die französische Intendantur in Breslau in vorgeschriebenen Münzsorten zur Vermeidung militärischer Exekution eingeschickt sein mußte. Die Versuche, ein Darlehen in Höhe der geforderten Kontribution zu kontrahieren, mißlingen, weshalb beschlossen wurde, von jenem Teile der Bürgerschaft, von dessen Zahlungsfähigkeit man sich versichert halten konnte, einen hundertzehnfachen Servis zu erheben. Auf diese Weise wurden 1122 Thl. 20 Sgr. zusammengebracht; 1100 Taler wurden durch die Kaufleute Ignatius Strauch, Klugmann, Wolff, Ignatz Schlombs, Josef Schlombs und Georg Siegel vorgeschossen und der Rest aus der Kammereikasse gedeckt, in der man für die etwaigen Eventualitäten des Krieges einige hundert Taler, zu denen jeder nach der Servisanlage beigetragen hatte, reserviert hielt. Inbetreff der Naturallieferungen während und nach dem Kriege war von vornherein erklärt worden, daß dieselbe ohne Entschädigung erfolgen müsse, da die Grafschaft Glatz geringere Leistungen an die feindlichen Truppen gehabt habe als Schlesien.

Zu den verschiedenen außergewöhnlichen Maßregeln, die infolge der gänzlichen Erschöpfung der Staatsfonds nötig geworden waren, gehörte auch die durch das Edikt vom 12. Februar 1810 ausgeschriebene Zwangsanleihe, zu der auf die hiesige Bürgerschaft 307 und auf die hiesigen Handelsleute 600 Taler repartiert worden waren.

Rechnet man zu den angehäuften Kriegsschulden noch 2906 Tl. 16 Gr. Rämmerschulden, mit denen die Stadt bereits vor dem Kriege belastet war, so ergibt sich ein recht trauriges Bild der städtischen Finanzverhältnisse. Obschon ein großer Teil der Kriegsschulden durch die Beiträge der Bürger getilgt war, so hatte die Stadt am Anfang des Jahres 1813 immer noch eine für ihre Verhältnisse sehr bedeutende Schuldenlast und schon war die Zeit, die den Bewohnern neue Opfer auferlegen sollte, vor der Thüre.

Als im Jahre 1812 die französischen Heersäulen gegen Rußland zogen, lagen hier durch mehrere Tage einige Kompagnien sächsischer Infanterie. Es war um die Zeit des Frohnleichnamsfestes. Als bei der feierlichen Prozession eine Anzahl der sächsischen Soldaten mit bedecktem Kopfe und in lauter, störender Unterhaltung am Ringe herumstanden, ließ sie der die Prozession führende Pfarrer Schneider in freundlicher Weise ermahnen, sich ruhig zu verhalten und die Köpfe zu entblößen. Da diese Ermahnung jedoch ganz unbeachtet gelassen wurde, ward dem Kommandierenden die Anzeige gemacht, der sofort die Störer der religiösen Handlung bloßköpfig antreten und bis 1 Uhr nachmittags ausharren ließ. *)

Die allgemeine Begeisterung, die im Jahre 1813 alle Schichten des preussischen Volkes ergriff, hatte auch hier, in einem der entlegensten Winkel des Staates, freudigen Anklang und tätige Teilnahme gefunden. Ein Geist, ein Wille beehrte, wie überall, so auch hier, die ganze Bevölkerung, Jung und Alt, Mann und Weib. Lewin rüstete zwei freiwillige Jäger aus und stellte außerdem sieben Freiwillige zu den Regimentern des stehenden Heeres und der Landwehr. Die Bürgerschaft sammelte Geld und Waffen; die Kaufleute lieferten Weinwand zu Bandagen; die Kinder zupften Charpie; auch die Frauen und Töchter der Stadt legten Silbersachen und Geldbeiträge auf dem Altar des Vaterlandes nieder. Der Wert dieser freiwilligen patriotischen Gaben in den Kriegsjahren 1813—15 belief sich zufolge eines vorhandenen Nachweises auf 367 Taler.

Am 20. Juni 1813 reiste der geliebte Landesfürst, König Friedrich Wilhelm III., nach Böhmen hier durch, nachdem am 15. Juni Großfürst Konstantin und am 16. Juni Kaiser Alexander von Rußland ihm vorausgegangen waren. Am 22. Juni kehrte der König bis Glas zurück, ging aber schon am folgenden Tage mit seiner ganzen Familie wieder hier durch und wohnte bis zum 29. Juni im Pfarrhause zu Tscherneney, an welchem Tage Se. Majestät

*) Nachricht eines Leuiner Bürgers.

abermals zurückkehrte und seine Familie nach Kunzendorf bei Landeck brachte. Eine Gedenktafel im Tschebeneyer Pfarrhause erinnert an den dortigen Aufenthalt des Königs.

Österreich war, da sich Napoleon zu einem billigen Frieden nicht bringen ließ, im Monat August 1813 den verbündeten Preußen und Russen beigetreten. Der Übereinkunft gemäß rückten 80000 Mann Preußen und Russen in zwei Kolonnen durch die Grafschaft nach Böhmen. Für Lewin begannen nunmehr wieder Tage der Durchmärsche und Einquartierungen. Die hier folgenden Angaben über Truppendurchzüge sind zum Teil aus den Aufzeichnungen des Stadtverordneten-Vorstehers Benjamin Riediger aus Reinerz. Die durch Reinerz gehenden Truppen passierten auch sämtlich Lewin; wenn bei großem Andrang zuweilen einzelne Truppenkörper über Gießhübel nach Böhmen gingen, so geschah dies erst immer von hier aus.

Am 9. August ging ein preußisches und am 11. August ein russisches Armeekorps, jenes mit russischer, dieses mit preußischer Kavallerie und 124 Kanonen hier durch. Am 12. August folgte eine russische Wagenkolonne und am 13. ein Regiment roter Kosaken. Den 14. August ging der russische Kaiser zum zweiten Male durch die Stadt; darauf folgten am 16. fünfzig russische Munitionswagen mit einer Bedeckung von 180 Mann russischer Landwehr. Am 17. August traf abermals Se. Majestät der König ein und an demselben Tage auch 100 russische Wagen mit 360 Mann; nächstdem folgten am 20. August 300 Russen und eine Menge Getreidewagen, am 25. und 26. August abermals 500 Mann mit allerlei Lebensmitteln und am 30. August nochmals 400 russische Wagen. Am 2. September wurde der bei Kulm gefangene französische General Vandamme durch Lewin eskortiert. Den 3. und 4. September gingen viele russische Munitionswagen, den 5. eine Menge Lazarettbeamte, den 6. 128 Mann russische Garde und den 9. vier Schwadronen russische Kavallerie und zwei Kompagnien preußische Infanterie hier durch. Darauf brachte man am 12. September die Leiche des ehemals französischen, seit 1813 aber in russischen Diensten stehenden Generals Moreau, der in der Schlacht bei Dresden beide Beine verloren hatte. Weiter folgten am 1. Oktober 300 russische Wagen mit einer Bedeckung von preußischen Mannen und dann noch am 6. und 7. Oktober je 300 Mann Russen. — Von den aus der Schlacht bei Kulm hier durchgehenden Verwundeten wurden 348 durch den hiesigen Stadt-Chirurgen Schramm verbunden. Davon wurden 147 bald weiter befördert, 159 übernachteten hier, 42 mußten wegen großer Schwäche zurückbleiben. Einer von den letzteren starb. Durch gesammelte Beiträge wurde ihm ein feierliches Begräbniß veranstaltet. Zur Beschaffung der nötigen Medikamente für die Verwundeten wurden ebenfalls Geldsammlungen veranstaltet; zur Aufnahme der Kranken waren drei Stuben in Vereinschaft gesetzt worden. Die Lazarettwärter wurden aus der Kämmerereikasse bezahlt; die erforderlichen Speisen reichten die mildthätigen Bewohner der Stadt.

Viele der durchziehenden Truppen nahmen hier bald kürzeren, bald längeren Aufenthalt, alle Vorräte in den Häusern und auf den Feldern räumend. Den Anfang machten Kosaken unter dem Kosaken-Fettmann, Grafen Platow, die am 24. und 29. Juli ankamen und bis zum 14. August hier im Quartier lagen. Graf Platow war am 7. August eingetroffen. Da sich im Feldmagazin in Gellenau nicht ausreichende Vorräte befanden, mußte die Stadt zur Verpflegung der Kosaken 1962 Pfund Brot, 385 Pfund Fleisch, 139 Ztr. Heu, 48 Scheffel Hafer, 3 Scheffel Korn, 1 Schock Stroh und 2½ Eimer Branntwein herbeischaffen. — Ganz unerwartet trafen am 9. August fünf russische Kavallerie-Regimenter hier ein, zu deren Aufnahme es an allen Vorbereitungen fehlte. Drei derselben gingen nach Gellenau, Sackisch und Schlaney weiter, während die beiden Husarenregimenter Grodno und Szumbischen auf die Felder des Welzelschen Vorwerks Nr. 20, jetzt Hoffmann, ins Wiewal zogen und hier einen Masttag hielten. Am Tage vorher war Jahrmarkt gewesen, weshalb die noch am Ringe stehenden Buden sogleich für die Zwecke des Wiewals in Beschlag genommen wurden. In wenigen Stunden waren die Felder ringsum abgeräumt, zertreten, ruiniert. Der für die Truppen erforderliche Verpflegungsbedarf sollte ihnen nachgeliefert werden, traf aber wegen mangelnden Transportmittels teils nicht ausreichend, teils zu spät ein, weshalb die Stadt zu ihrer Verpflegung 597 Pfd. Brot, 4 Stück Rindvieh, 8 Eimer Branntwein, 309 Ztr. Heu, 11 Schock Stroh und 20 Klaftern Holz liefern mußte. Gewaltig wurden 318 Ztr. Heu genommen. Der auf den Feldern und Wiesen verursachte Schaden wurde nach einer protokolllarischen Vernehmung der Beschädigten auf 1779 Tl. 2 Gr. 9 Pf. angegeben. — Vom 10. bis 25. August kantonierte hier ein kleines Kommando vom Landwehr-Regiment Prinz Anhalt-Plötz. Inzwischen übernachteten am 11. August 120 schlesische Bauern von der neunten Landfuhrwesen-Kolonie, am 13. August ein kleines Artillerie-Kommando, ferner am 16. August 50 Mann Garde-Kosaken, am 18. August eine Abteilung russischer Landwehr, am 19. August ein preussisches Kommando, das einen Viehtransport begleitete und am 21. August eine Anzahl freiwilliger Jäger. Am 26. August hielt eine russische Proviant-Kolonie hier einen Masttag. Das nächstfolgende Quartier nahmen am 18. September 300 Mann vom Marschbataillon des ersten schlesischen Infanterie-Regiments unter dem Kommando des Kapitäns von Arnim, denen am 21. September ein russisches Kommando von 93 Mann folgte. Zu Anfang November, also nach der Entscheidungsschlacht von Leipzig, nächtigte in der Stadt ein russisches Rekonvaleszenten-Kommando von 81 Mann und bald darauf 224 Mann russische Infanterie. Diesen folgten am 15. November 500 Mann vom russischen Garde-Reservekorps und am 10. Dezember ein russisches Infanterie-Detachement von 422 Mann. Am 30. Januar 1814 zogen 183 Mann eines russischen Grenadierregiments ins Quartier, denen am 26. Februar 81 Mann russische Artillerie,

am 5. März eine kleine Abteilung Infanterie, am 25. März eine russische Batterie mit 296 Mann nebst 363 Artillerie- und 344 Remonte-Pferden und endlich noch am 2. Juni eine russische Infanterie-Kolonne von 560 Mann nachfolgten. Die sämtlichen Truppen erhielten ihre Verpflegung teils aus den Magazinen, teils mußte sie ihnen durch die Stadt verabreicht werden. Über die von der Stadt an die russischen und preussischen Truppen in den Jahren 1813/14 geleisteten Lieferungen mußten gesonderte Nachweisungen eingereicht werden. Die Lieferungen an das russische Militär resultierten in folgenden Zahlen: 3068 Pfund Brot, 3569 Pfund Fleisch, 193 $\frac{1}{4}$ Pfd. Graupe, 10 $\frac{1}{2}$ Eimer Brantwein, 57 Scheffel Hafer, 453 Ztr. Heu, 9 $\frac{1}{2}$ Schock Stroh und 20 Mlastern Holz. An die preussischen Truppen und in die Magazine hatte die Stadt in derselben Zeit zu liefern:

- a. Konsumtibilien: 13 Stück Rindvieh, 3 Ztr. 92 Pfund Fleisch, 303 Schfl. 12 Meß. Getreide, 10 Schfl. 2 Meß. Erbsen, 6 Schfl. 7 Meß. Graupe, 2 Schfl. 14 Meß. Kartoffeln, 190 Quart Butter, 32 Schfl. 4 Meß. Mehl, 1250 Pfd. Brot, 18 Eimer 36 Quart Brantwein, 8 Achsel Bier, 4 Ztr. Heu und 5 Schock Stroh. Dazu traten noch bare Geldbeiträge auf verschiedene Ausschreibungen, die mit 117 Talern an das Kreis-Steuernamt bezahlt worden sind.
- b. Bekleidungsgegenstände: 168 Schock 52 Ellen Leinwand, 247 Paar Schuhe und 100 Paar wollene Strümpfe.
- c. Armaturstücke und verschiedene Utensilien: 7 Stück Schießwaffen, meist Jagdstutzen, 100 Stück Patronentaschen, ferner Sägen, Schaufeln, Äxte, Schubkarren, Bohrer, Leitern, Brettnägeln, Seife, Lichte, Federposen, Tischlerleim u. s. w.
- d. zur Organisation der schlesischen Landwehr: 3 Stück Pferde und einen Servisbeitrag in Höhe von 85 TL. 4 Sgr. Eines der Pferde wurde, weil am Orte kein brauchbares vorhanden war, für den Preis von 126 TL. in Böhmen erkaufte.

Neue Ausschreibungen zur Lieferung von 3000 Ztr. Heu, 65 Schfl. Roggen, 510 Schfl. Hafer und 30 Schock Stroh in das Magazin nach Glas erfolgten unterm 28. Juli und 25. August 1814, jedoch wurde Lewin bei diesen Lieferungen nach Möglichkeit geschont.

Die Vorspanne, die namentlich den russischen Truppen gestellt werden mußten, waren sehr bedeutend, sind aber wegen Mangels an Quittungen durchweg nicht bonifiziert worden.

Das bössartige Nervenfieber, das in Reinerz so zahlreiche Opfer forderte, war auch hier durch verwundete Soldaten eingeschleppt worden. Durch die Energie, mit welcher der Magistrat die vorgeschriebenen sanitätspolizeilichen Anordnungen ausführte, wurde ein größeres Umsichgreifen der Krankheit verhindert. Im ganzen waren 36 Erkrankungen und 5 Todesfälle in der Zeit von Anfang Januar bis Mitte März 1814 vorgekommen. Der Ratmann Besser hatte einen Verein zur Verpflegung der meistens armen Kranken gestiftet,

durch welchen ihnen entsprechende Nahrung verschafft wurde. Arzt und Medikamente wurden aus der Armenkasse bezahlt.

Infolge der anbefohlenen Organisation des Landsturmes waren auch im hiesigen Kirchspiel vier Kompagnien errichtet worden. Stadtpfarrer Schneider hielt an die Mannschaften eine patriotische Ansprache, die auf Veranlassung des Landsturm-Kapitäns, Ratmann Besser, in Druck gegeben und von demselben zum besten der verwundeten vaterländischen Krieger debitiert wurde. Er erhielt ein anerkanntes Dankschreiben vom Königlichen Militär-Gouvernement. Die Exerczierübungen des Landsturmes wurden fast ein Jahr lang jeden Sonntag vorgenommen.

Während noch die Fürsten und Diplomaten fast aller europäischen Höfe auf dem Kongresse in Wien versammelt waren, kam auf einmal die Schreckensbotschaft, der Verbannte von Elba sei nach Frankreich zurückgekehrt und in Paris eingezogen. Sogleich erging aufs neue der Ruf zu den Waffen und abermals marschierten die Heere gegen Frankreich. Im April 1815 ging eine russische Kolonne von 14252 Mann und 1454 Pferden unter dem General Grafen von Woronzoff durch die Grasschaft nach Böhmen. Von diesen Truppen quartierten hier vom 27. April bis 1. Mai 2165 Mann, deren Verpflegung mit $2\frac{1}{2}$ Sgr. pro Mann und Tag entschädigt worden ist.

Napoleons Herrschaft dauerte bekanntlich nur hundert Tage. Die Verbündeten hielten am 10. Juli ihren zweiten Einzug in Paris. Napoleon wurde zum zweiten Mal des Thrones entsetzt und starb als Gefangener auf St. Helena am 5. Mai 1821.

Von Durchmärschen heimkehrender Truppen wurde die Grasschaft nicht berührt; jedoch ging Kaiser Alexander von Rußland bei seiner Rückkehr aus Frankreich hier durch. In der Mitternachtsstunde des 21. Oktober 1815 wurde seine Ankunft durch Böllerschüsse signalisiert. Die ganze Stadt war illuminiert. Am Eingange des Ringes war eine Ehrenpforte errichtet worden. Während die Pferde gewechselt wurden, geruhte der Kaiser, einige von den angebotenen Erfrischungen anzunehmen und sich mit mehreren Personen leutselig zu unterhalten.

Von den hiesigen Kombattanten sind acht aus dem Feldzuge nicht mehr zurückgekehrt. Ihre Namen sind: Josef Geisler, Franz Rastner, Wilhelm Seifert, Emanuel Sellwig, Anton Friemel, Ignatz Kiesler, Josef Götz und Anton Kristen. Anton Friemel war verheiratet. Seine hinterlassene Witwe erhielt aus dem nach der Beendigung des Krieges gebildeten Unterstützungsfonds ein kleines Fugum. Die Stadt Lewin hatte zu diesem Unterstützungsfonds für die Invaliden und die hinterlassenen Witwen und Weisen nach Maßgabe der Gewerbe- und Grundsteuer einen jährlichen Beitrag von $15\frac{1}{2}$ Taler zu zahlen.

Am 18. Januar 1816 wurde in allen preussischen Landen das große Sieges- und Friedensfest gefeiert. Hier wurde ein feierlicher Gottesdienst mit Ledeum gehalten. Im Saale des Kommerzienrat

Strauch'schen Hauses hatten sich der Magistrat, die Stadtverordneten und die Geistlichkeit zu einem Festmahl versammelt. Bei der übrigen Bürgerschaft hatte es vielfach Mißvergnügen erregt, sich hiervon ausgeschlossen zu sehen.

Der schon durch den ersten französischen Krieg gänzlich zerrüttete Wohlstand der Bewohner war bei der andauernden Verdienstlosigkeit immer tiefer herabgesunken. Der größte Theil der Bürger war gänzlich verarmt und kaum imstande, die laufenden Abgaben zu erschwingen. Die Stadt hatte noch aus dem Kriegsjahre 1807 eine Schuldenlast von 4516 Taler; neu hinzugekommen waren 500 Taler, die von der Kommune zur besseren Bestreitung der Kriegsforderungen von dem Kupferschmied Wagner in Glaz erborgt worden waren. In Rücksicht auf das verschuldete Gemeinwesen der Stadt wurde derselben im Jahre 1817 auf Vorschlag der Königl. Regierung vom Ministerium des Innern eine außerordentliche Unterstützung von 200 Tl. bewilligt. Dieselbe durfte jedoch nur zur Tilgung von Kriegsschulden verwendet werden. Es mußte deshalb, bevor die Auszahlung des Geldes erfolgte, der Königl. Regierung ein Amortisationsplan zur Bestätigung vorgelegt werden. Als Kriegskosten wurden jedoch nur jene Ausgaben anerkannt, die von der Stadt als Kommune gefordert worden waren, während die zufälligen Kriegsschäden, die einzelne Mitglieder der Kommune betroffen hatten, wie auch die Einquartierungskosten der Ausgleichung der Bürger unter sich überlassen blieben. Die Höhe der nach den gegebenen Andeutungen extrahierten Kriegsschuld belief sich noch auf 1505 Tl. 11 Sgr. 3 Pf. Die Gläubiger waren hiesige Kaufleute. Die Amortisation sollte innerhalb zehn Jahren erledigt sein. Über die richtige Ausführung des Amortisationsplanes mußte halbjährlich Bericht erstattet werden. Im Jahre 1818 wurde die Stadt in der Abzahlung ihrer Kriegsschulden nochmals durch die Königl. Regierung mit 150 Talern unterstützt, so daß es der Kommune leichter wurde, die Amortisation bis zum Ablauf des Jahres 1826 zu beenden.

Am 4. October 1818 fuhr die russische Kaiserin, aus Schlesien kommend, durch Lewin. Der preußische Kronprinz und nachmalige König Friedrich Wilhelm IV. begleitete sie bis an die Landesgrenze. Bei der Rückfahrt geruhte Hochderjelbe hier ein Mittagsmahl anzunehmen, das im Hause des Kaufmanns Franz Strauch vorbereitet worden war.

Die nächstfolgenden neun Jahre bieten kein nennenswertes Ereignis. Am 27. August des Jahres 1827 fiel bei einem schweren Gewitter ein Wolkenbruch, dessen Fluten durch das Hummel- und Jauerniger Thal hereinströmten. Alle Wiesen und Gärten wurden überschwemmt und die Brücken und Wehre hinweggerissen; die Felder und Wege waren von den Wasserströmen tief durchfurcht und das auf den Wiesen liegende Grummet fortgerissen worden. Viele Lewiner befanden sich gerade zum Jahrmarkt in Gießhübel. Sie konnten jedoch nicht zurückkehren, denn der Weg bei der Johannes-

kapelle war überschwemmt und die Brücke über das Zauerniger Wasser hinweggerissen worden.

Im Jahre 1828 hatte sich der Oberstleutnant Baron von Falkenhäusen auf Biszkowik im Interesse der Armen in der Grafschaft Glatz bei des Königs Majestät um käufliche Überlassung des Approvisionnement's-Zwiebackbestandes im Festungsmagazin in Glatz zu einem mäßigen Preise verwendet und durch Allerhöchste Resolution die Überweisung desselben erhalten. An verschiedenen Orten waren Depots angelegt worden, aus denen die bewilligten Quantitäten entnommen werden konnten. Ein solches Depot bestand in Gellenau unter der Leitung des Antmannes Mohaupt, aus dem für die hiesigen Armen etwa 1000 Pfd., à 1 Sgr., abgelassen worden sind.

Als im Jahre 1830 das erste Mal in Europa die Cholera auftrat und in Polen und Galizien bereits zahlreiche Opfer forderte, wurden von der Regierung an den wichtigsten Verkehrspunkten der Landesgrenze allerlei Maßregeln angeordnet, durch welche die Einschleppung des gefürchteten Gastes verhindert werden sollte. So auch an der hiesigen Landesgrenze bei Schlaney. Über die Art derselben hat der hiesige Zimmermeister Stephan ein Schriftstück hinterlassen, dem die nachfolgenden, durch ihre Originalität interessanten Mitteilungen entnommen sind. Zusage behördlicher Verordnung mußte jeder Reisende mit einem Gesundheitsatteste versehen sein; insbesondere sollte kein Ausländer ohne ein solches Attest über die Grenze gelassen werden. Ganz dringliche Angelegenheiten zwischen den beiderseitigen Grenzwohnern durften an der Grenzbrücke erledigt werden, jedoch so, daß die Brückenlänge die Distanz bildete, bis zu welcher die verkehrenden Personen einander nahe kommen durften. Gegenseitige Zahlungen wurden durch eine Art Klingelbeutel vermittelt, der aber erst für jeden einzelnen Fall tüchtig desinfiziert werden mußte. Zur Durchführung dieser Anordnungen wurde an der Grenze entlang ein Wachtdienst organisiert, zu dem zunächst die Grenzorte die erforderlichen Mannschaften so lange stellen mußten, bis ein Militärkommando ihnen den Dienst abnahm. Die hiesigen Bürger hatten an drei Stellen Wachtdienste zu leisten, die später aus der Kreis-Steuerkasse mit $2\frac{1}{2}$ Sgr. pro Mann und Tag vergütigt wurden. An der Grenze bei Schlaney wurde die Errichtung einer Kontumazanstalt angeordnet. Ein Grundstück von 10 Morgen Fläche wurde erworben. Darauf sollte das Kontumaz-, ein Kranken-, ein Doktor- und ein Wachthaus, Stallungen für Pferde und Rinder, eine Wagen- und Warenremise erbaut werden. An der Grenze entlang war die Errichtung von Pallisaden anbefohlen worden. Maurermeister Hoffmann in Gellenau und Zimmermeister Stephan in Lewin wurden mit der schnelligsten Errichtung der Pallisaden beauftragt. Infolge eines landrätlichen Aufrufes fehlte es nicht an den erforderlichen Arbeitskräften. 148 Zimmerleute, 22 Maurer und 500 Tagelöhner waren in Tätigkeit gesetzt worden. Mit der Herbeischaffung von

6000 Stämmen aus den königlichen Forsten waren einige hundert Fuhrwerke beschäftigt. Stephan schreibt: „Mit der Holzzufuhr ging es so schnell, daß immer ein Wagen hinter dem anderen kam und das Holz in einigen Tagen angefahren war.“ Auch Bretter und Schindeln wurden in großen Massen herbeigeschafft. Am 18. Juli 1831 wurde mit der Arbeit begonnen. Zuerst sollten die Pallisaden gesetzt werden. Während die Tagearbeiter dazu 2 bis 4 Fuß tiefe Gräben ausschachteten, zerschnitt ein Teil der Zimmerleute das zu den Schanzpfählen bestimmte Holz in 15 Fuß lange Stücke, die sofort in die Gräben eingesetzt wurden. Die übrigen Zimmerleute bearbeiteten inzwischen das für die Häuser bestimmte Bauholz, und die Maurer errichteten die dazu erforderlichen Grundmauern. In 14 Tagen sollte alles fertig sein. Da wurde auf einmal der fieberhaften Tätigkeit ein unerwartetes Halt geboten. Regierungsrat Soor aus Breslau erscheint in Schlaney und untersagt die Fortsetzung der Arbeit. Er hatte alle unterwegs angetroffenen Holzfuhrlaute angehalten und befohlen, das für Schlaney bestimmte Holz sofort dort abzuladen, wo er sie antraf. Die überraschten Meister Stephan und Hoffmann wurden beauftragt, Pallisaden und Mauerwerk niederzureißen und das sämtliche Baumaterial zusammentragen und ordnen zu lassen. Die Arbeiter mußten entlassen werden. Einige Tage darauf trat an der Grenzbrücke bei Schlaney die Mettau infolge eines sehr starken Gewitterregens aus ihren Ufern, und die Flut riß eine große Menge von Brettern und Schindeln mit sich fort.

Nachdem die beabsichtigte Errichtung der genannten Gebäude und Pallisaden aufgegeben war, erfolgte eine noch stärkere Befestigung der Grenze nicht bloß durch preussisches, sondern auch durch österreichisches Militär. Eine Anzahl kleiner Wächterhäuschen war an der Grenze entlang errichtet worden. Der Feind, um dessentwillen infolge der Absperrung aller Grenzverkehr aufgehört hatte, schien sich nicht heranzuwagen zu wollen. Nach Verlauf eines Vierteljahres wurde Ende Oktober das Wachtkommando abgerufen und der Verkehr wieder frei gegeben. Im Monat Dezember verfügte die königliche Regierung den öffentlichen Verkauf der in Schlaney lagernden Baumaterialien. Zimmermeister Stephan wurde durch den Bauinspektor Friedrich beauftragt, dieselben zum Zweck der Versteigerung zu ordnen. 10 Stück Stämme, 50 Stück Pallisaden, 60 Stück Bretter oder 10 Schock Schindeln bildeten je ein Verkaufslot. Die Versteigerung dauerte drei Tage. Die erzielten Verkaufspreise waren kaum hinreichend, die entstandenen Anfuhrkosten zu decken.

Als im Februar 1832 die Cholera in den böhmischen Nachbarorten Nachod, Belowes, Boric wirklich einzog, blieb der Grenzverkehr vollkommen uneingeschränkt und an die Passanten wurde, nachdem die Gefahr vor der Thür stand, nicht weiter der Anspruch erhoben, ihre Gesundheit durch ein ärztliches Attest zu legitimieren. Trotz dieser, wie man meinte, unbegreiflichen Indolenz kam der 29. Juli heran, ehe die gefürchtete Krankheit in Lewin ihr erstes Opfer

forderte. Im ganzen Kirchspiel starben 51 Menschen. Die Verstorbenen wurden auf dem besonders eingerichteten Cholera-Kirchhof beerdigt, wozu auf dem Schulgrundstück der den Schulgraben (der ehemalige Pestgraben) abschließende ebene Platz gewählt worden war. Die hölzerne Umzäunung desselben ist seit vielen Jahren nicht mehr vorhanden.

Von großer Wichtigkeit für die Stadt war der im Jahre 1844 in Angriff genommene Bau der Chaussee von Meinerz über Lelvin bis an die Landesgrenze. Der Straßenbau wurde allseitig als ein erfreuliches Ereignis begrüßt, jedoch würde die Stadt bei einer weniger flüchtigen Vertretung den Vorteil einer guten Verkehrsstraße ohne eine unliebbare Belastung der Kommunalkasse heute kaum genießen können. Bürgermeister Wolff, besonders aber der rechtskundige Stadtverordneten-Vorsteher, Justitiarius Richter*) haben in dieser Angelegenheit das Interesse der Stadtkommune wacker vertreten. Dieselbe wurde nämlich aufgrund des Wegereglements vom Jahre 1767 und der Städteordnung vom Jahre 1808 zur Unterhaltung der Brücken und des Straßenpflasters innerhalb des städtischen Territoriums angehalten, falls es nicht vorgezogen werden sollte, sich durch Zahlung einer Rente davon abzulösen. Als jedoch die Stadt beides ablehnte, erklärte die königliche Regierung, daß keine Veranlassung vorhanden wäre, der Stadtkommune die Begünstigung des bereits fertigen Pflasters auf Kosten des Chaussee-Fiskus zugestehen und trug derselben auf, die Kosten mit 1365 Talern binnen vier Wochen zur Vermeidung der Exekution an die königliche Kreis-Steuerkasse zu zahlen. Infolge dessen wurde an das königliche Ministerium referiert und die Aufhebung der erlassenen Regierungs-Verordnungen nachgesucht. In der Eingabe wurde angeführt, daß die Stadt nach den Bestimmungen des Wegereglements von 1767 und der Städteordnung von 1808 durchaus nicht verpflichtet sein könne, den durch die Stadt geführten Teil der Chaussee mit Steinpflaster zu versehen, da der § 19 des Reglements nur bestimme, daß die Städte ihre Straßen in fahrbaren Stand zu setzen und die vorhandene Pflasterung in gutem Stande erhalten sollten. Außerdem wurde geltend gemacht, daß, da der Chaussee-Fiskus die durch die Stadt führende Strecke der Straße zu pflastern für nötig gefunden habe, er nach § 11 Lit. 15 Teil II des Allgemeinen Landrechtes auch die Pflasterung und die Unterhaltungskosten allein zu übernehmen habe. Nicht minder wurde auf das Gesetz wegen Aufhebung der Kommunikations-Abgaben vom Jahre 1838 Beziehung genommen, wonach der Staat die Unterhaltung jener auf einer zollpflichtigen Chaussee liegenden Straßenstrecken, die bisher von der Kommune gegen Erhebung eines Pflasterzolles besorgt wurde, gegen Ablösung dieser Kommunikations-Abgabe selbst übernommen habe, woraus gefolgert wurde, daß auch der königliche Fiskus die Kosten der

*) Lebte nach Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit als Rechtsanwalt und Justizrat in Glatz.

Anlage und Unterhaltung einer solchen Wegestrecke durch unsere Stadt allein zu tragen habe. Die darauf erfolgte Entscheidung des Herrn Ministers lautete dahin, daß, da in Berlin die Nothwendigkeit der Pflasterung erst durch den Chausseebau hervorgetreten sei, von der Einziehung der Anlegungskosten wie auch von der Forderung, der Kommune die Unterhaltung des Pflasters allein aufzubürden, abzustehen, die letztere dagegen verbunden sei, zur Unterhaltung des Pflasters so viel beizutragen, als sie die Unterhaltung des Weges durch die Stadt seither gekostet habe. Auch dagegen wurde Protest eingelegt. Es wurde angeführt, daß sich Fiskus durch die Anlegung der Straße das Recht der Zollerhebung erworben habe, womit gesetzlich auch die Last der Unterhaltung der Straße überhaupt, wie auch des durch die Stadt führenden, zur zollpflichtigen Straße gehörenden Pflasters verbunden sei. Durch den Herrn Minister wurde darauf mit Beziehung auf das unbedeutende Geldobjekt entschieden, daß auch von dem der Stadt zugemuteten Beitrage zur Unterhaltung des Pflasters abzusehen und dessen Zustandhaltung ganz und gar dem Chaussee-Unterhaltungsfonds zu überlassen sei.

Im Jahre 1844 fuhr König Friedrich Wilhelm IV. auf seiner Rückreise aus Wien hier durch. Der Oberpräsident von Mecklenburg war Sr. Majestät bis hierher entgegengereist. Der König ließ einige Minuten den Wagen halten und nahm die vom Bürgermeister Wolff ihm überreichte Beglückwünschungs-Adresse der Bürgerschaft wegen Abwendung der durch das Attentat des Bürgermeisters Tsched kurz vor seiner Abreise aus Berlin über ihn gebrachten Lebensgefahr huldvoll entgegen.

Eines der traurigsten Jahre in den Annalen der Stadt war das Teuerungsjahr 1847. Im Monat Mai hatte das Getreide die höchsten Preise. Es kostete

| | |
|----------------------------------|---------------|
| 1 Scheffel Weizen, Berliner Maß, | 5 TL. 19 Sgr. |
| " Roggen | " 5 " 12 " |
| " Gerste | " 3 " 23 " |
| " Hafer | " 2 " — " |
| " Kartoffeln | " 1 " 2 " |

Zur Teuerung trat das gänzliche Darniederliegen der Weberei, wie auch eine allgemeine Arbeitslosigkeit in allen übrigen Gewerben, so daß namentlich unter den ohnehin armen Webern die größte Noth ausbrach. Die Mittel der Armentasse waren für die steigenden Ansprüche vollkommen unzulänglich, weshalb sich der Magistrat veranlaßt sah, zur Milderung der Noth den wohlhabenderen Theil der Bürgerschaft zu wöchentlichen freiwilligen Beiträgen an Geld oder Lebensmitteln aufzufordern. Wie erfreulich sich auch der Wohlthätigkeitsinn kundgab, so waren bei der sich täglich steigenden Noth die Ansprüche an die Privatwohlthätigkeit viel zu bedeutend, als daß auf diesem Wege allein eine entsprechende Abhülfe hätte ermöglicht werden können. Von den 271 ansässigen Familien waren zuletzt 159 unterstützungsbedürftig. Infolge eines an den Oberpräsidenten

gerichteten Gesuches erhielt die Kommune aus dem Militär-Magazin in Glaz vier Tonnen Kommußmehl, jede Tonne zu 450 Pfund, zu einem Fünftel unter dem jedesmaligen Marktpreise. Für die Bezahlung des Mehles bis nach Ablauf eines Jahres mußte sich die Kommune in rechtsverbindlicher Form verpflichten. Da sie in dieser Beziehung jedoch nicht zu hohe Verpflichtungen übernehmen konnte, so wurde das Militär-Magazin möglichst sparsam in Anspruch genommen. Inzwischen kam die Ernte, und zum Glück eine recht gesegnete. Die Getreidepreise sanken bedeutend herab; der Arme atmete wieder freier. Nach amtlichen Nachweisungen kostete

1 Scheffel Weizen, mittlerer Preis, 1 Tl. 24 Sg. 6 Pf.

1 " Roggen, " " 1 " 1 " 3 "

1 " Gerste " " — " 21 " 2 "

1 " Hafer " " — " 14 " 2 "

Von den Ereignissen des Jahres 1848 nur wenige Worte. Wie überall, so fehlte es auch hier nicht an Volksversammlungen und Volksrednern; an den Straßenecken figurirten die mannigfaltigsten Plakate; es bildeten sich politische Vereine, und die Bürgerwehr übte sich in den Waffen. Im allgemeinen hielt der Einfluß der Mäßigen den etwaigen Ausschreitungen der Ungestümen immer das entsprechende Gleichgewicht. Wir blieben wohl nicht ganz auf dem Fahrwasser des gewöhnlichen Stillebens, jedoch gingen unsere Wogen nicht hoch.

Neue Erregungen der Gemüther brachten 1849 die Cholera und die Mobilmachung wegen des befürchteten Ausbruches eines Krieges mit Oesterreich. Wir kamen jedoch ziemlich mit der Angst darüber hinweg. Die Cholera forderte im ganzen Kirchspiel nur 22 Opfer, und der Mobilmachung, zu der bereits eine Anzahl hiesiger Familienväter in Anspruch genommen waren, folgte in kurzer Zeit die Demobilmachung. Die benachbarten österreichischen Grenzorte waren schon stark mit Truppen belegt. Viele der hiesigen Bewohner gingen wohl nach Gießhübel oder Nachod, um sich die abenteuerlichen Gestalten der Kroaten, von denen man für den Fall des ausbrechenden Krieges das Schlimmste befürchtete, einmal anzusehen. Preussisches Militär war nicht bis an die äußerste Grenze vorgezogen worden, jedoch ritt täglich eine Husarenpatrouille zum Vergnügen der Schuljugend durch die Stadt bis an die Landesgrenze.

Das Jahr 1852 brachte infolge der Arbeitslosigkeit und Teuerung wieder einen höchst drückenden Nothstand unter die hiesige Weberbevölkerung. Zur Unterstützung derselben waren infolge eines an den Oberpräsidenten gerichteten Gesuches aus dem Militär-Magazin in Glaz 72 Scheffel Faßmehl vorschußweise verabsolgt und an die Bedürftigsten um einen billigen Preis verkauft worden. Das Pfund des Mehles war für 1 Sgr. abgegeben worden und sollte nach der Ernte in natura erstattet oder bezahlt werden. Das Ergebnis der Ernte entsprach indes nicht den gehegten Erwartungen, weshalb die Armenverwaltung von dem Erlös aus dem verkauften Mehle die

Forderung der königlichen Kasse nicht decken konnte und aus der ohnehin erschöpften Armenkasse einen Zuschuß von 51 Talern leisten mußte.

Neue Notjahre folgten 1855 und 1856 wegen der schlechten Ernte der Vorjahre, besonders des Jahres 1854, und der gleichzeitig wiederum ganz darniederliegenden Weberei. Auch in diesen beiden Jahren ermangelte es nicht an einer Hülfe aus Staatsmitteln. Der Magistrat erhielt 1855 durch das königliche Landratsamt zur Unterstützung der hiesigen Armen 100 Taler, 1 Sack Reis und 1 Sack Salz. Mit Hülfe dieser Mittel wurden an die Bedürftigsten täglich dreißig Portionen Suppe verteilt. Von Privatunterstützungen an die hiesigen Armen sind aus dieser Zeit mehrere ansehnliche Geldgeschenke von Pfarrer May und Weinkaufmann Anton Gübner in Breslau anzuführen. — Im Jahre 1856 wurde zur Linderung des Notstandes zunächst ein Armen-Unterstützungsverein gebildet, durch den freiwillige Beiträge an Geld und Lebensmitteln gesammelt und verteilt wurden. Durch den Oberpräsidenten war dem Landratsamte eine Quantität Roggen-Schrotmehl mit dem Auftrage überwiesen worden, dasselbe gegen den ermäßigten Preis von 1 Sgr. pr. Pfund an die Armen abzugeben. Sewin erhielt 10 Ztr. von diesem Mehle. Außerdem waren noch aus dem Festungs-Magazin in Glatz für die hiesigen Armen 300 Scheffel zu billigen Preisen bewilligt worden.

Als im Jahre 1856 der hiesige Baumwollen-Ausgeber Anton Weith durch einen Zufall die Wahrnehmung machte, daß einer seiner Weber, der ein Tabaksknupper war, in seiner Dose Holzasche anstatt des Tabaks führte, lachte man zumeist über den Fall; er hatte aber insofern eine recht ernste Seite, als er den herrschenden Notstand deutlicher charakterisierte als sonst etwas. Weith sorgte dafür, daß der alte Weber auch in der Zeit des Notstandes seinen gewohnten „Ratiborer“ nicht entbehren durfte.

Für die in den letzten Notjahren stark in Anspruch genommene Armenkasse war es höchst ersprißlich, daß sie in dieser Zeit durch einige unerwartete Legate bedacht wurde. Im Jahre 1854 wurden derselben durch den in Schweidnitz verstorbenen Kreisrichter Benedikt Latte 300 und 1860 durch den Kaufmann Anton Gübner in Breslau 500 Taler hinterlassen. Beide Stifter waren geborene Gewiner. Der letztere war Schaffhirt am hiesigen Pfarrhofe, bis ihn der Trieb nach einem anderen Wirkungskreise hier nicht länger verbleiben ließ. Er machte sich heimlich davon und fand in Breslau in einem Handlungs Hause ein Unterkommen. Er arbeitete sich aus seiner untergeordneten Stellung rasch empor und wurde im Jahre 1810 der Begründer der bestrenommierten Weingroßhandlung Anton Gübner in Breslau. Er stand mit dem hiesigen Pfarrer May in freundschaftlichen Beziehungen und machte infolge dessen seiner Vaterstadt nicht selten einen Besuch. So oft dies geschah, durften die hiesigen Armen mit Sicherheit auf sein wohlthätiges Herz und seine freigebige Hand rechnen. — Spätere Stiftungen an die Armenkasse

sind 200 Taler von Ackerbesitzer Ferdinand Siegel aus dem Jahre 1864 und 100 Taler von Fräulein Anna Münnich im Jahre 1889. Die letzte größere Zuvendung erhielt die Armenkasse durch den verstorbenen Stadtrat und Weingroßkaufmann Anton Hübner in Breslau, der das Interesse für Lewin als ein Erbteil von seinem Vater übernommen und bewahrt hatte.

Im Jahre 1861 vereinigten sich schon wieder Verdienstlosigkeit und hohe Preise der Lebensmittel, den Armen die drückendste Lage zu bereiten. Der hiesige Armen-Unterstützungsverein suchte abermals den Bedürftigsten nach Möglichkeit beizustehen. Durch Kreistagsbeschluß waren für tausend Taler Lebensmittel, als Roggenmehl, Graupe, Erbsen, Reis und Salz angekauft worden, die den Orts-Armenverbänden zum halben Einkaufspreise abgelassen wurden. Für die hiesigen Armen sind von diesen Lebensmitteln durch die Kreis-Armenkommission 10 Ztr. Roggenmehl, 5 Scheffel Graupe, 2 Scheffel Erbsen und 2 Ztr. Reis abgelassen worden.

Ein verhängnisvoller Tag für Lewin drohte der Sonnabend vor dem Kirchweihfeste 1862 zu werden. Ein unverständiger zehnjähriger Knabe entzündete mit einem Streichhölzchen bei der am Fuße des Pfarrberges gelegenen Scheuer des Gerbermeisters Wilhelm Siegel mehrere durch eine Öffnung des Daches hervorstehenden Strohhalme und in wenigen Minuten stand nicht nur diese Scheuer, sondern noch zwei andere und ein Wohnhaus in vollen Flammen. Ein starker Wind verursachte bedeutendes Flugfeuer, so daß die Schindeldächer ganz entfernt liegender Gebäude bereits in Brand gesetzt wurden. Wenn im Jahre 1847 bei dem Brande des in der Vorstadt liegenden Hauses Nr. 147 und mehr noch 1855 beim Brande der Anton Günzel'schen Mühle vermöge der Lage dieser Gebäude die Stadt sehr leicht von ausgebreiteten Brandunglühen hätte heimgesucht werden können, so mußte diesmal diese Befürchtung noch größer sein, zumal die schon lange herrschende Trockenheit und der große Mangel an Wasser den größten Vorschub leisteten. Dennoch wurde größeres Unglück abgewendet. Der letzte größere Brand war der Stadtmühlentbrand im Jahre 1873. Bei demselben wurden drei kleine Nachbarhäuser zerstört, von denen zwei nicht mehr aufgebaut wurden.

Im Jahre 1863 wurde auch hier, wie überall im ganzen Vaterlande, am 17. März der fünfzigjährige Gedenktag der Errichtung der preussischen Landwehr gefeiert. Es war alles aufgeboten, den alten Veteranen von 1813—15, die im Mittelpunkt des Festes standen, die ehrenvollsten Beweise der Dankbarkeit für ihre Verdienste um das Vaterland an den Tag zu legen. Dieselben hatten sich schon am frühen Morgen des Tages aus dem ganzen Kirchspiel vollständig eingefunden und marschierten unter den Klängen eines fröhlichen Marsches vom Rathause, vor dem sie Aufstellung genommen hatten, zur Kirche. Pfarrer May richtete eine patriotische Ansprache an die alten Krieger, worauf ein feierliches Hochamt gehalten wurde.

Danach folgten Aufstellung vor dem Rathause, wo die Nationalhymne und das Preußenlied gesungen und das Hoch auf Sr. Majestät den König ausgebracht wurde. Zur festlichen Bewirtung am Mittage waren auch die Veteranen aus dem Kirchspiel von Tscherveney hierher bestellt worden. Herr Rittmeister von Mutius auf Gellenau hatte für die Dekoration des Festlokales in bester Weise Sorge getragen. Völlerschüsse und Musik wechselten den ganzen Tag. Der Ausdruck einer gehobenen Stimmung war in den Mienen der alten Vaterlandsverteidiger deutlich zu lesen und gab Zeugnis, daß der Zweck des Tages vollkommen erreicht war. Im Kirchspiel befanden sich drei Inhaber des Eisernen Kreuzes, Leutnant Kanzler in Lewin, Häusler Lachnitt in Tassau und Landbriefträger Scholz in Gellenau. Sie waren noch rüstig genug, der Allerhöchsten Anordnung gemäß zur Festfeier die Reise nach Berlin antreten zu können.

In den beiden Jahren 1864 und 1865 war hier infolge der herrschenden Trockenheit ein Mangel an Wasser eingetreten, wie nie vorher. Die städtischen Mühlen standen zumeist ohne Betrieb, die Röhrenleitung führte nur in den Morgenstunden einiges Wasser für den häuslichen Bedarf in die Stadt, so daß polizeilich die größtmögliche Sparsamkeit im Gebrauch des Wassers angeordnet werden mußte. Das Merbotiner Wasser floß so spärlich, so daß, wie Maurermeister Hoffmann konstatierte, der ganze Zufluß kaum ausreichend war, im Verlauf eines Tages zwanzig Scheffel Kalk zu löschen.

Das Jahr 1866 gehört zu den bedeutungsvollsten in der Chronik unserer Stadt. Der bevorstehende Krieg mit Österreich war seit Wochen der Hauptgegenstand der Tagespresse gewesen; die Armee war mobil gemacht, die Festungen waren armiert worden, und dennoch wollten viele an den wirklichen Ausbruch des Krieges nicht glauben. Wir hofften umsomehr auf die Möglichkeit einer Abwendung des Krieges, je mehr wir uns als unmittelbare Grenzbewohner des feindlichen Staates bedroht sahen. Mit solchen Hoffnungen befanden wir uns jedoch im vollsten Widerspruch mit unseren Nachbarn in Böhmen, die an den Krieg glaubten, weil sie ihn wünschten und mit einer widerlichen Selbstüberhebung und Zuversicht den bevorstehenden Ereignissen entgegenzogen, so daß ihnen die völlige Niederlage Preußens keinen Augenblick zweifelhaft erschien. Ende Mai und Anfang Juni mußten wir alle Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens aufgeben; wir überließen uns nur noch dem Troste, Lewin würde von den unmittelbaren Drangsalen des Krieges möglichst entfernt bleiben, zumal sich unsere Armeen in Oberschlesien und an den Grenzen Sachsens zusammengezogen hatten. Am 21. Mai, es war Pfingstsonntag, erhielten wir jedoch die erste Einquartierung, 115 Mann Infanterie und 15 Dragoner, die indes zwei Tage darauf wieder bis Meinerz zurückgezogen wurden. Der Grenzverkehr hörte vollständig auf; an der Grenze standen österreichische Vorposten, die jeden Preußen, der dieselbe überschreiten wollte, zurückwiesen. Am 18. Juni erschien das Manifest Sr. Majestät des Königs an sein

Volk. Der Krieg stand vor der Thür. Kein Mensch hatte hier eine Ahnung von den Ereignissen, die uns in den nächsten Tagen bevorstanden. Man erwartete wohl, daß in nächster Zeit ein Zusammenstoß der Truppen, vielleicht in Oberschlesien, in Sachsen oder im nördlichen Böhmen stattfinden dürfte; daß aber unsere Armee durch den hiesigen österreichischerseits so leicht zu verteidigenden Gebirgspañ den Einfall nach Böhmen unternehmen würde, wurde nicht besorgt. Am 21. Juni wurde durch ein Husaren-Kommando dem Kommandeur der österreichischen Truppen in Nachod die preußische Kriegserklärung abgegeben. Die Situation wurde immer bedenklicher. Nachdem durch Aufstellung von Janalen, wie auch durch das in Schlaney in Bereitschaft stehende Kurierpferd die Fürsorge getroffen war, ein etwaiges Vorgehen der feindlichen Truppen gegen unsere Grenze so rasch als möglich rückwärts zu signalisieren, machte man sich mit der Möglichkeit eines feindlichen Einfalles mehr und mehr vertraut. Viele brachten ihre Wertsachen in Sicherheit, in versteckte und feuersichere Behältnisse, deren Zugänge vermauert wurden. Man befürchtete vor allem das Niederbrennen der Stadt. Große Bestürzung ergriff die Bewohner, als am Nachmittage des 24. Juni wirklich der Anmarsch von 20 000 Österreichern von Schlaney her gemeldet wurde. Diese Nachricht wurde von hier mittelst Kurierpferd durch den Vormwerksbesitzer Ferdinand Taus nach Reinerz und von dort durch den Telegraphen weiter befördert. Die Nachricht stammte aus Nachod und war durch eine Frauensperson aus Schlaney, die auf Seitenwegen über die Grenze gelangt war, überbracht worden. Wer bis jetzt noch nicht Sorge getroffen hatte, seine Wertsachen in sichern Schutz zu bringen, tat es eiligst und jeder suchte sich mit Lebensmitteln zu versehen, um nöthigenfalls für die Bewirtung der feindlichen Soldaten vorbereitet zu sein. Daß die Absicht eines Einmarsches der österreichischen Armee nach Schlesien vorhanden war, ist aus der bei dem vor Skalitz gefallenen österreichischen Generalmajor von Fragnern vorgefundenen Proklamation Benedek's bekannt; jedoch gingen sowohl die Nacht als auch der folgende Tag (25. Juni) ganz ruhig vorüber. Vollkommen unerwartet begann aber in den Vormittagstunden des 26. Juni der Anmarsch der preußischen Truppen. Es war die Avantgarde des fünften Armeekorps unter Generalmajor von Löwenfeld, die unterhalb der Stadt auf den nach Tärfer hin gelegenen Feldern Bivakplätze bezog. Der dadurch verursachte Fruchtschaden ist nach dem Kriege mit 616 Talern entschädigt worden. Die Truppen hielten nur kurze Rast und setzten den Vormarsch an die Grenze bald weiter fort. Während immer mehr Truppen des fünften Korps nachrückten, war die Avantgarde bis an die zwei Tage vorher von den Österreichern abgebrochene Grenzbrücke vorgewandert. Dieselbe wurde unter dem Schutze einiger Kanonen, durch die 21 Schuß abgegeben wurden, bald wieder hergestellt. Die Österreicher zogen sich zurück. Die Preußen besetzten Nachod und die Vortruppen wurden bis jenseits der Stadt in der Richtung nach Skalitz vorgeschoben. So befanden

wir uns unversehens mitten im Lärm des Krieges, dessen Schauplatz wir noch vor wenigen Stunden in weit entfernten Gegenden vermutet hatten. Die Straße war meilenweit in ein Kriegslager umgewandelt. Überall waren Bivaks aufgeschlagen, hier, in Gellenau, Sackisch und Schlaney, nach allen Richtungen streiften die Patrouillen, die Grenze rekognoszierend; jedoch überall hatte sich der Feind zurückgezogen. Am Berge von Gießhübel zeigten sich mehrere österreichische Dragoner; einige unserer Jäger hatten sich herangeschlichen und gaben Feuer, worauf sich jene eiligst davon machten. Die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit den feindlichen Truppen an der Landesgrenze bei Nachod beschäftigte uns kaum, denn wir waren mit dem, was um uns vorging, viel zu sehr in Anspruch genommen. Der Abend des Tages brachte die höchst aufregende Nachricht, daß ein österreichisches Korps von 8- bis 10000 Mann von Gießhübel her im Anmarsch sei. Jäger, Infanterie und Artillerie besetzten die Anhöhen hinterm Kirchhofe; die Schlüssel zur Kirche waren abverlangt und die Kirche in Verteidigungsstand versetzt worden. Als man noch in höchster Besorgnis der Dinge, die bald kommen würden, gewärtig war, traf aber die Nachricht ein, daß sich die jenseits Gießhübel stehenden Österreicher auf Neustadt zurückgezogen hatten. Deshalb verließen auch unsere Truppen ihre Stellung am Kirchhofe und gingen noch in der Nacht gegen die Grenze bis Sackisch und Schlaney vor. Der folgende Tag war der von Sr. Majestät angeordnete Wettag. Er wurde auch der Schlachttag von Nachod. Schon am frühen Morgen neue Truppeneinzüge, voran das Dragonerregiment Nr. 8, dann der Korps-Kommandeur, General von Steinmetz, mit seinem Generalstabe und darauf in rascher Folge ein Regiment nach dem andern. Meist ohne Aufenthalt ging es im raschen Tempo durch die Stadt. Die Soldaten sangen ernste oder heitere Melodien in Abwechslung mit den musizierenden Regimentskapellen. In wenigen Stunden sollte es entschieden sein, wie viele dem frühen Tode oder der Verwundung entgegenlitten. In einzelnen Fällen ließen sich ergreifende Abschiedsszenen beobachten, wenn Eltern den durchziehenden Sohn oder die Geschwister den Bruder noch einmal begrüßen konnten und mit dem bangen Gefühl des Nimmerwiedersehens von ihm sich losreißen mußten. — Gegen 9 Uhr vormittags Kanonendonner! Unsere Truppen waren auf den Feind gestoßen. Bei Nachod, auf den Höhen von Wysokov war die Schlacht entbrannt. Wie betäubend auch der durch die immer rascher herantretenden Kolonnen verursachte Lärm war — der Donner der Geschütze überrückte ihn dennoch. Bald rückten frische Batterien durch die Stadt. Sie mußten voran; auf dem Schlachtfelde war nicht hinreichend Artillerie. Im Galopp jagten die Geschütze dem Kampflage zu. Wir verlebten nunmehr Stunden der größten Aufregung. Nachmittags gegen 3 Uhr wurde der Kanonendonner allmählich schwächer. Er schien aus größerer Entfernung zu kommen, und dies ließ uns auf den errungenen Sieg hoffen. Schon um 4 Uhr bröckte

ein Ordonnanz-Offizier, vom Schlachtfeld kommend, die Gewißheit desselben. Etwa zwei Stunden später passierten bereits die ersten Verwundeten, darunter Generalmajor von Ollech, Kommandeur der 17. Infanterie-Brigade, der beide Beine verloren hatte, und Major von Rieben vom ersten schlesischen Dragonerregiment Nr. 4 die Stadt. Hunderte folgten nach den zurückgelegenen Lazaretten, von denen das nächste in Reinerz eingerichtet worden war. Die schrecklichen Verwundungen einzelner, die Schmerzensausbrüche vieler nahmen die tiefste Teilnahme in Anspruch. Erfrischungen wurden den Leidenden in der zumeist kurzen Pause des Aufenthaltes entgegengebracht. — Die Straße war bis jetzt noch nicht frei geworden, weder am Tage, noch in der beginnenden Nacht. Unabsehbare Wagen-Kolonnen reiheten sich aneinander, frische Truppen folgten unausgeseht nach. Alle Gespanne in der Stadt und Umgegend waren bereits für den Dienst der Armee in Anspruch genommen worden. Viele kehrten erst nach einigen Wochen, einige gar nicht mehr zurück. Schon am frühen Morgen des 28. Juni eilte man von allen Richtungen zum Besuche des Schlachtfeldes. Nachod war voll von preussischen Soldaten. Am Ringe und in der Kirche lagerten etwa 2000 gefangene Österreicher, von denen 800 über Lewin, die anderen über Braunau und Friedland transportiert wurden. Schon auf den Feldern von Sackisch trafen wir zwei erbeutete Kanonen, die von einem Manen des ersten Manenregimentes, das dieselben erbeutet hatte, bewacht wurden. Drei andere eroberte Geschütze, tausende von Gewehren, Säbeln und anderen Armaturstücken lagen auf dem Marktplatz in Nachod in großen Haufen. Alles wurde größtenteils über Lewin weiter befördert. Das Schloß und alle ansehnlichen Häuser von Nachod waren in Lazarette verwandelt worden. Wir besuchten die verwüstete Stätte des gestrigen Kampfes. Die Leichen der Gefallenen waren bereits beerdigt, viele in Einzelgräbern, die, mit Denkmälern versehen, durch den bestehenden Verein zur Pflege der Gräber auf den böhmischen Schlachtfeldern alljährlich frisch geschmückt werden. Von den Massengräbern befindet sich das größte unter dem Fahrdrum der später erbauten Eisenbahn in der Nähe von Bysofob. Wir waren noch auf dem Schlachtfelde von Nachod, das wir wegen der in der Entfernung einer halben Meile beginnenden Schlacht von Skalitz zu verlassen genötigt wurden. Es wiederholte sich die Aufregung des vorigen Tages. Gegen Abend kam die Nachricht des abermals errungenen Sieges. Die Verwundeten waren in Nachod und Skalitz nicht mehr unterzubringen, weshalb schon am Nachmittage des Tages von Skalitz der Weitertransport derselben über Lewin nach Reinerz, Glatz und weiterhin begonnen wurde. Hier scheiterte die beabsichtigte Errichtung eines Lazaretts, weil der hiesige Arzt nicht anwesend, sondern zur Armee eingezogen war. Die von Franz Ludwig, dem Verfasser des 1897 erschienenen Buches „Die Grafschaft Glatz in Wort und Bild,“ auf Seite 175 gebrachte Mitteilung, daß Lewin im Jahre 1866 in ein großes Lazarett umgewandelt wurde,

ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Dagegen wurde in Gudowa ein Hülfslazarett eingerichtet und der Fürsorge des dortigen Wadearztes, Sanitätsrates Dr. Mentwig, übertragen. Die Zahl der dort aufgenommenen Verwundeten stieg im Laufe des Sommers auf 200, von denen einige ihren Wunden erlagen. In den Tagen der durchgehenden Transporte von Verwundeten entwickelte sich hier ein wahrer Wettstreit im Wohltun. Jeder machte es sich zur Pflicht, den Verwundeten irgend etwas zur Erquickung anzubieten. Wein, Bier und Brantwein, Wurst, Brod und Semmel, Kaffee, Milch, Suppe, Früchte und Zigarren wurden ihnen überreicht, sowohl hier als auch in den an der Straße gelegenen Ortschaften Schlaney, Sackisch und Gellenau. Auch aus den benachbarten Seitendörfern kamen mildtätige Bewohner mit gefüllten Körben und Krügen, deren Inhalt sie verteilten. Freund oder Feind, Preuße oder Österreicher wurde selbstverständlich dabei nicht unterschieden. Viele von den Töchtern, die hauptsächlich den Samariterdienst übten, kolportierten Haus um Haus und waren mit liebevoller Sorgfalt darauf bedacht, für die oft unerwartet eintreffenden Kranken einige Erfrischungen in Bereitschaft zu haben. So wurde hier, was rühmend hervorgehoben werden muß, im stillen Dienste der Liebe und Barmherzigkeit viel Erfreuliches geleistet. Andere Werke der Barmherzigkeit mußten geleistet werden. Das Begraben der Toten auf den Schlachtfeldern von Rachod und Stalitz erlitt keinen Aufschub. Die dortige Bevölkerung hatte sich größtenteils geflüchtet, weshalb von hier und aus der ganzen Umgegend zahlreiche Mannschaften zu Totengräberdiensten beordert wurden. — Am 29. Juni wieder große Truppeneinmärsche durch die Stadt. Der kommandierende General von Mutius mit seinem Generalstabe und dem Gros des 6. Armeekorps passierten hier durch. General von Steinmetz hatte seinen Siegeszug inzwischen weiter fortgesetzt. Im Vormarsch auf Gradlitz entspann sich an diesem Tage das Gefecht bei Schweinschädel. Die Kanonade wurde hier ganz deutlich vernommen. Die Nachricht von dem günstigen Verlauf desselben gelangte noch an demselben Tage hierher, jedoch kursierten auch falsche Nachrichten, die durch Marktender, die zur Anschaffung frischer Vorräte zurückkamen, verbreitet und bei aller Unwahrscheinlichkeit vielfach geglaubt wurden. Die Einnahme von Josefstadt wurde mehr als einmal gemeldet; ebenso gelangte schon am 30. Juni die versüßte Nachricht von der Vereinigung der Kronprinzlichen Armee mit der des Prinzen Friedrich Karl hierher. Die bei Gradlitz am 30. Juni stattgefundene Vereinigung betraf aber bekanntlich nur die Truppen des 5. und 6. Armeekorps. — Am frühen Morgen dieses Tages, zwischen 3 und 4 Uhr wurden die Bewohner der Stadt und Umgegend durch einen bis jetzt nicht dagewesenen Lärm aus dem Schlafe aufgeschreckt. Hunderte von Wagen, die tagelang der Armee allerlei Verpflegungsgegenstände zugeführt hatten, jagten, noch beladen, im tollsten Rückmarsch die Straße entlang. Wie die Chaussee, so waren auch alle Nebenwege mit flüchtenden

Fuhrwerken belegt. Die meist ohnehin abgetriebenen Pferde wurden zur wildesten Eile gezwungen, viele Wagen vollkommen zu Grunde gerichtet. Fässer mit Branntwein, Säcke voll Reis, Kaffee und dergl. waren preisgegeben worden, um nur schneller fortzukommen. Man ist in höchster Bestürzung. Die Ängstlichsten packten Betten und Lebensmittel zusammen und suchten sich in Sicherheit zu bringen. Natürlich vermutete man die Österreicher schon in der Nähe. Ein Ordonnanz-Offizier kommt endlich herangesprenzt, fluchend und um sich hauend; er bemüht sich, die wilde Jagd zum Stehen zu bringen. Doch lange vergebens. Man mißverstehet ihn und hält seine tolle Gast für eine Aufforderung zu immer größerer Eile. Endlich tritt nach und nach Stillstand ein. Von hier ab mußten die sämtlichen Fuhrwerke wieder umkehren. Was nach Reinerz hin voraus war oder die auf Nebenwegen, beispielsweise durch Lanz und Gallatsch flüchtenden Fahrzeuge, waren nicht aufzuhalten. Fünf hier im Stich gelassene Wagen wurden, nachdem sie später infolge öffentlicher Bekanntmachungen von den betreffenden Eigentümern nicht reklamiert worden waren, für den Preis von 80 fl. 15 Sgr. versteigert. Das Geld wurde an das königliche Kreisgericht in Olag, in dessen Auftrage der Verkauf stattgefunden hatte, abgeführt. Die wirkliche Ursache dieser Retirade ist nicht aufgeklärt worden. Ein Mißverständnis, vielleicht eine nur eingebildete Gefahr dürfte zugrunde gelegen haben. Zunächst fehlte auch hier jede ruhige Überlegung. Eine augenblickliche Gefahr war auf keinen Fall vorhanden, denn zwischen hier und dem feindlichen Heere lagen das fünfte und sechste Korps und vom letzteren noch ein großer Teil auf den Feldern von Sackisch im Bivak. Inmitten der flüchtenden Fuhrwerke befand sich ein großer Transport von österreichischen Gefangenen, die mit vorleuchtender Gast an der Flucht teilnahmen, was einen recht komischen Eindruck machte. Die aus Anlaß der Retirade hervorgerufene Beängstigung war rasch vorübergehend, dagegen gab der an diesen Tage ziemlich anhaltende Kanonendonner wieder Anlaß zu mancherlei Befürchtungen. Die Österreicher hatten bei Graditz die Vereinigung der beiden Korps der schlesischen Armee zu verhindern gesucht. Bekanntlich ohne Erfolg. — Mit dem 1. und 2. Juli folgten zwei Tage der Ruhe. Hier war der Durchmarsch unabsehbarer Wagenkolonnen fast noch nicht unterbrochen worden; dazwischen kamen zahlreiche Viehtransporte und immer wieder neue Abteilungen gefangener oder verwundeter Soldaten. Von den letzteren erlagen hier zwei, ein Preuze und ein Österreicher, ihren Wunden. Jener starb im Hospital, dieser verschied auf dem Transportwagen. Beide wurden auf dem hiesigen Kirchhofe beerdigt. Dasselbst wurden auch mehrere Tage später drei bei Königinhof gefallene Offiziere, Graf Gaeseler, Graf Bethush-Gue und von der Knesched, beigesetzt. Später sind ihre Leichen exhumiert und nach den betreffenden Familiengrüften überführt worden. — Am 1. Juli trafen hier etwa 30 mit Brot und Hafer beladene Wagen aus der Gegend von

Braunau ein. Dieser Lebensmittel-Transport war irrtümlich hierher gekommen; er war nach einem Orte in Böhmen für unsere Truppen bestimmt. Brot und Hafer wurden bis auf weitere Ordre hier in Verwahrung genommen. Der Hafer wurde nach und nach von den durchziehenden Truppen verbraucht; das Brot mußte verderben. Als es später versteigert wurde, war es nur noch teilweise als Viehfutter zu verwenden.

Unsere Truppen waren bis jetzt auf allen Punkten siegreich vorgegangen. Dem Gefühle der Sicherheit hatte sich indes niemand überlassen. Die Entscheidungsschlacht sollte noch geschlagen werden. Wir konnten hier nicht wissen, was sich am 3. Juli ereignete, aber die Furchtbarkeit der Kanonade, gegen welche der an den vorgegangenen Tagen vernommene Kanonendonner fast unbedeutend erschien, ließ sehr deutlich den Kampf von entscheidender Bedeutung vermuten. Das Schlachtfeld lag in direkter Entfernung 5 bis 6 Meilen entfernt, und dennoch klrzten unsere Fenster, und der Erdboden erzitterte. Zur Mittagszeit trat ein gewisser Stillstand ein. Um 2 Uhr wurde die Kanonade wieder lebhafter und erreichte gegen 3 Uhr ihre höchste Intensität. Der 3. Juli war ein düsterer, regnerischer Tag. Am Abende zerteilten sich die Nebel, und die Aussicht nach Böhmen wurde frei. Auf der Tassauer Höhe sah man deutlich die Rauchsäulen brennender Dörfer und der nur noch vereinzelt bemerkbare Kanonendonner kam aus immer weiterer Ferne. Der glückliche Ausgang der Schlacht ließ sich vermuten. Daß dieselbe bei Königgrätz stattgefunden haben müsse, bewiesen die in jener Gegend aufsteigenden Rauchsäulen. Die ersten positiven Nachrichten erhielten wir nicht auf direktem Wege, sondern erst am 5. Juli durch die Extrablätter der Zeitungen, da die Feldtelegraphen-Leitung von Nachod über Lewin bis Reinerz erst mehrere Tage später eingerichtet wurde.*) Von der gemachten Kriegsbeute, den zahlreichen Gefangenen und Verwundeten ging nur wenig hier durch, da die bereits wieder in fahrbaren Zustand versetzten Eisenbahnen hierzu benutzt wurden.

Zur Ergänzung unserer gelichteten Regimente und zu den erforderlichen Besatzungen rückten nun bald auf allen Punkten unsere Reservetruppen nach Böhmen. Infanterie und Artillerie, Ulanen und Dragoner marschierten auch wieder durch Lewin. Einige Truppenabteilungen hielten hier Rasttag; so am 4. Juli 126 Mann und am 8. Juli 65 Mann Infanterie, am 12. Juli das Reserve-Bataillon des 22. Infanterie-Regimentes, bestehend aus 798 Mann und am 13. Juli eine Abteilung von 92 Mann Dragonern. Diese Mannschaften gingen teils über Giezhübel, teils über Nachod nach Böhmen. Auf den Schlachtfeldern von Nachod und Skalitz waren von der böhmischen Bevölkerung massenhaft Gewehre gestohlen worden, mit denen mehrfach Mißbrauch getrieben wurde. Infolge dessen wurden in den meisten

*) Seit dem 1. Mai 1868 ist dieselbe von hier ab für den Privatverkehr eingerichtet worden, jedoch bis heute noch ohne direkten Anschluß über Nachod nach Böhmen.

Ortschaften strenge Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen beispielsweise auch in Gr.-Germa und Boroweh. Die böhmische Nachbarbevölkerung zeigte sich durchweg feindselig. Am 5. Juli verbreitete sich die Nachricht, daß eine Bande aus benachbarten Ortschaften einen Gewaltstreich auf unsere ohne militärischen Schutz befindliche Gegend beabsichtige. Die Nachricht wurde ernstlich genommen, denn gegen Abend rückte eine Kompagnie der preußischen Besatzung in Nachod heran und besetzte nach Tassau und Gießhübel hin die Grenze. Die Nacht verging jedoch ganz ruhig. Am Morgen marschierte das Militär bis Gießhübel. Der Kompagnie-Führer machte den dortigen Gemeindevorstand für jeden vorkommenden Erzeß verantwortlich. Hier wurden von jenem Tage ab zur Sicherheit zahlreiche Nachtwachen eingerichtet und längere Zeit beibehalten. — Am 17. Juli brachten die Zeitungen die Nachricht von dem erfolgreichen Gefechte bei Tobitschau. Gleichwohl erhielt sich die Nachricht einer bevorstehenden zweiten Entscheidungsschlacht vor den Florisdorfer Schanzen. Eine diesbezügliche Mitteilung gelangte aus dem Nachbarstädtchen Gradetz hierher. Es war die Abschrift von mehreren aus einer österreichischen Zeitung entnommenen Telegrammen, die durch ihren vollständig aus der Luft gegriffenen Inhalt alles übertrafen, was die österreichischen Blätter seither in dieser Beziehung geleistet hatten. Die Telegramme lauteten:

1. Auf dem Marschfelde das Zentrum des preußischen Heeres geschlagen. Prinz Karl gefangen. Von unserer Seite große Verluste.
2. Florisdorf wurde siebenmal gestürmt, jedesmal wurde der Sturm abgeschlagen. Der gefangenen und gefallenen Preußen sind 28000 Mann. Preußisches Hauptquartier in Pardubitz. 60000 Bayern in Pilsen. Mensdorff.
3. Telegramm aus Gänserndorf. Preußischerseits 30000 Verwundete und Tote, 42 Geschütze genommen. 12000 Preußen gefangen, 17000 Mädelgewehre und viele Munition genommen. Unsererseits große Verluste, drei Generale tot, viele verwundet, alle preußischen Positionen in unseren Händen und gänzlicher Rückzug nach Erzherzog Albrecht.

Diese Musterstücke österreichischer Lügendepeschen wurden von hier an mehrere unserer Zeitungen übersendet. Die Bestätigung der großartigen Siegesnachrichten blieb natürlich aus, dagegen erhielten wir am 22. Juli die Kunde vom Treffen bei Blumenau, dessen erfolgreicher Ausgang im besten Augenblicke durch den im Hauptquartier zu Richardsburg abgeschlossenen Waffenstillstand unterbrochen wurde. Den am 2. August unterzeichneten Friedenspräliminarien folgten die am 23. August zum Abschluß gelangten Friedensunterhandlungen in Prag und damit zur Freude aller Bewohner das Ende des ebenso kurzen als ruhmreichen Feldzuges.

Mit patriotischer Begeisterung erfüllte alle Bewohner der Stadt und Umgegend die in der Nacht vom 2. zum 3. August eintreffende Nachricht von der am letzteren Tage bevorstehenden Durchreise unseres

geliebten heldenmütigen Königs. Alle bei den beschränkten Mitteln der Stadt und in der Kürze der Zeit nur möglichen Veranstaltungen werden getroffen, den sieggekrönten Landesherrn gebührend zu empfangen. Nicht nur in der Stadt, sondern von Schlaney ab die ganze Straße entlang waren Ehrenpforten errichtet und an verschiedenen Stellen der Weg mit Blumen bestreut worden. Die Häuser hatten geflaggt, die Völker waren geladen, und alles Volk war auf den Weinen, der Ankunft des teuren Monarchen entgegensehend. Der ganze Tag verging jedoch in vergeblichem Harren. Gegen Abend traf auf eine von Nachod nach Königinhof gerichtete telegraphische Anfrage die Nachricht ein, daß Se. Majestät bereits gegen 4 Uhr von dort nach Görlik abgereist sei. Nachträglich stellte sich heraus, daß die Rückreise des Königs gar nicht durch die Grafschaft beabsichtigt war. Es ist nicht ermittelt worden, ob der vermeintliche Kurier, der den Bürgermeister Bach in seiner nächtlichen Ruhe störte und in seiner Manenuniform vollkommen glaubwürdig erschien, absichtlich oder unabsichtlich einen gelungenen Schelmenstreich ausführte. Abgesehen von den verursachten Kosten hatte er den Bewohnern der ganzen Gegend einen Arbeitstag entzogen, denn jeder hielt sich in Bereitschaft, auf den ersten Völkerschuß am Plage zu sein. Dies zeigte sich recht deutlich und machte nebenbei einen ergötzlichen Eindruck, als am Abende, zur Vermeidung von Unfug in der Nacht, die geladenen Völker abgeschossen wurden. Aus allen Häusern stürzte das Publikum zur Begrüßung des lang erwarteten königlichen Herrn herbei. Die Stadtmusikanten spielten zum Abschluß des verfehlten patriotischen Freudentages die National-Hymne.

Als die Tage des Rückmarsches unserer siegreichen Truppen begannen, wurden abermals Ehrenpforten errichtet, die Häuser wurden bekränzt und standen tagelang im Schmucke flatternder Fahnen. Kein Garten im weiten Umkreise blieb ungeplündert; keiner der zurückkehrenden Streiter entbehrte des ehrenden Kranzes oder duftenden Sträußchens. Die auf dem Rückmarsch hier durchgehenden Truppen gehörten zum 5. Armeekorps. Die Zahl war nicht groß. Einige hielten hier Rasttag; so am 1. September eine Krankenträger-Kompagnie, bestehend aus 62 Mann, und das erste schwere Feldlazarett, 91 Mann stark. Am 3. September trafen ein die dritte Munitions-Kolonne des fünften Artillerie-Regiments, ferner das erste und zweite leichte Feldlazarett und die dritte Proviant-Kolonne, zusammen 325 Mann. Am 4. September rückte das zweite Leibhufaren-Regiment unter der Führung des Oberstleutnant von Schauroth in die Stadt. Der Regimentschef wohnte im Pfarrhause. Der seinem Regimente bereitere festliche Empfang hatte ihn angenehm überrascht. Er dankte mit verbindlichen Worten und brachte auf die Stadt ein Hoch aus, das von seinen wackeren Husaren mit einem donnernden Hurrah unterstützt wurde. Darauf suchte er aus der Menge das Mädchen, das ihn bei seiner Ankunft bekränzt hatte und reichte ihm dankend die Hand. Auch deren Eltern machte er

einen kurzen Besuch und bezeugte seine Dankbarkeit und Freude für die ihm und seinen Husaren gewordene Überraschung. In der Stadt quartierte der Stab, die erste und ein Teil der dritten Eskadron des Regiments; die übrigen Mannschaften waren in den Ortschaften Gellenau, Krzischney, Zärker und Böschney untergebracht worden.

Stadt und Umgegend hätten sich nunmehr wieder des sonst gewöhnlichen Stilllebens erfreuen können, wenn nicht inzwischen der Würgengel Cholera eingekehrt und in zahlreiche Familien bitteres Leid getragen hätte. Es erlagen im Kirchspiel in der Zeit vom 7. August bis zum 13. Oktober 68 Personen der Krankheit, und zwar 18 aus Lewin, 25 aus Gellenau, 15 aus Sackisch, 6 aus Tanz, 2 aus Gr.-Georgsdorf, 1 aus Gallatsch und 1 aus Zärker.

Der Krieg hatte die Stadt mit vielfachen Leistungen in Anspruch genommen. Dieselben sind, soweit sie mit Vorsehnungen versehen werden konnten, sämtlich entschädigt worden. Es folgt hier eine Übersicht dieser Leistungen:

A. Zu Privat-Bedürfnissen wurden verabfolgt:

1. 9 Schock Stroh,
2. 5 $\frac{1}{2}$ Rltr. Holz.

B. An Fourage für die Pferde der hier kantonierenden oder durchmarschierenden Truppen sind geliefert worden:

1. 183 Pfr. 86 Pfd. Hafer,
2. 58 " 15 " Heu,
3. 75 " 67 " Stroh,

C. Mundportionen sind verabreicht worden:

1. im Mai . . . 528 Portionen,
2. im Juni . . . 240 "
3. im Juli . . . 1437 "
4. im August . . 68 "
5. im September 971 " die mit 542 TL . 20 Sgr . entschädigt worden sind.

D. Fuhrren, meist zweispännige, zu je einem Tag gerechnet, sind gestellt worden:

1. im Juni . . . 84,
2. im Juli . . . 103,
3. im August . . 20,
4. im September 7.

Von den zum Vorspann gestellten Pferden und Wagen sind viele im Gedränge des Krieges abhanden gekommen. Aus Lewin gingen auf solche Weise 4 Pferde und 5 Wagen verloren, die jedoch den Eigentümern mit 560 TL . 10 Sgr . bezahlt worden sind.

Schon im Monat Mai mußten von der Stadt hundert Scheffel Hafer nach Breslau geliefert werden. Zur Verproviantierung der Festung Olash sind vier Stück Ochsen geliefert und den Lieferanten bezahlt worden. Dasselbe war der Fall mit fünf Stück Pferden, die für die Landwehr gestellt werden mußten. Zur Unterstützung mehrerer hilflosbedürftiger Familien eingezogener Wehrmänner mußten

monatlich 12 Tl. 10 Sgr. vorschußweise aus der Räumereikasse gezahlt werden. Diese Vorschüsse sind aus der Kreis-Kommunalkasse erstattet worden.

Von den aus dem hiesigen Kirchspiele eingezogenen Reservisten und den noch beim stehenden Heere dienenden Soldaten sind acht aus dem Feldzuge nicht zurückgekehrt. Auf dem Ehrenfelde der Schlacht starben: Amand Gruner aus Sächsisch bei Langensalza, Anton Martinek aus Dörnkau bei Uettingen in Baiern und August Rastner aus Gellenau bei Skalitz. In der auch im Heere ausgebrochenen Cholera starben: Anton Elsner aus Nerbohn zu Kirchstädt in Böhmen, Anton Janisch aus Jauernig zu Saaz in Böhmen, Ernst Schindler aus Gr.-Georgsdorf in Brünn, Anton Krause aus Gellenau in Frankenstein und Gottfried Gernert aus Lewin, angeblich in Lundenburg.

In dem durch Se. Majestät am 11. November angeordneten Friedensfeste wurde hier zunächst ein feierlicher Gottesdienst abgehalten. Alle während dem Feldzuge eingezogenen Mannschaften hatten sich eingefunden und marschierten mit Musik und Fahnen zur Kirche. Durch eine Sammlung waren die Mittel herbeigeschafft worden, den Kriegern aus der Stadt ein Festessen, woran sich ein großer Teil der Bürgerschaft beteiligte, und darauf ein Tanzvergnügen zu veranstalten. Ähnliches war auch in Gellenau und Sächsisch geschehen. Von hier war während der Festfeier ein patriotischer Glückwunsch an Se. Majestät telegraphisch gerichtet worden. Die darauf Allerhöchst erteilte Rückantwort lautete: „Den Festversammelten meinen Dank!“

Der durch den Krieg unterbrochene geschäftliche Verkehr mit dem Nachbarlande richtete sich bald wieder ein. Recht lebhaft war die Getreide- und Mehlausfuhr, die aber wegen der infolge der in Böhmen ausgebrochenen Rinderpest angeordneten Grenzsperrung unterbrochen wurde. Der sonst bestandene gesellschaftliche Verkehr mit unseren Grenznachbarn richtete sich nur allmählig wieder ein.

Der Sonnenschein des Friedensglückes, der dem ruhmreichen Feldzuge folgte, sollte nicht von langer Dauer sein. Ueberraschend und ohne Grund erfolgte nach bekannten Vorgängen 1870 die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen. Der Krieg war trotzdem keineswegs dynastisch, sondern national, wie kaum ein anderer, denn der Zweck desselben war französischerseits kein anderer als die Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, Störung des Einigungswerkes, Wegnahme deutschen Gebietes. Getreu den durch den Allianzvertrag von 1866 übernommenen Verpflichtungen erfolgte der Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund, und so standen die sämtlichen deutschen Streitkräfte dem kriegslustigen Frankreich gegenüber. Mit vollem Vertrauen hegte ganz Deutschland die zuversichtliche Hoffnung, daß König Wilhelm als Oberbefehlshaber der deutschen Armee dieselbe zum Siege führen, daß aus diesem Siege die Einheit Deutschlands hervorgehen und daß mit dem besiegten

Frankreich auch über dessen Gewalttätigkeiten vom Jahre 1681 endlich Abrechnung gehalten werden würde. So ist es auch gekommen: Der Schauplatz des Krieges mit seinen ungeahnten Erfolgen wurde Frankreich. Mit dem Gange der Ereignisse blieb man zunächst durch die täglich eintreffenden Depeschen überall dort, wo ein Telegraphenamt war, stets auf dem Laufenden. Jede ankommende Nachricht wurde hier durch öffentlichen Anschlag am Post- und Telegraphenlokale sofort zur öffentlichen Kenntniss gebracht. Man hatte sich schließlich verwöhnt und entfernte sich unbefriedigt, wenn zuweilen einige Tage vergingen, bis wieder eine erfreuliche Botschaft mit der populär gewordenen Unterschrift „*Бодбілськй*“ angeschlagen war. — Die Erstürmung der Stadt Weißenburg und des Geisberges durch den Kronprinzen Friedrich am 4. August war die erste Siegesbotschaft. Sie hatte den Schluß: „Gott sei gepriesen für diese erste glorreiche Waffentat! Er helfe weiter!“ Zwei Tage darauf lasen wir über die Schlacht von Wörth das Telegramm des Königs an die Königin: „Welches Glück, dieser neue große Sieg durch Fritz! Preise Gott für seine Gnade! Es soll Vittoria geschossen werden!“ Darauf folgten die Telegramme über die siegreichen Kämpfe am 14., 16. und 18. August von Metz. Die Siegesbotschaften wurden hier mit nicht minderer Begeisterung entgegengenommen, als sonst irgendwo. Dies betrifft vor allem die Nachrichten über die Erfolge von Sedan. Spottete doch die Großartigkeit des Ereignisses aller Vergleichen. Ein Seitenstück zu Sedan ist in der deutschen Kriegsgeschichte nicht vorhanden. Der Feldzug, der erst vier Wochen gedauert hatte, war mit Sedan zu seinem mindestens vorläufigen Abschluß gekommen. Durch Freudenschüsse wurde hier jede Siegesnachricht gefeiert. Der große Völler am Grabisch ist gewiß nie so oft zur Verkündung von Freudenbotschaften in Tätigkeit gesetzt worden. Für die Beschaffung von Munition fanden sich stets die bereitwilligen Geber. So verblieb die Bevölkerung in stets freudiger Erregung. Welcher Gegensatz zu den Kriegereignissen früherer Zeiten, die mit ihren Durchmärschen, Einquartierungen und Requisitionen unserem Städtchen stets Drangsale und oft unerschwingliche Leistungen auferlegten.

Für alle ungetrübt war der glückliche Fortgang und Ausgang des Krieges dennoch nicht. Es gab im Kirchspiel recht viele Eltern, die um Gesundheit und Leben des am Feldzuge teilnehmenden Sohnes in stets ängstlicher Besorgnis waren. Die Kombattanten aus dem hiesigen Kirchspiel, die den Tod fürs Vaterland erlitten, waren folgende: Ferdinand Dreschner aus Lewin, fiel am 16. August bei Mars la Tour, Josef Madetzky aus Lewin bei Le Mans am 11. Januar 1871, Anton Rastner aus Tassau bei Gorze am 21. August 1870, Franz Schleicher aus Rüttel am 16. August bei Mars la Tour; desgleichen blieben in derselben Schlacht Eduard Süßmuth aus Gr.-Georgsdorf, Ferdinand Aulich aus Gellenau, Ferdinand Volkner aus Sackisch und Wilhelm Rastner aus Gellenau. Franz Hillmann aus Gellenau wurde am 4. Dezember

1870 bei Orleans verwundet und starb am Tage darauf, August Janisch aus Zauernig gehört zu den Vermissten von Mars la Tour, Anton Wittner starb am Typhus zu Gesmes am 30. Oktober 1870 und Wilhelm Lehel aus Gellenau starb an den Folgen des Feldzuges im Lazarett zu Reisse. Die Namen der noch lebenden Kombattanten aus Lewin, die verwundet oder unversehrt aus dem Feldzuge zurückkehrten, sind: Ludwig Ardekt, Franz Borna, Franz Hillmann, Anton Hausen, Siegfried Kastner, Friedrich Kastner, Wilhelm Lengfeld, Alexander Marwan, Anton Meier, Wilhelm Münch, Friedrich Ritsche, August Prause, Josef Radler, Franz Siegel, Wilhelm Siegel, August Tauß, Josef Tauß, Friedrich Volkmer und Ferdinand Zahlsen. Das Ehrenzeichen für Nichtkombattanten erhielten von hier Friedrich Günzel, Ferdinand Prause, Friedrich Steier und Emil Tauß. Mehrere von den hiesigen Kombattanten sind von hier verzogen, einige sind, wenn auch nicht direkt an den Folgen des Feldzuges, bereits gestorben.

Unter allem, was Kaiser Wilhelm nach dem großen Kriege für die Wohlfahrt des Volkes erstrebte, nehmen insbesondere die zum Wohle der arbeitenden Klassen begründeten Veranstaltungen einen hervorragenden Platz ein. Sie sind die edelste Blüte seiner werktätigen Christenliebe, die er schon in früheren Jahren in Gemeinschaft mit seiner hochedlen Gemahlin, der Kaiserin Augusta, durch die Begründung und Förderung der segensreichen vaterländischen Frauenvereine, von denen auch hier ein Zweigverein besteht, bewiesen hatte. Durch die Gewerbeordnung von 1869 war Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit eingeführt worden. Das Großgewerbe nahm einen ungewöhnlichen Aufschwung, das Kleingewerbe ging rückwärts. Die Unzufriedenheit in den mittleren und unteren Volks-klassen blieb nicht aus. Der Sozialismus, der hier und in der Umgegend bis heut keinen Boden gefunden hat, gewann trotz des Sozialistengesetzes an Umfang. Die Klagen der Arbeiter über das Mißverhältnis zwischen Arbeit und Lohn, über die Ausbeutung durch das Kapital, und die trübe Aussicht auf das Alter waren nicht unberechtigt. Diese Übelstände mußten beseitigt werden. Nicht durch gewaltsame Unterdrückung der Ausschreitungen, sondern durch die Förderung des Wohles der Arbeiter sollte die Heilung der sozialen Schäden herbeigeführt werden. Durch die Vottschaften vom 17. November 1881 und 4. April 1883 verkündigte Kaiser Wilhelm, daß er es für seine größte Sorge halte, den Hilfsbedürftigen seines Volkes zu helfen. Die Wilhelmspende, es waren 1740000 Mark, die im Jahre 1878 das Volk aus Freude über die Errettung des Kaisers aus Mörderhand gesammelt und demselben zur Verfügung gestellt hatte, wurde von ihm in hochherzigster Weise zu einer Alters-verforgung der Arbeiter verwendet, weiterhin sollte der Not der Arbeiter, die infolge von Krankheit oder Not eintreten mußte, ein

Ende gemacht werden. Dies geschah durch das Arbeiter-Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 und durch das Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Das vom Großvater begonnene Werk der sozialen Gesetzgebung vollendete Kaiser Wilhelm II. durch die Invaliden- und Altersversicherung. Die letzteren Versicherungsgesetze haben insbesondere in den Lebensverhältnissen unserer durch Alter oder Invalidität arbeitsunfähig gewordenen Weberbevölkerung schon längst die segensreichsten Wirkungen gezeigt. Absolut Arme, die ausschließlich auf die Armenkasse oder die Unterstützung anderer angewiesen wären, gibt's kaum noch. Durch die Bezüge von Invaliden- oder Altersrente ist die Existenzfrage, besonders dann, wenn die Rentner noch zu einem kleinen Nebenerwerb befähigt sind, gesichert. In früherer Zeit, zumal in Notjahren, zogen am Sonnabend jeder Woche 20 bis 30 Unterstützungsbedürftige von Haus zu Haus, um für ihren Lebensunterhalt die Wohlthätigkeit anderer in Anspruch zu nehmen. Diese periodischen Umgänge werden jetzt noch von etwa sechs Personen, die nicht Rentenempfänger sind, vielleicht nur gewohnheitsgemäß fortgesetzt. Gegenwärtig befinden sich in der Stadt 65 Rentenempfänger, nämlich 52 Invalidenrentner und 8 Altersrentner; fünf Personen beziehen Unfallrente, die von der Berufsgenossenschaft gezahlt wird. Seit dem 1. Januar 1901 besteht für die Ortschaften des Amtsgerichtsbezirkes Lewin die gemeinsame Ortskrankenkasse mit ihrem Sitze hier selbst. Früher gehörten diese Ortschaften zur Krankenkasse II des Kreises Glatz nach Reinerz. Die längere Zeit erstrebte Abzweigung brachte den Interessenten den Vorteil der bequemerem Lage. Der derzeitige Vorsitzende ist der hiesige Maurermeister Blau, die Kassengeschäfte führt der städtische Gemeindecinnehmer Kastner. Als Krankenkassen-Ärzte funktionieren Dr. Nordon-Lewin und Badearzt Dr. Hermann-Eudowa.*) — Ein interessantes Bild in der Ortsgeschichte gewährt der Postverkehr von Einst und Jetzt. Als im Jahre 1746 hier selbst ein Postwärteramt eingerichtet wurde, überbrachte von Reinerz her ein Postbote wöchentlich einmal die für Lewin bestimmten Postsendungen. Der Postwärterdienst war ein Nebenamt des Akzise-Einnehmers, so lange ein solcher hier angestellt war. Der erste hieß, wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurde, Wothilenus. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts verfielen, ebenfalls im Nebenamt, die Bürgermeister Lehmann, Blaschke, zuletzt auch noch Wolff den Postdienst. Ihm folgten seit

*) Die hiesige Apotheke besteht seit dem Jahre 1826. In diesem Jahre erhielt Apotheker Baier die Konzession zur Errichtung einer Apotheke in Bad Eudowa mit einer Filiale in Lewin. Während die Apotheke in Eudowa in beschränkten Räumlichkeiten des dortigen Schlosses nur Sommerbetrieb hatte, verlegte Apotheker Baier die Filiale in Lewin in sein eigenes Haus und hatte hier seinen Wohnsitz. Somit erscheint eigentlich schon von Anfang an die Apotheke in Eudowa als die Filiale der hiesigen. Regierungsseitig anerkannt und genehmigt wurde dieses Verhältnis erst im Jahre 1846. Der gegenwärtige Apothekenbesitzer ist Herr Emil Nehmann.

1857 die Postexpediture Trautmann, Wieded und nochmals Trautmann. Der früheste Postverkehr bestand nur zwischen Lewin und Reinerz. Vom Jahre 1820 ab wurde er bis Nachod ausgedehnt. Es verkehrte wöchentlich einmal (es war Montags) zwischen Reinerz und Nachod über Lewin eine Reitpost, die 1843 in eine Personenpost umgewandelt wurde. Daraus wurde 1855 eine täglich verkehrende Karriolpost, die 1860 zur Personenpost erhoben wurde. Dieselbe bestand 40 Jahre. Sie war österreichisch und verkehrte nur von Nachod bis Lewin. Sie wurde viel benutzt, brachte aber wenig ein. Sie war eine Einnahmequelle für die Postkellere, die von den sogenannten „blinden“ Passagieren mit einem Trinkgelde abgefunden wurden. Seit dem 1. August 1900 verkehrt diese Post nicht mehr. Bis zum Jahre 1863 bestand für die ganze Gegend nur die hiesige Postanstalt. Die herrschaftlichen Dominien Gellenau, Tscherveney mit Gudowa und Schlaney hatten je einen Boten angestellt, der zur Abholung der Postfächer täglich nach Lewin kommen mußte. Im Jahre 1863 wurde die Postanstalt in Gudowa errichtet und der dortige Postbezirk vom hiesigen Bezirke abgezweigt. Der Kurs der täglich einmal von Reinerz hier eintreffenden Personenposten wurde bis Gudowa verlängert. Die täglich zweimalige Postverbindung zwischen Reinerz, Lewin und Gudowa besteht seit 1874. Anfangs verkehrten nur im Sommer zwei Personenposten, im Winter dagegen eine Personen-, und eine Botenpost. Seit 1890 wird der Postverkehr zwischen Reinerz und Gudowa während des ganzen Jahres durch zwei täglich eintreffende Personenposten vermittelt. In Gellenau und Sackisch sind seit einigen Jahren Posthilfsstellen eingerichtet worden. Die Telegraphenämter in Lewin und Gudowa wurden während und nach dem Kriege von 1866 eingerichtet, die Fernsprecheinrichtungen an beiden Orten bestehen seit dem vorzigen Jahre. Die Erweiterung der Verkehrseinrichtungen hat das Bedürfnis dazu zur Voraussetzung. Dasselbe muß auch hier vorhanden sein, trotzdem unsere Hausindustrie rückwärts schreitet und ein Ersatz dafür nicht vorhanden ist. Die Herren Postvorsteher, Renner in Lewin und Exner in Gudowa, bedürfen im Interesse des Dienstes zwei bis drei Assistenten. Für den hiesigen Postbestelldienst genügten einst zwei Briefträger, jetzt sind deren sechs angestellt. Erheblich größer ist der Postbetrieb in Gudowa. Das neue Posthaus in Lewin wurde 1894 bezogen, und das neue Postgebäude in Gudowa besteht seit 1901.

Inbezug auf den Grenzaufsichtsdienst traten in neuerer Zeit einige Veränderungen ein. Im Jahre 1893 wurde die Ober-Grenzkontrolle von Reinerz nach Lewin verlegt. Das Jahr darauf wurde das hiesige Grenzzollamt aufgelöst. Es hat seitdem seinen Sitz in Ruttel, unmittelbar an der Grenze. In seiner äußeren Erscheinung hat sich das Bild unseres Städtchens in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Ein entschiedener Fortschritt ist die fortdauernd zunehmende Sicherstellung der Häuser gegen Brandschäden durch

feuersichere Bedachungen. Vorherrschend ist das Schieferdach. Daß man mit einem gewissen Eifer darauf hält, den Häusern durch farbigen Anstrich ein stets freundliches Ansehen zu geben, ist recht anerkennenswert. Die vor etwa dreißig Jahren eingeführte Straßenbeleuchtung hat in ihrer Entwicklung anderen kleinen Städten gegenüber nicht hinreichende Fortschritte gemacht. Die seit einigen Jahren bestehende Trottoiranlage am Ringe ist nicht vollkommen durchgeführt. Das vorhandene Trottoir bedürfte einer besseren Berücksichtigung von § 1 der bestehenden Orts-Polizeiverordnung.

Wenn inbezug auf die äußeren Verhältnisse in der Fortentwicklung unseres Städtchens noch mancherlei Wünsche unerledigt sind, so muß eben abgewartet werden, bis dem Stadtsäckel die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen werden. Ob dies später, nachdem auch Lewin in der nächstbem bevorstehenden Zeit in das große Eisennetz des Verkehrs hineingezogen ist, der Fall sein wird, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Öffentliche Vereine.

Das in den letzten Jahrzehnten überall sich entwickelnde Vereinsleben hat auch in Lewin seinen Boden gefunden. Die hier bestehenden Vereine verfolgen zumeist nützliche Zwecke. Es sind zu nennen: der Vorschußverein, der Militärverein, der Verein der freiwilligen Feuerwehr, der Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins, die Ortsgruppe des Glaser Gebirgsvereins, der Verschönerungsverein, der Bauernverein, der Gesellenverein. Einige Vereine, die anderwärts ihren Sitz haben, sind hier durch vielfache Mitgliedschaft vertreten. Dazu gehören der Kurverein in Gudowa, der dortige Pestalozzi-Verein und der Fürsorgeverein für entlassene Strafgefangene in Glaz.

Der Vorschußverein. Die von Schulze-Delitzsch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts begründeten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hatten den Endzweck, durch die Vereinigung kleiner Kräfte, von denen es keine für sich auch nur annähernd vermocht hätte, einen der größten Übelstände des sozialen Lebens, die bei der schon damals riesenhaften Entwicklung der Großindustrie den gewerblichen Mittelstand bedrohten, zu beseitigen. Die Anregung zur Begründung des hiesigen Vorschußvereins im Jahre 1864 gab der damals hier domizilierende Arzt, Dr. Wurliker. In der konstituierenden Versammlung vom 26. Dezember waren 37 Personen erschienen, die sämtlich dem Verein beitraten. Schon im ersten Jahre stieg die Zahl der Mitglieder auf 277. Im Jahre 1889, nach 25jährigem Bestehen des Vereins, hatte derselbe einen Mitgliederbestand von 694 Genossen. Derselbe erhöhte sich noch weiter und bewegt sich seit einer Reihe von Jahren zwischen sieben und achthundert Personen. Damit scheint das Maximum erreicht zu sein. Das vorige Vereinsjahr begann nach dem letzten Jahresberichte mit einem Bestande von 741 Mitgliedern.

Infolge des preussischen Gesetzes vom 27. März 1867, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, erwarb sich der Verein die Rechte einer eingetragenen Genossenschaft. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte unterm 15. Juni 1868. In der Herbst-Generalversammlung des Jahres 1868 wurde der Beitritt des Vereins zum schlesischen Unterverbande zum Beschluß erhoben.

Der Erlaß des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868 erforderte eine Revision des Statuts. Die notwendig gewordenen Abänderungen wurden nach erfolgter Eintragung ins Genossenschafts-Register als „Nachtrag zum revidierten Statut“ den seitherigen Statuten beigeheftet.

Im Jahre 1870 erfolgte auf Anregung des in den Vorstand als Kontrolleur eingetretenen Kantors Mader die Errichtung eines ständigen Bureaus, und 1874 wurde der dreigliedrige Vorstand in einen zweigliedrigen umgewandelt.

Der Erlaß des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, nötigte den Verein zu einer vollständigen Erneuerung seines Statuts. Dasselbe wurde nach dem von der Anwaltschaft herausgegebenen Musterstatut entworfen und ist mit den später erfolgten Abänderungen einiger §§ bis heute in Kraft.

Beim hiesigen Vorschußverein fungierten in der Zeit seines Bestehens als Direktoren: Dr. Wurliher von 1864 bis 1866, Kantor Köhler von 1866 bis 1870, Bürgermeister Bach von 1870 bis 1873, Rektor Mader von 1873 bis jetzt. Als Kassierer amtierten Kaufmann Theuner von 1865 bis 1883, Sekretär Hartman von 1883 bis heute. Kontrolleure waren Kaufmann Peschke von 1864 bis 1866, Kreisgerichts-Mendant Schröter von 1866 bis 1868, Kantor Mader von 1868 bis 1873. Den Vorsitz im Verwaltungs- bezw. Aufsichtsrate führten nacheinander Postvorsteher Trautmann, Kaufmann Peschke, Rektor Zählten und nochmals Kaufmann Peschke. Der gegenwärtige Vorsitzende ist Uhrmacher Ardelet.

Der hiesige Vorschußverein hat sich stets in einer langsam fortschreitenden Entwicklung befunden. Wenn der Geschäftsumsatz der Mitgliederzahl gegenüber nicht besonders hoch erscheinen dürfte, so läßt sich dies bei der im Vereinsbezirk fast bedeutungslosen Industrie kaum anders erwarten. Nach dem letzten Jahresbericht balanzieren die Aktiva und Passiva des Vereins mit der Summe von 362 989,15 M. Das Vermögen des Vereins in Geschäftsanteilen, Reserven und Utenilien beziffert sich auf annähernd 80 000 M. Der Umsatz im vorigen Geschäftsjahre betrug 893 469,06 M. Für humanitäre und gemeinnützige Zwecke ist der Verein stets fördernd eingetreten. Seit langer Zeit wird alljährlich vom Reingewinne dem bei der Vereinskasse bestehenden Konto „Unterstützungsfonds“ ein Betrag überwiesen. Aus diesem Fonds sind im Verlauf der Jahre schon mehrere tausend Mark an Unterstützungen gezahlt worden. Zweimal sind in Notstands-

jahren durch die Vermittlung des Vorstandes von verschiedenen deutschen Genossenschaften recht ansehnliche Beihilfen zur Unterstützung der hiesigen notleidenden Weberbevölkerung gewonnen worden. Die hiesige Schülerbibliothek entstand hauptsächlich durch die eine lange Zeit gewährte Beihilfe des Vorschußvereins in Höhe von jährlich 45 M. Als im Jahre 1880 der Verschönerungsverein begründet wurde, bewilligte der Vorschußverein sofort eine einmalige Beihilfe von 45 M. Später wurde er Vereinsmitglied mit einem Jahresbeitrage von 10 M. Ebenso ist er Mitglied der Ortsgruppe Lewin-Eudoma des Glazer Gebirgsvereins. Ein Beitrag von 107 M. war zwar keine direkte Zuvendung des Vorschußvereins, jedoch eine Beihilfe einzelner Vereinsmitglieder. Es war der Barbestand des um jene Zeit zur Auflösung gekommenen Volksbildungsvereins, dessen Mitglieder sich ausschließlich aus Genossen des Vorschußvereins rekrutierten. Sie beschloßen einstimmig die Überweisung des Bestandes an den Verschönerungsverein. Der in der Entwicklung begriffenen freiwilligen Feuerwehr hieselbst überwies der Vorschußverein 1887 eine Beihilfe von 100 Mark zur Anschaffung von Requisitionen.

Der Militärverein konstituierte sich am 1. März 1869 und umfaßte ursprünglich alle Ortschaften des Kirchspiels mit einer Mitgliederzahl von etwa 150 Mann, die sich bis auf 220 steigerte. Diese Zahl wurde 1882 durch den Abgang der Mitglieder aus der Gemeinde Sackisch, die einen Verein für sich begründeten, bedeutend reduziert. Im Jahre 1889 trat der hiesige Militärverein dem Kriegerverbände der Grafschaft Glatz und somit dem deutschen Kriegerbunde und der Unterstützungskasse bei. Aus letzterem Grunde mußte eine kleine Erhöhung der Vereinsbeiträge erfolgen. Vielfache Unterstützungen an hilfsbedürftige Kameraden und Witwen verstorbener Kameraden überzeugten die Vereinsmitglieder schon längst von der segensreichen Einrichtung des Kriegerbundes. Am 1. März 1894 feierte der Verein sein 25jähriges Jubiläum. Vom Vorstande des Kriegerbundes der Grafschaft Glatz wurde ihm aus diesem Anlaß eine wertvolle Ehrengewand mit Widmung in den deutschen Farben überreicht. Von den bei der Begründung beigetretenen Mitgliedern waren noch 22 vorhanden; zwei Kameraden waren im Feldzuge gegen Frankreich gefallen, 96 waren gestorben, die übrigen verzogen oder ausgeschieden. Am 23. Juli 1899 feierte der Verein sein dreißigjähriges Stiftungsfest. Der Königliche Landrat, Herr Regierungsrat Bartels aus Glatz, überbrachte das Geschenk Sr. Majestät des Kaisers, eine Fahngewand in den Landesfarben mit silbernem Nagel. Am 1. März 1902 zählte der Verein 161 Mitglieder. An der Spitze des Vereins steht seit dem Tage seiner Begründung Vorwerksbesitzer Wilhelm Münch. Sonst gehören gegenwärtig zum Vorstande: Mühlenbesitzer Hilmann, stellvert. Vorsitzender, Uhrmacher Ardeit, Schriftführer und Gemeindecassier Kaffner, Kassierer.

Der Verschönerungsverein. Die Lebensfähigkeit desselben ist durch seinen 22jährigen Bestand nachgewiesen; die Leistungsfähigkeit ging mit der Zeit rückwärts. Der Aufwand für Verschönerungszwecke war verhältnismäßig in den ersten Jahren nicht unerheblich. Der Ring wurde planiert und erhielt an den entsprechenden Stellen eine dichte Kalkfiessschüttung, die sich lange bewährte, die Postets wurden angelegt und mit einer einfachen Drahteinzäunung versehen, die Johannesstatue wurde staffiert und später auf ihren gegenwärtigen Standort transloziert. Die Braugasse wurde geebnet und der die Gasse entlang laufende tiefe Graben wurde zugeschüttet. Die Ausführung dieser Arbeiten wurde in kurzer Zeit möglich, weil außer den statutenmäßigen Beiträgen der zahlreich beigetretenen Mitglieder mancherlei freiwillige Beiträge und die erforderlichen An- und Abfuhr von Kies und Schutt von den hiesigen Vorwerksbesitzern unentgeltlich geleistet wurden. Die Anlagen am Ringe fanden allseitigen Beifall, insbesondere der reiche bis in den Spätherbst andauernde Rosenflor. Gewin wurde in jener Zeit das „Rosenstädtchen“ genannt. Mit der Zeit schwand das Interesse für den Verein. Die Mitgliedschaft wurde allmählig geringer. Viele schieden aus, weil sie nicht am Ringe wohnten, andere verweigerten den Beitrag im Unmut über eine Erhöhung bei der Steuereinschätzung, einige sollen sich sogar dem Verein entfremdet haben, weil sie sich mit der im Verschönerungsinteresse vorgenommenen Translozierung der Johannesstatue nicht im Einverständnis befanden, trotzdem der gegenwärtige Standpunkt der Statue gerade der beste ist. Wie auch immer die Vorwände des Austritts heißen mochten — in allen Fällen bewiesen sie den Mangel an Gemein Sinn. Bei den verminderten Einnahmen war es nicht mehr möglich, das Bestehende zu erhalten. Die einst tadellose Kielesschüttung war infolge von Regengüssen durchfurcht und stellenweise mit Graswuchs bedeckt, und die durch die Winterkälte zerstörten Rosenbäumchen wurden nicht ergänzt. Man beschränkte die Ausgaben umso mehr auf das unbedingt Nötigste, weil nach der Herstellung der städtischen Hochdruckleitung der Verein die Anlage eines Springbrunnens am Ringe beschloß. Die Ausführung verlangte Ausdauer und Sparsamkeit. Im vorigen Sommer wurde der Anfang gemacht, durch eine Erneuerung der Kielesschüttung dem Ringe wieder ein besseres Aussehen zu geben. „Fortsetzung folgt!“ — wollen wir hoffen.

Der im Jahre 1880 hier begründete Zweigverein des Vaterländischen Frauenvereins hat ebenfalls seinen anfänglichen Umfang nicht behauptet. Nach Maßgabe seiner verfügbaren Mittel hat er als Unterstützungsverein stets wohlthätig gewirkt, wann und wo es nur dringend notwendig war. Das ihm gehörende Stammkapital ist verzinslich angelegt. Für einen größeren lokalen Wohltätigkeitszweck würde es dem Vernehmen nach zur Verfügung gestellt werden. Die gegenwärtige Vereinspräsidentin ist Frau Apotheker Reymann. Die in letzter Zeit erfolgten Austritte wurden mit dem

Vorwände begründet, daß man die Vereinsbeiträge der hiesigen Niederlassung der Krankenschwestern zuwenden wolle. Der Frauenverein wird leider dadurch in die Notwendigkeit versetzt, seine bisherigen Aufwendungen für Unterstützungszwecke einschränken zu müssen.

Der Verein der freiwilligen Feuerwehr besteht seit 1885. Seine Mitglieder unterscheiden sich in aktive und inaktive. Die Zahl derselben war stets wechselnd. Im Jahre 1888 waren von 133 Vereinsmitgliedern 92 aktiv, 41 inaktiv. Die Veränderungen im Bestande waren niemals von Belang. An der Spitze des Vereins stand bis 1892 der Branddirektor. Seit 1893 führen die Vereinsleitung der erste und in dessen Stellvertretung der zweite Brandmeister. Daneben gehören zum Vereinsvorstande die Abteilungsleiter, der Schriftführer, Kassierer, Zeugwart u. a. Als Branddirektoren fungierten nacheinander Kaufmann Mader, Maurermeister Hoffmann und Beigeordneter Peschke. Der gegenwärtige erste Brandmeister ist der Gerbermeister Ratmann Siegel. Nach und nach und bis in die neueste Zeit erstrebte der Verein die Anschaffung der für die Ausübung seiner Tätigkeit notwendigen Ausrüstungsgegenstände: Spritzen, Schläuche, Schlauchwagen, Mannschaftswagen, Leitern u. s. w. Durch die Veranstaltung von Konzerten und Theateraufführungen, durch mehrseitige Überweisungen von Geldbeträgen wurden neben den Vereinsbeiträgen der Mitglieder die erforderlichen Mittel gewonnen. Die Vereinsrequisiten sind mit 4500 Mark versichert. Die Kosten für die Erbauung des Steigerturmes und Spritzenhauses übernahm die Stadt. Der Beitritt des Vereins zum Unterverbande der freiwilligen Feuerwehren in der Grafschaft Glatz erfolgte 1894. Bei Brandunglücken dürfte die Wehr schätzungsweise mehr als dreißigmal in Aktion getreten sein. Eine möglichst wirksame Löschhilfe der Feuerwehr bei einem in der Stadt vorkommenden Brande ist seit 1895 mit dem Bau der städtischen Hochdruckleitung sicher gestellt. In der fortgesetzten Ausbildung der Mannschaften durch praktische Übungen und Instruktionsstunden ist kein Stillstand eingetreten. Es darf behauptet werden, daß die Feuerwehr in ihrer Aktionsfähigkeit allen Ansprüchen zu genügen befähigt ist.

Der hier bestehende Zweigverein des Schlesischen Bauernvereins hat seine Mitglieder im ganzen Kirchspiel. Er hat seinen Zweck, durch die Vereinigung von einzelnen Kräften auf genossenschaftlichem Wege die zur Förderung des landwirtschaftlichen Betriebes empfohlenen Mittel zu beziehen, bislang mit Eifer und bestem Erfolge erfüllt. Soweit nicht ungünstige Lage und Bodenverhältnisse entgegenstehen, erfreut sich die Bodenkultur entschieden besserer Ergebnisse als in früherer Zeit. In den Vereinsversammlungen werden zuweilen durch Wanderlehrer landwirtschaftliche Vorträge gehalten, die ihren Zweck, belehrend und anregend zu wirken, ohne Zweifel stets erzielt haben. Die Ortsgruppe Lerwin gehört zur Bezirksgruppe III des Kreises Glatz. Herr Inspektor Penzholz-Gellenau ist der Vorsitzende der letzteren. — Zur Beschaffung der für den Wirtschaftsbetrieb

erforderlichen Geldmittel wurde im Jahre 1896 die hiesige Landwirtschaftliche Spar- und Darlehnskasse begründet. Der Vereinsbezirk umfaßt die Ortschaften des Kirchspiels. Die Mitgliederzahl war im vorigen Jahre bis auf 115 gestiegen. Dem Geschäftsumsatz von 79556 M. im Jahre 1896 stand 1901 bereits ein Umsatz von 358112 M. gegenüber.

Mit der Begründung des katholischen Gesellenvereins war Lewin lange zurückgeblieben. Dieselbe erfolgte erst im Jahre 1891 infolge mehrmaliger Anregung hiesiger Handwerksmeister, die einst selbst Mitglieder von Gesellenvereinen gewesen waren. Kaplan Monnaß, jetzt Pfarrer in Wölfelsdorf, unter dessen Leitung sich der Verein konstituierte, war der erste Vereinspräsident. Der Verein ist unter der Führung seiner seitherigen Präsidenten stets streng im Sinne Kolping's, des Vaters der Gesellenvereine, geleitet worden. Durch die Veranstaltung von Familienabenden und gemeinschaftlichen Ausflügen ist auch dem harmlosen Vergnügen in maßvoller Weise Rechnung getragen worden. Der Verein hat in der Erfüllung seiner Aufgabe ersichtlich recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Der gegenwärtige Präsident, Herr Kaplan Vergmann, ist in der Förderung des Vereinszweckes unermüdblich tätig. Der Protektor des Vereins war seit seiner Begründung der Ortspfarrer, Herr Notarius Proßke. Der Verein zählt gegenwärtig 44 wirkliche und etwa ebensoviel Ehrenmitglieder.

Das städtische Gemeindewesen im Jahre 1902.

Die nachfolgenden Mitteilungen über das städtische Gemeindewesen sind dem Verwaltungsbericht pro 1902 entnommen. Unberücksichtigt blieb, was bereits an anderer Stelle Erwähnung gefunden hat.

Bevölkerung. Die zurückgehende Bevölkerungsmenge ist verursacht durch den Niedergang der Sandweberei, der viele zwingt, sich anderwärts Arbeitsgelegenheit zu suchen. Während sonst stets ein Überschuß der Geburten gegenüber den Todesfällen vorhanden war, ist in den beiden letzten Jahren das umgekehrte Verhältnis festgestellt worden.

Bauwesen. Die Bautätigkeit war im letzten Jahre besonders gering. Es sind vier Baugenehmigungen erteilt worden, die nur eine Erweiterung vorhandener Nebengebäude und Anbauten betrafen. Für Neubauten ist beim Rückgang der Bevölkerung kein Anlaß vorhanden.

Feuerversicherung und Feuerlöschwesen. Bei der Provinzial-Städte-Feuersozietät waren Ende 1902 164 Besitzungen mit 501 Gebäuden und zwar 188 Wohn- und 313 Nebengebäuden mit dem Betrage von 1155350 M. versichert. Der hiesigen freiwilligen Feuerwehre gewährte die Sozietät zur Anschaffung von Löschgeräten eine Beihilfe von 200 M., während ihr die Glasper Landfeuersozietät zu gleichem Zwecke 50 M. übersandte.

Landwirtschaft und Viehzucht. Die im Juni 1902 vorgenommene Erhebung über die Anbaufläche ergab:

| | |
|------------------------------------|---------|
| für Winterweizen | 2,0 ha |
| für Winterroggen | 80,6 " |
| für Sommerroggen | 5,5 " |
| für Hafer | 139,8 " |
| für Kartoffeln | 23,9 " |
| für Klee | 75,3 " |
| an Wiesen sind vorhanden | 73,3 " |

beisammen 400,4 ha.

Die am 1. Dezember 1902 vorgenommene außerordentliche Viehzählung ergab, daß in 174 Gehöften mit 49 Haushaltungen 62 Pferde, 403 Stück Rindvieh, 2 Schafe und 74 Schweine vorhanden waren. An Viehsteuernbeiträgen wurden zusammen 47,55 M. entrichtet.

Jagd-, Forst- und Fischereiwesen. Die städtische Jagd ist für 200 M. verpachtet. Das Pachtgeld wird nach Abzug der Verwaltungskosten an die Grundstücksbesitzer nach der Größe der ihnen zugehörigen Bodenfläche verteilt. Das Pachtgeld für die Fischerei in den städtischen Gewässern beträgt 45 M. und fließt zur Rämmereikasse. Der Holzeinschlag betrug 49,15 Festmeter. Der Gesamterlös einschließlich der Nebennutzung bezifferte sich auf 820 M.

Gewerbe, Handel und Verkehrswesen. Im allgemeinen gestaltete sich das ganze Erwerbsleben wenig günstig, zumal der starke Rückgang in der Handweberei nicht nur die Weberbevölkerung, sondern auch andere Bevölkerungsklassen nachteilig beeinflusste. Aussichten auf Besserung in der Zukunft sind nicht vorhanden, falls es nicht gelingt, an stelle der absterbenden Handweberei andere Erwerbszweige einzuführen. Jedenfalls hat im abgelaufenen Winter die Stickschule dazu beigetragen, den bei der Weberei eingetretenen Erwerbsausfall einigermaßen auszugleichen. Im Oktober 1902 errichtete die Firma Sternberg in Berlin hierorts eine Hemdennäherei. Es bleibt abzuwarten, ob auch dieser Arbeitszweig geeignet sein wird, für den Erwerbsausfall bei der Weberei einen Ersatz zu bringen. Die kleinste Beihilfe für das Erwerbsleben muß willkommen sein.

Sicherheitswesen und Sicherheitspolizei. Es sind 45 polizeiliche Verfügungen ergangen, die 72,50 M. Geldstrafen ergaben. Die Klagen über die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Straßenbeleuchtung durch Petroleumlaternen werden immer wieder laut, doch scheitert eine durchgreifende Änderung in der Beleuchtungsfrage hauptsächlich am Mangel an hinreichenden Mitteln.

Armenwesen. Das städtische Hospital ist vollständig belegt gewesen. Die Gesamtausgaben der Armenverwaltung beliefen sich auf 898,76 M. Die Zinsen der sämtlichen Stiftungskapitalien sind bestimmungsgemäß verteilt worden.

Schulwesen. Die äußeren Verhältnisse der Schule inbezug auf die Massenlokale und deren Frequenz sind für die Unterrichtserfolge möglichst günstig. Von den 281 Schülern entfielen auf die einzelnen Klassen 38, 43, 56, 53, 50 und 41. Nach der Konfession waren 274 Schüler katholisch, 7 evangelisch. Die gewerbliche Fortbildungsschule wurde von 24 Lehrlingen besucht. Infolge der ablaufenden Frist sind die erforderlichen Anträge um Weitergewährung der außerordentlichen Staatsbeihilfen zur Lehrerbefoldung gestellt worden.

Preisverhältnisse. Die Stadtgemeinde ist beim Kreistage durch ein Mitglied vertreten. An Kreissteuern sind als erste Rate 734,40 M. bezahlt worden. Außerdem sind zur Kreis-Kommunalkasse 220 M. Betriebs- und 72 M. Hundesteuer abgeführt worden.

Staatssteuer-Verhältnisse. Zur Staatseinkommensteuer für 1902 waren 117 Personen veranlagt, davon 14 von einem Einkommen über 3000 Mark mit einer Gesamtsteuer von 1392 M. und 103 Personen von einem Einkommen unter 3000 M. mit einer Gesamtsteuer von 1331 M.; von den ersteren waren außerdem 10 Personen mit 227,60 M. und von den letzteren 31 Personen mit 201,40 M. zur Ergänzungssteuer veranlagt. Zur Gewerbesteuer waren 31 Gewerbetreibende mit einem Gesamtbetrage von 704 M. herangezogen.

Städtisches Steuer- und Finanzwesen. Die Einnahmen an Gebühren und Steuern betrugen:

| | |
|-----------------------------|-----------|
| a. Marktstandgeld | 88,15 M. |
| b. Wasserzins | 930,00 " |
| c. Bürgerrechtsgeld | 60,00 " |
| d. Hundesteuer | 69,00 " |
| e. Lustbarkeitssteuer | 154,50 " |
| f. Gemeinde-Einkommensteuer | 7706,00 " |

beisammen 9007,65 M.

Die Aktiva der Stadt betragen:

| | |
|---------------------|-----------|
| 1. an Immobilien | 172750 M. |
| 2. an Mobilien | 8850 " |
| 3. an Kapitalien | 47189 " |
| 4. an Kassenbestand | 3500 " |
| | 232289 M. |

Die Passiva betragen

52780 "

Mithin der Bestand 179509 M.

